

Alexander Gallas
Jörg Nowak
Florian Wilde (Hrsg.)

Politische Streiks



im Europa der Krise

Alexander Gallas / Jörg Nowak / Florian Wilde (Hrsg.)
Politische Streiks im Europa der Krise

Alexander Gallas / Jörg Nowak / Florian Wilde (Hrsg.)

Politische Streiks im Europa der Krise

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

VSA: Verlag Hamburg



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-Non-Commercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter <http://www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode>). Nach dieser Lizenz dürfen Sie den Inhalt für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, dieses Werk bzw. dessen Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie dieses Werk unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2012, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Titelfoto: Demonstration im Rahmen des Generalstreiks gegen Sparmaßnahmen und Arbeitslosigkeit in Madrid, Spanien, am 29. März 2012 (Foto: dpa)

Rückseitenfoto: »There's a riot goin' on« von boris dreneć (www.borborigm.com)

Druck und Buchbinderarbeiten: Beltz Druckpartner GmbH & Co. KG, Hemsbach
ISBN 978-3-89965-532-2

Inhalt

Florian Wilde

Einleitung: Die Rückkehr des politischen Streiks 7

Teil 1

Politische Generalstreiks und Sozialproteste in Europa

Alexander Gallas/Jörg Nowak

Agieren aus der Defensive 24

Ein Überblick zu politischen Streiks in Europa mit Fallstudien
zu Frankreich und Großbritannien

Kerstin Hamann/Alison Johnston/John Kelly

Generalstreiks in Westeuropa 1980-2011 107

Boris Kanzleiter

Politische Sozialproteste im Südosten Europas

im Zeichen der Krise 114

Vergleichende Momentaufnahmen aus Slowenien,
Kroatien, Serbien und Rumänien

Teil 2

Interviews: Praktische Erfahrungen mit politischen Streiks in Europa

»Die erste Frage lautet bei uns in Österreich meistens:

›Darf man das überhaupt?‹ 130

Michael Pieber, Gewerkschaft der Privatangestellten

Druck Journalismus Papier (GPA-djp), Österreich

»Selbst ein unpopulärer Streik

schadet nicht zwingend dem Ansehen der Gewerkschaft 138

Felipe Van Keirsbilck, Centrale Nationale des Employés (CNE), Belgien

»Wir hatten den Eindruck, dass es unter Sarkozy überhaupt

nichts bringt, an den alten Aktionsformen festzuhalten« 145

Christine Lafont, Gewerkschaft Solidaires, Frankreich

»In Portugal stellen die Prekären die Hälfte der Arbeiterklasse« 150

Deolinda Martin, Confederação Geral dos Trabalhadores

Portugueses (CGTP), Portugal

»Es scheint, als ob mit dem Streik eine vereinte Bewegung entstanden ist« 156
Nuria Montoya, Comisiones Obreras (CC.OO), Katalonien/Spanien

»Es ist leichter, Steine zu schmeißen, als unseren Arbeitsplatz dicht zu machen« 165
Olga Karyoti, Verband der ÜbersetzerInnen, RedakteurInnen, KorrekturleserInnen (SMED)– Σωματείο Μεταφραστών, Επιμελητών Διορθωτών (ΣΜΕΔ), Griechenland

»Wir müssen zeigen, dass Bündnisse aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und linken Parteien eine Alternative zum herrschenden System anbieten« 171
Sabin del Bado, Langile Abertzaleen Batzordeak (LAB), Baskenland

»Wir brauchen eine Gesellschaft, die auf dem Prinzip der Planung beruht« 179
Sean Vernell, University and College Union (UCU), Großbritannien

Teil 3

Der politische Streik und die Gewerkschaften in Deutschland

Lucy Redler

Vergessene Geschichte 194
Politische Streiks in (West-)Deutschland nach 1945

Heidi Scharf

»Es war damals eine hochpolitische Auseinandersetzung« 211
Erfahrungsberichte einer aktiven Gewerkschafterin

Detlef Hensche

Das Tabu des politischen Streiks in Deutschland 219
Rechtliche und politische Aspekte

»Der politische Streik muss erkämpft werden« 227
Interview mit Veit Wilhelmy,
Gewerkschaftssekretär der IG Bauen Agrar Umwelt, Region Hessen

Klaus Ernst

Politischer Streik ist keine Theorie, sondern muss Praxis sein 232

Die Autorinnen und Autoren 236

Florian Wilde

Einleitung: Die Rückkehr des politischen Streiks

*»[Es ist] notwendig, die Frage des Massenstreiks nach jeder Richtung hin zu prüfen. Die Frage ist noch lange nicht geklärt. Sie muss noch viel besprochen werden, damit die Massen mit der Anwendung dieser neuen Kampfform vertraut werden.«
(Rosa Luxemburg 1913/1978, 260)*

Seit dem Beginn der Krise im September 2008 kehrt das Mittel des politischen Streiks und des Generalstreiks zunehmend auf die Bühne der sozialen Auseinandersetzungen Europas zurück: Über 30 Mal riefen Gewerkschaften in den vergangenen vier Jahren zu landesweiten, politisch motivierten Arbeitsniederlegungen auf. Unangefochtener Spitzenreiter der europäischen Generalstreikstatistik ist Griechenland, gefolgt von Italien, Frankreich, Belgien und Spanien. Hinzu kommen sektorale Massenstreiks mit explizit politischer Stoßrichtung wie etwa in Großbritannien im November 2011. Auslöser der gegenwärtigen Welle von politischen Streiks und Generalstreiks sind Sparprogramme europäischer Regierungen, die zu starken Einschnitten bei Löhnen, Beschäftigung und im Sozialbereich führen, sowie die staatliche Beschneidung gewerkschaftlicher Rechte in mehreren süd-europäischen Ländern.

Die massive Zunahme an politischen Generalstreiks seit 2008 knüpft an einen bereits länger bestehenden Trend an: In den 1980er Jahren führten die Gewerkschaften Westeuropas 18, in den 1990er Jahren 26 und in den 2000er Jahren 37 Generalstreiks durch. Dabei kam dieses Mittel auch in traditionell weniger streikfreudigen Ländern wie den Niederlanden, Norwegen und Österreich zum Einsatz. Besonders erstaunlich ist die Zunahme bei den Generalstreiks vor dem Hintergrund der seit Mitte der 1970er Jahren drastisch gesunkenen Zahl an durch Streiks »verlorenen« Arbeitstagen.¹

¹ Vgl. Hamann et al. in diesem Band, S. 107-113.

Zentrale Waffe im Ringen um Demokratie und Umverteilung

Zwei wichtige Faktoren kommen in diesen gegenläufigen Tendenzen zum Ausdruck: Der Rückgang an ökonomischen Betriebs- und Branchenstreiks reflektiert zunächst die geschwächte Stellung der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften im Zuge der postfordistischen Wende der kapitalistischen Produktionsweise. Outsourcing, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, wachsende Arbeitslosigkeit, territoriale Versprengung und netzwerkartige Neustrukturierung der Produktion unter den Bedingungen der Globalisierung erschwerten die betrieblichen Handlungsmöglichkeiten abhängig Beschäftigter und machten sie verwundbarer.

Zugleich reflektiert die Zunahme an politischen und Generalstreiks die Zunahme des strukturellen Einflusses des Kapitals auf das Regierungshandeln im Neoliberalismus. Dieses drückt sich in direkter Form aus – in Lobbyismus, Parteispenden und der Nutzung von Standortentscheidungen als Instrumenten politischer Erpressung – und indirekt im Einfluss der großen Medienkonzerne auf die Bildung einer öffentlichen Meinung. Regierungen erweisen sich im Neoliberalismus immer offensichtlicher als Erfüllungsorgane bei der Durchsetzung von Kapitalinteressen auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit: Die Steuern für die Reichen wurden europaweit durch konservative wie sozialdemokratische Regierungen drastisch gesenkt, die daraus resultierenden Einnahmeausfälle des Staates durch Sozial- und Rentenkürzungen, durch Stellenabbau und Privatisierungen und die Erhöhung indirekter Steuern kompensiert.

Seit dem Ausbruch der Krise 2008 haben sich diese Entwicklungen noch deutlich verschärft. Europaweit bemühen sich Regierungen, die Kosten der Bankenrettungen auf die ArbeitnehmerInnen abzuwälzen, die Anlagen globaler Investoren in europäische Staatsanleihen mittels eines drastischen Sparkurses abzusichern und die Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnsenkungen zu erhöhen. Dabei werden in Jahrzehnten durchgesetzte Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung in Bezug auf Lebensstandard, soziale Absicherung und politische Teilhabe geschliffen.

Diese Entwicklung führt zu einer tendenziellen Verlagerung von Kämpfen um die Verteidigung des Lebensstandards abhängig Beschäftigter von der betrieblichen auf die nationale Ebene politischer Auseinandersetzungen. Gewerkschaften versuchen in vielen Ländern einzugreifen, indem sie – oft notgedrungen – das Mittel des Streiks verstärkt aus der Sphäre der betrieblichen in die der politischen Auseinandersetzungen exportieren, um so dem einseitigen Einfluss des Kapitals auf Regierungshandeln den Einfluss der Lohnabhängigen entgegenzusetzen. Politische Streiks sind auf diese Weise

zu einem zentralen (Verteidigungs-)Instrument der subalternen Klassen im Ringen um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums geworden.

Nicht nur der Sozialstaat, auch die Demokratie droht im Zuge der europäischen Schuldenkrise weiter ausgehöhlt zu werden: Fiskalpakete beschneiden die Haushaltsrechte nationaler Parlamente, eine Troika aus IWF, EZB und Europäischer Kommission diktiert Griechenland seine Sozial- und Wirtschaftspolitik, und in einigen Krisenländern kommen aus Technokraten gebildete faktische Notstandsregierungen an die Macht (wie die Regierung Papadimos in Griechenland und die Regierung Monti in Italien), die weitgehend ohne demokratische Kontrolle eine scharfe Kürzungspolitik im Interesse der ökonomischen Eliten durchsetzen. Mit dem strukturellen Übergewicht des Kapitals wächst aber auch das gesellschaftliche Unbehagen über den Abbau von Sozialstaat und Demokratie. Sporadisch entlädt es sich in spontanen Massenbewegungen wie Occupy oder den Platzbesetzungen der Indignados. Die neoliberale Hegemonie bekommt Risse, doch bisher wankt sie nicht. Den Bewegungen fehlt noch das Verbindende, das übergreifende Projekt einer alternativen Gesellschaft. Rasch versanden sie wieder, zumal ihnen die Möglichkeit fehlt, nicht nur Plätze, sondern auch das Herz des Kapitalismus, die Produktion, lahmzulegen. Unter diesen Bedingungen sind in der Sphäre der Produktion und Distribution von Gütern ansetzende politische Streiks eines der potenziell wichtigsten Mittel, mit denen die Interessen der abhängig beschäftigten Bevölkerungsmehrheit artikuliert und der Durchsetzung der Interessen einer kleinen Bevölkerungsminderheit von Bankiers, Großunternehmern und KapitaleignerInnen entgegengetreten werden kann. Politische Streiks sind so zu Waffen im Kampf um die Demokratie geworden.²

In den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um Sozialstaatlichkeit und Demokratie nimmt der Einsatz von außerparlamentarischen Instrumenten wie politischen Streiks auch deshalb zu, weil auf rein parlamentarischem Wege keine Abkehr vom Neoliberalismus zu erwarten ist, seit die Sozialdemokratie als früher dominierende Interessenvertretung der Lohnabhängigen in den meisten europäischen Ländern Teil eines neoliberalen Parteienkartells geworden ist und den Austeritätskurs mitträgt. Umfassende parteipolitische Opposition gegen die neoliberale Kürzungs- und Umverteilungspolitik wird fast nur noch von den europäischen Linksparteien verkörpert. Sie sind die politischen Kräfte, die in den meisten europäischen Ländern entschieden für eine Unterstützung politischer Streiks eintreten, aktiv

² Vgl. Gallas/Nowak in diesem Band, S. 24-106.

zu einer Teilnahme an ihnen aufrufen und sie als wichtigen Teil einer Strategie zur Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse begreifen.

Allerdings führt der Einsatz von politischen und Generalstreiks keineswegs automatisch zu Erfolgen der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften. Der britische Soziologe John Kelly hat berechnet, dass vor dem Ausbruch der Krise etwa 40% aller Generalstreiks zu Zugeständnissen durch Regierungen führten. Im Europa der Krise scheint diese Bilanz bisher schlechter auszufallen. Eine grundsätzliche Abkehr von der Austeritätspolitik konnte noch in keinem Land durchgesetzt werden. Selbst eine Welle an Generalstreiks wie in Griechenland endete bisher in Niederlagen. Nur punktuell erreichten politische Streiks im Europa der Krise Zugeständnisse, etwa in Frankreich 2009 und Belgien 2012. Nach mehreren Generalstreiks und Massenprotesten, bei denen bis zu 10% der Bevölkerung auf die Straße gingen, sah sich die portugiesische Regierung im September 2012 gezwungen, zumindest von einem Teil der geplanten Kürzungen abzurücken.³

Immer wieder trugen Generalstreiks zwar in der Vergangenheit direkt oder indirekt zum Ende einer Regierung bei, etwa bei Berlusconi Sturz 1994 oder der Abwahl Juppés in Folge des großen Streiks in Frankreich 1995. Gerade in der aktuellen Krise ergibt sich aber das Problem, dass Generalstreiks zwar die Krise bestehender Regierungen stark verschärfen können (etwa im Falle der sozialdemokratischen Regierungen Spaniens, Portugals und Griechenlands, deren Abwahl jeweils Generalstreiks vorausgingen). Bei den folgenden Wahlen aber haben sich bislang weiter rechts und der Kürzungspolitik gegenüber keineswegs kritischer eingestellte Parteien durchgesetzt.

Dies verweist auf das bisherige Fehlen oder die Schwäche linker gesellschaftlicher Alternativen zur Sparpolitik und zum Neoliberalismus. Erst die Verbindung von Gewerkschaften, linken Parteien und sozialen Bewegungen in einem Projekt des gemeinsamen Kampfes um eine umfassende soziale und politische Demokratisierung der europäischen Gesellschaften und damit für eine Überwindung des Neoliberalismus und der Diktatur der Märkte wird die Voraussetzungen schaffen, um in Abwehrkämpfen wieder erfolgreicher zu sein und aus ihnen heraus in die Offensive zu kommen. Politischen Streiks kommt dabei eine herausragende Rolle zu: sowohl als mögliche Orte einer Verbindung von Gewerkschaften, Bewegungen und linken Parteien wie auch als zentrale Instrumente einer Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Perspektivisch werden die in den gegenwärtigen Abwehrkämpfen gemachten Erfahrungen und die bei ihnen eingegangenen Verbindungen

³ Zu Frankreich und Belgien vgl. die Interviews in diesem Band, zu Portugal siehe Schölzel 2012.

wichtige Grundlagen für künftige Offensiven gegen den Neoliberalismus liefern. In jedem Fall sind sie zentrale Elemente nicht nur für Abwehrkämpfe, sondern auch für jede linke Transformationsstrategie, die auf eine grundlegende Veränderung der bestehenden Verhältnisse abzielt.

Rosa Luxemburgs Massenstreiktheorie und die politischen Streiks heute

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts flammte in der deutschen Arbeiterbewegung eine leidenschaftliche Debatte um die Rolle von politischen Streiks, Generalstreiks und Massenstreiks auf, in der Rosa Luxemburg eine wichtige Rolle spielte. Manche der Frontstellungen, in denen sie damals diskutierte, haben für die heutige Situation keine unmittelbare Relevanz. Dies gilt sowohl für die anarchistische Vorstellung des aufständischen, direkt in eine Revolution überleitenden Generalstreiks, als auch für die aus der Frontstellung gegen den Anarchismus geborene kategorische Ablehnung des Generalstreiks bei manchen damaligen orthodoxen Marxisten. Um sich von diesen Ansätzen abzugrenzen, verwendete Luxemburg den Begriff des »Massenstreiks«. Sie stellte ihn sowohl anarchistischen Konzepten als auch den von ihr scharf kritisierten »reinen Demonstrationsstreiks« (1905/1966, 173) oder »politischen Gelegenheitsstreiks« (1902/1974, 234) entgegen, die die Führungen der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften als mechanische Instrumente einsetzten.⁴

Der Hintergrund der heutigen Auseinandersetzung um politische Streiks ist ein anderer. Rosa Luxemburg leitete ihre Theorie der Bedeutung des Massenstreiks für die sozialistische Bewegung aus den in der – letztlich gescheiterten – Russischen Revolution von 1905 gemachten Erfahrungen ab und untersuchte in ihrer wegweisenden Schrift »Massenstreik, Partei und Gewerkschaft« sein Potenzial für eine revolutionäre Umwälzung auch in Deutschland. Luxemburg schrieb ihre Schrift noch während der Revolution, deren aktive Teilnehmerin sie war, mit heißer Feder. Massenstreiks wurden von ihr in hohem Maße als offensive Waffe einer erstarkenden Arbeiterbewegung innerhalb einer längerfristigen Periode der sozialistischen Revolution gedacht. So galt ihr der Massenstreik als »die Bewegungsweise der proletarischen Masse, die Erscheinungsform des proletarischen Kampfes in der Revolution« (1905/1966, 173).

⁴ Zu den damaligen Diskussionen in der internationalen Arbeiterbewegung siehe auch die Studie von Gallas und Nowak in diesem Band, S. 33-39.

Die heutigen Ausgangsbedingungen und Fragestellungen sind andere. Anders als noch der französischen Generalstreik im Mai 1968 oder die Streikbewegungen im Italien der 1970er und im Polen der 1980er Jahre leiteten im Europa der Krise politische Streiks bisher in keinem Falle zu gesellschaftlichen Krisen mit revolutionärem Potenzial über. Im Gegenteil: Die zunehmende Zahl von politischen Streiks und Generalstreiks ist zunächst Ausdruck der hochgradig defensiven Stellung, in der sich die Gewerkschaften nach drei von Niederlagen geprägten Dekaden heute befinden. In Jahrzehnten erkämpfte Errungenschaften der Arbeiterbewegung stehen aktuell zur Disposition oder sind bereits verloren. Der aufkommenden Diktatur der Märkte droht die Demokratie in Europa geopfert zu werden. Die Gewerkschaften und die gesellschaftliche Linke kämpfen in dieser Situation mit dem Rücken an der Wand. Aus dieser Konstellation ergibt sich sowohl die massive Zunahme politischer Streiks als auch ihr vorrangig defensiver Charakter: Sie werden primär zur Abwehr weiterer Verschlechterungen eingesetzt, auch aus der Not heraus, weil eine institutionelle Verteidigung der Mehrheitsinteressen der Bevölkerung in den europaweit von neoliberalen Parteien dominierten Parlamenten derzeit nicht gelingt.

In Bezug auf die Entwicklungen in Europa erscheint Rosa Luxemburg hoch aktuell: »Wir leben in einer Zeit, wo auf dem Boden des Parlaments keine Vorteile für das Proletariat mehr errungen werden können. Deshalb muss die Masse selbst auf dem Schauplatz erscheinen.« (1913/1978, 264) In der heutigen Situation stellt sich das ähnlich dar. Linke Kräfte können sich nicht auf parlamentarische Politik verlassen. Sie sind nur dann erfolgreich, wenn sie konsequente Interessenvertretung im Parlament mit einer Orientierung auf soziale Bewegungen und gewerkschaftliche Kämpfe verknüpfen, wodurch sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verschieben lassen.

Rosa Luxemburgs Schriften zum Massenstreik verdeutlichen, welche zentrale Rolle Streikbewegungen im Allgemeinen und politische Streiks im Besonderen für die Perspektive einer grundsätzlichen Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse spielen können. Dabei gilt ihr nicht der unmittelbare Erfolg oder Misserfolg einer (politischen) Streikbewegung als das entscheidende Kriterium. Sondern »das Kostbarste, weil bleibendste (...) ist ihr geistiger Niederschlag: das sprungweise intellektuelle, kulturelle Wachstum des Proletariats, das eine unverbrüchliche Gewähr für sein weiteres unaufhaltsames Fortschreiten im wirtschaftlichen wie im politischen Kampfe bietet« (1905/1996, 164). Ihr geht es vor allem um die Erfahrung gemeinsamer Stärke in kollektiven Aktionen, um die Zunahme von Klassenbewusstsein, um das Lernen der Streikenden und ihre Selbstveränderung im (Abwehr-)Kampf. Dass dies prinzipiell für politische wie ökonomische

Streiks gilt, ist einer der Gründe, warum sie sich so vehement gegen deren schematische Trennung ausspricht. »Das ökonomische und das politische Moment [sind] unmöglich voneinander zu trennen. (...) es (ist) fast unmöglich, die Grenze zwischen beiden zu ziehen. (...) Es besteht zwischen beiden eine völlige Wechselwirkung« (176f.), Abwehrstreiks gegen ein Kürzungspaket der Regierung können zu einer Steigerung des Selbstbewusstseins in den Betrieben führen, das in verstärkte ökonomische Streiks mündet – und andersrum. In politischen Massenstreiks verdichten sich, so Rosa Luxemburg, die kleineren Bächlein und Rinnsale betrieblicher Streikbewegungen zu einem großen gemeinsamen Strom, um dann nach einiger Zeit erneut, nun aber gestärkt und voller neuer Kraft und Energie in die Flussläufe kleinerer ökonomischer Kämpfe zurückzufließen. Über den Massenstreik in der Russischen Revolution schreibt sie: »Er flutet bald wie eine breite Meereswooge über das ganze Reich, bald zerteilt er sich in ein Riesennetz dünner Ströme; bald sprudelt er aus dem Untergrunde wie ein frischer Quell, bald versickert er ganz im Boden. Politische und ökonomische Streiks, Massenstreiks und partielle Streiks, Demonstrationsstreiks und Kampfstreiks, Generalstreiks einzelner Branchen und Generalstreiks einzelner Städte, ruhige Lohnkämpfe und Straßenschlachten, Barrikadenkämpfe – alles das läuft durcheinander, nebeneinander, durchkreuzt sich, flutet ineinander über; es ist ein ewig bewegliches, wechselndes Meer von Erscheinungen. Und das Bewegungsgesetz dieser Erscheinungen wird klar: Es liegt nicht in dem Massenstreik selbst, nicht in seinen technischen Besonderheiten, sondern in dem politischen und sozialen Kräfteverhältnis.« (172f.)

So sehr das Phänomen des politischen Streiks aber von dem bestehenden politischen und sozialen Kräfteverhältnis abhängig ist, so sehr kann es auch dazu beitragen, es zu verschieben. Das Zitat von Luxemburg zeigt, dass dabei auch die von ihr anderswo kritisierten »reinen Demonstrationsstreiks« oder »politischen Gelegenheitsstreiks« eine Rolle spielen können. Sie schätzt den Wirkungsgrad dieser Kampfformen aber als sehr begrenzt ein. Die meisten der in dem hier vorliegenden Band untersuchten Streiks im Europa der Krise weisen viele Gemeinsamkeiten mit den von Luxemburg kritisierten Streikformen auf: Sie werden meist von den Gewerkschaftsführungen für einen bestimmten Tag angesetzt, um aus einem bestimmten Anlass heraus eigene Stärke zu demonstrieren, Druck aufzubauen und dadurch Zugeständnisse zu erreichen. Die von Luxemburg beobachteten Massenstreiks der Russischen Revolution von 1905 hatten einen anderen Charakter. Sie entstanden oft spontan von der Basis her und verfolgten neben konkreten auch sehr weitreichende, auf eine grundsätzliche Umgestaltung des politischen und wirtschaftlichen Systems gerichtete Ziele. In

ihnen artikulierten, verdichteten und verbanden sich zahlreiche lokale politische und ökonomische Streikbewegungen zu einer gemeinsamen Herausforderung des gesellschaftlichen Systems. Sie waren Teil eines noch als »Bewegungskrieg« (Antonio Gramsci) geführten, sehr bewussten Kampfes um gesamtgesellschaftliche und nicht nur partielle Veränderung und entstanden ziemlich direkt aus diesem Kampf heraus.

Luxemburg wehrt sich in diesem Zusammenhang gegen die instrumentelle Vorstellung der damaligen deutschen Gewerkschaftsführungen, man könne das Mittel des Massenstreiks wie ein Taschenmesser mit sich herumtragen, »dass man in der Tasche ›Für alle Fälle‹ zusammengeklappt bereithalten oder auch aufklappen und gebrauchen kann« (1905/1966, 141). Sie argumentiert, die Russische Revolution habe vor allem gezeigt, dass »der Massenstreik nicht künstlich ›gemacht‹, nichts ins Blaue hinein ›beschlossen‹, nicht ›propagiert‹ wird, sondern dass er eine historische Erscheinung ist, die sich in gewissem Moment aus den sozialen Verhältnissen mit geschichtlicher Notwendigkeit ergibt« (143). In ihrer Skepsis gegenüber von den Gewerkschaftsführungen quasi »verordneten« Massenstreiks spiegelt sich eine ihrer Grundauffassungen: »Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein« (1911/1973, 38) und nicht stellvertretend von einer Regierung bzw. einer Partei- oder Gewerkschaftsführung erreicht werden.

So richtig Luxemburgs Haltung grundsätzlich ist, so verkehrt wäre ihre schematische Übertragung auf die heutigen politischen Streiks in Europa. Bei aller Ähnlichkeit mit den Charakteristika der von Luxemburg kritisierten »reinen Demonstrationsstreiks« oder »politischen Gelegenheitsstreiks« sind die Streiks von heute Teil und Ausdruck des historischen Ringens der Arbeiterbewegung um die Verteidigung von Sozialstaatlichkeit und Demokratie. Dieses Ringen führt die Arbeiterbewegung aus einer defensiven, von hochgradiger Schwäche gekennzeichneten Position heraus, deren Ursachen sowohl in den fragmentierenden Umstrukturierungen der kapitalistischen Produktion im Postfordismus, als auch in der Diskreditierung sozialistischer Ideen durch das Scheitern des bürokratischen Staatssozialismus begründet sind.

Vor diesem Hintergrund können die politischen Streiks in Europa sehr wohl eine ähnliche Rolle spielen wie die von Luxemburg favorisierten »Massenstreiks« und tragen z.T. auch deren Merkmale: als Orte einer Neukonstituierung von Klassenbewusstsein, in denen wichtige Erfahrungen der eigenen Stärke in kollektiven Aktionen gemacht werden können, die dann wieder auf ökonomische Streiks und allgemeiner auf die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zurückwirken. Noch stehen die zahlreichen Abwehrkämpfe

gegen die Auswirkungen der Krise oft unverbunden nebeneinander, noch blockieren zahlreiche Spaltungslinien (öffentlicher vs. privater Sektor, Kernbelegschaften vs. LeiharbeiterInnen, Beschäftigte vs. Erwerbslose, MigrantInnen vs. Einheimische etc.) die Herausbildung eines neuen Projekts klassenbasierter Solidarität. Die gegenwärtigen politischen und Generalstreiks in Europa können aber wichtige Kristallisationspunkte für eine Vereinheitlichung der Bewegungen und Kämpfe und Ausgangspunkte einer neuen Verbreitung sozialistischer Ideen sein. Faktisch spielen sie damit – zumindest in der Tendenz – eine ganz ähnliche Rolle wie die von Luxemburg beschriebenen Massenstreiks.

Der politische Streik im Fokus des Gesprächskreis Gewerkschaften der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Der vorliegende Sammelband ist auch das Ergebnis einer intensiven Auseinandersetzung des Gesprächskreises Gewerkschaften der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Thema »Politische Streiks im Europa der Krise«. Leitfragen waren dabei:

- Wie lässt sich der Anstieg von politischen Streiks in vielen europäischen Ländern besonders seit dem Ausbruch der Krise erklären?
- Wie genau werden die Ausstände vorbereitet, wie laufen sie konkret ab und was sind ihre Ergebnisse? Werden soziale Bewegungen und Linksparteien einbezogen und wenn ja, wie? Wie versuchen Gewerkschaften, auch Arbeitslose und prekär Beschäftigte zu mobilisieren?
- Warum konnte trotz aller Generalstreiks bisher in keinem Land eine umfassende Abkehr von der Kürzungspolitik durchgesetzt werden?
- Welche Rolle können politische Streiks als Antwort auf die herrschende Krisenpolitik spielen? Wie können sie erfolgreicher werden?
- Werden politische Streiks auch für die deutschen Gewerkschaften künftig wieder eine wichtigere Rolle spielen müssen, und wenn ja, welche Strategien sind notwendig, um dies zu erreichen?

Auf einem Treffen des Gesprächskreises im Januar 2012 in Frankfurt präsentierte der renommierte Generalstreikforscher John Kelly rund 70 TeilnehmerInnen des Treffens die Ergebnisse der jahrelangen Forschungen seines Teams. Veit Wilhelmy, Sekretär der IG BAU, wandte sich anschließend der Notwendigkeit politischer Streiks auch in Deutschland und möglichen gewerkschaftlichen Strategien zu ihrer Umsetzung zu.

Am 5. Mai 2012 veranstaltete die RLS in Berlin eine internationale Konferenz mit dem Titel »Politische Streiks im Europa der Krise«, in der mit ge-

neralstreikerproben KollegInnen aus dem europäischen Ausland über ihre konkreten Erfahrungen bei der Organisation politischer Streiks diskutiert wurde. Eröffnet wurde die Konferenz von dem damaligen Vorsitzenden der Partei Die Linke, Klaus Ernst. Abschlussredner war Detlef Hensche, ehemaliger Vorsitzender der IG Medien. Im Zentrum der Konferenz aber standen die ausländischen Gäste: aktive GewerkschafterInnen aus Griechenland, Spanien, dem Baskenland, Portugal, Frankreich, Österreich und England. Sie berichteten detailliert über die politischen Streiks in ihren Ländern und ihre praktischen Erfahrungen. Im Mittelteil des vorliegenden Bands finden sich ausführliche Interviews mit ihnen, die diese Themen noch einmal aufgreifen.

Studien, Interviews, Beiträge: Der Aufbau des Bandes

Der erste Teil des Bandes liefert einen Überblick über die Entwicklung politischer und Generalstreiks in Europa. Alexander Gallas und Jörg Nowak legen eine umfangreiche, von der RLS geförderte Studie vor, die sich mit Streikbewegungen und Protesten von Beschäftigten im Europa der Krise befasst. Schwerpunkt dieser Studie ist der Vergleich zweier Länder mit grundsätzlich verschiedenen Traditionen des politischen Streiks: Frankreich und Großbritannien. Gallas und Nowak betonen, dass politische Streiks eine Waffe im Kampf um Demokratie darstellen können, wenn sie in eine »demokratische Erzählung« eingebettet sind. Demokratisierung schließt ihrem Verständnis nach ausdrücklich die Ausdehnung der Kontrolle der Bevölkerung über ökonomische Prozesse und die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein. Der Beitrag von Kerstin Hamann, Alison Johnston und John Kelly befasst sich schwerpunktmäßig mit Westeuropa. Die AutorInnen stellen fest, dass es in den letzten drei Jahrzehnten eine deutliche Zunahme von Generalstreiks gegeben hat, obwohl die Zahl der Streikaktivitäten insgesamt zurückgegangen ist. Während Gallas und Nowak einen Zusammenhang zwischen Wahlerfolgen linker Parteien und zuvor stattgefundenen Generalstreiks und sozialen Kämpfen sehen, bestreiten Hamann et al. dies. Boris Kanzleiter, Leiter des Büros der RLS in Belgrad, analysiert anschließend die politischen Sozialproteste und Streiks, die sich seit Ausbruch der Krise in Südosteuropa ereignen. Er argumentiert, dass es zwar vielfältige Proteste gibt, diese aber fragmentiert bleiben. Vor diesem Hintergrund schlägt er ähnlich wie Gallas und Nowak vor, eine »gemeinsame Erzählung« stark zu machen, die die Interessen der von der Kürzungspolitik betroffenen sozialen Gruppen zum Ausdruck bringt.

Herzstück des Bandes sind Interviews mit KollegInnen aus zahlreichen europäischen Ländern, die von ihren konkreten Erfahrungen in der Organisation und Durchführung politischer Generalstreiks berichten. Sie bilden ein breites Spektrum europäischer Gewerkschaften ab. Es kommen sowohl GewerkschafterInnen aus Ländern mit einer starken Tradition des politischen Generalstreiks (wie Griechenland, Spanien, Portugal, Baskenland und Frankreich) zu Wort, als auch solche aus Ländern wie Österreich und England, die – wie die Bundesrepublik – über keine solche Tradition verfügen, in denen es in den letzten Jahren aber zu starken politischen Streikbewegungen gekommen ist. Ein weiteres Kriterium bei der Auswahl der InterviewpartnerInnen war, dass sowohl KollegInnen aus Ländern mit einer entlang politischer Linien aufgefächerten Gewerkschaftslandschaft zu Wort kommen sollten, als auch KollegInnen aus Ländern, in denen es – ähnlich wie in Deutschland – einheitliche Dachverbände gibt. Weiterhin kommen VertreterInnen von Großgewerkschaften mit linker, sozial- oder auch christdemokratischer Ausrichtung ebenso zu Wort wie die kleineren und radikaleren Basisgewerkschaften. Letztere sind in vielen Ländern wichtige Akteure in politischen Streiks. Leider gelang es nicht, ein ausgewogenes Verhältnis von KollegInnen aus dem verarbeitenden Gewerbe und Dienstleistungssektor bzw. dem öffentlichen Sektor zu erzielen: Die meisten sind in letzterem tätig.

Aufgrund der am Tag nach der Konferenz stattfindenden Wahlen gestaltete sich die Suche nach einem Referenten bzw. einer Referentin aus Griechenland besonders schwierig. Umso erfreulicher war, dass Olga Karyoti aus dem Vorstand des Verbandes der ÜbersetzerInnen, RedakteurInnen und KorrekturleserInnen einsprang und insbesondere die Perspektive gewerkschaftlicher Selbstorganisation prekär Beschäftigter einbrachte. Neben den TeilnehmerInnen der Konferenz interviewten die Herausgeber auch den Generalsekretär der belgischen Gewerkschaft CNE, die im Frühjahr an einem Generalstreik beteiligt war, der einige Zugeständnisse seitens der Regierung erreichen konnte.

Der letzte Teil des Bandes befasst sich mit der Frage politischer Streiks in Deutschland und der gewerkschaftlichen Debatte um sie. Dass es auch hierzulande immer wieder zu politischen Streikaktionen kam, verdeutlicht ein Beitrag über die vergessene Geschichte politischer Streiks in (West-) Deutschland seit 1945 von Lucy Redler. Heidi Scharf, langjährige Gewerkschaftssekretärin der IG Metall, schildert ihre persönlichen Erfahrungen in verschiedenen politischen Streiks der vergangenen Jahrzehnte, während der ehemalige Vorsitzende der IG Medien, Detlef Hensche, auf rechtliche und politische Fragen der Auseinandersetzung um politische Streiks ein-

geht. Veit Wilhelmy, Sekretär bei der IG BAU und profilierter Streiter für das politische Streikrecht in Deutschland, erläutert mögliche gewerkschaftliche Strategien zu dessen Durchsetzung. Abschließend schlägt Klaus Ernst, IG Metall und ehemaliger Vorsitzende der Linkspartei, die Brücke zurück nach Europa. Er diskutiert – auch ausgehend von eigenen Erfahrungen – die Notwendigkeit politischer Streiks als Waffen zur Verteidigung von Sozialstaat und Demokratie für die europäische wie auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Bis auf die Beiträge von Hamann et al. und Klaus Ernst, die bereits in der Zeitschrift *LuXemburg* (Nr. 2/2012) erschienen, handelt es sich bei allen um Erstveröffentlichungen.

Die Produktion eines Sammelbandes erfordert viele helfende Hände und Köpfe. Namentlich danken möchten die Herausgeber Fanny Zeise und Mario Candeias vom Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS für ihre Hilfe bei der Konzeption der Berliner Konferenz und des Bandes, Marcel Bois für das Redigieren der Überblicksstudie »Agieren aus der Defensive«, Lotte Arndt für die Übersetzung des Interviews mit Felipe van Keirsbilck und Tina Kiel, Jurij Meissner und Peter Ostholt für ihre Unterstützung bei der Durchführung der Konferenz.

Schwierigkeiten bei der Definition des politischen Streiks

Es existiert keine allgemein anerkannte wissenschaftliche Definition der Begriffe »Generalstreik« und »politischer Streik«. ⁵ Für den Generalstreik schlagen Hamann et al. in ihrem Beitrag folgende Definition vor: »Unter Generalstreik verstehen wir eine zeitlich begrenzte, landesweite Arbeitsniederlegung durch Beschäftigte verschiedener Branchen, die sich gegen den exekutiven oder legislativen Zweig einer Regierung richtet. Zu einem Generalstreik mobilisieren ein oder mehrere Dachverbände ihre gesamte Mitgliedschaft und auch nicht gewerkschaftlich Organisierte. In der Regel richtet sich der auf diese Weise geäußerte Protest gegen ein von der Regierung unterbreitetes oder bereits eingeführtes Gesetzesvorhaben, oder zum Generalstreik wird nach dem Scheitern von Verhandlungen über politische Reformen aufgerufen.«

Die Herausgeber dieses Bandes folgen dieser Definition insofern, als sie die gegenwärtig in Europa stattfindenden Generalstreiks zugleich auch

⁵ Hamann, Kerstin/John Kelly: General Strikes in Western Europe 1980-2008 Paper for Political Studies Association Annual Conference, 7.-9. April 2009, Manchester, www.psa.ac.uk/2009/pps/Kelly.pdf

als politische Streiks ansehen.⁶ Für sich genommen ist der *politische* Streik aber weiter zu fassen. Explizit politische Streiks können auch branchenübergreifend, aber nur in einer Region stattfinden, ebenso landesweit, aber nur in einer Branche – und es kann sogar auf der Ebene eines einzelnen Betriebes Streiks zu politischen Fragen geben. Ein politischer Streik muss also nicht zwingend den Charakter einer landesweiten Arbeitsniederlegung annehmen. Daher hat zwar jeder Generalstreik auch eine politische Dimension, aber nicht jeder politische Streik muss die Form eines Generalstreiks annehmen. Das entscheidende Merkmal eines politischen Streiks ist, dass er sich primär gegen Regierungshandeln richtet, auf die Beeinflussung politischer Entscheidungen abzielt oder starke allgemeinpolitische Implikationen hat – im Gegensatz zu ökonomischen Streiks, die sich primär gegen Unternehmerhandeln richten.⁷ Nach unserer Definition werden auch Streiks, die sich an ökonomischen Fragen entzünden, aber gleichzeitig eine starke allgemeinpolitische Funktion haben (wie der große Streik im öffentlichen Dienst in Großbritannien, der seinen Ausgangspunkt an einer Rentenkürzung der Regierung hatte, sich aber gegen die Kürzungspolitik insgesamt richtete), als politische Streiks gefasst.

Die Grenzen zwischen politischen und ökonomischen Streiks sind oft fließend, woraus sich auch die Schwierigkeiten bei der Definition ergeben. Oft beeinflussen sie sich gegenseitig, manchmal schlägt der eine in den anderen um. In erfolgreichen Lohnkonflikten gewonnene Erfahrungen kann Beschäftigte ermutigen, sich gegen Angriffe auf der politischen Ebene mit Streiks zur Wehr zu setzen. Und Konflikte um politische Fragen können andersherum die Kampfbereitschaft in den Betrieben beeinflussen.

Auf die sich aus der vielfältigen und häufig überlappenden Wirklichkeit von Streikbewegungen ergebenden Schwierigkeiten einer schematischen Definition wies Rosa Luxemburg bereits 1902 in einem Artikel über einen großen Generalstreik zur Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts in Belgien hin: Man muss »einsehen, dass unter dem Namen des Generalstreiks in verschiedenen Fällen ganz verschiedene Dinge verstanden und dement-

⁶ Als allgemeine Definition von Generalstreiks ist sie allerdings untauglich. Weder müssen Generalstreiks per se zeitlich begrenzt sein, noch müssen sie sich gegen Regierungshandeln richten. In der Geschichte finden sich viele Beispiele für Generalstreiks, die ihren Ausgangspunkt an Unternehmerhandeln hatten. Dennoch verwenden wir sie als Arbeitsdefinition für diesen Band, da sie sich gut zur Beschreibung der gegenwärtigen politischen Generalstreiks in Europa eignet.

⁷ Streiks im öffentlichen Dienst sind in diesem Sinne so lange als ökonomische Streiks zu fassen, wie sie sich primär gegen die Regierung als ihren Arbeitgeber richten und sie nicht auf eine Änderung politischer Entscheidungen abzielen.

sprechend ganz verschieden beurteilt werden. (...) Die erste Bedingung einer ernsthaften Beurteilung der Frage vom Generalstreik ist die Unterscheidung nationaler Generalstreiks von internationalen, politischer von gewerkschaftlichen, Branchenstreiks von allgemeinen, solcher, die durch ein bestimmtes Zeitereignis hervorgerufen sind, von solchen, die aus allgemeinen Bestrebungen des Proletariats abgeleitet werden usw. Es genügt bereits, sich die ganze Mannigfaltigkeit in der konkreten Erscheinung des Generalstreiks, die mannigfaltigen Erfahrungen mit diesem Kampfmittel zu vergegenwärtigen, um dieses Schablonisieren und summarische Ablehnen oder Verherrlichen dieser *Waffe* als eine Gedankenlosigkeit erscheinen zu lassen.« (233f.)

Untersuchung und Intervention

Der vorliegende Sammelband versucht, einen möglichst umfassenden Überblick über das Phänomen der deutlichen Zunahme politischer Streiks in Europa der Krise zu geben. Dazu werden wissenschaftliche Analysen präsentiert und führende AktivistInnen aus politischen Streiks verschiedener Länder sowie deutsche GewerkschafterInnen mit ihren ganz unterschiedlichen Erfahrungen kommen zu Wort. Es kommen zugleich verschiedene Textformen zum Einsatz: wissenschaftliche Studien, Interviews und politisch-strategische Beiträge. Großen Raum nehmen die Akteure selbst, ihre Erfahrungen und Perspektiven ein.

Der Band versteht sich nicht nur als beschreibende Untersuchung, sondern auch als politische Intervention in die Debatte um politische Streiks in Deutschland. Die Herausgeber sind davon überzeugt, dass politische Streiks bereits heute eine zentrale Rolle im Ringen um Demokratie und Umverteilung in Europa spielen – und perspektivisch noch mehr spielen werden. Ein prinzipieller Verzicht der Gewerkschaften auf den Einsatz dieses Mittels auch in Deutschland, dem Kernland der europäischen Austeritätspolitik, erscheint zunehmend als eine unwirksame Strategie.

Jahrzehntelang konnten die deutschen Gewerkschaften – auch als Gegenleistung zu ihrem weitgehenden Verzicht auf politische Streiks im Rahmen einer Sozialpartnerschaft – deutliche Verbesserungen des Lebensstandards der Lohnabhängigen auf dem Weg institutionalisierter Tarifauseinandersetzungen erzielen. Diese Zeiten sind vorbei, die Sozialpartnerschaft und der ihr zugrunde liegende Klassenkompromiss wurden vom Kapital einseitig aufgekündigt. Der Durchmarsch des Neoliberalismus stellt die Gewerkschaften vor die Aufgabe der Entwicklung zeitgemäßer und durchsetzungs-

fähiger Kampfformen. So hat die Debatte um die Notwendigkeit politischer Streiks auch hierzulande wieder an Fahrt gewonnen. Dahinter steht die Erfahrung, dass die Gewerkschaften nicht in der Lage waren, die Politik der Agenda 2010 mit ihren für die ArbeitnehmerInnen verheerenden Folgen (Ausweitung von prekärer Beschäftigung und Niedriglohnsektor; Disziplinierung der Beschäftigten durch Angst vor sozialem Absturz bei Hartz IV) mit herkömmlichen Mitteln zu stoppen. Nicht zufällig wurde Deutschland so zum einzigen Land Europas ohne Reallohnsteigerungen in der letzten Dekade, was wesentlich zur Steigerung der deutschen Exportkraft auf Kosten seiner Nachbarländer und damit zur gegenwärtigen Eurokrise beitrug. Viele linke GewerkschafterInnen zogen daraus die Schlussfolgerung: Das Mittel politischer und Generalstreiks muss wieder in das Repertoire der Kampfmittel der deutschen Gewerkschaftsbewegung aufgenommen werden. Prominent wurde diese Position von Oskar Lafontaine mit der Forderung nach einem Recht auf den Generalstreik in die gesellschaftliche Debatte getragen. Die IG BAU sprach sich für politische Streiks aus und ebenso ver.di auf dem Gewerkschaftstag 2011. Ein von zahlreichen prominenten GewerkschafterInnen erstunterzeichneter »Wiesbadener Apell« für das politische Streikrecht fand in diesem Frühjahr in wenigen Tagen über 2.500 UnterstützerInnen.

Die Aktivitäten des Gesprächskreises Gewerkschaften der RLS stehen ebenso wie der vorliegende Band in diesem Kontext. Es geht darum, die deutschen Gewerkschaften dazu anzuregen, den politischen Streik wieder in das Repertoire ihrer Kampfformen aufzunehmen und sich somit eine der wichtigsten Waffen im Kampf um Demokratie und Umverteilung anzueignen.

Literatur

- Luxemburg, R. (1902): Und zum dritten Mal das belgische Experiment, in: dies., Gesammelte Werke, Bd. 1 (1893-1905), 2. Halbbd., Berlin/O. 1974, 229-248
- Luxemburg, R. (1905): Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, Politische Schriften, Bd.1, hgg. von O.K. Flechtheim, Frankfurt/M. 1966, 135-228
- Luxemburg, R. (1911): Wieder Masse und Führer, Gesammelte Werke, Bd. 3 (Juli 1911-Juli 1914), Berlin/O. 1973, 37-42
- Luxemburg, R. (1913): Der politische Massenstreik, Gesammelte Werke, Bd. 3 (Juli 1911-Juli 1914), Berlin/O. 1978, 259-266
- Hamann, K. und J. Kelly (2009): General Strikes in Western Europe 1980-2008, Vortragsmanuskript für die Political Studies Association Annual Conference, 7.-9.4.2009, Manchester, www.psa.ac.uk/2009/pps/Kelly.pdf
- Schölzel, A. (2012): Proteststurm in Portugal, in: junge Welt, 24.9.2012

Teil 1
Politische Generalstreiks
und Sozialproteste in Europa

Alexander Gallas/Jörg Nowak

Agieren aus der Defensive

Ein Überblick zu politischen Streiks in Europa
mit Fallstudien zu Frankreich und Großbritannien

1. Einleitung

1.1 Untersuchungsfeld und Fragestellungen

Seit Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 ist es in vielen Ländern West- und Südeuropas zu zeitlich befristeten politischen Streiks gekommen: in Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Portugal und Spanien.¹ Zumeist wird für einen Tag gegen konkrete Regierungsentscheidungen bzw. -maßnahmen protestiert, die der Bewältigung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise dienen sollen. Dazu gehören Sparmaßnahmen, Steuererhöhungen, die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters sowie Veränderungen in den rechtlichen Rahmenbedingungen für gewerkschaftliche Organisation und Arbeitskämpfe. Zudem geht es um die Einschränkung jener gesetzlichen Regelungen, die Lohnabhängige absichern – also Kündigungsschutz, Urlaubsregelungen und gesetzliche Begrenzungen der Arbeitszeit.² Normalerweise wird branchenübergreifend für diese Streiks mobilisiert, insofern handelt es sich um Generalstreiks.

Im vorliegenden Beitrag geht es um die Frage, ob politische Streiks ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der vorherrschenden Krisenpolitik sind. Zudem soll untersucht werden, inwiefern Möglichkeiten bestehen, ihre Wirksamkeit zu erhöhen. Dabei widmen wir uns drei Fragenkomplexen:

- Warum greifen Gewerkschaften und ArbeiterInnen in der Krise zum Kampfmittel des politischen Streiks?
- Warum ist es durch die Streiks bislang kaum gelungen, Konzessionen zu erzielen? Gibt es andere Kampfmittel, die größeren Erfolg versprechen?
- Was wären Maßnahmen, die den von den Streiks ausgehenden politischen Druck erhöhen würden?

¹ Auch in Großbritannien gab es mehrere Streiktage (s.u.). Da es um Rentenkürzungen im öffentlichen Sektor ging, handelte es sich offiziell nicht um politische Streiks. Dennoch stellten sie auch Proteste gegen die Kürzungspolitik der Regierung Cameron dar, weshalb sie zumindest als politisierte Streiks angesehen werden können.

² Siehe Hamann et al. in diesem Band, S. 107-113.

Zur Beantwortung dieser Fragen legen wir den Schwerpunkt unserer Untersuchung auf den Vergleich von zwei Ländern: Frankreich und Großbritannien.³ Wir haben diese Auswahl getroffen, weil es sich um zwei wichtige westeuropäische Länder handelt, die in ihrer Größe und Wirtschaftskraft vergleichbar sind.

Gleichzeitig haben sie jedoch sehr unterschiedliche Traditionen in Bezug auf politische Streiks. In Frankreich gehören Proteste gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik traditionell zum Repertoire der Kampfformen, von denen Gewerkschaften Gebrauch machen. Politische Streiks sind zwar illegal; Ausstände gegen Regierungsprojekte, die die Rechte der Lohnabhängigen betreffen, werden jedoch nicht als politische Streiks angesehen. In Großbritannien hingegen gibt es keine vergleichbare Tradition politischer Streiks. Wie in Deutschland auch betrachtet sie der politische Mainstream als gesetzeswidrig. Entsprechend werden Streiks von ihren GegnerInnen immer wieder als »politisch« deklariert, um ihre Legitimität in Frage zu stellen (vgl. Hain 1986).

Neben dem Vergleich zwischen Frankreich und Großbritannien befassen wir uns überblicksartig mit der Situation in anderen europäischen Ländern. Unsere Studie stellt also auch den Versuch dar, nationalspezifische Besonderheiten und allgemeine Tendenzen der Entwicklung in Europa herauszuarbeiten.

1.2 Verschiedene Streiktypen

Politische Streiks erfüllen in unterschiedlichen Situationen unterschiedliche Zwecke. Entsprechend können sie sowohl Ausdruck der Stärke als auch der Schwäche der Arbeiterklasse sein. Das haben bereits die Intellektuellen der Arbeiterbewegungen im 19. und frühen 20. Jahrhundert ausführlich diskutiert. Zu einem besseren Verständnis der gegenwärtigen Situation ist es hilfreich, die damals verwendeten Raster zur Einordnung von Streiks zu Rate zu ziehen. Sie erleichtern die Einschätzung ihrer politischen Bedeutung. Aufbauend auf Rosa Luxemburgs Text *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften* (1906) lassen sich folgende Unterscheidungen treffen:

³ Da die Situation in Deutschland im dritten Teil dieses Bandes ausführlich erörtert wird, gehen wir nicht näher auf sie ein. Zur Debatte um den politischen Streik in Deutschland siehe auch Adler (2007), Redler (2007), Sauerborn (2006; 2010) und Wilhelmy (2008; 2010; 2012).

AUSRICHTUNG	ökonomischer vs. politischer Streik
UMFANG	sektoraler vs. Generalstreik
FUNKTION	Erreichung selbstgewählter Ziele (offensiver Streik) vs. Abwehr ökonomischer oder politischer Angriffe (defensiver Streik)
FORM	Demonstrationsstreik vs. Kampfstreik

In der politischen Wirklichkeit finden sich natürlich alle möglichen Kombinationen: »alles das läuft durcheinander, nebeneinander, durchkreuzt sich, flutet ineinander über; es ist ein ewig bewegliches, wechselndes Meer von Erscheinungen« (Luxemburg 1906). Die derzeitigen politischen Streiks im Europa der Krise sind bislang vor allem Generalstreiks, Demonstrationsstreiks und defensive Streiks. Sie setzen auf eine möglichst umfassende Mobilisierung an einem festgesetzten Streiktag, an dem auch zu Demonstrationen aufgerufen wird. Zudem beziehen sie sich auf Entscheidungen bzw. Maßnahmen von Regierungen, die vorhandene soziale Absicherungen beseitigen und zur Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen führen. Daneben kommt es im Europa der Krise weiterhin zu ökonomischen, sektoralen, offensiven Kampfstreiks. Der Streik der Flugsicherung in Deutschland Anfang 2012 ist hierfür ein aktuelles Beispiel.

1.3 Ökonomische und politische Rahmenbedingungen

Das vorgestellte Streiktypenraster verweist auf unsere erste Forschungsfrage: Warum setzen Gewerkschaften in der Krise auf das beschriebene Kampfmittel? Zu ihrer Beantwortung bedarf es zunächst einer kurzen Einschätzung der ökonomischen und politischen Lage.

»Profite werden privatisiert, Verluste vergesellschaftet« – dieses Schlagwort wird oft verwendet, um die sozialen Auswirkungen der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise zu beschreiben. Das vorherrschende politische Krisenmanagement besteht darin, den globalen Finanzsektor durch Staatsingriffe zu retten – und die entstehenden Kosten durch Kürzung der Staatsausgaben auszugleichen. Faktisch »zahlen« also die Lohnabhängigen für das Platzen der Blase auf den Finanzmärkten: Ihnen zugute kommende Transferleistungen und öffentliche Dienstleistungen werden eingeschränkt – und das, obwohl sie weit weniger vom Boom vor der Krise profitiert haben als die BesitzerInnen großer Vermögen. Es ist zu erwarten, dass sich der bereits während der Boomjahre zu verzeichnende drastische Anstieg der Einkommens- und Vermögensungleichheit unter verschärften Bedingungen fortsetzt.

Ein wichtiger Bestandteil der Krisendynamik ist, dass die herrschenden Klassen diese Situation nutzen, um die Eigentums-, Verteilungs- und Ar-

beitsverhältnisse grundlegend umzugestalten. Dabei kommt ihnen zugute, dass Wirtschaftskrisen Beschäftigte tendenziell in eine schwierige Verhandlungsposition bringen: Die Gefahr des Abrutschens in Arbeitslosigkeit und Armut ist groß, für die Lohnabhängigen steht viel auf dem Spiel. Das bedeutet auch, dass kollektives Handeln im Betrieb mit großen Risiken verbunden ist. Krisensituationen begünstigen also Offensiven des Kapitals (vgl. Klein 2007). Entsprechend ist die Kürzungspolitik europäischer Regierungen auf Dauer angelegt. Beim europäischen Fiskalpakt handelt es sich um ein Ausgabenbeschränkungs- und Kürzungsprogramm, das auf einer zwischenstaatlichen Vereinbarung basiert, aus der man faktisch nicht mehr aussteigen kann (Brössler 2012). In Bezug auf die Kahlschlagpolitik der britischen Regierung titelte die Zeitung *The Guardian* (Elliott/Wintour 2010): »Pain now, more pain later« – Qualen jetzt, noch mehr Qualen später. Das kann auch als Motto des Fiskalpakts gelten. Die dauerhafte Absenkung der Staatsausgaben nützt den herrschenden Klassen nicht nur, weil die Vermögenden aus der Krise relativ ungeschoren hervorgehen. Sie erhöht durch Schrumpfung des öffentlichen Sektors die Arbeitslosigkeit und den Druck auf die Löhne, was im Prinzip die Erhöhung der Profite begünstigt. Gleichzeitig erzeugt sie aber auch handfeste wirtschaftliche Probleme: Sie drückt die Binnennachfrage herab und schwächt so das Wirtschaftswachstum.

Das eiserne Regime des Fiskalpakts, das im Übrigen auch in Deutschland erhebliche Kürzungsmaßnahmen erfordern wird (vgl. Schieritz 2012), stellt zudem einen Angriff auf die Demokratie dar (vgl. Oberndorfer 2012). Im September 2011 hat das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil zur Griechenlandhilfe festgestellt, dass das Recht des Bundestags, einen Haushalt zu beschließen, zu den Kernbeständen der parlamentarischen Demokratie in Deutschland gehört (vgl. Knapp 2011). Die Einschränkung dieses Rechts durch den Fiskalpakt berührt also auch Kernbereiche demokratischer Willensbildung. Zusammengefasst nutzen die herrschenden Klassen die Wirtschaftskrise für Offensiven, die eine Krise der Demokratie hervorrufen (vgl. Gallas/Nowak 2011).

1.4 Streiks als Generalstreiks und defensive Reaktionen

Die Streiktage in West- und Südeuropa sind als Reaktionen der Beschäftigten auf die Offensiven der herrschenden Klassen, auf die Verschärfung des Verteilungsproblems und auf die Krise der Demokratie zu sehen. Sie entzündeten sich für gewöhnlich an national spezifischen Regierungsentscheidungen, die allerdings in fast allen Fällen im Zusammenhang mit der europäischen Kürzungspolitik stehen. Die fraglichen Streiks sind also defensiv ausgerichtet. Sie dienen der Abwehr von Regierungsvorhaben.

Der politischen Zielsetzung der Streiks entspricht ihr Umfang: Sie sind zu meist als Generalstreiks angelegt. Schließlich werden allgemeinpoltische Angelegenheiten verhandelt, die die Lohnabhängigen insgesamt betrefen und nicht bloß bestimmte Branchen. Wir verwenden das Wort »Generalstreik« dann, wenn es zu einem branchenübergreifenden Ausstand mit Massenbeteiligung kommt.⁴

Diese Beschreibung trifft auf fast alle politischen Streiks in Griechenland, Italien und Frankreich zu – jenen Ländern, in denen die weitaus größte Zahl an Generalstreiks seit Beginn der Krise stattfand (30 von 36 – Stand vom September 2012⁵). Auch die beiden Generalstreiks in Spanien im September 2010 und im März 2012 waren insofern defensiv, als dass sie sich gegen Sozialkürzungen und die Verschlechterung des Kündigungsschutzes richteten. Anlass für die Streiktage im öffentlichen Sektor in Großbritannien im Juni und November 2011 und im Mai 2012 sowie für den Generalstreik in Belgien vom Januar 2012 waren vor allem Verschlechterungen bei den Renten. Die Generalstreiks in Portugal im November 2010 und November 2011 richteten sich allgemein gegen Kürzungsmaßnahmen.

1.5 Demonstrationsstreiks und Kampfstreiks

Eine zweite, wichtige Eigenschaft der Streiks ist, dass es sich für gewöhnlich um Demonstrationsstreiks handelt: An einem bestimmten Tag wird die Arbeit ausgesetzt, um die Ablehnung bestimmter Regierungsmaßnahmen zum Ausdruck zu bringen. Dies geschieht zumeist mit Hilfe von Demonstrationen, an denen die Streikenden und ihre UnterstützerInnen teilnehmen. Ein Demonstrationsstreik ist eine symbolische Machtdemonstration: Gelingt die Mobilisierung und kommt es vorübergehend zum wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Stillstand, offenbart sich die Abhängigkeit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung von der Arbeitsleistung und der politischen Zustimmung der Bevölkerung. Ziel ist es, diese Abhängigkeit aufzuzeigen – und somit anzudrohen, dass eine Fortsetzung der herrschenden Politik potenziell katastrophale Folgen hat. Ein Generalstreik, der als Kampfstreik geführt wird, kann tatsächlich zum Zusammenbruch der ökonomischen und politischen Ordnung führen. Kampfstreiks (auch Erzwingungsstreiks genannt) sind im Gegensatz zu Demonstrations-

⁴ Hierbei handelt es sich um eine Arbeitsdefinition, die der Analyse des beschriebenen Gegenstands dient und sich an die Alltagssprache in vielen europäischen Ländern anlehnt, nicht um eine theoretische Begründung des Begriffs »Generalstreik«. Vgl. zu Fragen der Terminologie auch die Einleitung und den Beitrag von Hamann et al. in diesem Band.

⁵ Unsere Zählung knüpft an die von John Kelly und Kerstin Hamann an (2009).

streiks unbefristet und dienen der Erreichung eines bestimmten, klar benannten Ziels. Sie werden erst dann beendet, wenn dieses Ziel bzw. eine neue, noch weiter gehende Forderung erreicht worden ist – oder wenn die Streikenden zu der Einschätzung gelangen, dass sie sich nicht durchsetzen können und daher den Streik abbrechen oder versuchen, einen Kompromiss zu schließen. Ein wesentliches Problem in einer Situation der Defensive ist, dass sich die mit dem Demonstrationstreik verbundene Drohung oft als leer erweist. Denn die Bereitschaft der Beschäftigten, einen Generalstreik als Kampfstreik zu führen, ist in vielen Fällen gering – zumindest solange eine solche Bewegung nicht von einer großen Bevölkerungsmehrheit getragen wird. Tatsächlich aber sind die öffentlichen Meinungen in den entsprechenden Ländern oft polarisiert, d.h. die Streiks haben viele GegnerInnen und viele AnhängerInnen. Dennoch ist es im Europa der Krise in drei Situationen zu politischen Streiks gekommen, die sowohl als Generalstreiks als auch als Kampfstreiks oder kampfstreikartige Aktion angelegt waren. Folgende Beispiele haben wir vor Augen:

1. In Griechenland kam es mehrmals zu ein- bis zweitägigen Generalstreiks. Sie fanden zeitgleich mit den Parlamentsitzungen statt, in denen Kürzungsgesetze beschlossen werden sollten. Die Streiks hatten auch den Zweck, eine ausreichende Anzahl an DemonstrantInnen zu mobilisieren, um das Parlament zu blockieren und so die Verabschiedung der Gesetze zu verhindern. Das gelang nicht. Es kam aber zur Teilblockade und zur vorübergehenden Besetzung verschiedener Ministerien. Einige Generalstreiks in Griechenland waren also so angelegt, dass sie sich von Demonstrationen in Kampfstreiks hätten verwandeln können.

Das Ausbleiben dieser Verwandlung bedeutet nicht, dass die Streiks keine politischen Auswirkungen hatten. An einer Demonstration in Athen am 15. Juni 2011 nahmen 300.000 Menschen teil. Sie veranlasste den sozialdemokratischen Premierminister Giorgos Papandreou, der konservativen Oppositionspartei Nea Demokratia ein Bündnis vorzuschlagen. Diese lehnte ab; Papandreou nahm daraufhin eine Regierungsumbildung vor und setzte seinen innerparteilichen Gegner Evangelos Venizelos als Finanzminister ein. Weitere Proteste Ende Oktober 2011 veranlassten Papandreou wiederum, ein Referendum über die Kürzungspläne vorzuschlagen. Dessen Ablehnung durch Angela Merkel und Nicolas Sarkozy führte schließlich zu Papandreous Rücktritt und zur Einsetzung einer Technokratenregierung unter Führung des ehemaligen Vizepräsidenten der EZB, Loukas Papadimos (vgl. Kouvelakis 2011). Damit haben die Proteste in Griechenland zu einer Umstrukturierung der politischen Herrschaft geführt, aber ihr Ziel, nämlich die Rücknahme der Kürzungspläne, verfehlt.

2. Die Generalstreiks auf den Karibikinseln Guadeloupe und Martinique im Januar und Februar 2009 wurden als unbefristete Kampfstreiks gegen die hohen Lebensmittel- und Benzinpreise geführt. Außerdem forderten die ArbeiterInnen die Anhebung des Mindestlohns um 200 Euro im Monat. Beide Inseln gehören als französische Überseedepartments zur EU. Die Kampfmaßnahmen waren erfolgreich, die wichtigsten Forderungen der Streikenden wurden erfüllt. Zudem gaben sie den Anstoß für Streiks auf dem französischen Festland.

3. Der Streik in Frankreich gegen die Rentenreform im Oktober und November 2010 stellt ebenfalls einen Kampfstreik dar (s.u.). Er war unbefristet, die Streikenden stellten defensive Forderungen auf und lehnten ein Gesetz zur Neuregelung der Renten ab. Trotz einer sehr breiten Mobilisierung und der Blockade aller Raffinerien war der Streik erfolglos. Präsident Sarkozy saß den Massenprotest einfach aus – ein Novum in der jüngeren Geschichte sozialer Kämpfe in Frankreich. Die 2010 von der französischen Arbeiterbewegung erlittene Niederlage scheint tief zu sitzen: Nach sechs Generalstreiks in den Jahren 2009 und 2010 wurde seitdem kein weiterer Versuch mehr unternommen. Erst Ende September 2012 gab es zwei Jahre nach den Streiks gegen die Rentenkürzungen wieder einen größeren Protesttag gegen den Fiskalpakt mit etwa 50.000 TeilnehmerInnen.

1.6 Popularität des Kampfmittels

Insgesamt gibt es seit dem Beginn der neoliberalen Offensive einen eindeutigen Trend bei der Wahl der Kampfmittel: Der hier analysierte Streiktypus wird deutlich wichtiger, während die Streikaktivitäten insgesamt zurückgehen. Seit Oktober 2008 haben 36 als Generalstreik angelegte politische Streiks in Westeuropa (EU-15 sowie Norwegen und die Schweiz) stattgefunden. Zum Vergleich: Im Zeitraum zwischen 1980 und 2008 (einschließlich) waren es 98. Dem gegenüber steht ein deutliches Absinken des Gesamtumfangs von Streikaktivitäten: Zwischen 1970 und 1979 kam es im Schnitt zu 419 Streiktagen pro 1.000 Beschäftigte, zwischen 2000 und 2004 waren es nur noch 51 (Kelly/Hamann 2009, 1).

Die gegenläufige Entwicklung von politischen Streiks und Streiks insgesamt geht dabei mit einer deutlichen Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten der herrschenden Klassen in Westeuropa einher. Sinkende Streikbereitschaft ist zwar nicht automatisch als Zeichen der Schwäche zu deuten. Sie kann auch zum Ausdruck bringen, dass Zielsetzungen über den Verhandlungsweg erreicht werden können. Konkret fällt sie hier jedoch mit umfassenden gesellschaftlichen Umstrukturierungen zusammen, die auf die ab Mitte der 1970er Jahre verfolgten neoliberalen Projekte zurückgehen, also

auf Offensiven der herrschenden Klassen. Insofern spricht vieles dafür, dass die sinkende Streikbereitschaft ein Ausdruck der Schwäche der westeuropäischen Arbeiterklassen ist. Zur Erklärung dieser Entwicklung lassen sich vier Prozesse der Neoliberalisierung anführen, die sich je nach Land in unterschiedlicher Heftigkeit zugetragen haben:

1. Die Produktion hat sich im Hinblick auf ihre Organisation und räumliche Anordnung erheblich verändert. Das erschwert Kampfhandlungen von Seiten der Beschäftigten: Unter Bedingungen transnationaler Produktionsketten, Outsourcing und Massenarbeitslosigkeit können Unternehmensführungen Belegschaften ziemlich leicht gegeneinander ausspielen (vgl. Wilde 2011). Der mit diesen Veränderungen einhergehende Prozess der Deindustrialisierung führt nicht nur zum Verschwinden bestimmter Produktionszweige, sondern auch zur schrittweisen Beseitigung der Orte, an denen sich in den letzten 150 Jahren Organisierungskerne von Arbeiterbewegungen und entsprechende Kampftraditionen herausgebildet haben.
2. Westeuropäische Regierungen haben die Gewerkschaften sowie Formen kollektiven Handelns der Lohnabhängigen angegriffen. Ziehen Streiks Repressionsdrohungen oder gar Verbote nach sich, wirkt sich das auf die Streikbereitschaft von Beschäftigten aus.
3. Die Liberalisierung von Arbeitsmärkten, wozu auch die Aufweichung des Kündigungsschutzes gehört, hat es Unternehmensführungen erleichtert, kampfbereite Beschäftigte »loszuwerden«.
4. Auch die Angriffe auf den Sozialstaat haben Folgen für die Kampfbereitschaft: Gibt es kein existenzsicherndes soziales Netz, ist Arbeitslosigkeit mit dem Risiko des Abrutschens in einen dauerhaften Zustand der Unsicherheit verbunden. Streikende tragen also ein erhöhtes Risiko.

Insgesamt kommt es unter Bedingungen von erfolgreichen neoliberalen Offensiven zu einer sich selbst verstärkenden, negativen Spirale: Die Erfolge von Kämpfen bleiben aus; die Beschäftigten ziehen sich aus den Gewerkschaften zurück und sind weniger geneigt, sich an kollektiven Aktionen zu beteiligen. Das wiederum senkt die Erfolgchancen der Kämpfe.

1.7 Antwort auf die Krise der Demokratie

In der neoliberalen Ära seit Mitte der 1970er Jahre sind zunächst die Mechanismen *klassenbasierter politischer Repräsentation* zersetzt worden, also wirkmächtige Arbeiterparteien, Gewerkschaften mit politischem Einfluss und tripartistische Gremien (vgl. Gallas/Nowak 2011). Seit den 1990er Jahren wird auch die Grundlage dieser Form von Repräsentation zerstört, d.h. die Institutionen des Sozialstaats, die eine auf Dauer ange-

legte Interessenpolitik im Sinne der Lohnabhängigen ermöglichen. Die gegenwärtige Kürzungspolitik der europäischen Regierungen beschleunigt diesen Prozess.

Mit dem Übergehen der Wirtschaftskrise in eine Krise staatlicher Schuldverschreibungen ab 2010 werden nun auch die Institutionen der repräsentativen Demokratie selbst beschädigt, wie das Beispiel des europäischen Fiskalpakts zeigt. In den besonders von der Staatsschuldenkrise betroffenen Ländern verhindert die Verknüpfung von Finanzhilfen an Auflagen eine eigenständige Wirtschaftspolitik. In dieser Situation offenbart sich eine Entwicklung, die eine Parallele zur Umstrukturierung der Produktion darstellt: Ist die politische Einwirkung über Repräsentation so gut wie verunmöglicht, stellt der politische Streik eine der wenigen Möglichkeiten für die Lohnabhängigen dar, Arbeits- und Verhältnisse zu kritisieren und Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung zu nehmen. Auch angesichts dessen ist es nicht weiter erstaunlich, dass er in vielen Ländern Europas als angemessenes Kampfmittel angesehen wird.

In diesem Sinne bleibt der politische Streik eine *Waffe im Kampf um Demokratie* (vgl. Abendroth 1954, 59), die dem klassenbedingten Einflussgefälle in kapitalistischen Gesellschaften entgegenwirkt. Der politische Charakter der Streiktage in West- und Südeuropa liegt folglich nicht nur darin, dass die Beschäftigten gegen Kürzungsdiktate protestieren. Je mehr die Krisenpolitik demokratische Verfahren untergräbt, desto stärker tritt der Charakter politischer Streiks als Kampfmittel zur Verteidigung der Demokratie in den Vordergrund.

1.8 Aufbau des Textes

Im Weiteren gehen wir den genannten Forschungsfragen ausführlicher nach. Zunächst geben wir einen Überblick über die Debatten über politische Streiks in den Arbeiterbewegungen des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Darauf folgt ein Überblick zur Situation in verschiedenen Ländern Europas. Daran schließen ausführliche Länderstudien zu Frankreich und Großbritannien an. Auf dieser Grundlage bestimmen wir schließlich national spezifische wie auch allgemeine Muster politischer Streiks. Im letzten Teil formulieren wir eine politische Einschätzung, die die Frage des politischen Streiks auf die Frage der Demokratie bezieht.

2. Debatten um die politische Bedeutung von Streikbewegungen

Linke Intellektuelle des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts diskutierten die Frage nach der politisch-strategischen Bedeutung von Streikbewegungen und Massenstreiks ausführlich. Der Angelegenheit wurde einerseits eine große Bedeutung beigemessen, weil sie mit den praktischen Herausforderungen verbunden war, vor denen die Arbeiterbewegung stand. Andererseits war sie mit vielen Grundfragen linker Politik verbunden:

- Was ist der »historische Beruf« der Arbeiterklasse, also ihre Bedeutung für die geschichtliche Entwicklung bzw. die Schaffung einer anderen Gesellschaft? Wie wichtig ist die Ausübung von wirtschaftlicher und politischer Macht durch die Arbeiterklasse, um gesellschaftliche Veränderung zu erreichen?
- Welche politischen Ziele sind anzustreben, und wie lassen sie sich erreichen?
- Welche Bedeutung haben die Institutionen und Verfahren der parlamentarischen Demokratie? Sind politische Streiks möglicherweise ein demokratiegefährdendes Zwangsmittel – oder sind sie ein Mittel zur Absicherung und Ausdehnung von Demokratie?

Die fraglichen Debatten sind auch heute noch wichtig, weil sie uns Methoden und Argumente liefern, mit deren Hilfe sich die Bedeutung des Kampfmittels »politischer Generalstreik« einschätzen lässt.

Im Jahr 1864 wurde in London die Internationale Arbeiterassoziation (IAA) gegründet, ein Bund von Revolutionären und Radikalen mit durchaus unterschiedlichen Zielsetzungen. Diese erste Internationale entstand in einer geschichtlichen Situation, in der sich der Industriekapitalismus auch außerhalb Großbritanniens auszubreiten begann und sich die gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse in ihrem Anfangsstadium befand.

Mitglieder der IAA waren unter anderem Friedrich Engels und Karl Marx sowie der russische Anarchist Michail Bakunin. Zwischen Engels und Marx auf der einen Seite und Bakunin auf der anderen kam es bald zu einem heftigen Richtungsstreit, der sich auch auf die Frage nach der politischen Bedeutung des Generalstreiks bezog.

In einem Brief aus dem November 1871 schrieb Marx, dass zwar zwischen Streiks mit ökonomischen und politischen Zielsetzungen zu trennen sei, aber die ökonomischen Streiks durchaus zur Herausbildung der Arbeiterklasse als politischem Kollektivakteur führen würden. Es entstehe die »Bewegung der Klasse, um ihre Interessen durchzusetzen in allgemeiner Form, in einer Form, die allgemeine, gesellschaftlich zwingende Kraft

besitzt« (MEW 33, 332f.). Die Zielsetzungen der Arbeiterklasse, die sich durch Streikbewegungen herausbilden, sind laut Marx aber keineswegs bereits revolutionär.

Bakunin merkt im Gegensatz dazu in einem 1870 verfassten Pamphlet an, dass Streiks die »sozialistisch-revolutionären Instinkte (...) im Herzen jedes Arbeiters« erwecken (zit. n. Cutler 1985, 15, übers.). Entsprechend sieht er den Generalstreik als Endergebnis dieser Impulse, der dann zur gesellschaftlichen Umwälzung führt (Bakunin 1869/1972, 140). Für Bakunin folgt auf die ökonomischen Streiks also der Generalstreik – und auf diesen die Revolution.

Im Jahr 1873 antwortet Engels mit einer heftigen Kritik: »Der allgemeine Strike ist im bakunistischen Programm der Hebel, der zur Einleitung der sozialen Revolution angesetzt wird. Eines schönen Morgens legen alle Arbeiter aller Gewerke eines Landes oder gar der ganzen Welt die Arbeit nieder und zwingen dadurch in längstens vier Wochen die besitzenden Klassen, entweder zu Kreuz zu kriechen oder auf die Arbeiter loszuschlagen, so dass diese dann das Recht haben, sich zu verteidigen und bei dieser Gelegenheit die ganze alte Gesellschaft über den Haufen zu werfen.« (MEW 18, 479)

Weiter schreibt er: »Und darin liegt eben der Haken. Einerseits werden die Regierungen, besonders wenn man sie durch politische Enthaltung ermutigt, weder die Organisation noch die Klasse der Arbeiter je so weit kommen lassen; und andererseits werden die politischen Ereignisse und die Übergriffe der herrschenden Klassen die Befreiung der Arbeiter zuwege bringen, lange bevor das Proletariat dazu kommt, sich diese ideale Organisation und diesen kolossalen Reservefonds anzuschaffen. Hätte es sie aber, so brauchte es nicht den Umweg des allgemeinen Strikes, um zum Ziele zu gelangen.« (MEW 18, 480)

Nach Engels erfordert staatliche Repression eine politische Antwort – und politische Organisation lässt sich ohnehin nicht verhindern. Er kritisiert also nicht so sehr den Generalstreik als Kampfform, sondern dass mit der Forderung nach dem Generalstreik bei Bakunin und seinen AnhängerInnen eine Ablehnung von Politik sowie eine Heilserwartung verbunden ist.

Die Unterschiede zwischen beiden Seiten lassen sich so zusammenfassen: Nach Bakunins Auffassung sind die Voraussetzungen für die Revolution im Prinzip immer gegeben. Es fehlt nur die Initialzündung in Form eines Generalstreiks. Marx und Engels zufolge ist ein kleinteiliger Prozess der Organisation auf ökonomischer und politischer Ebene notwendig, also der Formierung von Gewerkschaften und Parteien. Für die Revolution bedarf es geschichtlicher Erfahrungen und ökonomischer und politischer Voraussetzungen, die nicht einfach schon da sind. Die Auseinandersetzungen inner-

halb der IAA gipfelten im Jahr 1872 im Ausschluss Bakunins, der von Marx und Engels erwirkt wurde.

Anhand von Engels' Bakunin-Kritik wird ein Punkt deutlich, der auch für heutige Debatten um Generalstreiks und politische Streiks wichtig ist: Die Wahl der Kampfmittel wird nicht einfach durch das Betrachten ihrer Funktionsweise entschieden, sondern durch die genaue Analyse der wirtschaftlichen und politischen Situation, in der sie eingesetzt werden. Der politische Streik bzw. der Generalstreik sind entsprechend keine Allheilmittel, sondern ein Werkzeug unter mehreren.

Mit der Ausbreitung und Intensivierung industriekapitalistischer Produktionsformen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden in vielen Teilen Europas Massengewerkschaften und sozialistische Massenparteien. Nun kam es zu umfangreichen Streikbewegungen, die durchaus politisch ausgerichtet waren. In Belgien fanden 1893 und 1902 Generalstreiks für das allgemeine Wahlrecht statt, das allerdings erst 1919 eingeführt wurde (King 2010; vgl. Okyayuz 2001, 256). In Russland ereigneten sich breite Streikbewegungen, die 1905 in einer (letztlich gescheiterten) Revolution mündeten (vgl. Hildermeier 1989, 51ff.).

Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Russland befasst sich Wladimir Iljitsch Lenin in »Was tun?« (1902) mit der Frage der Streiks. Er spricht sich gegen eine Beschränkung auf den ökonomischen Kampf aus. Zugleich unterstreicht er, dass die Trennung zwischen ökonomischem und politischem Kampf in revolutionärer Perspektive überwunden werden muss. Die spontanen und lokal isolierten Streiks in Russland, die regelmäßig mit großer Repression niedergeschlagen wurden, hätten nur Erfolg, wenn es gelänge, diese durch eine im ganzen Land verankerte politische Organisation zusammenzuführen. Nicht der ökonomische, sondern der politische Kampf sei ausschlaggebend. Für Lenin bedarf die Spontaneität der Massen also einer Ergänzung durch »eine stetige und kontinuierliche Organisation (...), die fähig wäre, die ganze Bewegung zu leiten.« (87) Dabei sei die Zusammenführung des Kampfes der Arbeiterklasse mit den Kämpfen anderer Klassen und Schichten der Bevölkerung (Bauern, Studenten, Schriftsteller, Kleinbürger) entscheidend. Lenin spricht sich für eine Erhöhung des Niveaus des politischen Kampfes aus, die die Probleme der Arbeiterklasse mit allgemeinen Fragen der Demokratie, der Meinungsfreiheit sowie mit speziellen Interessen anderer Klassen und Schichten verbindet. Er betont also, dass Streiks wichtig sind – aber nur dann zu einer gesellschaftlichen Umwälzung beitragen können, wenn sie in ein umfassendes politisches Projekt eingebettet sind.

Die Zweite Internationale traf als Reaktion auf die Streikbewegungen eine Sprachregelung, die den in der IAA geführten Streit um den General-

streik überwand: Auf ihrem Kongress 1904 in Amsterdam sprach sie sich für »Massenstreiks« aus, die als äußerstes Mittel im politischen Kampf Anwendung finden sollten. Damit wurde der Absolutheitsanspruch der anarchistischen Forderung nach einem revolutionären Generalstreik gebrochen und einer Strategie des schrittweisen Aufbaus einer Machtposition der Arbeiterklasse auf der politischen Ebene Raum gegeben, aber auch die wichtige Bedeutung von Streikbewegungen für sozialistische Politik unterstrichen (vgl. Okyayuz 2001, 256; Redler 2007). Dies geschah durchaus mit dem Ansinnen, die schroffe Entgegensetzung zwischen Bakunin und Marx/Engels zu überwinden (vgl. Luxemburg 1906).

Auch in Deutschland gab es in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg intensive Diskussionen sowohl innerhalb der SPD als auch zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften, ob Streiks ein geeignetes Mittel zur Durchsetzung von Demokratie bzw. zum Anstoßen einer sozialistischen Umwälzung sind.

An der »Massenstreikdebatte« beteiligten sich zahlreiche mit den deutschsprachigen Arbeiterbewegungen verbundene Intellektuelle, u.a. Eduard Bernstein, Rudolf Hilferding, Karl Kautsky, Rosa Luxemburg und Anton Pannekoek (Okyayuz 2001, 256; Hughes 2006). Im Prinzip wurden Massenstreiks von den VertreterInnen aller Parteiflügel unterstützt: vom »Revisionisten« Bernstein, von Kautsky, der der »marxistisches Zentrum« genannten Parteimitte angehörte, sowie von Luxemburg, der Wortführerin des linken Flügels (Hughes 2006).

Deutlich abweichende Meinungen gab es allerdings im Hinblick darauf, welche Funktion Massenstreiks erfüllen sollten. War der Massenstreik ein Kampfmittel für Ausnahmesituationen, und sollte ansonsten der Weg einer schrittweisen Machteroberung über die Parlamente gegangen werden (Bernstein, Kautsky, Hilferding)? Oder handelte es sich um ein angemessenes Instrument zur Organisation und Radikalisierung der Arbeiterklasse auf dem Weg zur Revolution (Luxemburg, Pannekoek)? Die eine Seite sah Massenstreiks als defensives Kampfmittel bei Angriffen auf erreichte Stellungen der Arbeiterbewegung, die andere als ein offensives Kampfmittel im Prozess der gesellschaftlichen Umwälzung.

Die Strategie der Gewerkschaftsführungen war, über den schrittweisen Aufbau ihrer Organisationen die Verbesserung von Arbeitsbedingungen und über Verhandlungen gesellschaftliche Veränderungen zu erzielen. Entsprechend sprachen sie sich auf ihrem Kongress in Köln 1905 gegen Massenstreiks aus. Die SPD beschloss hingegen noch im selben Jahr, dass der Massenstreik eine geeignete Antwort bei Angriffen auf das Wahlrecht oder die Koalitionsfreiheit sei. Dieser Beschluss wurde allerdings im nächsten Jahr

im Rahmen des »Mannheimer Abkommens« mit den Gewerkschaften faktisch wieder zurückgenommen. Nun hieß es, dass Massenstreiks nur in Abstimmung mit der Generalkommission der Freien Gewerkschaften möglich seien, deren ablehnende Position bekannt war (Grebing 1970, 117; Klönne/Reese 1984, 78).

Auf Seiten der SPD betont Rudolf Hilferding einerseits, dass politische Institutionen wie Parlamente dem Bürgertum als »Herrschaftsmittel« dienen. Andererseits argumentiert er auch, dass das Bürgertum im Prinzip die Kontrolle über diese Institutionen verlieren kann (1903/04, 134). Das allgemeine Wahlrecht im Deutschen Reich ist Hilferding zufolge vom Proletariat erkämpft worden. Wenn es zur Bedrohung der Herrschaft der Bourgeoisie werde, werde diese geneigt sein, es wieder abzuschaffen. Dann aber sei der Generalstreik die angemessene Gegenantwort. Hilferding liefert hier ein Argument gegen jene Stimmen, die bis heute die demokratische Berechtigung von Generalstreiks anzweifeln. Für ihn ist der Generalstreik ein Mittel im Kampf um die Demokratie, das allerdings nur zur Verteidigung demokratischer Rechte – also in der Defensive – eingesetzt werden darf. Nach Hilferding muss der Kampf für soziale Gerechtigkeit und Sozialismus auf dem Weg demokratischer Willensbildung geführt werden.

Rosa Luxemburg war eine der WortführerInnen derjenigen innerhalb der SPD, die offensive Massenstreiks forderten. In ihrem Text »*Massenstreik, Partei und Gewerkschaften*« (1906) denkt sie über die Lehren aus der Russischen Revolution im Jahr zuvor nach. Sie teilt Lenins Einschätzung, dass die Aufhebung der Trennung zwischen ökonomischem und politischem Kampf zentral für die Herausbildung einer revolutionären Bewegung ist. Die Ereignisse widerlegen ihrer Meinung nach die herkömmlichen Einschätzungen zum Thema »Streiks« von sozialdemokratischer und anarchistischer Seite. Einerseits sei die Auffassung überholt, dass sich die Sozialdemokratie auf den politischen Kampf beschränken solle. Schließlich hätten die »sozialdemokratischen Organisationen« in der Streikbewegung die Führung innegehabt.

Andererseits sei auch die anarchistische Vorstellung entkräftet worden, dass es möglich sei, »unter Umgehung des politischen Kampfes der Arbeiterklasse und speziell des Parlamentarismus durch einen Theatercoup plötzlich in die soziale Revolution hineinzuspringen«. Nach Luxemburg ist der Massenstreik ein »Mittel, erst die Bedingungen des täglichen politischen Kampfes und insbesondere des Parlamentarismus für das Proletariat zu schaffen«.

Luxemburg zufolge ist es falsch, einfach ein bestimmtes Kampfmittel zu verordnen und dabei die gegebenen ökonomischen und politischen Be-

dingungen zu ignorieren. Ihr zufolge war die Streikbewegung in Russland in eine geschichtliche Gesamtentwicklung eingebettet: »Der Massenstreik ist (...) die Bezeichnung, der Sammelbegriff einer ganzen jahrelangen, vielleicht jahrzehntelangen Periode des Klassenkampfes.« (1906)

Für die Sozialdemokratie bedeute dies, dass sie nicht »ins Blaue hinein plötzlich die ›Losung‹ zu einem Massenstreik« ausgeben solle, aber man auch »nicht mit verschränkten Armen fatalistisch auf den Eintritt der ›revolutionären Situation‹ warten« könne. Ihre Aufgabe sei es, vorhandene revolutionäre Tendenzen zuzuspitzen: »sie muss (...) der Entwicklung der Dinge voraussehen, sie zu beschleunigen suchen«, indem sie »den breitesten proletarischen Schichten den unvermeidlichen Eintritt dieser revolutionären Periode, die dazu führenden inneren sozialen Momente und die politischen Konsequenzen klarmacht« (1906).

Anders als zu Luxemburgs Zeiten sind die heutigen Streikbewegungen defensive Bewegungen: Es geht darum, errungene Standards zu verteidigen und Angriffe auf die Lebensverhältnisse abzuwehren. Dennoch lässt sich von Luxemburg lernen, dass die gegebene Situation nicht statisch ist und dass die ritualhafte Verordnung bestimmter Kampfmittel keine angemessene Reaktion darstellt. Vielmehr kommt es für politische Interventionen darauf an, die verschiedenen vorhandenen Akteure und Aktionsformen auf ökonomischer und politischer Ebene aufeinander zu beziehen und zu vertiefen – und auf eine Zuspitzung hinzuwirken, wie sie sich beispielsweise in Griechenland mit dem ansatzweisen Umschlagen von Demonstrations- in Kampfstreiks angedeutet hat.

Hierzu braucht es eine »Erzählung«, auf die sich die verschiedenen Akteure beziehen können. In der gegebenen Situation bietet sich dafür eine Erzählung der Demokratie an. Aufgrund der Krise ist das Finanzkapital mit Gedeih und Verderb auf Staatshilfen angewiesen. Mit dem Drohpotenzial eines möglichen Zusammenbruchs der Finanzmärkte verfügt es zugleich über ein Mittel, Regierungen erheblich unter Druck zu setzen. Eine Krisenpolitik, die einseitig Kapitalinteressen auf Kosten der breiten Bevölkerung privilegiert, kann nur schwer auf parlamentarischem Weg durchgesetzt werden. Daher bekommt sie in der Form von Schuldenbremsen Verfassungsrang und wird auf europäischer Ebene in Form eines Fiskalpakts festgeschrieben, der sich demokratischen Verfahren entzieht. Die Fragen, die die Streikbewegungen im Europa der Krise stellen, sind Demokratiefragen: Entscheiden Finanzinteressen oder die Bevölkerung über die Ausgestaltung der Krisenpolitik? Wer soll die Kosten tragen? Und worin bestände eine alternative Form der Krisenpolitik, die auf den aus der Bevölkerung heraus artikulierten Bedürfnissen und Interessen beruht?

So aufgefasst geht die »Erzählung der Demokratie« über die Frage nach Entscheidungsverfahren hinaus. Sie macht Klassenherrschaft zum Thema, indem sie die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums kritisiert und die Steuerung wirtschaftlicher Prozesse sowie die Kontrolle von Unternehmen und Unternehmensentscheidungen durch die breite Bevölkerung verlangt. Forderungen nach Umverteilung und Wirtschaftsdemokratie sind also ausdrücklich Teil dieser Erzählung, wodurch sie eine sozialistische Zielrichtung bekommt.

3. Generalstreiks und Proteste in Europa seit 2008

In diesem Abschnitt geben wir einen Überblick über politische Streiks bzw. Generalstreiks sowie Protestaktionen von Beschäftigten im Europa der Krise. Dabei befassen wir uns vor allem mit jenen Ländern, die weder in unseren Fallstudien noch an anderer Stelle in diesem Buch ausführlich diskutiert werden.⁶ Hier zeigt sich, dass die Krise fast überall in Europa Proteste von Beschäftigten hervorgerufen hat, sich die gewerkschaftlichen Reaktionen aber erheblich unterscheiden. In einigen Ländern verfolgen die Gewerkschaften eine Politik der Sozialpartnerschaft, die die Zustimmung zum Krisenmanagement der jeweiligen Regierungen einschließt. Im Krisenverlauf zeigt sich allerdings eine gewisse Erosion dieser Strategie, was daran deutlich wird, dass sich auch GewerkschafterInnen an Protesten gegen Regierungsmaßnahmen beteiligen.

In anderen Ländern befinden sich die Gewerkschaften hingegen im offenen Konflikt mit Regierungen. So haben seit Ausbruch der Krise im September 2008 die Generalstreiks insbesondere in West- und Südeuropa zugenommen. Der erste Generalstreik nach der Lehman-Pleite fand im Dezember 2008 in Italien statt. Im Jahr 2009 gab es bereits vier Generalstreiks, 2010 waren es 15 und 2011 lag die Zahl bei zehn. Im Jahr 2012 haben bislang (Stand: September 2012) sechs Generalstreiks stattgefunden.

Von den 36 Generalstreiks in West- und Südeuropa seit Ausbruch der Krise fanden fast alle, nämlich 30, in drei Ländern statt: 16 in Griechenland, acht in Italien und sechs in Frankreich. Die restlichen sechs Streiks verteilten sich auf Spanien (September 2010, März 2012), Portugal (November 2010, November 2011, März 2012) und Belgien (Januar 2012). In

⁶ Die Situation in Südosteuropa wird detailliert in Boris Kanzleiters Beitrag geschildert; die Interviews enthalten ausführliche Einschätzungen zur Lage in einzelnen europäischen Ländern.

Großbritannien fand im November 2011 ein Streiktag im öffentlichen Dienst mit weit über einer Million Beteiligten statt, der allerdings nicht branchenübergreifend war.

In Griechenland, Italien und Frankreich gab es auch zwischen 1980 und 2008 die meisten Generalstreiks, nämlich 38, 16 und 10. In diesem Zeitraum kam es also in Griechenland im Durchschnitt mehr als einmal im Jahr zum Generalstreik, in Italien etwa alle zwei Jahre und in Frankreich ungefähr alle drei Jahre. In Spanien und Belgien ereigneten sich während dieser Zeitspanne sieben Generalstreiks, in Portugal drei und kein einziger in Großbritannien. Damit wird sichtbar, dass die Beschäftigten in Griechenland, Italien und Frankreich seit Beginn der Krise noch häufiger gestreikt haben als zuvor. Das strahlt wiederum auf Länder aus, in denen erheblich seltener Generalstreiks stattfinden.

Italien ist somit das Land mit der zweithöchsten Anzahl an Generalstreiks seit Ausbruch der Krise. Bereits im November 2008 kam es im Zuge der Studierendenbewegung Onda anomala zu einer Welle von Besetzungen an Universitäten. Einen Monat später folgte ein Generalstreik. Zuletzt gab es im September und Dezember 2011 sowie im Januar 2012 landesweite Ausstände gegen Ausgabenkürzungen der Regierung in Höhe von 45,5 Mrd. Euro. Am 22. Juni 2012 fand zudem ein Streiktag der italienischen Basisgewerkschaften statt, bei dem die Beteiligung eher gering war. Nach Bekanntgabe von zusätzlichen Kürzungsplänen in Höhe von 26 Mrd. Euro wurde für den 28. September 2012 ein weiterer Generalstreik geplant. Auf der politischen Ebene spiegelt sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung im Aufstieg der Fünf-Sterne-Bewegung des Komikers Beppe Grillo, deren Programmatik diffus ist und die sich vor allem ökologischen Fragen, der Anprangerung von Korruption im Parteiensystem und der Internetdemokratie widmet.

Im Vergleich dazu ist die Lage in den skandinavischen Ländern (mit Ausnahme Islands) ruhiger. In Dänemark kam es im Juni 2010 zu einer Großdemonstration der Gewerkschaften gegen die Kürzungspolitik der Regierung, an der 80.000 Menschen teilnahmen. Im Februar 2011 fanden politische Streiks im Transportsektor gegen die Einführung der Rente mit 67 statt. In Schweden und Finnland gab es bedeutende Branchenstreiks (Fluglinien und Papierindustrie bzw. Häfen und Metallindustrie), jedoch keine Ausstände, die sich gegen die herrschende Krisenpolitik gerichtet hätten. In Norwegen haben im Mai und Juni 2012 die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit einem umfassenden Streik das Land lahmgelegt. Einen sechzehntägigen Streik der ÖlarbeiterInnen im Juli 2012 beendete die Regierung mit einer Zwangsschlichtung.

Island ist aufgrund der Pleite der drei größten Banken des Landes eines der europäischen Länder, das am härtesten von der Krise getroffen wurde.

Ab Herbst 2008 protestierte die Bevölkerung regelmäßig gegen die regierende große Koalition und ihr Vorhaben, die umfangreichen Kosten der Umstrukturierung des Bankensektors auf die Bevölkerung abzuwälzen. Die Gewerkschaftsführungen setzen auf eine sozialpartnerschaftliche Begleitung der politischen Krisenbewältigung: Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes ASÍ, Gylfi Arnbjörnsson, sprach sich gegen einen Generalstreik aus. Dennoch beteiligten sich GewerkschafterInnen an den nicht abreißen Protesten. Nachdem es im Januar 2009 zu für isländische Verhältnisse sehr großen Demonstrationen und Ausschreitungen gekommen war, kündigte Premierminister Geir Haarde Neuwahlen an und trat schließlich zurück. Die Gewerkschaftsführungen bekräftigten ihre Strategie der Sozialpartnerschaft nach Bildung der neuen Regierung unter Führung von Jóhanna Sigurðardóttir, die sich auf eine Koalition des sozialdemokratischen Bundes mit der im Zuge der Proteste erstarkten Linksgrünen Bewegung stützte. Im Juni 2010 kam es zum Abschluss eines »Stabilitätspakts« zwischen Regierung, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Dieser sah ein Bekenntnis zur Erfüllung der Auflagen vor, die der IWF an die Bereitstellung eines Rettungspakets geknüpft hatte und die Reallohnsenkungen, Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen beinhalteten.

Dennoch kam es im Oktober 2010 zu einem weiteren Massenprotest vor dem Parlament. In zwei Volksabstimmungen (März 2010 und April 2011) lehnten die IsländerInnen den von der Regierung mit den Niederlanden und Großbritannien ausgehandelten Icesave-Deal ab. Dieser sieht vor, dass die isländische Regierung die Kosten übernimmt, die den Regierungen der anderen beiden Länder entstanden, als sie die Spareinlagen von britischen und niederländischen KundInnen bei der isländischen Pleite-Bank Landsbanki garantierten. In Island verliert der sozialpartnerschaftliche Kurs der Gewerkschaften also erheblich an Einbindungskraft.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich in Irland. Auch die dortige Wirtschaft ist stark vom Bankensektor abhängig (vgl. Wickham 2012, 77) und wurde hart von der Krise getroffen. Entsprechend schnell legte die Regierung Kürzungsprogramme auf; die Kürzungen verschärften sich, nachdem die Regierung im Herbst 2010 ein an Auflagen geknüpftes Rettungspaket in Höhe von 85 Mrd. Euro erhalten hatte, das unter anderem von der EU und dem IWF finanziert wurde. Gegen die Kürzungsmaßnahmen organisierten die Gewerkschaften umfassende Proteste – mehrere zehntausend Menschen protestierten im Februar 2009 und im November 2010 in Dublin. Dabei wurden auch Forderungen nach einer Erneuerung der Tradition sozialpartnerschaftlicher Vereinbarungen laut, die in den 1980er Jahren entstanden war.

Diese Tradition erklärt auch, warum die Gewerkschaftsführungen im März 2009 kurzfristig einen Generalstreik absagten, für den sich die Mitglieder in Urabstimmungen ausgesprochen hatten. Stattdessen wurden zwei sozialpartnerschaftliche Vereinbarungen abgeschlossen: Die erste kam im März 2010 zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zustande und bezog sich auf den Privatsektor. Sie sah die Schaffung eines Verhandlungsgremiums zur Lohnsetzung vor, an dem sich Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Regierung beteiligen sollten, und beinhaltete die Aussage, dass Lohnsenkungen möglich seien. Zudem fand sich auch eine Absage an Streiks. Die zweite Vereinbarung, den »Croke Park Deal« vom Mai 2010, schlossen die Gewerkschaften mit der Regierung. Bei ihr ging es um die Beschäftigten im öffentlichen Sektor. Auch hier wurden Streiks ausgeschlossen. Außerdem sah das Abkommen die Einführung von Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung und zur Verlagerung von Beschäftigten vor. Gleichzeitig wurde festgehalten, dass es weder zu Kündigungen noch zu weiteren Lohninbußen kommen werde.

Hierbei handelt es sich nur um eine scheinbare Wiederbelebung der Sozialpartnerschaft. Tatsächlich haben die Gewerkschaften seit geraumer Zeit keinen realen Einfluss auf Regierungsentscheidungen mehr (Wickham 2012, 85), sodass die Regierung ungehindert ihre Kürzungspolitik fortsetzen kann. Entsprechend deutet sich auch von Regierungsseite eine Abkehr vom bisherigen Kurs bezüglich der industriellen Beziehungen an. So sprach der neue Premierminister Enda Kenny in einem Statement kurz nach seiner Amtseinführung im März 2011 von »sozialem Dialog«, nicht aber von »Sozialpartnerschaft«. Vor diesem Hintergrund ist es nicht weiter verwunderlich, dass die Einbindungskraft sozialpartnerschaftlicher Arrangements in Bezug auf die Gewerkschaften zu schwinden scheint: Die Gewerkschaften riefen dazu auf, bei der Volksabstimmung zum europäischen Fiskalpakt mit »Nein« zu stimmen, und GewerkschafterInnen sind an der Organisation eines großangelegten Boykotts beteiligt, der sich gegen die neu eingeführte Haushaltssteuer richtet.

Auch in den Niederlanden hat die Wirtschafts- und Finanzkrise zu einer Krise der Sozialpartnerschaft geführt. Der Gewerkschaftsdachverband hat die Krisenbearbeitungspolitik der Regierung im Großen und Ganzen gestützt: die Einführung des Kurzarbeitergelds im Sommer 2008, die Lockerung des Kündigungsschutzes im Herbst 2009 und im Juli 2010 – nach anfänglichen Protesten – auch die Anhebung des Rentenalters. Dennoch regte sich niedrigschwelliger Widerstand gegen die Regierungspolitik: Im Februar 2011 kam es zu einem partiellen Streik im öffentlichen Nahverkehr von Amsterdam, Den Haag und Rotterdam und zu einer Demonstration unter Ge-

werkschaftsbeteiligung mit 10.000 TeilnehmerInnen in Den Haag. Ziel war es, die Kürzungsmaßnahmen der Regierung in diesem Bereich zu kritisieren. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass es durchaus Unmut in der Bevölkerung und an der Gewerkschaftsbasis gibt. Ein sehr deutliches Indiz der Krise der Sozialpartnerschaft ist auch, dass die zwei größten Gewerkschaften die Entscheidung des Gewerkschaftsdachverbands FNV ablehnen, die Anhebung des Rentenalters zu unterstützen. Nun soll ein neuer Dachverband mit verändertem Statut gegründet werden.

Die Streiks in West- und Südeuropa scheinen am stärksten im Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit zu sein. Hier haben auch die meisten Proteste seit dem Ausbruch der Krise stattgefunden. Das bedeutet aber nicht, dass es in Osteuropa nicht auch zu Auseinandersetzungen gekommen ist. Dabei ist auffällig, dass diese weniger dem Muster des politischen Streiks folgen, sondern meistens als politische Proteste zu betrachten sind. Dennoch sind GewerkschafterInnen stark an ihnen beteiligt, z.B. in Rumänien, wo eine Protestwelle im Januar 2012 zum Rücktritt von Premierminister Emil Boc und der gesamten Regierung führte.

Lettland war eines der ersten Länder, in dem es zu umfangreichen Protesten gegen Kürzungsmaßnahmen kam, die direkt auf die Krise zurückgingen. Sie fanden im Januar 2009 statt. Im Oktober desselben Jahres kam es dann in Rumänien zum Generalstreik. Er richtete sich vor allem gegen Lohnsenkungen im öffentlichen Sektor, aber auch gegen Veränderungen bei den Arbeitsgesetzen. Zudem protestierten die ArbeiterInnen für einen höheren Mindestlohn. Die Teilnehmerzahl betrug 800.000, was als eine sehr erfolgreiche Mobilisierung gewertet werden kann.

Dennoch wurden die Hauptziele verfehlt: Die Regierung nahm nur in Einzelbereichen Lohnkürzungen zurück. Der Streik hatte nichtsdestotrotz deutliche politische Auswirkungen: Ein Streikresultat war der Zerfall der Koalition aus Liberalen und Sozialdemokraten; alle neun sozialdemokratischen Minister verließen kurz vor den Wahlen die Regierung. Im Mai 2010 gab es einen weiteren Generalstreik, der sich gegen Kürzungspläne im öffentlichen Sektor richtete, die Teil eines mit dem IWF ausgehandelten Kreditprogramms waren: Die Löhne der Staatsangestellten wurden um 25%, die Renten um 15% gekürzt. Auch dieser Streik war nicht erfolgreich. Im Januar 2012 kam es schließlich zu einer Protestwelle gegen die Privatisierung im Gesundheitsbereich. Bemerkenswert ist, dass die Proteste trotz der Rücknahme der Privatisierungspläne andauerten und die Forderungen sich schließlich auf den Rücktritt der Regierung verlagerten. Mit Erfolg: Anfang Februar 2012 beugten sich der Premierminister und die Kabinettsmitglieder der Protestbewegung und legten ihre Ämter nieder.

In der Folge flaute diese ab. Trotzdem protestierten im März 2012 noch einmal 5.000 Bergarbeiter. Sie verlangten die Einhaltung der zuvor von der Regierung zugesagten Lohnerhöhungen für die staatseigenen Betriebe. Die eine Woche lange Auseinandersetzung, bei der es auch zu gewalttätigen Ausschreitungen kam, endete mit einer Erhöhung des Monatslohns um 10%.

In Tschechien gab es zwei größere Streiktage seit Beginn der Krise: Im Dezember 2010 streikten vor allem Staatsbedienstete gegen Lohnkürzungen und eine Reform des Arbeitsrechts, im Juni 2011 die TransportarbeiterInnen. Sie wurden von Bergleuten unterstützt, die Straßenblockaden errichteten. Dieser Streik richtete sich gegen höhere Krankenkassenbeiträge, die Privatisierung von Rentenfonds und Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche. Im Februar 2012 begannen Proteste im Bildungsbereich, die sich gegen die Einführung von Studiengebühren richteten; im März folgten Proteste gegen Kürzungspläne und für »echte Demokratie«. Als Folge der Proteste trat Ende März der Bildungsminister zurück. Ende April demonstrierten 100.000 Linke und GewerkschafterInnen in Prag gegen die Kürzungsvorhaben.

In Polen demonstrierten im März 2012 zehntausende GewerkschafterInnen vor dem Parlament gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Im Mai segnete das Parlament die Erhöhung dennoch ab. Erwähnenswert sind weiterhin die Proteste gegen die autoritäre Regierung in Ungarn seit dem Herbst 2011 sowie die Massenproteste in Russland, die nach den Wahlen im Dezember 2011 begannen.

4. Politische Streiks in Frankreich

Wenn es um politische Streiks geht, ist immer wieder vom Beispiel Frankreichs die Rede. Eine angemessene Diskussion der »französischen Verhältnisse« setzt allerdings voraus, dass man sich detailliert mit den Rahmenbedingungen, der Dynamik und den politischen Auswirkungen von Streikaktionen im Land auseinandersetzt.

4.1 Vorbedingungen für politische Streiks

Struktur der industriellen Beziehungen

Die Gewerkschaften sind sowohl entlang politischer Bündnisse als auch entlang von Branchen organisiert. Die beiden größten Gewerkschaften, die CFDT (800.000 Mitglieder) und die CGT (700.000 Mitglieder), waren frü-

her eng an die Sozialistische Partei (PS) bzw. an die Kommunistische Partei (KPF) angebunden.

Heute sind sie relativ unabhängig, behalten aber unterschiedliche politische Profile. Die nächstgrößere Gewerkschaft FO (500.000 Mitglieder) war ursprünglich eine Abspaltung von der CGT. In den 1990er Jahren näherte man sich wieder an. Hinzu kommen die gemäßigten Gewerkschaften, die vor allem in bestimmten Branchen organisieren, nämlich bei den Angestellten (UNSA, 300.000 Mitglieder), den höheren Angestellten und den Ingenieuren (CFE-CGC, 172.000 Mitglieder) sowie im Bildungsbereich (FSU, 160.000 Mitglieder). Erwähnenswert sind noch die christliche Gewerkschaft CFTC mit 130.000 Mitgliedern und die linke Basisgewerkschaft Solidaires/SUD mit 100.000 Mitgliedern. Letztere ist aus einigen Sektionen der CFDT entstanden und hat ihre Schwerpunkte im öffentlichen Sektor (Post, Bahn, Telekom, Gesundheit, Bildung). Fünf der Gewerkschaftsdachverbände sind staatlich anerkannt: CGT, CFDT, FO, CFTC und CFE-CGC. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist in Frankreich im europäischen Vergleich mit 8% ungewöhnlich niedrig. Zudem sind sehr wenige Lohnabhängige in der Privatwirtschaft organisiert (ca. 5%). Im öffentlichen Sektor beträgt der Organisationsgrad 15% (Fulton 2011a). Da es in Frankreich keine Tradition institutionalisierter Verhandlungen gibt, werden soziale Kompromisse häufig über Proteste in der Öffentlichkeit ausgehandelt. Dabei spielen die Gewerkschaften als Organisatoren eine erhebliche Rolle.

Auf der Gegenseite gibt es vier Unternehmerverbände, die in starker Konkurrenz zueinander stehen: den Verband französischer Unternehmen (Mouvement des entreprises de France, MEDEF), den Allgemeinen Dachverband kleiner und mittlerer Unternehmen (Confédération Générale des Petites et Moyennes Entreprises, CGPME), den Unternehmerverband der Handwerksbetriebe (Union professionnelle artisanale, UPA) sowie den Nationalen Dachverband der Landwirtschaftsverbände (Fédération nationale des syndicats d'exploitants agricoles, FNSEA) (Behrens/Traxler 2004).

Trotz ihrer geringen Mitgliederzahlen haben die Gewerkschaften als Verhandlungspartner großen Einfluss, da 98% der französischen Wirtschaft durch Tarifverträge abgedeckt sind – erheblich mehr als in Deutschland, wo diese Zahl in den letzten 15 Jahren rapide auf mittlerweile nur noch 62% gesunken ist. Tarifverträge werden vor allem auf Branchenebene ausgehandelt. Der hohe Deckungsgrad ergibt sich, da die Regierung vorhandene Tarifverträge häufig auf eine ganze Branche ausdehnt (Fulton 2011b). Seit 2004 wurden nach und nach Abweichungen in einzelnen Unternehmen zugelassen – ähnlich wie bei den betrieblichen Vereinbarungen in der Bundesrepublik.

Zudem können die fünf staatlich anerkannten Gewerkschaften branchenübergreifende Vereinbarungen auf nationaler Ebene abschließen. Wenn drei der fünf anerkannten Gewerkschaften sich gegen eine Regelung aussprechen, kann sie blockiert werden. Aufgrund eines 2008 erlassenen Gesetzes ändert sich dies aber künftig: »Ab 2013 ist eine Vereinbarung nur dann gültig, wenn sie von einem oder mehreren Gewerkschaftsbünden unterzeichnet wurde, die landesweit mindestens eine Unterstützung in Höhe von 30% genießen, gemessen an den Stimmen bei Betriebsratswahlen und ähnlichen Wahlen, und wenn die Vereinbarung nicht von anderen Gewerkschaftsbünden, die zusammen eine mehrheitliche Unterstützung genießen, abgelehnt wird.« (Fulton 2011b)

In Frankreich gibt es keine mit Deutschland vergleichbare Struktur der Mitbestimmung von Beschäftigtenvertretungen in der Unternehmensführung – mit Ausnahme von Staatsbetrieben und kürzlich privatisierten Betrieben: Wenn diese mehr als 1.000 Beschäftigte haben, sind ein Drittel der Mitglieder des Leitungsorgans BeschäftigtenvertreterInnen; bei kleineren Betrieben sind es drei Mitglieder (Fulton 2011c).

Rechtliche Situation

In Frankreich ist der Streik von der Verfassung garantiert. Das Streikrecht wurde erstmalig nach den Massenstreiks 1936 anerkannt, bekam aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg Verfassungsrang. Für die Polizei, das Militär, GefängniswärterInnen und RichterInnen gilt ein generelles Streikverbot. Auch Streiks in einzelnen Abteilungen eines Betriebs sind verboten, falls dieser Arbeitskampf den kompletten Betrieb lahmlegt. Politische Streiks sind ebenfalls illegal, wobei Streiks gegen bestimmte sozial- oder wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht als solche gewertet werden (Warneck 2007).

Die Beschäftigten in der Luftraumüberwachung sind zum Minimaldienst verpflichtet. Seit 1979 gilt das auch für die Angestellten beim Fernsehen und beim Radio (Französische Botschaft 2006); 2007 kamen die Bediensteten im öffentlichen Personenverkehr hinzu.

Diese letzte Erweiterung stellt eine Reaktion auf den Streik 1995 dar und bleibt in der Öffentlichkeit umstritten. Im Februar 2012 wurde auf französischen Flughäfen gegen eine Ausweitung der Pflicht zum Minimaldienst auf den Flugverkehr gestreikt (Focus 2012).

Im Wesentlichen wird der Streik als Arbeitsniederlegung von mindestens zwei Beschäftigten definiert – mit dem Ziel, berufsbezogene Forderungen durchzusetzen. Bei nationalen Streiks dürfen auch einzelne Beschäftigte streiken. Eine Friedenspflicht existiert in Frankreich nicht.

Geschichte der politischen Streiks

Nach dem Wahlsieg der linken Volksfront aus SozialistInnen und KommunistInnen im Mai 1936 kam es zu Massenstreiks, die eine schnellere Regierungsübernahme der Linken forderten. Damals streikten sechs Millionen Menschen, es gab 9.000 Betriebsbesetzungen. Die Legislaturperiode war aber erst am 5. Juni 1936 beendet. Da zu diesem Zeitpunkt die französische Wirtschaft komplett lahmgelegt war, machten die Unternehmen der Gewerkschaftsseite gegenüber große Zugeständnisse: Sie erkannte Gewerkschaften an, und es wurden Betriebsräte eingerichtet. Auch das Streikrecht wurde durchgesetzt. Dazu gab es im Durchschnitt Lohnerhöhungen von 12% und erstmals in der Geschichte Frankreichs Anspruch auf bezahlten Urlaub. Die neue Regierung führte zudem die 40-Stunden-Woche ein.

Etwa dreißig Jahre später folgte die nächste große Streikbewegung der französischen Geschichte: Im Mai 1968 streikten neun Millionen ArbeiterInnen zehn Tage lang. Aber die meisten von ihnen blieben einfach zu Hause: »Der größte Generalstreik der Geschichte (...) war der, an dem sich die Arbeiter am wenigsten beteiligten.« (Mouvement Communiste 2008, 22) Das von den Gewerkschaften mit den Unternehmen Ende Mai 1968 ausgehandelte Abkommen von Grenelle sah eine Erhöhung des Mindestlohns um 35% sowie der Löhne um 10% vor. Bei den damaligen Demonstrationen konnten die AnhängerInnen von Präsident de Gaulle erheblich mehr Leute mobilisieren als die Linken, womit die mit Studentenprotesten begonnene Bewegung ihren Schwung verloren hatte. Bei den Ende Juni 1968 abgehaltenen Parlamentswahlen gewann die Rechte 58% der Stimmen (1962 und 1967: 55%); die Wahlbeteiligung betrug 80%. Die Kommunistische Partei erhielt 20% der Stimmen (weniger als 1967 und 1962, als sie 22% gewann), die sozialistische Partei 16,5% (gegenüber 19% im Jahr 1967). Der Mai '68 führte also nicht zu einem breiten Meinungsumschwung zugunsten der Linken.

Seit den 1970er Jahren ist die Zahl der Streiktage in Frankreich gesunken. Damals lag sie noch im Schnitt bei über drei Millionen im Jahr; dann sank sie innerhalb von zehn Jahren deutlich, vor allem im Privatsektor. In den 1990er Jahren fiel sie dann auf unter eine Million pro Jahr. Nur 1995 wurde die Millionengrenze noch einmal überschritten (Giraud 2010).

Der Ausstand im November und Dezember 1995 mit Schwerpunkt im öffentlichen Dienst war die größte Streikbewegung seit 1968, die in Bezug auf die Beteiligung lediglich vom Streik gegen die Rentenkürzung 2010 übertroffen wurde. Der Protest von 1995 richtete sich gegen eine konservative Regierung, die die Sonderrenten im öffentlichen Dienst kürzen

wollte. In diesem Streik waren die EisenbahnerInnen erfolgreich. Ihr Sieg wurde als allgemeiner Sieg angesehen. Im Gesundheitswesen setzte sich allerdings die Regierung durch. Da sie nach dem Streik keine Umstrukturierung der Renten mehr durchsetzen konnte, rief sie im April 1997 Neuwahlen aus, die sie verlor. Der Streik trug also wesentlich zum Regierungswechsel bei.

Im Jahr 2006 gelang es, ein Gesetz zur Einführung von niedrigeren Löhnen für junge ArbeiterInnen zu stoppen. Zunächst kam es zu Protesten von Jugendlichen und Studierenden, die dann von den Gewerkschaften unterstützt wurden.

Nach der Rücknahme der Pläne für 2006 begann die Regierung damit, die Gewerkschaften systematischer in soziale und ökonomische Umstrukturierungen einzubeziehen. Dies gelang bei der Neuverhandlung eines Teils der Renten im öffentlichen Sektor 2007, wegen denen es noch 1995 zum Arbeitskampf gekommen war. Die Pläne zur Flexibilisierung der Arbeitszeit wurden 2008 ebenfalls ohne größere Proteste verabschiedet, obwohl die Gewerkschaft CGT ihre Zustimmung verweigerte.

4.2 Generalstreiks während der Krise und der Streik gegen die Rentenkürzung 2010

Bereits im Januar 2009 verabredeten die französischen Gewerkschaften eine Zusammenarbeit. Eine derartige Einheit der Gewerkschaften hatte es seit den 1960er Jahren nicht mehr gegeben. Entsprechend gab es seit Beginn der Krise zahlreiche eintägige Streik- und Aktionstage.

Dabei ist zu beachten, dass in Frankreich branchenübergreifende Streiks gegen die Regierungspolitik nicht umstandslos als Generalstreiks bezeichnet werden. Unter »Generalstreik« wird ein Streik aller Branchen verstanden, der einen sehr großen Teil der Lohnabhängigen mit einbezieht. Beispiele sind der Volksfront-Streik 1936 und der zehntägige Streik im Mai 1968. Der drei- bis vierwöchige unbefristete Streik gegen die Rentenkürzung im Oktober 2010 hingegen gilt nicht als Generalstreik: Real hat nur eine Minderheit der Lohnabhängigen gestreikt, und es waren nur bestimmte Branchen erheblich betroffen.

Im Einklang mit unserer Begriffsbestimmung zu Beginn dieser Studie bezeichnen wir die eintägigen Aktionstage in Frankreich dennoch als Generalstreiks, falls sie an Wochentagen stattfinden und sich mehr als eine Million Menschen aus verschiedenen Branchen beteiligen. Diese Vorgehensweise erhellt ihren Zusammenhang mit ähnlich garteten Protestaktionen in anderen europäischen Ländern, die den dortigen Traditionen entsprechend ausdrücklich als Generalstreik bezeichnet werden.

Im Jahr 2010 richteten sich diese Aktionstage vor allem gegen die von der Regierung angekündigte Rentenkürzung. Im Herbst jenes Jahres mündete die Bewegung in einen mehrere Wochen andauernden unbefristeten Streik in mehreren Branchen. Die Mobilisierung 2010 steht im starken Kontrast zu den erfolgreichen Protesten 1995 und 2006: Trotz der zahlenmäßig noch größeren Beteiligung und der einheitlichen Koordination der Gewerkschaften wurden keinerlei Zugeständnisse erreicht. Dies ist eine neue Erfahrung für die französische Arbeiterbewegung, auf die erst noch strategische Antworten gefunden werden müssen. Sie entspricht aber den Erfahrungen der meisten Protestbewegungen, die im Zusammenhang mit der Krise in anderen europäischen Ländern stattgefunden haben.⁷

Anhand der Ereignisse im Herbst 2010 wird auch der Zustand der Demokratie unter Sarkozy deutlich: Verhandlungen und Kompromisse waren nicht vorgesehen. 1995 und 2006 hatte es noch Verhandlungsangebote gegeben; allerdings waren die Protestakteure so stark, dass sie selbst die Verhandlungsangebote ausschlugen und die Rücknahme der Regierungspläne erreichen konnten (Lindvall 2011). 2010 war die Situation anders. Welche Faktoren zu dieser Verschiebung beigetragen haben, wird in den folgenden Abschnitten untersucht.

Regierungsstrategien in der Krisensituation

Die Regierung von Premierminister François Fillon und Präsident Nicolas Sarkozy provozierte mit der Rentenkürzung 2010 eine Konfrontation, die für sie zum Prüfstein wurde: Hätte sie die Kürzung nicht durchsetzen können, wäre ihr dies als Scheitern ausgelegt worden. Die Strategie der Konfrontation – keine Zugeständnisse in Bezug auf den Kern der Kürzungspläne, keine Verhandlungen – führte zunächst zum Erfolg: Die Regierung konnte die Rentenkürzung durchsetzen und die Arbeiterbewegung fuhr mit dem Streik 2010 eine große Niederlage ein – trotz der Einheit aller Gewerkschaften und der Tatsache, dass eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung die größte Mobilisierung seit 1968 unterstützt hatte. Mittelfristig hat die Haltung von Sarkozy sicherlich dazu beigetragen, dass im Mai 2012 François Hollande von der Sozialistischen Partei (PS) zum Präsidenten gewählt wurde, wenn auch mit einem relativ knappen Ergebnis (51%, Sarkozy erhielt 48%).

Zu Beginn der Krise im Winter 2008/09 vertagte die Regierung den umstrittenen Umbau der Gymnasien. Grund dafür waren die relativ großen Proteste, die sich im Dezember 2008 ereigneten, parallel zu den Unruhen

⁷ Ausnahmen sind Island und Rumänien, wo Massenproteste zum Sturz von Regierungen führten; siehe Abschnitt drei.

in Griechenland. Auch in Italien tobte bereits seit November 2008 mit der Onda anomala eine ungewöhnlich große Bewegung an den Universitäten. Die französische Regierung befürchtete daher ein Aufschaukeln der Proteste. Darüber hinaus verschob Sarkozy auch die Durchsetzung der Sonntagsarbeit (Gauthier 2009a).

Sarkozy und die Regierung ergriffen in dieser Zeit eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise: Im Januar 2009 wurde ein Konjunkturprogramm in Höhe von 26 Mrd. Euro verabschiedet, für das vor allem ohnehin geplante Ausgaben vorgezogen wurden – lediglich 5 Mrd. Euro wendete die Regierung zusätzlich auf. Zudem finanzierte der Staat wie in Deutschland Kurzarbeit. Sarkozy stellte die schon vor Ausbruch der Krise beschlossene Streichung von 30.000 Stellen im öffentlichen Dienst nicht infrage. Ebenso wenig rüttelte er an den 2007 beschlossenen Steuernachlässen für Reiche (Gauthier 2009b). 2009 wurde eine Sondersteuer von 50% auf Bonuszahlungen von über 27.000 Euro eingeführt, welche ca. 360 Mio. Euro im Jahr einbrachte. 2010 wurde dann ein weiteres Konjunkturprogramm in Höhe von 35 Mrd. Euro aufgelegt.

Die Zahl der Arbeitslosen stieg 2009 um etwa 420.000 (Gauthier 2010, 54ff.). Trotz der umfangreichen Konjunkturprogramme war das Wachstum des BIP in Frankreich Anfang 2010 mit 0,6% geringer als in Deutschland mit 2%. Zudem war auch die Neuverschuldung höher als im Nachbarland. Durch die geplanten Rentenkürzungen, so die Kalkulation der damaligen Regierung, würde die Neuverschuldung ab 2013 leicht sinken (Sander 2010).

Die Sozialistische Partei befand sich zu Beginn der Finanzkrise in einer problematischen Lage und stellte keine große Gefahr für die Regierung dar. Martine Aubry gewann die innerparteilichen Wahlen im November 2008 gegen Ségolène Royal sehr knapp. Das verlieh ihr keine besonders starke Stellung, zumal ihr Royal Wahlmanipulation vorwarf.

Diese innerparteilichen Konflikte führten zu erheblichen Stimmeinbußen bei den Europawahlen im Juni 2009: Die PS verlor mehr als 10% und kam gerade einmal auf 16,5%. Damit lag sie nur ganz knapp vor den Grünen, die 16% erzielten. Die Umfragewerte der zu diesem Zeitpunkt gerade neu gegründeten linksradikalen Sammlungsbewegung NPA hatten gezeigt, dass die politische Stimmung im Frühjahr 2009 recht unruhig war: 38% hielten Sarkozy im Frühjahr 2009 für den fähigsten Politiker, 35% den NPA-Kandidaten Olivier Besancenot. Bei den Europawahlen im Juni 2009 war der Stimmanteil der NPA mit 4,8% jedoch vergleichsweise gering. Vor allem aufgrund innerparteilicher Konflikte konnte die NPA ihre Position im Verlauf der Krise nicht halten. Sie hatte zunächst 10.000 Mitglieder, verlor aber zwei Drittel von ihnen (Gauthier 2009b). Das mag auch mit der Entstehung von Kon-

kurrenz im Parteienspektrum zusammenhängen: Jean-Luc Mélenchon, der Anführer des linken Flügels der PS, hatte seine Partei Ende 2008 verlassen und im Februar 2009 die Parti de Gauche (PG, Linkspartei) gegründet. Sie hat inzwischen 10.000 Mitglieder und bildet gemeinsam mit der KPF und anderen Linkskräften das Wahlbündnis Front de Gauche (Linksfront). Bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 2012 konnte Mélenchon mit 11% ein gutes Ergebnis erzielen.

Die PS stabilisierte sich unter Aubry wieder. Bei den Regionalwahlen am 14. März 2010 gewann sie alle Regionen auf dem Festland mit Ausnahme des Elsass. Die Regierungsparteien holten nur 36%, während die PS zusammen mit den Grünen, der KPF und der Linkspartei im zweiten Wahlgang 54% erreichte (auf die PS alleine fielen im ersten Wahlgang 29%, auf die Grünen 12% und auf die Linksfront 6%). Durch diese starke Stellung bei den Regionalwahlen konnte die PS erstmals in der Nachkriegsgeschichte die Mehrheit im Senat erlangen, da dessen Mitglieder von den Delegierten der Regionen gewählt werden. Die Regionalwahlen zeigten, dass die Stimmung im Frühjahr 2010 deutlich die Opposition begünstigte, was auch eine wichtige Voraussetzung für den Streik im folgenden Herbst darstellte.

Im Sommer 2010, kurz vor dem großen Streik, eskalierte ein Skandal um die L'Oréal-Erbin Liliane Bettencourt und Arbeitsminister Éric Woerth, der für die Rentenpläne verantwortlich war. Es ging um illegale Parteispenden. Woerth wurde nach dem Streik von seinem Posten entbunden. Diese Vorgehensweise war insofern geschickt, als Woerth durch den Skandal so wieso als »verbrannt« galt.

Antworten der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen

Neben den Gewerkschaften sind SchülerInnen und Studierende traditionell die wichtigsten Akteure bei Protesten gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik in Frankreich. Zum Teil handelt es sich dabei um Jugendliche aus den verarmten Vorstädten. Die in den 1990er Jahren stark präsenten Vereinigungen von Arbeitslosen sind in den letzten Jahren nicht mehr in Erscheinung getreten. Neben den drei Hauptprotestgruppen – Gewerkschaften, SchülerInnen und Studierende – gibt es kaum gewichtige Akteure in diesem Politikfeld. Das begrenzt die Bandbreite möglicher Strategien und Aktionsformen.

Den ersten erfolgreichen eintägigen Streik- und Aktionstagen Anfang 2009 folgten Konflikte in einzelnen Betrieben, die als »Bossnapping« (vgl. Wildcat 2009) international bekannt wurden: Einzelne Manager wurden in Betrieben, in denen Schließungen oder Entlassungen geplant waren, über Nacht festgehalten, mit Eiern beworfen oder tödlich angegriffen. (Bei einem

besonders spektakulären Fall drohten ArbeiterInnen damit, den Betrieb mit Gasflaschen in die Luft zu sprengen.) Diese Praxen waren in Frankreich nicht neu, sie sind aber zu Beginn der Krise häufiger aufgetreten als zuvor. Sie hatten trotz ihres spektakulären Verlaufs vor allem defensiven Charakter: Es ging in der Regel darum, höhere Abfindungen auszuhandeln. Diese lagen weit unter dem, was in deutschen Betrieben üblicherweise von Gewerkschaften ausgehandelt wird. Auch hier gilt, was für Frankreich typisch ist: vergleichsweise militante Aktionsformen, aber relativ geringe materielle Erträge für die ArbeiterInnen.

Dem unbefristeten Streik im Oktober 2010 gingen einige Streiks in verschiedenen Branchen voraus: Im Oktober und November 2009 fanden lokale Ausstände mit hoher Beteiligung gegen längere Arbeitszeiten bei der Bahn statt, bei denen die ArbeiterInnen ihre Forderungen durchsetzen konnten. Von Oktober 2009 an streikten 6.000 *sans papiers*, also MigrantInnen ohne Aufenthaltsgenehmigung, für mehrere Monate. Ein Teil der Unternehmer erklärte sich bereit, sich für die Ausstellung von Papieren einzusetzen (Gauthier 2010, 58). Im November 2009 legten LehrerInnen und Postangestellte gemeinsam die Arbeit nieder (Godard 2009). Bei einem Streik bei der Pariser Metro im Dezember 2009 konnten die Beschäftigten ihre Forderungen nicht durchsetzen, da die Streikkasse nach zwei Wochen leer war (Albrecht 2010).

Die karibischen Streiks (Januar bis März 2009)

Am 20. Januar 2009 begann auf der zu Frankreich gehörenden Karibikinsel Guadeloupe ein Generalstreik, der die Mobilisierungen auf dem französischen Festland im Januar und März 2009 beeinflusste. Die Proteste in Guadeloupe richteten sich gegen zu hohe Preise und niedrige Löhne. Knapp einen Monat nach Beginn des Ausstands, am 16. Februar, brachen auf Guadeloupe Unruhen aus, in deren Verlauf ein Gewerkschafter von bewaffneten Jugendlichen erschossen wurde. Es kam zu Plünderungen und Brandstiftungen, drei Polizisten wurden durch Gewehrschüsse verletzt. Am 19. Februar lenkte die Regierung ein und verfügte die Erhöhung des Mindestlohns um 200 Euro im Monat. Dabei entschied sie, die Lohnerhöhung drei Jahre lang weitgehend selbst zu finanzieren, indem sie pro Beschäftigten 150 Euro im Monat bereitstellte. Außerdem erfüllte sie weitere 19 Forderungen der Streikenden. Offiziell wurden die Streiks am 4. März beendet.

Bereits am 5. Februar war der Generalstreik in Martinique aufgegriffen worden, einer weiteren französischen Karibikinsel. Dort endete er am 14. März. Auch auf Martinique wurde die Erhöhung des Mindestlohns durchgesetzt. Zur Unterstützung der Streikenden in der Karibik hielten auch die

Gewerkschaften in Réunion, einem französischen Überseedepartment im Indischen Ozean, am 5. März einen Generalstreik ab (Schmid 2009d).

Erste Welle: Eintägige Generalstreiks und Branchenstreiks (2009/10)

Auf dem französischen Festland kam es nach den Protesten im Bildungsbe-
reich im Dezember 2008 sehr schnell zu Widerstand gegen die Kürzungs-
pläne der Regierung Sarkozy. So riefen am 28. Januar 2009 die acht größ-
ten Gewerkschaften des Landes zu einem Aktionstag auf. Mit 1,5 Millionen
DemonstrantInnen war die Beteiligung außerordentlich gut. Sie forderten
die Sicherung von Arbeitsplätzen, Lohnerhöhungen und das Mitsprache-
recht der Gewerkschaften über die Verwendung der Gelder aus den Kon-
junkturpaketen und dem Rettungsschirm sowie die Wiederanhebung des
Spitzensteuersatzes von 50 auf 60%. Laut Umfragen unterstützten 70%
der Bevölkerung den Streik. Unter den BahnmitarbeiterInnen, den Lehre-
rInnen und den Angestellten im öffentlichen Rundfunk war die Streikbe-
teiligung besonders hoch. Die breite Mobilisierung, die anders als in den
Jahren 1995, 2003 und 2006 nicht auf vorhergehende kleinere Proteste auf-
bauen konnte, wurde allgemein als großer Erfolg gewertet (Schmid 2009a;
USS 2010; Spiegel Online 2009a). Die Regierung reagierte auf die Forde-
rungen allerdings nicht.

Es folgte, zusätzlich motiviert durch die karibischen Streiks, ein zwei-
ter eintägiger Aktionstag am 19. März 2009. Die Beteiligung war mit etwa
zwei Millionen Menschen noch höher als sechs Wochen zuvor. Die acht Ge-
werkschaftsverbände arbeiteten wieder zusammen und veröffentlichten
am Tag danach eine gemeinsame Erklärung. Einige wie die Solidaires/SUD
riefen dazu auf, den Generalstreik in der Karibik als Vorbild zu wählen, die
CGT warnte eher davor. Im Gegensatz zu 2006, als es gegen die Aushebel-
lung des Kündigungsschutzes ging, gab es keine zentrale Forderung, was
eine Schwäche der Mobilisierung darstellte (Schmid 2009b, 2009c; USS
2010; Spiegel Online 2009b).

Nach dem zweiten Aktionstag nutzten die großen Gewerkschaften den
Schwung der angestoßenen Mobilisierung nicht für weitere Aktionen. Erst
ein Jahr später gab es angesichts der drohenden Kürzung der Renten wie-
der ähnlich geartete Proteste. Wichtig für die Wiederaufnahme der Akti-
onstage waren zwei Branchenstreiks:

Der Streik beim Erdölkonzern Total entzündete sich an Schließungsplänen
für einen Standort: Die Raffinerie in Dunkerque sollte geschlossen werden.
Dort ist die Basisgewerkschaft Solidaires/SUD die Mehrheitsgewerkschaft;
die CGT dominiert in den anderen fünf Betrieben. Am 12. Januar 2010 be-
gann der Streik gegen die Schließung; am 17. Februar schlossen sich die fünf

anderen Raffinerien für eine Woche an. Daraufhin meldeten 130 Tankstellen am 21. Februar Engpässe. Ein Kompromiss zwischen der CGT und Total stellte sicher, dass keiner der CGT-Standorte in den nächsten fünf Jahren geschlossen werden würde. Der Standort Dunkerque wurde damit geopfert, wobei Total allen Beschäftigten Ersatzarbeitsplätze anbot. Hintergrund ist, dass der Benzinverbrauch in Frankreich in den letzten 30 Jahren durch neue Motoren um 50% zurückgegangen ist. Dies machten die Erdölkonzerne zunächst durch Exporte in die USA wett, doch durch die Krise brach dieser Absatzmarkt zusammen (Schmid 2010a; Spiegel Online 2010a). Aufgrund ihrer Schlüsselstellung in der Brennstoffversorgung sollten die Raffinerien dann während der zweiten Streikbewegung eine erhebliche strategische Bedeutung bekommen.

Anfang Februar 2010 begannen RichterInnen in Nantes einen Streik, um gegen die Kürzungsmaßnahmen bei den Gerichten zu protestieren. Dieser dehnte sich bald auf weitere Städte aus. Am 9. März, einem Arbeitstag, demonstrierten RichterInnen, AnwältInnen, ErzieherInnen und GefängniswärterInnen zusammen. Der Anlass war eine Verschärfung des Strafrechts, die Schließung von Gerichten zu Einsparungszwecken, die geplante Abschaffung der für Korruptionsaffären wichtigen unabhängigen Untersuchungsrichter und die Einschränkung von Ermittlungen bei großen Finanzdelikten (Schmid 2010b). Die Streiks im Bereich der Gerichte und Gefängnisse zeigten, dass eine Ausweitung von Arbeitskämpfen auf Bereiche mit Streikverbot möglich ist.

Im Februar 2010 kündigte die französische Regierung zudem die dritte Stufe der Rentenneuregelung an. Die erste Stufe war 2003 trotz massiver Proteste verabschiedet worden. Die Zahl der notwendigen Beitragsjahre für den vollen Pensionssatz wurde damals auf 40 angehoben (im öffentlichen Dienst waren es zuvor 37,5 Jahre, im Privatsektor bis 1993 ebenso). Mit der zweiten Stufe 2007/08 wurde eine Sonderregelung für Bahnangestellte abgeschafft. Bei der dritten Stufe sollten die Mindestbeitragsjahre für den vollen Rentensatz und das Mindesteintrittsalter erneut angehoben werden. Bis zum Sommer hielt sich die Regierung bezüglich der genauen Zahlen bedeckt. Die bürgerliche Rechte hatte die Regionalwahlen im März 2010 verloren, aber dennoch an der Rentenneuregelung festgehalten. Sarkozy wurde im Februar 2010 so zitiert, dass es ihm lieber sei, die Rentenneuregelung gegen Proteste durchzusetzen, als im Herbst eine Debatte über Lohnerhöhungen führen zu müssen (Schmid 2010c).

Am ersten Protesttag der Gewerkschaften gegen die Maßnahmen, dem 23. März 2010, beteiligten sich in ganz Frankreich 600.000 Personen, am zweiten Protesttag, dem 27. Mai, etwa 700.000. Die CFTD billigte auf ihrem

Kongress im Juni 2010 die Erhöhung der Beitragszeiten, opponierte jedoch gegen die Erhöhung des Mindesteintrittsalters (Schmid 2010d). Mitte Juni wurden die Pläne der Regierung publik: Die Mindestzahl der Beitragsjahre sollte ab 2011 auf 41, ab 2018 auf 41,5 steigen, das Mindestalter für den Renteneintritt sollte von 60 auf 62 Jahre angehoben werden. Als Kompensation sollte der Spitzensteuersatz von 40 auf 41% erhöht werden (Schmid 2010e). Am 24. Juni, dem dritten Protesttag, mobilisierten die Gewerkschaften ca. anderthalb Millionen DemonstrantInnen zu einem Generalstreik. Schwerpunkte des Streiks waren die Bahn, die Grundschulen und die Zeitungsdruckereien. Laut Umfragen sahen 67% der Befragten die Rentenpläne als ungerecht an. Die Anhebung des Mindestalters auf 62 Jahre fanden jedoch 58% akzeptabel (Schmid 2010f; IKS 2010).

Nach der Sommerpause kam es beim Protesttag am 7. September 2010 zu einer nochmaligen Steigerung der Beteiligung: Etwa zwei Millionen Menschen demonstrierten. Die PS war bei den Protesten stark präsent und versprach in einem Flugblatt, im Fall eines Regierungswechsels das Mindestalter von 60 Jahren wieder einzuführen. Intern war die PS in der Frage der Rentenreform allerdings gespalten. Innerhalb der Gewerkschaftskoordination gab es Streit darum, ob ein unbefristeter Streik ausgerufen werden sollte, wie dies Solidaires/SUD und FO forderten. Die CGT-Führung war dagegen. Drei der acht Gewerkschaften beschlossen eine befristete Verlängerung des eintägigen Streiks und zwar bei der Bahn und bei zwei Raffinerien des Konzerns Total (Schmid 2010g; IKS 2010; USS 2010). Sarkozy gab daraufhin kleine Zugeständnisse für kranke und ehemals schwere körperliche Arbeit verrichtende RentnerInnen bekannt (Sander 2010). Am 15. September nahm die erste Kammer des Parlaments die Rentenreform an. Dafür wurde eine parlamentarische Ausnahmeprozedur gewählt, die normalerweise nur in Notfällen angewandt wird (Schmid 2010h).

Bei einem weiteren Protesttag am 23. September blieb die Beteiligung stabil. Nun stellte sich die Frage, wie man die Proteste ausdehnen konnte. 70% der Bevölkerung lehnten die Rentenreform weiterhin ab. Die Koordination der Gewerkschaften hatte einen Aktionstag an einem Wochenendtag beschlossen, um noch mehr Menschen die Teilnahme zu ermöglichen. Die Gewerkschaften Solidaires/SUD und FO lehnten dies jedoch als zu wenig radikalen Schritt ab (Schmid, 2010i; IKS 2010; Klingsieck 2010a).

Die Protestbewegung war zu diesem Zeitpunkt durch die Zögerlichkeit der Gewerkschaften gekennzeichnet. Die unerwartet hohe Beteiligung an den Demonstrationen Anfang 2009 nutzten sie nicht, um weitere Protestaktionen zu planen. Im Juni 2010 nahm die Beteiligung an Protestaktionen erheblich zu; allerdings wurden sie erst im September fortgeführt. Auch

zu diesem Zeitpunkt riefen die großen Gewerkschaften immer noch nicht zum unbefristeten Streik auf. Dies geschah quasi in letzter Minute, nämlich als die Verabschiedung des Gesetzes zur Rentenkürzung bereits begonnen hatte und einzelne Sektionen der CGT selbstständig unbefristete Streiks organisierten.

Es stellt sich die Frage, ob nicht ein früherer Beginn des unbefristeten Streiks die Chancen der Gewerkschaften erhöht hätte, das Gesetz zur Rentenkürzung zu verhindern. Die CFDT und die CGT rechneten damit, dass die Regierung im Fall von massiven Protesten Verhandlungen über die Kürzungspläne anbieten würde. Dies erklärt zumindest zum Teil die abwartende Haltung. Die Tatsache, dass die Regierung Sarkozy gar keine Verhandlungsangebote machte, nicht einmal Scheinangebote, überraschte die Gewerkschaftsführungen mit Sicherheit. Ihre Strategie lief ins Leere. Hinzu kam, dass die PS-nahe CFDT nur einen Teil der Regierungspläne ablehnte, und die PS in der Frage der Rentenkürzung vollkommen uneins war. Auch dies trug dazu bei, dass es im Sommer 2010 noch nicht zum entschlossenen Protest kam.

Zweite Welle: Unbefristete Streiks im Oktober und November 2010

Der Protesttag am 2. Oktober 2010 brachte mit erneut zwei Millionen TeilnehmerInnen keine wesentlich größere Beteiligung. Daher kündigten einige Gewerkschaften nun einen unbefristeten Streik im öffentlichen Nah- und Fernverkehr sowie bei den Raffinerien an (Schmid 2010j; IKS 2010). Angesichts des Drucks von der eigenen Basis änderte die CGT-Führung ihre Position: Sie forderte zwar nicht alle Branchen zum Streik auf, erlaubte aber den Unterverbänden, selbst die Initiative zu übernehmen. CFDT, CFTC, CFE-CGC und UNSA sprachen sich insgesamt gegen einen unbefristeten Streik aus, über dessen Fortsetzung allerdings die Basis in den Unterverbänden zu entscheiden hatte. Die allgemeine Streikdynamik wurde von einem auf die Region Marseille begrenzten Ausstand der HafentarbeiterInnen und Kommunalangestellten überlagert. Auch in anderen Häfen wurde gegen geplante Stellenstreichungen gestreikt (Schmid 2010k; Schultz 2010).

In dieser Situation übten Organisationskerne an der Basis großen Druck aus, indem sie die von der Solidaires/SUD aufgestellte Forderung nach unbefristetem Streik aufgriffen. Der Schwerpunkt dieser Initiative ging von Hochburgen der Solidaires/SUD und einzelnen Sektionen der CGT aus, die eine militantere Form der Auseinandersetzung befürworteten. Branchenschwerpunkte waren die Häfen und Raffinerien. Da einige Gewerkschaften sich von vornherein gegen einen unbefristeten Streik ausgesprochen hatten, bestand von Anfang an eine Spaltung in der Bewegung.

Erste Streikwoche: Nach einem erneuten Protesttag am 12. Oktober begann sich der unbefristete Streik deutlich auszuweiten. Am 12. Oktober selbst war der Streik bei der Bahn mit 75% Beteiligung sehr wirksam, letztere sank jedoch im Gegensatz zu anderen Branchen in den folgenden Tagen auf 25-30%. Es fanden mehrere Dutzend branchenübergreifende Vollversammlungen statt. 69% der Bevölkerung unterstützten den Streik. Am 14. Oktober trat die letzte von zwölf französischen Raffinerien in den Streik, und es kam zu ersten Treibstoffengpässen. Am selben Tag gab die Regierung Treibstoffreserven frei und erlaubte den Import von Benzin. Die Gewerkschaft CFDT-Transports rief ihre Fahrer dazu auf, Benzindepots zu blockieren. Sie wurden zum Teil durch Studierende und EisenbahnerInnen unterstützt. Die LKW-Fahrer blockierten den Transport auch durch besonders langsames Fahren, was lange Staus hervorrief. Gegen Ende der ersten Streikwoche hatten 2.500 der 12.500 Tankstellen in Frankreich kein Benzin mehr. Im Laufe der Woche blockierten die SchülerInnen an mehr als 500 Oberschulen den Betrieb.

Es kam zu Ausschreitungen in Pariser Vorstädten, in Lyon, im südfranzösischen Chambéry sowie in Lille und Bordeaux. In Caen wurde ein 19-jähriger Student durch die Polizei schwer verletzt. In Marseille und anderen Gemeinden in Südfrankreich waren die Müllabfuhr, der Hafen und allgemein der öffentliche Sektor stark vom Streik betroffen. Am 16. Oktober gab es einen erneuten Aktionstag an einem Wochenende mit zwei Millionen TeilnehmerInnen (Schmid 2010I; IKS 2010; USS 2010; Spiegel Online 2010b, 2010c, 2010d; 2010e).

Der Streik war nur in wenigen Sektoren so stark, dass diese lahmgelegt werden konnten. In vielen anderen Sektoren streikten nur einzelne Beschäftigte in ihren Abteilungen, sodass der Ausfall ihrer Arbeitskraft nicht ins Gewicht fiel. Dies war wesentlich durch die Zersplitterung von Arbeitsorten und Arbeitsverhältnissen bedingt und die damit einhergehende Isolierung der Arbeitenden. Zugleich fiel auf, dass andere kampferprobte Bereiche wie die Bahn und die Universitäten relativ schwach oder gar nicht mobilisiert hatten: Dort waren in den letzten Monaten Konflikte ohne greifbare Erfolge geendet. Die komplette Blockade der Raffinerien jedoch motivierte einige der Sektionen der CFDT zur Unterstützung des Streiks, und es gab eine Art Sogeffekt. Ähnliches gilt für die Oberschulen, an denen eine Mobilisierung begann.

Zweite Streikwoche: Am 19. Oktober gab es einen weiteren Aktionstag mit zweieinhalb Millionen TeilnehmerInnen. 800 der 4.300 Oberschulen wurden durch SchülerInnen blockiert. In Lyon kam es am 19. und 21. Oktober zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und Jugendlichen.

Seit Beginn des Streiks wurden mehr als 2.000 Personen festgenommen. Am 20. Oktober ordnete Sarkozy an, alle blockierten Treibstoffdepots zu räumen. Am selben Tag verfügten 5.000 Tankstellen (also fast die Hälfte) nur noch über wenig oder gar kein Benzin mehr. Am 25. Oktober setzten Teile der Müllabfuhr in Marseille ihren Streik aus. Immer mehr einflussreiche Mitglieder der örtlichen PS, der lokalen Regierungspartei, hatten sich scharf gegen den Streik ausgesprochen. Der Generalsekretär der CFDT erklärte am 25. Oktober im Fernsehen, dass er mit den Kapitalverbänden verhandeln wolle – nicht über die Rentenreform, sondern über eine Kompensation in Form von zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten von Alten und Jungen (Schmid 2010m, 2010n, 2010o; IKS 2010; Simons 2010; Kling-sieck 2010b, 2010c).

Bereits in der zweiten Woche des Streiks bröckelte die Beteiligung an einigen Stellen: Der regionale Schwerpunkt Marseille war in vielen Branchen lahmgelegt. Die örtliche PS positionierte sich auf Drängen von UnternehmerInnen immer stärker gegen den Streik. Bei der Räumung einer ersten Raffinerie organisierte die CGT keine ernsthafte Gegenwehr.

Dritte Streikwoche: Aufgrund der Treibstoffkrise kündigten erste Unternehmen aus der Lebensmittelindustrie an, zeitweilig zu schließen. Am 26. Oktober stellten drei von zwölf Raffinerien ihren Streik ein, im Laufe der Woche folgten weitere sechs Raffinerien. Gegen Ende der Woche waren keine Treibstoffdepots mehr blockiert. Waren zu Anfang der Woche noch 4.000 Tankstellen ohne Benzin gewesen, so sank diese Zahl im Laufe der Woche auf nur noch ca. 2.500. Der Hafen von Marseille und zwei weitere Ölhäfen waren noch blockiert, im Ölhafen von Le Havre wurde der Streik hingegen beendet. In zwanzig Verwaltungsbezirken streikte weiterhin die Müllabfuhr. Die Beteiligung am Aktionstag der Studierenden in Paris am 26. Oktober blieb mit 1.000 DemonstrantInnen äußerst gering. Am 27. Oktober sagte der Generalsekretär der CGT, nun gehe es darum, in Tarifverhandlungen ein früheres Renteneintrittsalter auszuhandeln. Am selben Tag bestätigten beide Parlamentskammern die Annahme der Rentenreform. Das Gesetz musste nur noch vom Präsidenten unterzeichnet werden. Die Beteiligung am Aktionstag der Gewerkschaften am 29. Oktober war mit ca. einer Million Menschen angesichts der Herbstferien gut, aber etwas schwächer als in der Woche zuvor.

Als entscheidende Wende erwies sich die Beendigung des Streiks in den Raffinerien, die sich zu einem Zeitpunkt ereignete, als der Treibstoffengpass zu einem großen Problem für die Wirtschaft wurde. Die CGT bemühte sich nicht ernsthaft um die Verteidigung der blockierten Treibstoffdepots und Raffinerien; stattdessen lenkte ihr Generalsekretär öffentlich ein. Die zentrale Koordinationsstruktur der Gewerkschaften (Intersyndicale) dis-

tanzierte sich unter Protest der Solidaires/SUD von konfrontativen Aktionen wie Blockaden. Die fehlende Mobilisierungsbereitschaft der Studierenden bestätigte, dass die Luft aus dem Streik raus war. Dazu trug auch die Tatsache bei, dass Sarkozy die Parlamentsabstimmung über die Rentenregelung kurz vor Beginn der Herbstferien angesetzt hatte. Mit Beendigung des Streiks in den Raffinerien, in einigen Häfen und im Transportsektor waren die strategisch wichtigsten Bereiche also wieder geöffnet (Schmid 2010n, 2010o).

Vierte Streikwoche: Am 6. November, dem nächsten Aktionstag, demonstrierten trotz Regen 700.000 Menschen. Gleichzeitig nahmen die Pariser Müllabfuhr und die Beschäftigten einer großen Müllverbrennungsanlage im Süden von Paris die Arbeit wieder auf. Am 8. November schieden CFTC, CGC und FO aus der gemeinsamen Koordination der Proteste aus (Schmid 2010p; Schmid 2010q). Zwei Tage später unterzeichnete Sarkozy das Gesetz zur Rentenreform. Am 14. November wurde Arbeitsminister Woerth entlassen. Am 23. November gab es einen weiteren Aktionstag der Gewerkschaften, an dem nur noch etwa 100.000 Menschen teilnahmen.

4.3 Auswertung

Der Ausgang des Streiks war zwar für die Linke und die Gewerkschaften eine politische Niederlage, wurde aber als »ideologischer Sieg« gewertet (USS 2010; Dupin 2010). Diese Einschätzung basierte auf der großen Beteiligung an den Demonstrationen sowie der durchgängig hohen Zustimmung der Bevölkerung zum Streik. Insofern trug er zweifellos zum Sieg der Linken bei den Wahlen 2012 und zur Ablösung Sarkozys durch Hollande bei. Relativiert wird dieser gefühlte Sieg allerdings durch die hohe Anzahl an Stimmen, die Sarkozy beim zweiten Wahlgang 2012 erhielt, und durch die uneindeutige Haltung der PS zum Streik.

TrägerInnen der Bewegung

Der Streik wurden wesentlich von drei Gruppen getragen: den RaffineriearbeiterInnen, den HafentarbeiterInnen und den OberschülerInnen. Die Niederlagen der Vergangenheit hatten dafür gesorgt, dass die Nahverkehrsbetriebe sich fast nicht, die Bahn, Post und der Gesundheitsbereich sich weniger als sonst beteiligten. Zudem war die Rentenreform bei der Eisenbahn bereits einige Jahre zuvor durchgesetzt worden, was für eine zeitliche Zersplitterung der Proteste sorgte. Vor allem die Mobilisierung bei den Studierenden war recht schwach. Sie hatten sich bereits in den mehr als ein Jahr langen Kämpfen an den Universitäten aufgegeben (USS 2010). Ein zentrales Problem war die Zersplitterung der Streikenden. Bei den Blockaden

von Treibstoffdepots und Verkehrswegen konnten regionale Schwerpunkte gebildet werden, aber dies geschah nur dort, wo sich über Betriebe und Branchen hinweg Koordinationsstrukturen von unten gebildet hatten.

Erstaunlich und neu zugleich war, dass die Zugpferde des Streiks aus dem Privatsektor kamen: Die Blockade der Raffinerien war der wichtigste Schwerpunkt. In der Vergangenheit waren stets der Bildungs- und Transportsektor entscheidend gewesen, also Bereiche des öffentlichen Dienstes. Die Beschäftigten in den Raffinerien hatten bereits im Frühjahr 2010 gestreikt, und es bestand die Gefahr einer Schließung von immer mehr Standorten durch die Unternehmensführungen (Béroud/Yon 2010). Zum Ende des Streiks hin erwies sich jedoch auch dieser Aspekt als Achillesferse. Die psychologische Kriegsführung des Erdölkonzerns Total, der damit drohte, alle Raffinerien zu schließen, wenn die Besetzungen nicht endeten, trug zur Niederlage der Streikbewegung bei (Schmid 2010o). Gerade als die Treibstoffknappheit die französische Wirtschaft ernsthaft zu bedrohen begann, gelang es der Regierung und den ArbeitgeberInnen, die Streiks durch eine Mischung von Drohungen, gewaltsamen Räumungen und geschicktem Timing ins Leere laufen zu lassen. Insgesamt kann man auch festhalten, dass die Koordination der Gewerkschaften die Streiks zu spät ansetzte. Wenn mit den Streiks etwas früher, zum Beispiel Ende September, begonnen worden wäre, wäre der Treibstoff ausgegangen, lang bevor die Herbstferien anfangen. Doch zu diesen eher technischen Problemen kommt die Frage hinzu, wie es um den politischen Willen und die Strategien der Gewerkschaften bestellt war.

Strategien der Gewerkschaften

Die Existenz der Intersyndicale verhinderte eine Spaltung der Arbeiterklasse, wie es sie häufig gegeben hatte – zuletzt 2003, als die CFDT Kompromisse geschlossen hatte, die andere Gewerkschaften nicht mittragen wollten. Da die CFDT damals aufgrund ihres Ausscherens etwa 80.000 Mitglieder verlor, wollte sie dieses Mal nicht wieder als Verräterin dastehen. Die Einheit der Gewerkschaften wurde dadurch gestärkt, dass die Regierung gar nicht erst verhandeln wollte. Die fehlende Einigkeit in den Positionen zur Rentenreform – die CFDT lehnte längere Beitragsjahre nicht ab – verhinderte jedoch, dass gemeinsame Vorschläge für ein Alternativprojekt erarbeitet werden konnten (USS 2010).

Damit blieb der Streikinhalt im Wesentlichen defensiv. Dazu kam, dass der Kampf relativ spät begonnen wurde, weil einige Gewerkschaften hofften, die Regierung doch noch zu Verhandlungen bewegen zu können (USS 2010). CFDT und CGT setzten auf einen Stimmungswechsel in der Bevölke-

rung, aber nicht auf einen Sturz der Regierung. Es bestand die Einschätzung, dass die PS aufgrund interner Differenzen noch nicht zur Regierungsübernahme bereit war (Schmid 2010h). Daher vermied die Mehrheit der Gewerkschaften eine offene Konfrontation mit Sarkozy (USS 2010).

Die CGT war die treibende Kraft des Streiks. Aufgrund der Militanz ihrer Mitglieder kam es zu einem großen unbefristeten Streik. Das Schlüsselement waren die Raffinerien. Andere Gewerkschaften wie die Solidaires/SUD trieben diese Entwicklung durch ihr frühzeitiges Drängen voran. Auch die CFDT war darum bemüht, sich zu profilieren, was sich anhand des Engagements ihres linken Flügels beim Streik der Lastwagenfahrer zeigte. Die CGT befürchtete, dass einzelne Sektoren isoliert bleiben und sich dann aufreiben würden, wenn sie in den unbefristeten Streik gingen. Die Solidaires/SUD dagegen war der Ansicht, dass ein unbefristeter Streik ausschließlich von den am besten organisierten und mobilisierten Sektoren ausgehen kann (USS 2010).

Zugleich wollten aber weder die CGT noch die Mehrheit der Intersyndicale einen Aufruf zum nationalen Streik. Priorität hatte für die CGT das Bündnis mit der CFDT und daher eine gemäßigte Position (Dupin 2010). Dies war eine Lehre aus den verlorenen Kämpfen im Jahr 2003, als die CFDT sich im Gegensatz zur CGT mit der Regierung über Rentenkürzungen geeinigt hatte und die Gewerkschaften damit gespalten waren. Die Haltung der CGT beim Streik 2010 beinhaltete auch eine größere Distanz zur Solidaires/SUD. Sie versuchte einen Spagat: Ein Teil ihrer Sektionen war in ihrem Vorgehen entschlossen; zugleich ging es aber auch um die Erhaltung des Bündnisses mit der kompromissbereiten CFDT. Entsprechend wurden die Blockaden und der unbefristete Streik zwar genehmigt, aber nicht konsequent gefördert und schon gar nicht effektiv gegen Übergriffe von Sicherheitskräften verteidigt. Die Blockaden waren also eher symbolisch. Letztendlich war die Opposition von CFDT und PS gegenüber Sarkozy nicht so stark, dass es wirklich die Bereitschaft zur Konfrontation gegeben hätte. Diese wurde wiederum auch dadurch verhindert, dass an der Einheit der organisierten ArbeiterInnen festgehalten wurde.

Somit ist die Bilanz der Intersyndicale widersprüchlich: Einerseits war die Koordination der Gewerkschaften Voraussetzung für die Breite der Bewegung, andererseits war die Mehrheit der Gewerkschaften nicht zu einer Konfrontation mit der Regierung bereit. So gab es z.B. seitens der CGT keine strategische Planung dahingehend, wann welche Sektoren streiken sollten. Es wäre möglich gewesen, den Streik in den Raffinerien zu beginnen und seinen Schwerpunkt auf die Bahn zu verlagern, sobald die Tankstellen brach gelegen hätten (Schmid 2010r).

Politisch-institutionelle Grenzen

Zu diesen Grenzen der Strategie kamen politisch-institutionelle Hindernisse hinzu. In Frankreich gibt es keine Streikkassen. Früher unterstützten die zahlreichen BürgermeisterInnen der KPF die Streikenden finanziell. Doch mittlerweile stellt die Partei kaum noch Bürgermeister. Die CFDT kündigte an, dass ihre Mitglieder einen Lohnausgleich für den Streik erhalten würden – allerdings erst nach seiner Beendigung (Schmid 2010r). Die CGT zog nach und gab bekannt, sie werde dasselbe für die Beschäftigten von Total machen, die die Arbeit niedergelegt hatten. Eine lokale Zusammenarbeit der Gewerkschaften zur Unterstützung der Streikenden gab es nur in einigen Regionen (USS 2010).

Wie bei den Bewegungen in den Jahren 1995, 2003 und 2006 waren Demonstrationen das Hauptmittel des Protests, und es gab 2010 gerade in den kleineren Städten mehr Demonstrationen als sonst. Zudem fanden einige lokale Vollversammlungen statt, die über die Berufsgrenzen hinweg gingen, was auch zur Zusammenarbeit bei den Blockaden führte. Ein nationales Treffen dieser Vollversammlungen gab es jedoch erst zum Ende des Streiks. Die *Soldaires/SUD* warnt in ihrer Streikanalyse (USS 2010) davor, Blockaden und Vollversammlungen als Ersatz für den eigentlichen Streik zu sehen, der für sie nach wie vor zentral ist.

Die Demonstrationen waren größer als während des Streiks 1995, zugleich bestreikten weniger Menschen ihre Betriebe. Dies war eine Folge der Zersplitterung und Fragmentierung der ArbeiterInnen, die erst auf den Demonstrationen wieder zusammenfanden. Viele Beschäftigte nahmen sich für die Streiktage Urlaub oder ließen sich krankschreiben, da sie die Einzigen im Betrieb oder in ihrer Abteilung waren, die streikbereit waren. Die Demonstrationen öffneten den Streik als zentrale Aktionsform für weite Teile der Bevölkerung. Gleichzeitig verlor der Streik jedoch an Effektivität in Bezug auf die Störung des öffentlichen Lebens und des Drohpotenzials, das von möglichen Geschäftsverlusten ausgeht. Das Drohpotenzial ging faktisch von relativ kleinen Gruppen von Beschäftigten aus, insbesondere den ArbeiterInnen in den Raffinerien. Dies erleichterte es der Regierung, den Streik gewaltsam zu brechen: Der gezielte Einsatz der Ordnungskräfte an wenigen Stellen genügte, um seine Wirksamkeit zu schwächen und die Versorgung wieder herzustellen.

Insgesamt ist es also trotz einer massiven Mobilisierung nicht gelungen, die Rentenpläne der Regierung zu verhindern. Der Streik endete mit einer Niederlage. Die wichtigsten Gründe dafür sind:

1. Bestimmte Bevölkerungsgruppen wie die Studierenden sowie die Arbeitenden im öffentlichen Dienst ließen sich schlechter mobilisieren als bei

früheren Protesten. Eine Teilnahme der Studierenden hätte zu einer Eskalation bei den Straßenprotesten führen können.

2. Die RaffineriearbeiterInnen waren in einer Schlüsselposition für den Streik und befanden sich aufgrund von Schließungsdrohungen in der Defensive.
3. Sarkozy wollte sich durch eine entschiedene Politik profilieren und keine Kompromisse eingehen, um die Arbeiterbewegung für den Rest seiner Regierungszeit ruhigzustellen. Er nutzte erfolgreich die Finanz- und Wirtschaftskrise, um seinen kompromisslosen Kurs zu begründen.
4. Die großen Gewerkschaften CFDT und CGT waren es gewohnt, dass ihnen im Zuge von größeren Streiks Kompromisse angeboten werden. Ein Sturz der Regierung war in ihrer Strategie als Option nicht vorgesehen und angesichts der Lage der größten Oppositionspartei auch nicht wünschenswert.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die französischen Gewerkschaften auf eine bekannte Strategie der Regierung, nämlich Umstrukturierungen ohne vorherige Rücksprache, mit dem bekannten Protestmuster reagierte: Erst wurden einige eintägige Aktionstage ausgerufen, die die Mobilisierungskraft der Gewerkschaften unter Beweis stellen sollten. Als dies zu keiner politischen Reaktion der Regierung führte, wurden auf Druck der Basis unbefristete Streiks ausgerufen. Dieses Vorgehen führte aber nicht zum Erfolg: Sarkozy hatte die Eskalation bereits einkalkuliert und besaß den politischen Willen, die Proteste auszusitzen. Der wichtigste Grund, warum seine Strategie funktionierte, waren die veränderten ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse seit Ausbruch der Krise. Die Gewerkschaften waren aus vielen Gründen nicht zu einer weiteren Eskalation bereit, die unter diesen neuen Bedingungen notwendig gewesen wäre, um die Rentenpläne zu stoppen. Die Ansicht, dass die bisher bewährten Streikformen angesichts der neuen Bedingungen nicht angemessen waren, teilten auch die FunktionärInnen der CFDT (Dupin 2010). Doch die Protestakteure waren nicht gewillt, neue Handlungsmuster zu entwickeln – oder aber nicht ausreichend darauf vorbereitet. Eine weitere wesentliche Begrenzung der Streiks ist die in Frankreich von allen Akteuren respektierte Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und Parteien. Streiks werden als Aufgabe der Gewerkschaften gesehen; auch die linksradikalen Parteien mischen sich nicht in die Aktionsplanung ein.

Diese Grenzziehung, die eine politische Bevormundung der Gewerkschaften verhindern soll, bedeutet jedoch auch, dass die für kapitalistische Herrschaft funktionale Trennung von Politik und Ökonomie bestätigt wird. Somit handelt es sich bei den Streiks gegen Reformen in der Sozial-

und Wirtschaftspolitik in Frankreich um »entpolitisierte« politische Streiks. Was als Autonomie der Gewerkschaften gegenüber den politischen Organisationen verstanden werden kann, beinhaltet zugleich die Beschränkung der Eingriffe der Arbeiterbewegung auf bestimmte Politikfelder, in denen sie allenfalls Regierungsmaßnahmen verhindern kann. So gelingt es der Arbeiterbewegung nicht, konstruktive Gestaltungsmacht zu erlangen. Im Kontext der Krise, in der fast keine der Regierungen in Europa Zugeständnisse machte, hat sich dieses Protestmuster weitgehend erschöpft.

Das bedeutet nicht, dass die Streiks ohne politische Auswirkungen blieben. Diese wurden auf der Ebene der Wahlen spürbar. Seit 2009 haben die Konservativen deutliche Verluste zu verzeichnen. Ihre Parteien schnitten bei den Europawahlen 2009 mit 28% relativ schlecht ab, unterboten bei den Regionalwahlen 2010 dieses Ergebnis mit 26% im ersten Wahlgang (2004 waren es noch 34% gewesen) und verloren schließlich auch bei den Kantonalwahlen 2011 (32% gegenüber 38% im Jahr 2008). Dank der Ergebnisse bei den Kantonalwahlen hält die Linke zum ersten Mal seit 1958 die Mehrheit im Senat, dem Oberhaus des Parlaments. Die SenatorInnen im Oberhaus werden von rund 72.000 Delegierten bestimmt, die zu 95% BürgermeisterInnen und GemeinderätInnen sind (Simons 2011). Diese drei Wahlen signalisierten einen Stimmungswechsel bei der Bevölkerung, auch wenn der Sieg von Hollande bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2012 knapp ausfiel.

5. Politische Streiks in Großbritannien

Im Gegensatz zu Frankreich gehört der politische Streik in Großbritannien nicht zum Standardrepertoire gewerkschaftlicher Kampfmittel. Großbritannien ist gerade deswegen interessant, weil sich dort unter schwierigen rechtlichen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen eine große Streikbewegung formiert hat.

5.1 Vorbedingungen für politische Streiks

Struktur der industriellen Beziehungen

Der Niedergang der britischen Industrie begann vor über 100 Jahren – und sie hatte auch zuvor nie eine eindeutige Vormachtstellung innerhalb der dortigen Volkswirtschaft eingenommen (Cain/Hopkins 2002, 50ff.; Gallas 2008, 283).

Vor dem Hintergrund der Deindustrialisierung des Landes ist es nicht verwunderlich, dass die Gewerkschaftsbewegung eine Schwerpunktverla-

gerung erlebt hat: Der Organisierungsgrad (56,5% gegenüber 14,1%) und auch die absolute Zahl der Mitglieder (3.882.000 gegenüber 2.507.000) ist im öffentlichen Sektor inzwischen weit höher als im Privatsektor. Insgesamt betrug der gewerkschaftliche Organisierungsgrad im Jahr 2011 26,0% (gegenüber 32,4% im Jahr 1995); 6,4 Mio. Menschen waren Mitglieder in einer Gewerkschaft. Die tarifvertragliche Deckung betrug 31,2% (67,8% im öffentlichen Sektor und 16,8% im Privatsektor).⁸

Die größten drei Gewerkschaften sind Unite (allgemeine Gewerkschaft), Unison (öffentlicher Dienst), und die General, Municipal, Boilermakers and Allied Trade Union (GMB, allgemeine Gewerkschaft). Ihre Mitgliederzahlen betragen 1.474.564, 1.347.500 und 601.730 (TUC 2009).

Das System der industriellen Beziehungen in Großbritannien ist von einer Kombination von vier hervorstechenden Eigenschaften geprägt:

1. Gewerkschaftliche Konkurrenz und fragmentierte Arbeitgeberverbände. – In Großbritannien arbeiten Branchengewerkschaften und branchenübergreifende Gewerkschaften nebeneinander. Bisweilen gibt es innerhalb einer Branche oder sogar innerhalb eines Betriebs mehrere Gewerkschaften (multi-unionism). Ein Beispiel ist der Schulbereich: Einige Lehrgewerkschaften operieren nur in bestimmten Landesteilen, z.B. die Scottish Secondary Teachers Association (SSTA) und das Education Institute of Scotland (EIS). Darüber hinaus gibt es zwei nebeneinander operierende, landesweite Lehrgewerkschaften – die National Union of Teachers (NUT) und auch die National Association of Schoolmasters Union of Women Teachers (NASUWT) – sowie eine Lehrer- und Dozentengewerkschaft, die Association of Teachers and Lecturers (ATL). Zudem organisieren auch Unison, Unite und GMB im Schulbereich. Punktuell kommt es hier zu direkter Konkurrenz; im Großen und Ganzen verhält man sich aber kooperativ (Simms 2011; TUC 2009).

Es gibt zwar einen einzigen Gewerkschaftsdachverband, den Trades Union Congress (TUC), aber in ihm sind 58 Einzelgewerkschaften organisiert. Insgesamt existieren der offiziellen Anerkennungsstelle zufolge sogar 177 Gewerkschaften (Certification Office 2011, 2). Sowohl die große Menge an Gewerkschaften als auch der große Anteil von Vereinigungen außerhalb des Dachverbands weist auf einen hohen Grad an organisatorischer Zersplitterung hin. Zum Vergleich: Der DGB und der Österreichische Gewerkschaftsbund haben acht bzw. sieben Mitgliedsgewerkschaften. Allerdings gibt es auch eine der Zersplitterung entgegenwirkende Tendenz: die Schaffung von zum Teil branchenübergreifenden Großgewerkschaften

⁸ Alle Zahlen aus Brownlie 2012.

durch Fusionen (Unison, gegründet 1993; Unite, gegründet 2007; GMB, letzte Fusion 1982).

Die Struktur der Arbeitgeberverbände ist ebenfalls fragmentiert. 106 Organisationen sind offiziell anerkannt (Certification Office 2011, 2). Der Dachverband ist die Confederation of British Industry (CBI). Die Dezentralisierung von Tarifverhandlungen in der neoliberalen Ära hat dazu geführt, dass diese in vielen Fällen auf Firmenebene und ohne Beteiligung von Arbeitgeberverbänden stattfinden (Prosser 2009, 4). Darüber hinaus gibt es insbesondere in der Privatwirtschaft zahlreiche Betriebe ohne anerkannte gewerkschaftliche Vertretung und ohne Tarifvertrag. Hier findet die Lohnsetzung individuell statt, wobei der gesetzliche Mindestlohn von derzeit 6,08 Pfund (7,51 Euro; Stand vom 16. September 2012) eine Untergrenze schafft.

2. Fehlen der betrieblichen Repräsentationsebene. – In Großbritannien gibt es kein offizielles Repräsentationsgremium auf Betriebsebene, das dem deutschen Betriebsrat gleichkäme. Es gibt ausschließlich gewerkschaftliche BeschäftigtenvertreterInnen (shop stewards bzw. union reps), die allerdings nur die Mitglieder im jeweiligen Betrieb vertreten und nicht alle Beschäftigten. Zudem verfügen sie nicht über die rechtlichen Absicherungen deutscher BetriebsrätInnen: Sie genießen keinen speziellen Kündigungsschutz. Angesichts der Zersplitterung der Tariflandschaft spielen die BeschäftigtenvertreterInnen eine wichtige Rolle bei Tarifverhandlungen (Fulton 2011d; vgl. Gospel/Palmer 1993, 202ff.).

3. Repressives Arbeitskämpfrecht. – Wie in den meisten Ländern Europas sind auch in Großbritannien Arbeitskämpfe nur unter strengen Auflagen legal. Es gibt folgende rechtliche Vorschriften:

- Es gibt nach herrschender Rechtsauffassung kein ausdrückliches Streikrecht, sondern nur ein Recht auf Freiheit von Strafverfolgung bei Arbeitskämpfaktivitäten unter Auflagen. In den meisten EU-Staaten ist das Streikrecht dagegen entweder verfassungsrechtlich verankert oder durch die herrschende Rechtsprechung abgesichert (Crooke 2011).
- Streiks sind nur erlaubt, wenn es sich um eine direkte Ausweitung eines »Handelsstreits« (trade dispute) zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen handelt. Damit sind Solidaritätsstreiks und politische Streiks von vornherein illegal (Crooke 2011; vgl. Kessler/Bayliss 1995, 68). Das betrifft selbst Solidaritätsstreiks innerhalb einer Branche. Ein Beispiel ist der Streik der National Union of Seamen 1988, bei dem die Ausdehnung eines Ausstands bei P&O auf den Wettbewerber Sealink dazu führte, dass die Regierung das Gewerkschaftsvermögen einfror. Daraufhin entschied die Gewerkschaftsführung, den Streik nicht länger zu unterstützen (Gospel/Palmer 1993, 216; Cohen 2006, 96f.; Metcalf 2006).

- Streiks erfordern genau vorgeschriebene Abstimmungsprozeduren, bei denen die Entscheidung zum Streik durch geheime Briefwahl getroffen werden muss. Dabei ist sicherzustellen, dass alle betroffenen Mitglieder an der Abstimmung teilnehmen können und dass das Unternehmen eine Woche vor Abhalten der Abstimmung und wiederum eine Woche vor Abhalten eines Streiks informiert wird. Damit sind spontane Arbeitsniederlegungen grundsätzlich illegal (Crooke 2011; vgl. Kessler/Bayliss 1995, 72).

4. Angliederung von Gewerkschaften an die Labour Party. – Die Labour Party wurde 1906 aus der britischen Gewerkschaftsbewegung heraus gegründet. Der Name sollte unterstreichen, dass es sich keineswegs um eine eindeutig sozialdemokratische oder sozialistische Partei handelte. Vielmehr war die Partei als Sammelbecken von Mitgliedern der Gewerkschaftsbewegung unterschiedlicher politischer Herkunft gedacht (Hain 1986, 254; vgl. Pelling 1976, 126f.).

Aufgrund ihrer Herkunft ist die Partei bis heute mit zahlreichen Gewerkschaften eng verknüpft, was Auswirkungen auf die Organisationsstrukturen beider Seiten hat. Es gibt 15 direkt an die Partei angegliederte Gewerkschaften (affiliated trade unions), darunter die drei größten Gewerkschaften. Angliederung bedeutet zunächst einmal, dass die fraglichen Gewerkschaften als Organisationen Mitglieder in der Labour Party sind. Das bedeutet auch, dass sie für ihre eigenen Mitglieder kollektiv Mitgliedsbeiträge an die Partei überweisen und so entscheidend zu deren Finanzierung beitragen (vgl. Stacey 2012). Das ist deshalb bedeutsam, weil es in Großbritannien keine dem deutschen System vergleichbare staatliche Parteienfinanzierung gibt. Auf Parteitag haben alle angliederten Organisationen der Partei 50% der Stimmen; von 32 Mitgliedern des Parteivorstands (National Executive Committee) sind zwölf für GewerkschafterInnen reserviert. Die Mitglieder der angegliederten Gewerkschaften können zudem an den Urwahlen teilnehmen, in denen die Parteiführung bestimmt wird (TULO 2011, 4ff.). Der heutige Labour-Chef Ed Miliband setzte sich entsprechend bei seiner Wahl im Herbst 2009 nur deshalb durch, weil er auf die Stimmen vieler Gewerkschaftsmitglieder bauen konnte.

Dennoch ist der Einfluss der Gewerkschaften auf den Kurs der Partei spätestens seit der Ära Blair gering (vgl. Taylor 2011). Zwar gab es vor der zweiten Wiederwahl Blairs im Jahr 2005 zwischen den angegliederten Gewerkschaften und der Parteiführung eine Vereinbarung (das Warwick Agreement), die die Unterstützung der Gewerkschaften für Blair an die Umsetzung bestimmter politischer Maßnahmen knüpfte (vgl. Bewley 2006). Aber dabei handelte es sich um kleine Eingriffe, die keineswegs einem Wech-

sel des neoliberalen Kurses der Regierung gleichkamen. Unmissverständlich sprach sich Blair von Beginn an dafür aus, die repressiven Antigewerkschaftsgesetze der Thatcher-Ära beizubehalten. Eine zu große Nähe zu den Positionen der Gewerkschaften, so die Begründung, mache die Partei für viele gesellschaftliche Gruppen unwählbar (vgl. Johnson 2012).

Rechtliche Situation

Großbritannien ähnelt Deutschland dahingehend, dass politische Streiks vom juristischen Mainstream als illegal angesehen werden.⁹ Das Land hat keine geschriebene Verfassung, weshalb die viel diskutierte Frage nach dem Verfassungsrang des Streikrechts müßig ist. Das britische Streikrecht ist repressiv: »Die britischen Gesetze, die Streiks regeln, sind bewusst so ausgerichtet worden, dass sie die Fähigkeit von Gewerkschaften zur Organisation von Streiks untergraben, und sie werden weiterhin für diesen Zweck verwendet.« (Crooke 2011, übersetzt) Illegale Streikaktivitäten haben insbesondere für Gewerkschaftsorganisationen drastische Konsequenzen bis hin zur Beschlagnahmung ihrer Vermögenswerte. Eine Reaktion auf die Einschränkung ihrer Handlungsfähigkeit sind die immer wieder stattfindenden wilden Streiks, zu denen nicht die Gewerkschaften aufrufen, sondern informelle, betriebsübergreifende Netzwerke. Beispiele hierfür sind der Royal-Mail-Streik im Jahr 2003 (Prol-position 2003) und der Ausstand bei den Raffinerien im Jahr 2009 (s.u.).

Geschichte der politischen Streiks

Es gab in der britischen Geschichte zahlreiche große Streikwellen, die schon allein aufgrund ihres Umfangs und der weit verbreiteten Bereitschaft zur Militanz eine politische Dimension bekamen. Einer davon ist der Generalstreik von 1926. Dabei handelte es sich zunächst um einen als Generalstreik angelegten, defensiven ökonomischen Kampfstreik: Drei Millionen ArbeiterInnen unterstützten die Bergarbeiter, die sich gegen Lohnsenkungen und eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit wehrten. Dieser Streik wurde von Seiten der konservativen Regierung Baldwin – also »von oben« – politisiert, indem sie diesen schon vor Beginn als Gefahr für die Demokratie hinstellte.

Die Mobilisierungsstärke zu Beginn des Streiks bedeutete eine relevante Verschiebung in den Kräfteverhältnissen zwischen Arbeit und Kapital auf der ökonomischen und politischen Ebene und stellte somit die

⁹ Eine abweichende Auffassung, die sich auf Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention bezieht, findet sich bei Ewing/Hendy 2011.

gegebene gesellschaftliche Ordnung in Frage. Allerdings fehlte eine flankierende Erzählung auf der ideologischen Ebene, die der ausgeübten Arbeitermacht eine Zielrichtung hätte geben können, also eine Vorstellung einer anderen Gesellschaft. Insofern setzte sich die von Regierungsseite vorgegebene Deutung durch: Auch die TUC-Spitze sah die von ihr mobilisierte Arbeitermacht als Gefahr für die gegebene politische Ordnung und blies den Streik ab (Hain 1986, 17f.; 78ff.; vgl. Pelling 1976, 173ff.). Für die Frage des politischen Streiks sind hier zwei Beobachtungen relevant: 1. Streiks können auch »von oben« politisiert werden, indem ihnen ihre Berechtigung und Legalität abgesprochen wird; 2. Generalstreiks werden ab einer gewissen Stärke schon deshalb zu politischen Streiks, weil die in ihnen entwickelte Kampfkraft nachhaltige Auswirkungen auf das Funktionieren des politischen Systems hat.

In der Nachkriegszeit sind vor allem die militanten Proteste gegen die Regierungspolitik in den späten 1960er und den frühen 1970er Jahren hervorzuheben, die auf die Reregulierung der industriellen Beziehungen hinauslief. 1972 gab es umfangreiche Streikaktionen und Proteste, die den Industrial Relations Act der konservativen Regierung Heath zu Fall brachten. Ein Jahr später fand ein Bergarbeiterstreik statt, der zu Stromausfällen und einer von der Regierung angeordneten Drei-Tage-Woche führte. Angesichts dessen machte Ted Heath von einem Vorrecht des britischen Premierministers Gebrauch und rief Neuwahlen aus, die er unter das Motto »Wer regiert das Land?« stellte und verlor (Hain 1986, 22, 114; Cohen 2006, 22ff.). Im ersten Fall gilt es festzuhalten, dass defensive politische Streiks durchaus erfolgreich sein können; im zweiten, dass ökonomische Streiks drastische politische Auswirkungen haben können.

Beim prägenden Konflikt der Thatcher-Ära, dem Bergarbeiterstreik von 1984/85, ging es um die Pläne der Regierung, Zechen im Staatsbesitz in großer Zahl zu schließen. Der Streik wurde von der Regierung erzwungen, um die Bergarbeitergewerkschaft NUM anzugreifen, die in den frühen 1970er Jahren an der Spitze der Streikbewegungen gestanden hatte. Die Regierung Thatcher hatte zum Ziel, den militanten Flügel der britischen Gewerkschaften in die Knie zu zwingen (vgl. Cohen 2006, 75ff.). Bereits im Jahr 1977, d.h. noch zu Oppositionszeiten, hatte der konservative Politiker und Thatcher-Unterstützer Nicholas Ridley einen Plan zur Zerschlagung der militanten Gewerkschaften in den verstaatlichten Industrien ausgearbeitet, der nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte relativ genau befolgt wurde (Ridley 1977).

Analog zum Generalstreik 1926 bezeichneten rechte Medien und die Regierung den Ausstand der Bergarbeiter als politischen Streik. Damit sollte

seine Berechtigung in Zweifel gezogen werden (Hain 1986, 12). Streng genommen war es vom Standpunkt der Streikenden zunächst ein ökonomischer Streik, bei dem es um die Verteidigung von Arbeitsplätzen und den Erhalt von Zechen ging. Aber die gesellschaftliche und politische Polarisierung während des etwa einjährigen Ausstands verlieh ihm eine immense politische Bedeutung: Die Zielsetzung der Streikenden veränderte sich. Sie wollten letztendlich die Regierung stürzen (137). Insofern handelte es sich um einen ökonomischen, politisierenden und letztlich politischen Streik. Er ist ein Paradebeispiel für Luxemburgs Feststellung, dass ökonomische und politische Streiks ineinander übergehen.

Die Regierung Thatcher setzte sich in der Auseinandersetzung durch und fügte damit der britischen Arbeiterbewegung eine entscheidende Niederlage zu. In den folgenden Jahren gelang es ihr, den militanten Flügel der britischen Gewerkschaftsbewegung weitgehend zurückzudrängen. Hierzu nutzte sie zunehmend auch jene Mittel, die das neu eingeführte repressive Arbeitskampfrecht einräumte. Sie flankierte dies durch eine öffentliche Kampagne gegen kampfbereite Gewerkschaften, in deren Rahmen diese als Besitzstandsverteidiger und Kräfte der Zerstörung dargestellt wurden. Während des Bergarbeiterstreiks sprach Thatcher in Bezug auf die NUM vom »inneren Feind« – analog zum äußeren Feind, also den argentinischen Streitkräften, die im Jahr 1982 die britischen Falklandinseln besetzt hatten (vgl. Milne 1994/1995). Der Kampf der Regierung gegen die Gewerkschaften war insofern erfolgreich, als die Zahl der Streiks erheblich zurückging. Ausgedehnte politische Streiks standen bis zum Eintritt der aktuellen Krise nicht mehr auf der Tagesordnung.

5.2 Zur Konjunktur politischer Streiks in der Krise

Regierungsstrategien in der Krisensituation

Großbritannien war eines der ersten Länder in Europa, das von der Finanzkrise betroffen war. Im September 2007 kam es zum »Run« auf die Hypothekenbank Northern Rock, der den Auslöser für eine umfassende Bankenkrise darstellte. Die Aufblähung des gesamten globalen Finanzsektors (vgl. Gowan 2009, 18) spiegelt sich in Großbritannien u.a. in der Entstehung einer Immobilienblase und in einer hohen Privatverschuldung. Entscheidend dafür war die Strategie des »privatisierten Keynesianismus« (Crouch 2009, übers.; vgl. Gowan 2009, 25), die von allen britischen Regierungen in der neoliberalen Ära verfolgt wurde: Durch die laxe Regulierung des Hypothekenmarkts und des Markts für Konsumentenkredite wurde die Nachfrage nach Wohneigentum und Konsumgütern angekurbelt und der Lebensstandard

der Bevölkerung angehoben. Im Zuge der Krise kam es zu umfassenden Stützungsmaßnahmen für den Bankensektor. HauskäuferInnen wurden Steuererleichterungen und weitere Hilfestellungen bereitgestellt, wodurch die Immobilienpreise in etwa auf dem durch die Blase erzeugten Niveau einfroren (vgl. Watson 2009; Gallas 2010).

Hintergrund für das Vorgehen der Regierung war die Abhängigkeit des Landes vom Finanzsektor. Die Unternehmensberatung PwC behauptet in einem für die City of London¹⁰ verfassten Bericht, dass dieser Sektor für 12,1% aller Steuereinnahmen des Staats aufkomme (PwC 2011, 6). Natürlich handelt es sich bei diesem Bericht nicht um ein Produkt unabhängiger Forschung, aber dennoch gibt er einen Eindruck bezüglich der Vorherrschaft der City. Darüber hinaus sei angemerkt, dass insbesondere im Südosten des Landes auch zahlreiche Arbeitsplätze indirekt von ihr abhängen. Hinzu treten die Auswirkungen der Unterwerfung des Alltagslebens unter die Finanzmärkte, also die Abhängigkeit der Wohnsituation, des Privatkonsums und der Alterssicherung von den Entwicklungen auf den Finanzmärkten (vgl. Lapavitsas 2009).

Der britische Staat besitzt ca. die Hälfte des Geschäftsbankensektors, weil es im Zuge der Krise zu umfassenden Rettungsmaßnahmen bzw. (Teil-)Verstaatlichungen kam. Im Ergebnis ist die Staatsverschuldung explodiert (2002: 44,4%, 2011: 85,7% des BIP, Eurostat 2012a); das Haushaltsdefizit liegt bei 8,3% des BIP (Eurostat 2012b).

Die Abhängigkeit des Landes vom Finanzsektor macht es verwundbar. Es erlebt eine außerordentliche wirtschaftliche Schwächeperiode – mit einer doppelten Rezession (double dip) und einer Konjunkturentwicklung, die ungünstiger als während der Großen Depression der 1930er Jahre ist (Aldrick 2011).

Die Labour-Regierung unter Gordon Brown reagierte mit einer Mischung aus Kürzungs- und Belebungsmaßnahmen, darunter eine Mehrwertsteuersenkung und die Einführung einer Abwrackprämie (Gallas 2010). Zu einem deutlichen Kurswechsel kam es im Mai 2010 mit der Bildung der konservativ-liberalen Koalitionsregierung unter David Cameron. Die neue Regierung legte das umfangreichste Kürzungsprogramm seit der Zwischenkriegszeit auf. Die Maßnahmen verstärken die Krisentendenzen und drücken die ohnehin flauere Konjunktur nach unten (vgl. Klein 2012).

¹⁰ Die City of London ist ein Viertel in der britischen Hauptstadt mit eigenständigen Stadtrechten, in dem die Londoner Finanzwelt seit Jahrhunderten angesiedelt ist. Unter anderem befindet sich dort die Bank of England und die Londoner Börse.

Die sozialen Auswirkungen dieser Politik sind drastisch. Die Arbeitslosigkeit liegt inzwischen bei 8,1%. Vor allem jüngere Leute sind betroffen: Von den 16- und 17-Jährigen sind 36,8% arbeitslos, von den 18- bis 24-Jährigen 19,6% (ONS 2012a, b; Stand vom Juli 2012). Seit Amtsantritt der Regierung Cameron sind die Reallöhne beständig gefallen, wobei die Ärmsten die verhältnismäßig größten Einbußen hinnehmen mussten (Ball 2012). Gleichzeitig wurde der Spitzensteuersatz gesenkt. Die Vormachtstellung des Londoner Finanzsektors bleibt unangetastet, er kommt im Übrigen für die Hälfte der Parteispenden an die Konservativen auf (Mathiason/Bessaoud 2011).

Es wäre allerdings unzureichend, den Kurs der Koalitionsregierung lediglich als eine Form des Krisenmanagements mit Hilfe von Kürzungsmaßnahmen zu sehen. Es geht um mehr, nämlich die Vollendung des von Thatcher begonnenen Projekts. Ziel ist die Schaffung einer vollständig nach Marktprinzipien gestalteten Gesellschaft mit Minimalstaat. Daher wird der öffentliche Sektor durch Kürzungen geschrumpft: Nach Angaben des »staatlichen Amtes für verantwortliches Haushalten« (Office for Budgetary Responsibility) sollen dort bis 2017 710.000 Arbeitsplätze wegfallen (Butler 2011). Gleichzeitig werden die Strukturen des öffentlichen Sektors privatisiert. Die Regierung hat bereits angekündigt, dass sie nach dem Prinzip des »bereitwilligen Anbieters« (any willing provider) vorgehen will: Mittelfristig sollen alle öffentlichen Dienstleistungen (mit Ausnahme von wenigen Kernaufgaben in den Bereichen Militär, Polizei und Justiz) ausgeschrieben werden und somit dem Wettbewerb von Anbietern aus dem Privat-, Staats- und dritten Sektor unterliegen (Cameron 2011). Dies betrifft nicht nur den (immer noch größtenteils staatlichen) Gesundheitssektor. Inzwischen gibt es sogar einen Plan zur weitgehenden Privatisierung polizeilicher Aufgaben, die nicht dem Kernbereich des Polizeidienstes zugerechnet werden.

Beim Angriff auf den öffentlichen Dienst handelt es sich auch um einen Angriff auf die Gewerkschaften, weil sie dort nach wie vor stark organisiert sind (s.o.). Die tiefe Feindschaft der Regierung gegenüber den Gewerkschaften bezeugt auch ihre Reaktion auf Streikdrohungen von Tankwagenfahrern im Frühjahr 2012. In einem vertraulichen Schreiben forderten Abgeordnete der Tory Party die Parteibasis dazu auf, die Bevölkerung zum Horten von Benzin aufzurufen, um so den Streik zu untergraben und die Gewerkschaften und Labour schlecht aussehen zu lassen. Francis Maude, der Minister für das Kabinettsbüro, empfahl den BritInnen entsprechend, ihre Benzinkanister aufzufüllen. Dies erwies sich allerdings als Eigentor: Maude geriet unter starken Druck und handelte sich Rücktrittsforderungen ein, als bekannt wurde, dass sich eine Frau beim Umfüllen von Benzin schwer verletzt hatte. Dabei kam es ohnehin nicht zum Streik, weil sich die Gewerk-

schaft dazu entschied, Verhandlungen mit den ArbeitgeberInnen aufzunehmen (Pearse 2012).

Die strategische Ausrichtung der Regierungspolitik ist also eindeutig: Die herrschende Klasse in Großbritannien soll gestärkt werden, indem die Krise zu einer Offensive gegen die Gewerkschaften und den öffentlichen Sektor und somit auch die arbeitende Bevölkerung insgesamt genutzt wird.¹¹

Antworten der Gewerkschaften und soziale Proteste

Mit der Zerschlagung der militanten Gewerkschaften und der Durchsetzung repressiver Arbeitskampfgesetze in der Thatcher-Ära ist die Streikaktivität in Großbritannien zunächst erheblich abgeflaut, hat sich jüngst aber aufgrund des Widerstands gegen die Kürzungspolitik der Koalitionsregierung wieder verstärkt. Im Jahr von Thatchers erstem Wahlsieg, 1979, erreichten die Streikaktivitäten einen Höhepunkt, den »Winter der Unzufriedenheit« (Winter of Discontent). Es gingen 29,4 Mio. Arbeitstage aufgrund von Streiks verloren. Im Jahr 2005 wurde ein Tiefpunkt erreicht, da waren es nur 220.000 Tage. 2011, als es aufgrund eines Streiktags im öffentlichen Dienst zum umfangreichsten Streik seit dem Generalstreik 1926 kam, wurde der höchste Wert seit 1990 gemessen: 1,4 Mio. Tage pro Jahr (ONS 2012c).

Die Bewegung gewerkschaftlicher und sozialer Proteste seit Ausbruch der Krise hat einen Vorläufer, den wilden Streik von bei Raffinerien tätigen Wartungs- und Bauarbeitern, der im Frühjahr 2009 stattfand. Es folgte eine Welle miteinander verknüpfter Proteste, die sich gegen den Kurs der Regierung Cameron wendeten, und deren Träger sowohl Gewerkschaften als auch neue soziale Bewegungen waren: der Studierenden-Protest im Herbst 2010; die UK-Uncut-Aktionen und die von den Gewerkschaften organisierte Großdemonstration im Frühjahr 2011; die Streiktage im öffentlichen Dienst im Juni und November 2011; die Occupy-Bewegung im Herbst 2011; und ein weiterer Streiktag im öffentlichen Dienst im Mai 2012. Dabei lässt sich einerseits festhalten, dass es erst einer Regierung mit einer

¹¹ Der Klassenhintergrund der neuen Regierung ist eindeutig: Von 29 Kabinettsmitgliedern sind 22 MillionärInnen. Rechtfertigungsmuster für die Aktivitäten einer Regierung, die aus weitgehend Privilegierten besteht und die Interessen der Privilegierten auf Kosten der Bevölkerung verteidigt, sehen so aus: »David Cameron als Individuum erzeugt keine unüberwindbaren Hindernisse für die Mehrheit der Wähler auf Grund seines Klassenhintergrunds. Er ist offenkundig ein fähiger, vorzeigbarer, anständiger Repräsentant der begüterten, gebildeten oberen Mittelklassen aus dem Süden [des Landes], die zweihundert Jahre lang (oder länger) dazu beigetragen haben, die Stabilität der Nation zu bewahren«. Dies schrieb der Thatcher-Biograf Charles Moore (2012) in der rechtskonservativen Tageszeitung *Daily Telegraph*.

klar erkennbaren Kürzungs- und Umstrukturierungsstrategie bedurfte, um konzentrierten, nachhaltigen, massenwirksamen und politischen Widerstand loszutreten. Andererseits zeigt sich, dass sich in Großbritannien eine Verknüpfung zwischen Streikbewegungen und von neuen sozialen Bewegungen getragenen Protesten herausgebildet hat. Deshalb lässt sich die Frage der politischen Streiks nicht unter Vernachlässigung anderer sozialer Proteste diskutieren.

Wilde Streiks im Frühjahr 2009

In Großbritannien kam es vor 2010 zu keinen koordinierten politischen Aktionen von Seiten der Arbeiterbewegung oder der neuen sozialen Bewegungen, von denen eine Massenwirkung ausgegangen wäre und die die Krise sowie die vorherrschende Krisenpolitik zum Thema gemacht hätten – anders als in Ländern wie Frankreich und Griechenland, wo zu dieser Zeit bereits Generalstreiks stattfanden. Auseinandersetzungen entsprangen aus branchenspezifischen Konfliktlagen, z.B. Betriebsschließungen und Praktiken der Auftragsvergabe.

Große Aufmerksamkeit in den Medien erzielte eine Welle wilder Streiks im Januar und Februar 2009, die durch einen Ausstand von Wartungs- und Bauarbeitern der Lindsey-Raffinerie in Killingholme an der englischen Ostküste ausgelöst wurde. Die fragliche Raffinerie wird von Total betrieben. Die Arbeiter protestierten gegen die Vergabe eines Auftrags zum Bau einer Entschwefelungsanlage an eine italienische Firma. Es wurde erwartet, dass diese zur Erledigung des Auftrags ausschließlich ihre italienischen und portugiesischen Festangestellten einsetzen würde, was als Diskriminierung gegenüber einheimischen Arbeitskräften aufgefasst wurde. Zudem bestand die Befürchtung, dass sie den bestehenden Tarifvertrag missachten würde. Das EU-Recht ermöglicht es AuftragnehmerInnen, bei Aufträgen im Ausland Beschäftigte aus dem eigenen Land mitzubringen; die Vorschriften der EU-Entsenderichtlinie zum Schutz von Tarifverträgen in solchen Fällen sind nicht in britisches Recht übernommen worden.

Der Streik dauerte ca. eine Woche und wurde von (nach herrschender Rechtsauffassung verbotenen) Solidaritätsstreiks in vielen Teilen des Landes begleitet, an denen sich mehrere tausend Arbeiter beteiligten. Er endete, nachdem in Verhandlungen unter Aufsicht des Schlichtungsdienstes ACAS vereinbart worden war, die Hälfte der zu schaffenden Arbeitsplätze mit Einheimischen zu besetzen (Chopra 2009; Mouvement Communiste 2009; Hall 2010). Die große Medienwirksamkeit des Streiks ist sicherlich darauf zurückzuführen, dass manche der Streikenden die nationalistische Parole »Britische Arbeitsplätze für britische Arbeiter« (British Jobs for Bri-

tish Workers) einsetzten. Diese wurde in den 1970er Jahren von der neofaschistischen Partei National Front geprägt. 2007 machte sie sich der damalige Premierminister Gordon Brown auf einem Labour-Parteitag zu eigen; die Proteste bezogen sich ausdrücklich auf Browns Aussagen. Zudem wurden bei ihnen britische Flaggen verwendet und auch der Slogan »Britische Arbeiter zuerst« (Put British Workers First!). Berichten von den Protesten zufolge gab es bei den Streikversammlungen durchaus Leute, die sich nationalistisch äußerten; Tony Woodley, einer der beiden damaligen Generalsekretäre der Gewerkschaft Unite, berichtete, dass die neofaschistische British National Party (BNP) an der Organisation der Streikaktivitäten beteiligt gewesen sei. Natürlich gab es aber auch zahlreiche Streikende, die schlicht Lohndumping und ihren Ausschluss von der Jobvergabe skandalisieren wollten und die sich ausdrücklich gegen die BNP aussprachen. Entsprechend waren die Forderungen des Streikkomitees in keiner Weise nationalistisch; im Laufe des Streiks wurde dann auch die unstrittige Parole »fairer Zugang für hiesige Arbeitskräfte« (fair access for local labour) in Umlauf gebracht.

Insgesamt handelte es sich also um eine zweideutige Situation. Das kommt beispielsweise darin zum Ausdruck, dass Derek Simpson, der andere damalige Generalsekretär von Unite, sich vom rechtslastigen Boulevardblatt Daily Star mit angeheuertem Fotomodellen abbilden ließ, die Schilder mit der britischen Flagge und dem »britische Arbeitsplätze«-Slogan hochhielten. Gleichzeitig aber betonte er, dass es bei der Auseinandersetzung nicht um »Rasse oder Einwanderung« ginge, sondern um die Klassenfrage. Insgesamt lässt sich aber festhalten, dass das Klassenanliegen bei der öffentlichen Darstellung der Streikziele nicht im Vordergrund stand und die Streikenden nicht offensiv gegen nationalistische Äußerungen vorgegangen sind (Guthrie 2009; Mouvement Communiste 2009; Smith 2009; Socialist Worker 2009; Workers' Liberty 2009).

Für die Frage der politischen Streiks ist an dieser Episode zunächst interessant, dass das repressive Arbeitskämpfrecht, nach dem weder eine sofortige Reaktion auf die Vergabe des Auftrags noch Solidaritätsstreiks möglich gewesen wären, mit Hilfe von wilden Streiks umgangen wurde. Die Streikenden wählten diese Vorgehensweise nicht etwa, weil die Gewerkschaftsführungen zu zögerlich gewesen wären, sondern um die Gewerkschaftsapparate nicht zu gefährden. Entsprechend wurde die Streikwelle von den Beschäftigtenvertretern zwar an den Gewerkschaftsführungen vorbei organisiert, bezog aber zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder ein (Mouvement Communiste 2009). Trotz aller politischen Schwierigkeiten zeigt sich also anhand der Streikwelle, dass es auch unter den Bedingungen von ungüns-

tigen Kräfteverhältnissen und Streikverbot möglich ist, die Arbeit niederzulegen.

Darüber hinaus ist es bedeutsam, dass branchenspezifische, ökonomische Belange in einen politischen Gesamtzusammenhang gestellt wurden und man insofern von einem politischen Streik sprechen kann – zumindest im weitesten Sinn. Hierzu mag die Rezession in Folge der Wirtschaftskrise beigetragen haben. Gleichzeitig wird an der Streikwelle eine ideologische Selbstschwächung deutlich,¹² die durch mangelnde Abgrenzung von einer nationalistischen Deutung der Situation hervorgerufen wurde. Die politische Ausrichtung des Streiks verhinderte von vornherein, dass eine Verbindung zu den zu dieser Zeit stattfindenden Krisenprotesten und Generalstreiks in Kontinentaleuropa entstand.

Neben der Streikwelle im Frühjahr 2009 kam es zwischen 2007 und 2009 zu einer Reihe von Besetzungen von Betrieben, die von der Schließung bedroht waren. Allerdings verschreiben sich diese Aktionen lediglich ökonomischen Zielsetzungen (es ging um den Erhalt von Arbeitsplätzen). Sie blieben punktuell und waren letztlich erfolglos (vgl. Gall 2011). Es gelang nicht, eine Besetzungsbewegung in Gang zu bringen, die die Aktionen in die breite Öffentlichkeit getragen und einen Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrise, Krisenpolitik, Betriebsschließungen und Besetzungen hergestellt hätte.

Proteste gegen die Kürzungspolitik im Herbst 2010

Erst der Regierungswechsel im Mai 2010 und der mit ihm einhergehende radikale Kürzungskurs sorgten dafür, dass die Krise und die herrschende Krisenpolitik Massenproteste nach sich zogen. Die Kürzungen im Bildungsbereich wurden zum ersten Brennpunkt von Protestaktivitäten. Anlass war die Ankündigung der Regierung, es den Universitäten zu ermöglichen, die Studiengebühren zu verdreifachen – auf ca. 9.000 Pfund im Jahr (ca. 11.200 Euro, Stand Mai 2012; Willetts 2010; BBC News 2011a). Gleichzeitig sollten die Staatsausgaben im Bereich der Hochschulbildung im Zeitraum von vier Jahren um 40% gesenkt werden. Außerdem gab die Regierung bekannt, dass

¹² Prozesse der ideologischen Selbstschwächung finden sich übrigens auch innerhalb der Gewerkschaftsapparate: Amicus und die TGWU – die Gewerkschaften, aus denen Unite entstanden ist – betrieben bereits während der Fußball-WM 2006 eine Boykottkampagne auf Grundlage von nationalistischen Parolen. Diese richtete sich gegen die Schließung eines Peugeot-Werks in Coventry und die Verlagerung der dortigen Produktion nach Osteuropa. Die Parolen lauteten: »This summer think of England« (Denkt diesen Sommer an England) und »Fighting for British workers and British jobs« (Wir kämpfen für britische Arbeiter und britische Jobs).

sie eine Hilfsleistung für arme Oberstufen-SchülerInnen (Education Maintenance Allowance, EMA) streichen würde (Murray 2010).

Im November 2010 demonstrierten in London 50.000 SchülerInnen und StudentInnen gegen die Bildungspolitik der Regierung, wobei auch die Kürzungspolitik allgemein kritisiert wurde. Während der Demonstration wurde das Gebäude gestürmt, in dem sich die Parteizentrale der Konservativen befindet. In den Wochen danach kam es zu Demonstrationen in verschiedenen Teilen des Landes; auch Hörsäle wurden besetzt. Bemerkenswert an den Protesten waren nicht nur die breite Beteiligung, sondern auch die (für britische Verhältnisse) ungewöhnlich militanten Kampfformen und die Entscheidung der Polizei, mit großer Härte gegen die Protestierenden vorzugehen. Die Proteste waren zwar im Hinblick auf ihre Forderungen erfolglos – die Regierung machte keine ihrer Entscheidungen rückgängig –, aber sie sorgten für die Politisierung zahlreicher TeilnehmerInnen (vgl. Ali 2010; Mason 2010). Sie zeigten, dass es eine große Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik und dem politischen Establishment gab. Zudem spornten sie andere Bevölkerungsteile, darunter die Gewerkschaften, zu Aktionen an. Die Bildungsproteste hatten also eine wichtige allgemeinpolitische Bedeutung: Sie schufen einen Raum für eine Massenbewegung gegen die Kürzungspolitik.

Bereits im Juni 2010 hatte die Regierung einen »Nothaushalt« auf der Grundlage eines umfassenden Kürzungsprogramms vorgelegt. Im August rief dann ein Bündnis um Tony Benn, dem Veteranen vom linken Flügel der Labour Party, zum Aufbau einer Koalition des Widerstandes auf, der zahlreiche linke PolitikerInnen und KünstlerInnen beitraten. Der linke Flügel der britischen Gewerkschaften war ebenfalls vertreten, u.a. repräsentiert durch den Chef der Transportarbeitergewerkschaft RMT, Bob Crow, und Mark Serwotka, den Chef der Gewerkschaft PCS, die Beschäftigte im öffentlichen Dienst organisiert. Crow forderte zu dieser Zeit »generalisierte Streikaktionen« nach einem Rotationssystem, die sich gegen den »Klassenkrieg« von Seiten der Regierung richten sollten. In einem BBC-Interview betonte er ausdrücklich, dass es sich um politische Streiks handeln würde (Marr 2010). Serwotka beschrieb, ähnlich wie Stimmen aus der deutschen Gewerkschaftslinken, französische Straßenproteste als angemessene Antwort auf die Kürzungspolitik.

Im Sommer 2010 gab es Überlegungen innerhalb des TUC, am 23. Oktober eine Großdemonstration auszurichten – was die Gewerkschaftslinken ausdrücklich unterstützte. In dieser Frage setzten sich allerdings jene durch, die mehr Zeit für die Mobilisierung verlangten: Auf dem jährlichen TUC-Kongress im Oktober wurde beschlossen, dass diese Demonstration erst

im März 2011 stattfinden sollte – aus Angst, das über viele Jahre gepflegte Image einer »moderaten« Gewerkschaftsbewegung zu verlieren, was vom rechten Gewerkschaftsflügel als angemessene Antwort auf die Antigewerkschaftskampagne von Thatcher betrachtet wurde (Shankleman 2010; Socialist Party 2010; The Socialist Newspaper 2010; Workers Liberty 2010).

Im Oktober 2010 wurde die Protestgruppe *UK Uncut* gegründet, deren MitstreiterInnen sich aus den sozialen Bewegungen rekrutierten. Sie thematisierte, dass zahlreiche Großkonzerne Steuern hinterziehen oder umgehen, während der öffentliche Dienst zerschlagen werden soll. Wenig später fand die erste Aktion der Gruppe statt: die Besetzung einer Filiale des Mobilfunkanbieters Vodafone in London, dem vorgeworfen wurde, die Zahlung von Steuern in Höhe von 6 Mrd. Pfund umgangen zu haben. Im Verlauf weniger Wochen wurden dann 30 weitere Läden besetzt (Lewis et al. 2010); im Dezember 2010 folgte eine Welle von öffentlichkeitswirksamen Protesten, die auch von Serwotka (2010) ausdrücklich unterstützt wurden, der eine Einmischung der Gewerkschaften in die entstehende Bewegung gegen die Kürzungspolitik forderte. Len McCluskey, Chef der Großgewerkschaft Unite, äußerte sich ähnlich. Er forderte im Dezember 2010 die Gewerkschaften ausdrücklich auf, die Bewegung der SchülerInnen und StudentInnen zu unterstützen und den Wohlfahrtsstaat gegen die Angriffe der Regierung mit Hilfe von Streiks zu verteidigen (McCluskey 2010). Entsprechend unterstrich er die Bedeutung der Koalition des Widerstands, der Unite inzwischen beigetreten war, und machte auf die Großdemonstration im März 2011 aufmerksam. Während Crow McCluskeys Streikaufrufung unterstützte, distanzierten sich sowohl der Labour-Vorsitzende Miliband als auch Mitglieder der TUC-Führung (Wintour/Milmo 2010).

Es gelang der Bewegung der SchülerInnen und StudentInnen also nicht nur, die Kürzungspolitik der Regierung zu skandalisieren, sondern auch, die Grundlage für die Bildung eines Widerstandsnetzwerkes aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu legen. Nach dem Abflauen der Bildungsproteste ab Weihnachten 2010 übernahmen die Gewerkschaften (und zu einem gewissen Maß *UK Uncut*) die Führungsrollen bei der Fortführung der Proteste.

Großdemonstration in London im März 2011

Die Großdemonstration wurde insofern zum Erfolg, als eine große Mobilisierung zu verzeichnen war. Es beteiligten sich schätzungsweise zwischen 250.000 und 400.000 Menschen. Damit handelte es sich um die größte Mobilisierung der Gewerkschaften für eine Demonstration seit 20 Jahren (BBC News 2011b; Guardian 2011). Serwotka forderte auf der Abschlusskundge-

bung, vom Demonstrieren zum Streiken überzugehen – ein Aufruf zum politischen Streik, der viel Applaus erntete.¹³

Am Rande der Demonstration kam es zu Ausschreitungen: Ein Hotel sowie mehrere Geschäfte und Banken wurden angegriffen. Dafür wurde eine Gruppe von 500 Protestierenden verantwortlich gemacht (BBC News 2011b; BBC News 2011c). Zudem besetzten AktivistInnen im Rahmen einer UK Uncut-Aktion das Luxus-Kaufhaus Fortnum & Mason, 145 von ihnen wurden daraufhin verhaftet (Malik 2011a).

Einer Umfrage zufolge genoss die Demonstration im Vorfeld breite Unterstützung in der Bevölkerung: 52% der Befragten gaben an, den Zielsetzungen zuzustimmen; nur 31% verneinten dies (TUC 2011a). Der Labour-Vorsitzende Miliband, der sich zuvor von gewerkschaftlichen Aufrufen zum Widerstand distanziert hatte, entschied sich für eine halbherzige Unterstützung: Er ließ verlauten, dass er zwar nicht bei der Demonstration mitlaufen würde, brachte sich aber als Kundgebungsredner ins Spiel (Green 2011). Schlussendlich trat er in dieser Rolle auf und erntete Missfallensbekundungen, als er argumentierte, dass bestimmte Einsparungen nötig seien (Miliband 2011; Bagehot 2011). Nach der Demonstration distanzierte er sich von den Ausschreitungen; TUC-Sprecher äußerten sich ähnlich (BBC News 2011c). Damit bediente man einen Diskurs in den Medien, der den Missbrauch einer friedlichen Demonstration durch eine gewalttätige Minderheit anprangerte (Bagehot 2011; Owens 2011; Townsend et al. 2011) und militanteren Protestformen – denen auch die Kaufhausbesetzung zugerechnet wurde – jegliche Berechtigung absprach.

Führende Gewerkschaftsvertreter grenzten sich jedoch von dieser Darstellung ab. Sie wandten sich ausdrücklich gegen die Kriminalisierung von UK Uncut. Serwotka, McCluskey, Paul Kenny von der GMB und Jeremy Dear von der Journalisten-Gewerkschaft NUJ sowie VertreterInnen von NGOs verfassten einen offenen Brief, der UK Uncut ausdrücklich unterstützte. In dem Brief betonten sie, dass die Aktivitäten der Gruppe berechtigt und stets auf die Unterstützung der Großdemonstration ausgerichtet gewesen seien. Zudem kritisierten sie die »politisch motivierte Polizeiarbeit« und forderten ein »Recht auf Protest« ein (UK Uncut 2011, übers.).

Erfolge der Demonstration waren sicherlich die massive Beteiligung und die Tatsache, dass es durch die Solidaritätserklärung nach der Polizeigewalt gegen AktivistInnen gelang, die Verknüpfung zwischen Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen zu verstärken. In Bezug auf die Gesamtprotest-

¹³ Ein Videomitschnitt der Rede findet sich unter www.pcsilverpoolrevenue.co.uk/#/videos/4551666889.

bewegung stellt die Großdemonstration ein wichtiges Bindeglied zwischen den Bildungsprotesten und den später folgenden Streiktagen dar. Damit hatte sie eine über den Demonstrationstag selbst hinausreichende mobilisierende Wirkung. Aber es steht auch die Frage im Raum, ob eine frühzeitige Großdemonstration vor Ende des Jahres 2010 einen nicht noch stärkeren Effekt gehabt hätte, indem sie den Schwung der Bildungsproteste auf die entstehende gewerkschaftliche Gegenwehr übertragen hätte. Die Demonstration im März 2011 hatte keine direkte Auswirkung auf die Regierungspolitik, was sicherlich auch damit zusammenhängt, dass sich ein ein-tägiger Protest für gewöhnlich leicht aussitzen lässt.

Streiktage im öffentlichen Sektor (Juni und November 2011, Mai 2012)

Bei der Vorstellung des »Nothaushalts« im Juni 2010 war angekündigt worden, dass der Labour-Politiker John Hutton mit der Bildung einer Kommission beauftragt werde, die Vorschläge zur Neuregelung der Renten im öffentlichen Dienst ausarbeiten solle (BBC News 2010). Im März 2011 legte Hutton seine Vorschläge vor. Darunter fanden sich die Anhebung des Rentenalters – erst auf 65 im Jahr 2018, dann auf 66 Jahre im Jahr 2020 – und die Änderung der Berechnungsgrundlage der Renten. Letztere sollte sich nicht länger nach dem Gehalt bei Renteneintritt richten, sondern nach dem Durchschnittsgehalt, berechnet auf Grundlage der gesamten beruflichen Laufbahn. Ohnehin hatte die Regierung im Rahmen der Vorstellung ihres Ausgabenplans (spending review) im Oktober 2010 angekündigt, dass die Rentenbeiträge um drei Prozent des Gehalts erhöht werden würden und sich die Berechnungsgrundlage für Rentenerhöhungen ändere, was die Gewerkschaften mit Streikdrohungen beantworteten (Blake 2010; Kirkup 2010; Curtis 2011a). Faktisch ging es also um eine umfassende Rentenkürzung. Der Staatssekretär im Schatzamt, Danny Alexander, bestätigte am 17. Juni 2011, dass die Regierung Huttons Vorschlägen im Großen und Ganzen folgen würde (vgl. Curtis 2011b).

Diese Kürzungspläne lieferten den Gewerkschaften die Möglichkeit, Streiks im gesamten öffentlichen Sektor durchzuführen, die juristisch als »Arbeitskampf« (trades dispute) gewertet werden mussten und insofern im Einklang mit der herrschenden Rechtsprechung standen. Somit war die Grundlage für legale, politisierbare, breit angelegte Streiks gegen die Kürzungspolitik gegeben. Es wurde möglich, den Massenprotest vom März legal in eine Streikbewegung zu überführen – zumindest im öffentlichen Sektor, was sich aber ohnehin anbot, weil sich die Angriffe hier konzentrierten.

Die Gewerkschaften organisierten insgesamt drei Streiktage: den 30. Juni 2011, den 30. November 2011 und den 10. Mai 2012. Im November war die

Mobilisierung am breitesten. Jedes Mal brachten die Streikenden nicht nur ihre Ablehnung der Rentenkürzungen, sondern auch der Kürzungspolitik und der Zerstörung des öffentlichen Dienstes insgesamt zum Ausdruck.

Am 30. Juni 2011 streikten zwischen 300.000 und 750.000 Beschäftigte, vor allem LehrerInnen und DozentInnen, aber auch Beschäftigte in der Verwaltung und der Küstenwache sowie zivile Beschäftigte bei der Polizei und in den Gefängnissen. Beteiligt waren die PCS, die Lehrgewerkschaften ATL und NUT sowie die Hochschullehrer- und Dozenten-Gewerkschaft UCU, wobei die Gewerkschaften im Bildungsbereich ausschließlich in England und Wales zum Ausstand aufriefen. Laut Regierungsangaben wurde der Unterricht in 40% aller staatlichen Schulen gestört; laut Gewerkschaftsangaben waren es sogar 85% (BBC News 2011d; Holden 2011; Williams 2011).

Unison-Chef David Prentis erklärte sich mit den Streikenden solidarisch, auch TUC-Chef Barber begab sich an einige Streikposten im Südwesten des Landes (Mulholland 2011). Der Labour-Vorsitzende Miliband hingegen sprach sich ausdrücklich gegen den Streik aus, was zu heftigen Protesten von Seiten der Gewerkschaften und der Streikenden führte (Wheeler 2011; Wintour 2011). Einer Umfrage zufolge war die Bevölkerung angesichts der Streiks gespalten: 41% der Befragten sagten, der Streik sei gerechtfertigt, 42% verneinten dies (Clark 2011).

Es handelte sich um einen defensiven Demonstrationstreik, d.h. der Streik war eine symbolische Andeutung von Arbeitermacht, bei der die Wiederaufnahme der Arbeit nicht an Bedingungen geknüpft wurde. Entsprechend war er auf einen Tag beschränkt und seine Störungswirkung hielt sich in Grenzen. Ein deutlicher Erfolg war die Überführung des Massenprotests auf das Feld der Arbeitsbeziehungen – und auch, dass von dem Streik eine klar erkennbare politische Botschaft ausging.

Als Staatssekretär Alexander im Juni 2011 die Regierungsvorhaben bezüglich der Renten im öffentlichen Dienst bekannt gab, liefen noch Verhandlungen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften. Die Regierung war aber nicht zu Konzessionen bereit. Alexanders Vorgehen verstärkte die Streikbereitschaft derjenigen Gewerkschaften, die sich nicht an der Streikaktion am 30. Juni beteiligt hatten (Mulholland/Curtis 2011), während sich die beteiligten Gewerkschaften bestätigt fühlten (Serwotka 2011).¹⁴ Auf der

¹⁴ Zwischen dem 6. und 10. August 2011 kam es in einigen Teilen Englands zu heftigen Unruhen, die zumeist von jüngeren Leuten aus armen Gegenden ausgingen (Gainsbury/Culzac 2011). Der Sachschaden war enorm; allein in London wurden laut Polizeiangaben Schäden zwischen 200-300 Mio. Pfund bei den Versicherungen geltend gemacht (ca. 250-375 Mio. Euro, Stand: Mai 2012; Dodd 2011). Fast 4.000 Beteiligte wurden festgenommen (Rogers/Blight 2011), und es wurden drakonische Strafen

Jahreskonferenz des TUC im September 2011 wurde entschieden, eine gemeinsame Kampagne gegen die Rentenkürzungen im öffentlichen Dienst einzuleiten und am 30. November 2011 einen Aktionstag abzuhalten, der ausdrücklich Streikmaßnahmen beinhalten sollte (TUC 2011b; Milmo 2011). Das Datum wurde gewählt, um einen Zusammenhang mit der Haushaltspolitik der Regierung herzustellen; Schatzkanzler Osbornes Herbstekklärung zur Haushaltslage war für den Tag zuvor angesetzt. Unite-Chef McCluskey kündigte an, dass es zu einem langfristig angelegten Kampf gegen die Rentenkürzungen kommen werde (Wintour et al. 2011).

Am 15. Oktober 2011, gut einen Monat vor dem anvisierten Termin für den Aktionstag der Gewerkschaften, kam es in London zu einer Demonstration mit mehreren tausend Menschen. Sie war von der Occupy Wall Street-Bewegung in New York inspiriert. Die DemonstrantInnen errichteten neben der St. Paul's Cathedral, die sich innerhalb der City of London befindet, ein Camp. In einer ersten Resolution kritisierte Occupy London nicht nur die Kürzungspolitik der Regierung und den Mangel an Demokratie, die in der politischen Privilegierung der Interessen von Großkonzernen zum Ausdruck kommt, sondern erklärte sich ausdrücklich mit den Gewerkschaften und ihrem geplanten Streik solidarisch (Gabatt et al. 2011; Wardrop 2011). Umgekehrt leisteten GewerkschafterInnen schnell Hilfe bei der Aufrechterhaltung des Camps (CLWTC 2012). Obwohl Occupy London zahlenmäßig eine kleine Bewegung blieb, bekam sie aufgrund ihrer Verbindung zu den anderen ähnlichen Besetzungsaktionen in der ganzen Welt große Medienaufmerksamkeit. Dadurch trug sie zur Aufrechterhaltung der Proteststimmung in Großbritannien bei, die auch den Gewerkschaften zugute kam.

Die Mobilisierung für den Streiktag am 30. November 2011 war insofern erfolgreich, als sich 30 Gewerkschaften an dem Ausstand beteiligten. Es handelte sich wieder um einen defensiven Demonstrationstreik. Der Streik erfasste erneut alle Landesteile und viele Bereiche des öffentlichen Sektors, und es beteiligten sich zwischen 1,2 und 2 Mio. Beschäftigte – je nachdem, ob man Regierungs- oder Gewerkschaftsangaben zugrunde legt. Die

verhängt. Bislang sind über 1.000 Personen zu Gefängnisstrafen verurteilt worden, die durchschnittlich vier Mal so lang sind wie die Strafen für vergleichbare Straftatbestände im Jahr zuvor (Travis 2012). Obwohl die Unruhen sich einer einfachen Deutung eines »Aufstands von unten« gegen die Regierung sperren (vgl. Gallas 2011), hatten sie eine wichtige politische Bedeutung: Sie zeigten auf, dass es ein großes Maß an Frustration über die gesellschaftliche Lage und an Hass auf die Polizei gibt, und dass der Kurs der Regierung geeignet ist, soziale Krisen hervorzurufen (vgl. Power 2011). Viele KritikerInnen der Regierung sahen die Ereignisse als Bestätigung ihrer Befürchtungen bezüglich der gesellschaftlichen Auswirkungen der Kürzungspolitik.

Gewerkschaften argumentierten, dass es sich um den Streik mit der größten Beteiligung seit dem »Winter der Unzufriedenheit« 1978/79 handelte (Jones 2011). Gemessen an der Zahl der Streikenden war es sogar der größte Streik seit dem Generalstreik von 1926 (Cole 2011). Es kam zu Demonstrationen und Kundgebungen in allen Teilen des Landes (WalDRAM 2011). Occupy-AktivistInnen besetzten in London kurzzeitig die Zentrale des Bergbaukonzerns Xstrata, um gegen die Höhe der Gehälter von TopmanagerInnen zu protestieren und sich mit dem Streik solidarisch zu erklären (Malik 2011b). Legt man eine Meinungsumfrage für BBC News zugrunde, so hatte sich die öffentliche Unterstützung für die Gewerkschaften deutlich vergrößert: 61% der Befragten hielten den Streik für gerechtfertigt (BBC News 2011f.).

Angesichts des Ausmaßes des Protestes war es der Regierung nicht möglich, ihn zu ignorieren. Ihre führenden VertreterInnen reagierten auf die Streikdrohung bzw. auf den Streik selbst mit fünf Mustern, die typisch für Auseinandersetzungen britischer Regierungen mit Streiks in der neoliberalen Ära sind: Erstens behaupteten sie, der Streik sei wirkungslos gewesen (Cameron, zit. n. BBC News 2011g); zweitens (und im Gegensatz zu Punkt eins) verwiesen sie auf einen durch die Streiks hervorgerufenen wirtschaftlichen Schaden (Osborne, zit. n. BBC News 2011h); drittens legten sie nahe, dass es den Gewerkschaften um die Verteidigung von Privilegien ginge; viertens versuchten sie auf dieser Grundlage, Beschäftigte im öffentlichen und privaten Sektor (Maude, zit. n. Dunt 2011a) bzw. Beschäftigte und NutzerInnen öffentlicher Dienstleistungen (Gove, zit. n. Dunt 2011b) gegeneinander auszuspielen; und fünftens bemühten sie sich, die Berechtigung der Streiks in Frage zu stellen, indem sie auf die »politische Agenda« führender GewerkschafterInnen verwiesen (Gove, zit. n. Wright 2011, übers.).

Insgesamt setzte die Regierung wie beim ersten Streiktag darauf, den Protest einfach auszusitzen. Dabei spielten ihr drei Faktoren in die Hände: Da es sich um einen Demonstrationstreik handelte, konnte man am Tag danach einfach wieder zur Tagesordnung übergehen. Darüber hinaus entlasten Streiks im öffentlichen Dienst aufgrund des Verdienstausfalls für die Beschäftigten für gewöhnlich öffentliche Kassen (und belasten sie nicht!), was in diesem Fall genau der Linie der Regierung entsprach. Schließlich war es in der gegebenen Situation auch dank des britischen Streikrechts schwierig, den Streik über den öffentlichen Dienst hinaus auszudehnen. Es kam zwar zu Solidaritätserklärungen von Gewerkschaften im Privatsektor, aber zu keinem gemeinsamen Streik.

Der Labour-Vorsitzende Miliband reagierte auf den Streik mit einem Schlingerkurs: Er kritisierte die Regierung für ihre Rentenpolitik und machte sie für den Streik verantwortlich. Gleichzeitig vermied er es allerdings, sich

eindeutig auf die Seite der Streikenden zu schlagen oder seine streikkritischen Aussagen vom Juni zurückzunehmen (House of Commons 2011).¹⁵

Alles in allem ist der Streiktag vom November 2011 ähnlich zu bewerten wie die Massendemonstration im März 2011: Es handelte sich um eine erfolgreiche Mobilisierung, die zeigte, dass die öffentliche Infrastruktur vom Arbeitseinsatz der dort Beschäftigten abhängt, und dass die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst als ein Machtfaktor anzusehen sind. Der Streik veranschaulichte zudem die große Unzufriedenheit von Teilen der Bevölkerung mit der Kürzungspolitik. Vor allem wurde deutlich, dass politische Streiks auch unter Bedingungen repressiver Gesetzgebung möglich sind, indem man eine formal ökonomische Auseinandersetzung politisiert. Aber es gelang den Gewerkschaften wieder nicht, über eine symbolische Andeutung der kollektiven Macht der abhängig Beschäftigten hinauszukommen. Entsprechend sah sich die Regierung nicht genötigt, wirkliche Konzessionen zu machen.

Angesichts der Niederlage zeigten sich bereits kurz nach dem Streiktag gewisse Spaltungstendenzen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Die Führungen einiger Gewerkschaften stimmten einer Rahmenvereinbarung mit der Regierung zur Neuregelung der Renten zu, nachdem es in Detailfragen, nicht aber in der Hauptlinie gewisse Nachbesserungen gegeben hatte. Andere Gewerkschaften blieben bei der Auffassung, dass die Regierungspläne weiter bekämpft werden müssten.

Am 10. Mai 2012 fand dann ein weiterer Streiktag statt, der von jenen Gewerkschaften getragen wurde, die den Protest aufrechterhalten wollten, u.a. Unite, PCS, UCU und RMT. An ihm nahmen nach Regierungsangaben 150.000, nach Gewerkschaftsangaben 400.000 Beschäftigte teil, darunter Angestellte der öffentlichen Verwaltung, Lehrende der Hochschulen

¹⁵ Damit legte Miliband die Grundlage für einen offenen Streit zwischen der Labour-Führung und den Gewerkschaften. Im Januar 2012 äußerte Miliband, dass eine zukünftige Labour-Regierung das Kürzungsprogramm der Regierung Cameron nicht vollständig rückgängig machen werde, und dass er deren Entscheidung unterstütze, die Löhne im öffentlichen Sektor einzufrieren (Wintour 2012a). Dies kritisierten die Chefs der drei größten Gewerkschaften scharf; die GMB drohte sogar an, die organisatorische Verbindung zur Labour Party zu kappen (Murray 2012a). Bislang wurde diese Drohung nicht wahr gemacht. Sie ist als taktische Maßnahme zu bewerten, die die Labour-Führung unter Druck setzen sollte – zumal die Partei zu ihrer Finanzierung auf Gewerkschaftsgelder angewiesen ist. Aber die Tatsache, dass es eine offene Diskussion über die Entkopplung von der Labour Party gibt, weist darauf hin, dass die verschiedenen Protestaktionen zumindest zu einem selbstbewussteren Auftreten der Gewerkschaften beitragen – und Raum für ein militanteres und politischeres Selbstverständnis schaffen.

und Beschäftigte aus dem Gesundheitsbereich. Darüber hinaus kam es im Strafvollzug (wo Streiks verboten sind) zu einem illegalen Ausstand: Zahlreiche Beschäftigte versammelten sich vor den Gefängnistoren, um gegen die Anhebung des Rentenalters zu protestieren. Zeitgleich fand eine Demonstration von 30.000 PolizistInnen im Zentrum von London statt, die gegen Stellenstreichungen sowie Kürzungen bei Löhnen und Renten protestierten (Addley 2012; Milmo et al. 2012; Owen 2012).

Eine Reihe von Gewerkschaften und Gewerkschaftsgliederungen haben inzwischen Urabstimmungen bezüglich der angebotenen Rentenpläne abgehalten. Die Beschäftigten im Gesundheitsbereich von Unison lehnten das ihnen vorgelegte Angebot mit knapper Mehrheit ab (Morning Star 2012). Deutlich fiel die Ablehnung dagegen bei der Gefängniswärter-Gewerkschaft POA und der Feuerwehr-Gewerkschaft FBU aus. Die Gliederungen von Unite, Unison, GMB für Beschäftigte in der Kommunalverwaltung haben hingegen mit großer Mehrheit zugestimmt (Lezard 2012a; b; c).

Die beschriebenen Spaltungstendenzen führen zu unterschiedlichen strategischen Ausrichtungen der Gewerkschaften (vgl. Murray 2012b): Während ein Teil den Kampf um die Renten im öffentlichen Sektor weiterhin als Schwerpunkt der Protestaktionen begreift, bemühen sich andere um die Verschiebung des Terrains der Auseinandersetzung mit der Regierung. Entsprechend hat Unite-Chef McCluskey inzwischen dazu aufgerufen, nun die derzeit eingefrorenen Löhne im öffentlichen Sektor zum Hebelpunkt der Proteste zu machen und erneut gewerkschaftsübergreifend zu mobilisieren (Milmo 2012a). Eine entsprechende Resolution wurde von der TUC-Konferenz im September 2012 verabschiedet (Milmo 2012b); ebenso eine Vorlage der POA, die dazu aufrief zu prüfen, welche praktischen Anforderungen die Durchführung eines Generalstreiks stellt (Milmo 2012c). Die Mitglieder der NUT haben sich in einer Urabstimmung bereits mit großer Mehrheit für einen Streik um Löhne ausgesprochen (Murray 2012c). Insofern ist es möglich, dass es bald zu einem weiteren groß angelegten Streiktag kommt. Zudem hat der TUC eine weitere Großdemonstration für den 20. Oktober 2012 angesetzt.

Für weitere Mobilisierungen spricht die Tatsache, dass die Regierung inzwischen in großen Teilen der Bevölkerung sehr unbeliebt zu sein scheint: Nur noch 25% der Befragten in einer Meinungsumfrage im Juli 2012 waren der Auffassung, dass die Wirtschaftspolitik der Regierung als »gut« zu bewerten ist; 67% fanden sie hingegen »schlecht«. Zudem sprachen sich 45% für eine wirtschaftspolitische Kehrtwende aus, also dafür, dass die Schaffung von Wirtschaftswachstum den Vorrang gegenüber dem Abbau des Haushaltsdefizits genießen sollte (YouGov 2012, 3).

Dies mag damit zu tun haben, dass die Auswirkungen der vorgenommenen Einschnitte inzwischen stärker zu spüren sind – und auch damit, dass sich die Wirtschaft wieder in der Rezession befindet, wozu das »Abwürgen« der Nachfrage durch die Kürzungspolitik nach Meinung zahlreicher KommentatorInnen (Elliott 2012; Wolf 2012) erheblich beigetragen hat. Zudem hat die Koalitionsregierung durch ihre Ankündigung im März 2012, den Spitzensteuersatz um fünf Prozentpunkte zu senken (BBC News 2012), ihre klassenpolitische Ausrichtung noch einmal in aller Deutlichkeit unterstrichen.

Die gegenwärtige geringe Zustimmung zur Politik der Regierung ist sicherlich dazu geeignet, die Flügelkämpfe innerhalb der konservativen Partei und die Spannungen zwischen den Koalitionspartnern zu verschärfen. Insofern böte es sich an, in der gegebenen Situation zu Kampfmaßnahmen zu greifen. Aber es handelt sich zunächst nur um eine Momentaufnahme: Ein Wiedererstarben der Regierung ist möglich, wenn auch angesichts der katastrophalen Auswirkungen der Kürzungspolitik nicht unbedingt wahrscheinlich.

5.3 Auswertung

Die Gegenwehr gegen die Offensive, die von der Koalitionsregierung organisiert wird, steht vor einem grundsätzlichen, strukturellen Problem. Die globale Vormachtstellung der britischen Industrie ist seit über hundert Jahren dahin; in der Situation einer globalen Finanz- und Bankenkrise wird ein finanzkapitalistisch ausgerichtetes Land wie Großbritannien naturgemäß härter getroffen als ein Land wie Deutschland, das nach wie vor im erheblichen Maße Industriegüter exportiert. Entsprechend sind die Konjunkturdaten in Großbritannien im europäischen Vergleich schwach: Das Land befindet sich derzeit in einer doppelten Rezession (Stand vom September 2012).

Es gibt innerhalb der Regierung deutlich vernehmbare Stimmen, die eine Neuausrichtung der britischen Wirtschaftspolitik fordern. Aber betrachtet man die entscheidenden politischen Weichenstellungen, wird deutlich, dass der politische Mainstream trotz bisweilen anderslautender Rhetorik keine Alternative zur finanzkapitalistischen Ausrichtung des Landes sieht. Das zeigt sich trotz aller Unterschiede in den Strategien der Regierungen Brown und Cameron: Brown versuchte, den Status Quo zu verteidigen, d.h. die vor der Krise verfolgte finanzgetriebene Wachstumsstrategie aufrechtzuerhalten und den Umfang des öffentlichen Sektors nicht wesentlich zu verkleinern – auch wenn dieser bereits unter New Labour immer stärker nach Marktprinzipien umorganisiert wurde (Gallas 2010). Cameron bemüht sich darum, die finanzgetriebene Wachstumsstrategie im Rahmen ei-

ner weiteren neoliberalen Offensive auszudehnen. Teil dieser Offensive ist es auch, den öffentlichen Sektor zu zerschlagen und einen Minimalstaat zu errichten (Gallas 2011).

Von Seiten des gewerkschaftlichen Mainstreams wird in dieser Situation das »Modell Deutschland« zum Vorbild erklärt (Page 2011). Ein Hindernis für die Übernahme des deutschen Modells ist aber, dass in Großbritannien im geringeren Maß als in Deutschland »Qualifikationscluster« bestehen, die die für einen solchen Umbau notwendige High-Tech-Industrie tragen könnten. Darüber wird auch die Idee eines »gerechten Übergangs« zu einer grünen Wirtschaft ins Spiel gebracht (TUC 2008), also eines durch staatliche Investitionen und Subventionen angestoßenen ökologischen Umbaus, dessen Planung die Beschäftigten einbezieht und Gesichtspunkte der sozialen Gerechtigkeit berücksichtigt. Angesichts globalen Wettbewerbs und globalisierter Finanzströme stellt sich allerdings die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass auf staatliche Investitionen zurückgehende Profite dauerhaft innerhalb des Landes reinvestiert werden.

Die Protestbewegung gegen die Kürzungen steht also vor dem Problem, eine tragfähige Vorstellung davon entwickeln zu müssen, wie die gegenwärtige Krise überwunden werden kann, ohne dass dabei die arbeitende Bevölkerung unter die Räder kommt. Dies wird ohne einen Bruch mit der gegebenen Eigentums- und Wirtschaftsordnung nicht möglich sein. Zwei Hebelpunkte bieten sich an:

1. Der Staat hält aufgrund der von Regierungsseite getätigten Kriseninterventionen bereits einen großen Anteil an den britischen Geschäftsbanken, und es wäre insofern prinzipiell möglich, im Finanzsektor Mechanismen gesellschaftlicher Steuerung zu installieren. Darauf hat auch schon Ex-TUC-Generalsekretär Brendan Barber aufmerksam gemacht (Helm 2011). Es ließe sich im Zuge dessen auch eine Debatte über demokratische Formen der Entschuldung eröffnen, also eine breite gesellschaftliche Diskussion darüber, welche Schulden überhaupt bedient werden sollen.

2. Es gibt in Großbritannien eine lange, bis in die Zeit des Industrielien und Sozialreformers Robert Owen (1771-1858) zurückgehende Tradition des Arbeitens in Kooperativen (vgl. Hunt 2010). Es bietet sich aus zwei Gründen an, an diese anzuknüpfen: Einerseits lässt sich mit ihrer Hilfe die Frage der Eigentumsverhältnisse thematisieren; andererseits beziehen sich auch konservative PolitikerInnen positiv auf sie. Selbst Cameron hat den Kaufhaus- und Supermarktkonzern John Lewis zum Vorbild erklärt, der auf kooperativen Eigentums- und Arbeitsstrukturen aufbaut (Kingsley 2012). Hier könnten die Gewerkschaften einhaken und Mitspracherechte der Beschäftigten in Bezug auf Management und Arbeitsorganisation verlangen.

Durch Nutzung dieser Hebelpunkte lässt sich also Demokratie einfordern und mit der Frage der wirtschaftlichen Organisation der Gesellschaft verknüpfen. Eine entsprechende »demokratische Erzählung« schafft einen Deutungsrahmen, der die Wirksamkeit politischer Streiks erhöht: Erstens entsteht anders als bei bloß ökonomisch begründeten Abwehrversuchen (Verteidigung der Renten) eine positive Legitimation für Streiks, an der sich die Gegenpropaganda bricht, nach der politische Streiks illegale, antidemokratische Interventionen zur rücksichtslosen Durchsetzung von Einzelinteressen darstellen. Zweitens kann von einer defensiven zu einer offensiven Ausrichtung übergegangen werden, sobald man die Frage nach der Kontrolle über Unternehmen und Unternehmensentscheidungen aufwirft. Und drittens stärkt die Forderung nach Demokratisierung die Verbindung von neuen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, was angesichts der Vielfältigkeit der sozialen Lagen und der aus ihr hervorgehenden Vielfältigkeit der Auswirkungen von Kürzungsmaßnahmen notwendig ist.

Insgesamt bleibt aber zu beachten, dass das Kampfmittel des politischen Streiks – ähnlich wie in Deutschland – überhaupt erst etabliert werden muss. Die britische Gewerkschaftsbewegung wird vor allem von Beschäftigten im öffentlichen Dienst getragen; sie können durch Entzug ihrer Arbeitskraft nicht unmittelbar wirtschaftlichen Druck auf ihren Arbeitgeber ausüben. Unter diesen Bedingungen gestaltet sich die dauerhafte Erweiterung der gewerkschaftlichen Kampfmittel um den politischen Streik schwierig. Allerdings kommen die britischen Gewerkschaften nicht umhin, eine solche Erweiterung in Angriff zu nehmen. Schließlich stellt der Angriff auf den öffentlichen Sektor eine existenzielle Bedrohung für sie dar. Zudem droht angesichts von Arbeitslosigkeit und Rezession eine massenhafte Verarmung von Lohnabhängigen. Als Ermutigung kann man der britischen Gewerkschaftsbewegung bescheinigen, bereits zwei Hürden zur Überwindung der Passivität nach den Niederlagen der Thatcher-Ära genommen zu haben. Die gegenwärtige Streikbewegung hat es geschafft, legale ökonomische Streiks zu politisieren und die eigenen Aktionen mit denen der neuen sozialen Bewegungen zu verzahnen.

6. Zusammenfassung der Ergebnisse

Auf den ersten Blick haben unsere Fallstudien die Unterschiede zwischen beiden Ländern verdeutlicht: In Frankreich fanden in der Krise dieselben Protestformen Anwendung wie sonst auch. Sie standen in einer langjährigen Tradition von Abwehrkämpfen gegen den Abbau von sozialen Errungenschaften. In Großbritannien wurde hingegen erstmals seit langem gegen

Regierungspläne in Form einer Streikbewegung protestiert. Damit belebten die Gewerkschaften angesichts neuer gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse eine vor langer Zeit ad acta gelegte Protestform.

Die Streikenden in Frankreich stellten zwar Forderungen auf, die sich an die Politik richteten, aber sie stießen keine breitere politische Bewegung an. Deshalb kann man von »entpolitisierten« politischen Streiks sprechen. Entsprechend war es für Präsident Sarkozy auch möglich, die Kürzung der Renten durchzusetzen. In Großbritannien verhält es sich umgekehrt: Hier bekamen ökonomische Streiks eine politische Dimension, weil sie im öffentlichen Sektor stattfanden und der Adressat die Regierung war. Es ging nicht bloß um die Renten, sondern um einen Protest gegen die politische Strategie der Regierung. Ausdruck der Politisierung der Streiks ist auch, dass der Schulterschluss mit den neuen sozialen Bewegungen erfolgte. Trotz dieser Ausdehnung gewerkschaftlicher Kämpfe gibt es auch eine Parallele zu Frankreich: Die Koalitionsregierung unter Cameron ist zwar unbeliebt, aber bislang ist es nicht gelungen, sie zu einer Umkehr ihrer Politik zu nötigen.

Die Fähigkeit beider Regierungen, die Proteste auszusitzen, verweist auf eine allgemeine Tendenz, die sich sowohl anhand unserer Fallbeispiele als auch anhand der Betrachtung anderer europäischer Länder zeigt: Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in Europa noch einmal zu Ungunsten der Arbeiterklassen verschoben. Sie wird entsprechend von herrschenden Klassen zu einer weiteren Umstrukturierung der ökonomischen und politischen Verhältnisse in ihrem Sinne genutzt. Entsprechend ist es in der Krisensituation trotz der zahlreichen Streik- und Protestaktionen nicht gelungen, bei den politischen EntscheidungsträgerInnen eine Abwendung von der Kürzungspolitik zu erwirken, auch wenn manchmal kleinere Konzessionen erzielt werden konnten¹⁶ und zwei Regierungen durch Massenproteste gestürzt wurden. Auffällig ist, dass es vor allem Straßenproteste und keine Generalstreiks waren,

¹⁶ In ein paar Ländern konnten nach Generalstreiks am Verhandlungstisch Nachbesserungen ausgehandelt werden. Dabei handelte es sich stets um leichte Abschwächungen vorhandener Umstrukturierungspläne, keineswegs um eine Beendigung der Kürzungspolitik. In Belgien wurden nach dem Generalstreik 2012 Einschnitte bei den Renten abgeschwächt (vgl. Van Keirsbilck in diesem Band). Verhandlungen nach Generalstreiks gab es auch in Spanien 2010 und in Portugal 2011. In Spanien stimmten die Gewerkschaften zwar einer Lockerung des Kündigungsschutzes zu, erreichten aber bestimmte Einschränkungen. In Portugal segnete der kleinere der beiden Gewerkschaftsbünde die Lockerung des Kündigungsschutzes, die Absenkung der Abfindungen bei Entlassungen und die Streichung von Urlaubstagen ab. Im Gegenzug nahm die Regierung eine geplante Verlängerung der Arbeitszeit von acht auf achteinhalb Stunden zurück.

die größere Konzessionen bewirken konnten: Zum einen waren dies die bereits erwähnten Proteste gegen die Gesundheitsreform in Rumänien im Januar 2012. Die zweite erfolgreiche Protestbewegung entstand im September 2012 in Portugal: Die geplante Erhöhung der Sozialbeiträge für alle Beschäftigten von elf auf 18% ab 2013 und die gleichzeitige Senkung der Abgaben der Arbeitgeber von 23,75% auf 18% wurden von der Regierung zurück genommen. Stattdessen sind nun Steuererhöhungen geplant: Der durchschnittliche Einkommenssteuersatz soll von 9,8 auf 13,2% steigen, für Spitzenverdiener soll es einen Steueraufschlag von weiteren 2,5% geben.

Dank der Proteste von Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen gibt es eine nachdrückliche, öffentlich wahrnehmbare Kritik an der herrschenden Deutung der Krise. Angesichts der von der Kürzungspolitik verursachten sozialen Härten ruft diese Kritik bei den Bevölkerungen durchaus ein positives Echo hervor. Entsprechend haben die Streiks in Frankreich und Großbritannien gegen die Kürzung der Renten breite Unterstützung gefunden, und es lassen sich viele Menschen für die Anwendung der Kampfmittel »politischer Streik« bzw. »Generalstreik« mobilisieren.

Die europäischen Streikbewegungen dienen also der Verteidigung der Interessen der breiten Bevölkerung. Sie schaffen eine zeitlich begrenzte Öffentlichkeit auf der Straße, ähnlich wie dies die Platzbesetzungen der Empörenden über längere Zeiträume geschafft haben. Als Orte des Zusammenfindens der in ihren Arbeitsplätzen, Freizeitaktivitäten, Lebensstilen und Milieus hoch fragmentierten Arbeiterklasse bilden sie eine Voraussetzung dafür, dass sich überhaupt eine neue, dauerhafte Subjektivität und Identität des Widerstands herausbilden kann. In Ländern wie Spanien, wo es nach Angaben der Gewerkschaften gelang, bei den Generalstreiks 2010 und 2012 zwischen 70 und 80% der arbeitenden Bevölkerung zu mobilisieren, sind diese Ausstände lediglich Höhepunkte einer kontinuierlichen Mobilisierung über längere Zeiträume hinweg. In Griechenland dagegen zeigt sich ein widersprüchliches Bild. Einerseits hat die hohe Frequenz an Generalstreiks ohne dauerhafte Wirkung auf den Kurs der Regierung zu Apathie und Frustration geführt, andererseits zeigt der Wahlerfolg der radikalen Linken, dass es auch zu Lernprozessen gekommen ist. In Frankreich ist der Schwung der Streikbewegung verpufft, aber immerhin wurde mit Sarkozy ein Vorkämpfer für die Kürzungspolitik in Europa abgewählt. In Großbritannien erscheint die Regierungskoalition schwach, was sicherlich auch mit den ausgedehnten Protesten gegen den Angriff auf den öffentlichen Sektor zu tun hat. Die Krise hat zwar die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verschoben, aber diese Verschiebung hat auch großen Unmut erzeugt. Insofern gibt es zumindest neue Anknüpfungspunkte für die Organisation

von Widerstand gegen die herrschenden politischen Strategien, woran die Streiktage andocken.

Als Mittel der symbolischen Machtdemonstration und der Schaffung einer Gegenöffentlichkeit sind Streiktage also sehr brauchbar. Wenn sich wie in Spanien Generalstreiks mit anderen Protestformen abwechseln und auf diese aufbauen, spielen sie eine wichtige Rolle als Höhepunkte des Massenprotests. Es ist jedoch deutlich, dass sie auf die Dauer für einen erfolgreichen Widerstand nicht ausreichen. Die Anwendung der immer gleichen Protestformen ohne sichtbare Veränderungen führt in der Regel zu einer abnehmenden Beteiligung.

Die beschränkte Effektivität von Streiktagen als Kampfmittel in der Krise lässt sich mit einer Ungleichheit der Waffen erklären: Die Bewältigung der Krise geht mit machtvollen Offensiven der herrschenden Klassen einher; die im Zuge dessen entstandenen Notstandsszenarien und Untergangsdrohungen, die in mancherlei Hinsicht nicht völlig realitätsfern sind, entfalten eine disziplinierende Wirkung. Die Privatverschuldung, das Ansteigen der Arbeitslosigkeit und das Absinken der Reallöhne tun ihr Übriges, um die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse zu beeinträchtigen.

Es ist offensichtlich, dass die bislang ergriffenen Aktionsformen der Gewerkschaften und der neuen sozialen Bewegungen diesen Offensiven nicht gewachsen sind. Vor allem die Strategie der großen Gewerkschaften, sich durch Verhandlungen und begrenzte Proteste als Partner der Regierungen und der Arbeiterklasse zugleich zu profilieren, geht nicht mehr auf. Schon in den 1990er und 2000er Jahren hatte ihre Effektivität erheblich nachgelassen. In Deutschland und in einigen skandinavischen Ländern spielt diese Politik der Sozialpartnerschaft zwar noch eine wichtige Rolle, vor allem für die Kernbelegschaften. In anderen sozialpartnerschaftlich ausgerichteten Ländern wie Irland, Island und den Niederlanden stößt sie allerdings sehr deutlich an ihre Grenzen. In Großbritannien, Frankreich und in den südeuropäischen Ländern der Eurozone kann sie gegenwärtig keinerlei Erfolge vorweisen. Ihre Beliebtheit schwindet zusehends.

7. Politische Schlussfolgerungen

Wenn die traditionellen bzw. wiederbelebten Protestformen und die herkömmlichen politischen Strategien der Gewerkschaften keinerlei Auswirkungen haben, stellt sich die Frage, wie man erfolgreicher gegen die Kürzungspolitik in Europa mobilisieren könnte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Regierungen in Europa zunehmend zu autoritären Mitteln greifen,

um Protest zu unterbinden.¹⁷ Dennoch ist die Beteiligung an den Demonstrationen und Protesten im historischen Vergleich sehr hoch. Wie erwähnt haben in Frankreich im Herbst 2010 mehr Menschen demonstriert als 1995. 1968 hatten in Frankreich zwar insgesamt erheblich mehr Menschen gestreikt, die einzelnen Demonstrationen waren jedoch wesentlich kleiner. In Spanien kam es zu den größten Demonstrationen seit dem Sturz Francos: Am 19. Juli 2012 waren dort vier Millionen Menschen auf der Straße. 13 Monate zuvor, am 19. Juni 2011, hatten bereits drei Millionen protestiert. Und auch am 15. Oktober 2011 und am 19. Februar 2012 kamen jeweils eine Million Menschen zusammen. Am 15. September 2012 waren es immerhin Hunderttausende. Auch in Portugal, Griechenland und in Großbritannien erreicht die Beteiligung an den Protesten Höchstwerte.

Auf dem Rücken dieser Protestbewegungen deutet sich eine gewisse Linksverschiebung auf der politischen Bühne an. In Dänemark und Frankreich haben die sozialdemokratischen Parteien Wahlsiege errungen; in Griechenland hat die Linkspartei SYRIZA große Wahlerfolge verzeichnet. Gleichzeitig sind die konservative Regierung in Spanien und die konservativ-liberalen Regierungen in Großbritannien und Deutschland bei den jeweiligen Bevölkerungen derzeit unbeliebt (Stand vom September 2012). Es könnte also zu weiteren Veränderungen kommen. Auch die Situation auf der Ebene der Parteipolitik deutet auf eine große Unzufriedenheit mit der herrschenden Krisenpolitik hin.

Das Potenzial für neue Proteste scheint also gegeben. Erfolgversprechende Kampfformen und Strategien sind für die Arbeiterbewegungen in Europa jedoch erst noch zu entwickeln. Dabei scheinen uns drei Gesichtspunkte der Berücksichtigung wert, die der Ausweitung der Proteste und der Stärkung des politischen Einflusses der Protestbewegungen dienen könnten:

1. Um der Ungleichheit der Waffen entgegenzuwirken, müssten Gewerkschaften den Übergang von Demonstrationstreiks zu unbefristeten Kampfstreiks gegen die Krisenpolitik ins Auge fassen. Dies erfordert eine Politisierung von sektoralen, ökonomischen Streiks, wie sie sich in Großbritannien

¹⁷ So wurde der Streik der Fluglotsen in Spanien im Dezember 2010 vom Militär beendet. Die Beschäftigten wurden durch Dienstverpflichtung und unter Androhung hoher Strafen zur Arbeit gezwungen. Die spanische Regierung plant zudem, schon den Aufruf zu Platzbesetzungen unter Strafe zu stellen, und Leute, die Demonstrationen anmelden, für Ausschreitungen verantwortlich zu machen (Mense 2012). Demonstrationen und Blockadeaktionen gegen die Krisenpolitik der Troika aus IWF, EZB und Europäischer Kommission in Frankfurt am Main im Mai 2012 wurden von der Stadt verboten, Protestaktionen mit polizeilicher Repression begegnet.

angedeutet hat. Die politische Voraussetzung dafür ist allerdings, dass Gewerkschaften zur offenen Konfrontation mit ihren Regierungen bereit sind und von der Politik der Sozialpartnerschaft Abstand nehmen.

2. Eine Europäisierung der Proteste gegen die Krisenpolitik wäre dringend erforderlich, weil die Kürzungspolitik auf europäischer Ebene koordiniert wird. Für bisherige europaweite Protesttage aus dem Kreis des Europäischen Gewerkschaftsbundes wurde nur halbherzig mobilisiert – sicherlich auch, weil die nationalen Interessenlagen im Hinblick auf Ökonomie und Wirtschaftspolitik durchaus unterschiedlich sind. Aus dem EGB kommen bislang entsprechend nur Strategievorschläge (Segol 2012), die keine klaren Adressaten haben und nicht mit ernsthaften Mobilisierungsversuchen verbunden sind. Ein Beispiel ist die Forderung nach einem Sozialvertrag in Europa. Begrüßenswert ist hingegen der Versuch der spanischen Gewerkschaften UGT und CC.OO, die anderen europäischen Gewerkschaften für einen gemeinsamen, koordinierten Protest gegen die Kürzungspolitik zu gewinnen (Noceda 2012). Es böte sich an dieser Stelle an, eine Erzählung der Demokratie bzw. Demokratisierung Europas einzubringen, weil sie diese nationalen Unterschiede zurücktreten ließe.

3. Es ist eine wichtige Aufgabe für die gewerkschaftlich Organisierten, Verbindungen mit den neuen sozialen Bewegungen herzustellen, also z.B. zu Protesten im Bildungssektor und zu den Aktionen von Occupy und den Em-pö-rten. Die Kürzungspolitik betrifft Menschen nicht nur als Lohnabhängige, sondern auch als Frauen, als RentnerInnen, als Menschen in Ausbildung, als Behinderte und nicht zuletzt auch als StaatsbürgerInnen, denen Ansprüche und demokratische Rechte genommen werden. Es ist in einigen Ländern mit hohem Mobilisierungsgrad bereits gelungen, enge Verbindungen zwischen Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen herzustellen, z.B. in Spanien, Portugal, Griechenland und Großbritannien.

4. Die Proteste müssen sich neben der Ablehnung der Kürzungspläne auch eine positive Erzählung zu eigen machen. Es geht um die Er-kämp-fung einer lebendigen Demokratie, in der die Bevölkerungen tatsächlich Ent-scheidungen über die Gestaltung des Gemeinwesens treffen können. Das beinhaltet nicht nur eine Bekräftigung der Rechte auf Versammlungs- und Meinungs-freiheit und die Wiederbelebung parlamentarischer Einwirkungs-möglichkeiten, sondern auch die Schaffung lokal verankerter, basisdemo-kra-tischer Entscheidungsprozesse sowie die aktive Gestaltung von Verteilungs-verhältnissen und ökonomischen Prozessen. Dieser Anspruch auf eine lebendige und umfassende Demokratie und die mit ihm verknüpfte Pro-grammatik muss sich in der Alltagssprache als gemeinsame »große Erzäh-lung« verankern, damit er politisch wirkmächtig wird. Eine solche »demo-

kratische Erzählung« ist mit einer Perspektive »radikaler Transformation« (Poulantzas 1978, 278ff.) der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse mit sozialistischer Zielsetzung verknüpft.

Trotz der aufgezeigten Grenzen der bisherigen Streikbewegungen ist aber eines klar: Politische Streiks sind neben den Platzbesetzungen das zentrale Mittel des Widerstands gegen die Krisenpolitik in Europa. Sie finden in fast allen europäischen Ländern statt und sind weiter verbreitet als die Besetzungsaktionen, die bislang nur in Spanien, Portugal und Griechenland zur Massenpraxis geworden sind. Damit sind politische Streiks der unhintergehbare Ausgangspunkt für weitere Widerstandsaktionen. Sie müssen sich mittelfristig jedoch von einem defensiven Kampfmittel zur Abwehr der Kürzungspolitik in ein offensives Kampfmittel zur Er kämpfung einer lebendigen Demokratie verwandeln.

Literatur

- Abendroth, W. (1954): Der politische Streik, in: ders. (1975): Arbeiterklasse, Staat und Verfassung. Materialien zur Verfassungsgeschichte und Verfassungstheorie der Bundesrepublik, Frankfurt a.M., 54-63
- Addley, E. (2012): Marchers police themselves as protest calls for role reversal, The Guardian, 10.5.2012, www.guardian.co.uk/uk/2012/may/10/police-protest-marchers-role-reversal?intcmp=239
- Adler, T. (2007): Politischer Streik in der BRD nach 1945, in: Netzwerk der Gewerkschaftslinken (Hrsg.): Reader zum 9. bundesweiten Kongress im Juni/Juli 2007, 20-26, www.labournet.de/GewLinke/vers/kongr9reader.pdf
- Albrecht, C. (2010): Weihnachtsstreik bei Pariser Metro beendet, in: Soz, 2/2010, www.sozonline.de/2010/02/weihnachtsstreik-bei-pariser-metro-beendet/
- Aldrick, P. (2011): UK recovery slowest in 100 years despite 0.5pc growth, The Telegraph, 1.11.2011, www.telegraph.co.uk/finance/economics/8863374/UK-recovery-slowest-in-100-years-despite-0.5pc-growth.html
- Ali, T. (2010): What happened next. Student protests, The Guardian, 27.12.2010, www.guardian.co.uk/lifeandstyle/2010/dec/27/student-protests-demonstrations-new-politics
- Bagehot (2012): Ed Miliband shunted off the television news by anarchists, The Economist (Bagehot's Notebook blog), 26.3.2012, www.economist.com/blogs/bagehot/2011/03/britain_and_public_spending_cuts
- Bakunin, M. (1869/1972): Staatlichkeit und Anarchie und andere Schriften, hrsg. v. H. Stuke, Frankfurt a.M.
- Ball, J. (2012): UK's poorest families face tightest squeeze on incomes, figures show, The Guardian, 11.5.2012, www.guardian.co.uk/society/2012/may/11/poorest-families-tightest-squeeze-income?newsfeed=true
- BBC News (2010): John Hutton to head public sector pensions commission, 20.6., www.bbc.com/news/uk-12511111

- bbc.co.uk/news/10360203
- BBC News (2011a): Q&A: Tuition fees, 14.9., www.bbc.co.uk/news/education-11483638
- BBC News (2011b): Anti-cuts march: Tens of thousands at London protest, 27.3., www.bbc.co.uk/news/uk-12864353
- BBC News (2011c): TUC condemns post-rally violence in central London, 27.3., www.bbc.co.uk/news/uk-12873191
- BBC News (2011d): Public sector strikes hits services and schools, 30.6., www.bbc.co.uk/news/uk-13967580
- BBC News (2011f): Strike: BBC poll suggests strong support, 28.11., www.bbc.co.uk/news/uk-15910621
- BBC News (2011g): Public sector strike proving damp squib – David Cameron, 30.11., www.bbc.co.uk/news/uk-politics-15966120
- BBC News (2011h): Public sector strikes: Business assesses cost, 30.11., www.bbc.co.uk/news/business-15961863
- BBC News (2012): Budget 2012: George Osborne cuts 50p top tax rate, 21.3., www.bbc.co.uk/news/uk-politics-17450719
- Behrens, M./F. Traxler (2004): ,Arbeitgeberverbände in Europa, in: www.eurofound.europa.eu/eiro/2003/11/study/tn0311102s.htm
- Béroud, S./K. Yon (2010): Interview, in: [Contretemps](http://contretemps.eu/en/interventions/automne-2010-anatomie-dun-grand-mouvement-social), www.contretemps.eu/en/interventions/automne-2010-anatomie-dun-grand-mouvement-social
- Bewley, H. (2006): Raising the Standard? The Regulation of Employment, and Public Sector Employment Policy, in: *British Journal of Industrial Relations*, 44(2), 351-372
- Blake, H. (2010): Hutton review: unions warn of strikes over pension reform, *The Telegraph*, 7.10., www.telegraph.co.uk/finance/personalfinance/pensions/8048286/Hutton-review-unions-warn-of-strikes-over-pension-reform.html
- Brössler, D. (2012): Sparen bis in alle Ewigkeit, *Süddeutsche Zeitung*, 29.3., www.sueddeutsche.de/politik/fiskalpakt-soll-europa-stabilisieren-sparen-bis-in-alle-ewigkeit-1.1321101
- Brownlie, N. (2012): Trade Union Membership 2011, Studie für das Department for Business, Innovation and Skills, London, www.bis.gov.uk/assets/biscore/employment-matters/docs/t/12-p77-trade-union-membership-2011.pdf
- Butler, P. (2011): Cuts: an extra 300,000 public sector jobs now face the axe, *The Guardian* (Patrick Butler's Cuts Blog), 29.11., www.guardian.co.uk/society/patrick-butler-cuts-blog/2011/nov/29/300k-extra-public-sector-jobs-face-axe
- Cain, P. J./A. G. Hopkins (2002): *British Imperialism*, 1688-2000, Harlow: Longman.
- Cameron, D. (2011): How we will release the grip of state control, *The Telegraph*, 20.2., www.telegraph.co.uk/comment/8337239/How-we-will-release-the-grip-of-state-control.html
- Certification Office (2011): Annual Report of the Certification Officer, 2010-2011, www.certoffice.org/CertificationOfficer/files/44/4469bff8-f7a6-4949-99f3-577c37511cec.pdf
- Chopra, A. (2009): Wildcat strikes continue at UK oil refineries, *Financial Times*, 3.2., www.ft.com/cms/s/0/c364cf76-f1f2-11dd-9678-0000779fd2ac.html
- Clark, T. (2011): Pension strike splits Britain in two, *The Guardian*, 1.7., www.guardian

- co.uk/politics/2011/jul/01/pension-strike-poll-splits-britain
- CLWTC [Cities of London and Westminster Trades Council] (2012): Trades Council Gives Support to Occupy London, www.clwtc.org/whatwedo.php?id=10
- Cohen, S. (2006): *Ramparts of Resistance: Why workers lost their power and how to get it back*. London: Pluto.
- Cole, M.R. (2011): Today's action is the largest since the general strike, London School of Economics (British Politics and Policy Blog), <http://blogs.lse.ac.uk/politicsand-policy/2011/11/30/general-strike-public-govt-reaction/>
- Crooke, S. (2011): Level Up the Right to Strike across Europe!, *Workers' Liberty*, 1.1.2011, www.workersliberty.org/story/2011/01/01/level-right-strike-across-europe
- Crouch, C. (2009): Privatised Keynesianism: An Unacknowledged Policy Regime, in: *The British Journal of Politics and International Relations*, 11. Jg., H. 3, 382-399.
- Curtis, P. (2011a): Million-strong strike planned over pensions, *The Guardian*, 10.3., www.guardian.co.uk/society/2011/mar/10/million-strike-planned-pensions
- Curtis, P. (2011b): Public sector pensions: Work longer and pay more, says Alexander, *The Guardian*, 17.6., www.guardian.co.uk/society/2011/jun/17/public-sector-pensions-danny-alexander
- Cutler, R.M. (1985): Introduction, in: ders. (Hrsg.): *From Out of the Dustbin. Bakunin's Basic Writings, 1869-1871*, Ann Arbor.
- Dodd, V. (2011): Cost of English riots much higher than first thought, Met police report suggests, *The Guardian*, 24.10., www.guardian.co.uk/uk/2011/oct/24/england-riots-cost-police-report
- Dunt, I. (2011a): Public sector strike and PMQs as-it-happened, *politics.co.uk*, 30.11., www.politics.co.uk/comment-analysis/2011/11/30/public-sector-strike-and-pmqs-as-it-happens
- Dunt, I. (2011b): Miliband deserts strikers as Gove goes on warpath, *politics.co.uk*, 28.11., www.politics.co.uk/news/2011/11/28/miliband-deserts-strikers-as-gove-goes-on-warpath
- Dupin, E. (2010): Où vont les syndicats, in: *Le monde diplomatique*, Dezember, www.monde-diplomatique.fr/2010/12/DUPIN/19921
- Elliott, L. (2012): Double-dip recession affords George Osborne no escape from this reality, *The Guardian*, 25.4., www.guardian.co.uk/politics/2012/apr/25/double-dip-recession-george-osborne?intcmp=239
- Elliott, L./P. Wintour (2010): Budget 2010: Pain now, more pain later in austerity plan, *The Guardian*, 22.6., www.guardian.co.uk/uk/2010/jun/22/budget-2010-vat-austerity-plan
- Ewing, K.D./J. Hendy (2011): *Days of Action: The Legality of Protest Strikes against Government Cuts*, Liverpool.
- Eurostat (2012a): Öffentlicher Bruttoschuldenstand, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tsieb090&plugin=1>
- Eurostat (2012b): Defizit/Überschuss, Schuldenstand des Staats, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tsieb080&plugin=1>
- Focus (2012): Flughafen-Mitarbeiter streiken gegen Eindämmung des Streikrechts, 6.2., www.focus.de/politik/weitere-meldungen/frankreich-flughafen-mitarbeiter-strei-

- ken-gegen-eindaemmung-des-streikrechts_aid_711139.html
- Französische Botschaft (2006): Arbeitskampf. Das Streikrecht in Frankreich, 27.9., www.ambafrance-de.org/Arbeitskampf-Das-Streikrecht-in
- Fulton, L. (2011a): Arbeitnehmerbeteiligung in Europa. Frankreich – Gewerkschaften, Labour Research Department und ETUI, <http://de.worker-participation.eu/Nationale-Arbeitsbeziehungen/Laender/Frankreich/Gewerkschaften>
- Fulton, L. (2011b): Arbeitnehmerbeteiligung in Europa. Frankreich – Tarifverhandlungen, Labour Research Department und ETUI, <http://de.worker-participation.eu/Nationale-Arbeitsbeziehungen/Laender/Frankreich/Tarifverhandlungen>
- Fulton, L. (2011c): Arbeitnehmerbeteiligung in Europa. Frankreich – Unternehmensmitbestimmung, Labour Research Department und ETUI, <http://de.worker-participation.eu/Nationale-Arbeitsbeziehungen/Laender/Frankreich/Unternehmensmitbestimmung>
- Fulton, L. (2011d): Arbeitnehmerbeteiligung in Europa. Großbritannien – Betriebliche Interessenvertretung, Labour Research Department und ETUI, <http://de.worker-participation.eu/National-Industrial-Relations/Countries/United-Kingdom/Workplace-Representation>
- Gabbatt, A./M. Townsend/L. O'Carroll (2011): »Occupy« anti-capitalism protests spread around the world, *The Guardian*, 15.10., www.guardian.co.uk/world/2011/oct/16/occupy-protests-europe-london-assange
- Gainsbury, S./N. Curzac (2011): Rioting link to deprivation revealed, *Financial Times*, 4.9., www.ft.com/cms/s/0/236110aa-d716-11e0-bc73-00144feabdc0.html
- Gall, G. (2011): Widerstand gegen Rezession und Entlassungen, *Standpunkte*, 37/11, www.rosalux.de/nc/gesellschaftsanalyse/nachrichten/nachricht/datum////widerstand-gegen-rezession-und-entlassungen.html
- Gallas, A. (2008): Kapitalismus ohne Bourgeoisie: Die »Gentlemanly Association« und der englische Block an der Macht, in: Lindner, U./J. Nowak/P. Paust-Lassen (Hrsg.), *Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit – Frieder Otto Wolf zum 65. Geburtstag*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 263-288
- Gallas, A. (2010): Brothers in Arms. Zur politischen Strategie der britischen Koalitionsregierung, *Linksnetz*, November 2010, www.links-netz.de/K_texte/K_gallas_brothers.html
- Gallas, A. (2011): Singing in the Rain. Nach dem Arabischen Frühling ein britischer Sommer, *Links-Netz*, November 2011, http://links-netz.de/K_texte/K_gallas_riots.html
- Gallas, A./J. Nowak (2011): Die Krise der Demokratien. Wahlautokratie, Klassenpolitik mit leeren Händen, *Kulturalisierung*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 40. Jg., H. 2, 139-154
- Gauthier, E. (2009a): Frankreichs Linke auf der Suche nach neuen Bündnissen, in: *Sozialismus*, H. 1, www.sozialismus.de/archiv/sozialismus/2009/heft_nr_1_januar_2009/detail/artikel/frankreichs-linke-auf-der-suche-nach-neuen-buendnissen-3/
- Gauthier, E. (2009b): »Beunruhigtes Volk« ohne Alternativen, in: *Sozialismus*, H. 6, www.sozialismus.de/archiv/sozialismus/2009/heft_nr_6_juni_2009/detail/artikel/beunruhigtes-volk-ohne-alternativen/
- Gauthier, E. (2010): Sarkozys »Umbau« der Gesellschaft geht voran und stockt zu-

- gleich, in: Sozialismus, H. 3, 54-58
- Giraud, B. (2010): Streikkultur und Arbeitskonflikte in Frankreich. Die Mär von der französischen Besonderheit, www.dialogue-avenir.eu/fileadmin/user_upload/pdfs/2010-05_dgapana_f_giraud_www.pdf
- Godard, D. (2009): France: from economic to political struggles, in: ISJ, Nr. 125, 16.12.2009, www.isj.org.uk/index.php?id=604&issue=125
- Gowan, P. (2009): Crisis in the Heartland: Consequences of the New Wall Street System, in: *New Left Review*, Jg. II.10, Nr. 55, 5-29
- Gospel, H.F./G. Palmer (1993): *British Industrial Relations*, 2. Aufl., London
- Grebing, H. (1970): *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, München
- Green, W. (2011): Miliband reveals Labour's plans before visit, *Evening Chronicle*, 4.2., www.chroniclive.co.uk/north-east-news/evening-chronicle-news/2011/02/04/miliband-reveals-labour-s-plans-before-visit-72703-28113612/2/
- Guardian (2011): Anti-cuts march swells to 400,000, *The Guardian*, 26.3.2012, www.guardian.co.uk/world/2011/mar/26/anti-cuts-march-swells-400000
- Guthrie, J. (2009): These illegal wildcat strikers have a case, *Financial Times*, 4.2., www.ft.com/intl/cms/s/0/2e90f8c6-f2dc-11dd-abe6-0000779fd2ac.html#axzz1umTBeVey
- Hain, P. (1986): *Political Strikes. The State and Trade Unionism*, London
- Hall, M. (2010): UK: Posted Workers, *Eironline*, www.eurofound.europa.eu/eiro/studies/tn0908038s/uk0908039q.htm
- Helm, T. (2011): Unite leader Len McCluskey calls for protests and strikes against cuts, *The Guardian*, 10.9., www.guardian.co.uk/politics/2011/sep/10/unite-len-mccluskey-tuc-strikes/print
- Hildermeier, M. (1989): *Die Russische Revolution 1905-1921*, Frankfurt a.M.
- Hilferding, R. (1903/04): Zur Frage des Generalstreiks, in: *Die Neue Zeit*, 22. Jg., 1. Bd., 134-142.
- Holden, M. (2011): Focus moves to talks after public sector strikes, *Reuters*, 1.7., uk.reuters.com/article/2011/07/01/uk-britain-unions-idUKTRE76033120110701
- House of Commons (2011): Prime Minister's Questions, 30.11., www.publications.parliament.uk/pa/cm201011/cmhansrd/cm111130/debtext/111130-0001.htm
- Hunt, T. (2010): Workers of the world, cooperate, in: *Red Pepper*, Juni, www.redpepper.org.uk/Workers-of-the-world-co-operate/
- Hughes, M. (2006): *The Political Mass Strike in Imperial Germany: Asserting Legitimate Political Agency in an Illegitimate System*, Vortragsmanuskript, www.wfu.edu/~caron/ssrs/MassStrikeSSRS.doc
- IKS [Internationale Kommunistische Strömung] (2010): Oktoberbeilage zu *Revolution internationale*, Zeitung der IKS in Frankreich, 22.10.
- Johnson, A. (2012): The unions' no-cuts agenda is delusional, *The Guardian*, 17.1., www.guardian.co.uk/commentisfree/2012/jan/17/unions-no-cuts-agenda-is-delusional
- Jones, A. (2011): Unions hail public sector strike, *The Independent*, 30.11., www.independent.co.uk/news/uk/home-news/unions-hail-public-sector-strike-6269862.html
- Kelly, J./K. Hamann (2009): *General Strikes in Western Europe 1980-2008*, Vortrags-

- manuskript für die Jahreskonferenz der Political Studies Association, Manchester, www.psa.ac.uk/2009/pps/kelly.pdf
- Kessler, S./F. Bayliss (1995): *Contemporary British Industrial Relations*, 2. Aufl., Basingstoke
- King, H. (2010): Belgian workers general strike to end plurality voting system, 1902, Global Non-violent Action Database, nvdatabase.swarthmore.edu/content/belgian-workers-general-strike-end-plurality-voting-system-1902
- Kingsley, D. (2012): What exactly is the John Lewis model?, *The Guardian*, 22.2., www.guardian.co.uk/education/shortcuts/2012/feb/22/what-is-john-lewis-model
- Kirkup, J. (2010): Public sector staff face 3 per cent pension levy, *The Telegraph*, 21.10., www.telegraph.co.uk/news/newstoppers/spending-review/8076644/Spending-Review-Public-sector-staff-face-3-per-cent-pension-levy.html
- Klein, E. (2012): We're not Greece, we're not Europe, but we could become the UK, *The Washington Post* (Wonkblog), www.washingtonpost.com/blogs/ezra-klein/post/were-not-greece-were-not-europe-but-we-could-become-the-uk/2012/05/04/gI-QAhaXJ1T_blog.html
- Klein, N. (2007): *Die Schock-Strategie. Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*, Frankfurt a.M.
- Klingsieck, R. (2010a): Protesttag Nr. 6 gegen Sarkozy-Plan, in: *Neues Deutschland*, 24.9., www.neues-deutschland.de/artikel/180333.protesttag-nr-6-gegen-sarkozy-plan.html
- Klingsieck, R. (2010b): Sarkozy hofft auf Resignation, in: *Neues Deutschland*, 20.10., www.neues-deutschland.de/artikel/182279.sarkozy-hofft-auf-resignation.html
- Klingsieck, R. (2010c): Widerstand gegen Sarkozys Politik geht weiter, in: *Neues Deutschland*, 25.10., www.neues-deutschland.de/artikel/182580.widerstand-gegen-sarkozys-politik-geht-weiter.html
- Klönne, A./H. Reese (1984): *Die deutsche Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Hamburg
- Knapp, U. (2011): Nicht ohne das Parlament, *Frankfurter Rundschau*, 8.9., www.fr-online.de/schuldenkrise/euro-rettungsschirm-nicht-ohne-das-parlament,1471908,10807292.html
- Kouvelakis, S. (2011): The Greek Cauldron, in: *New Left Review*, Jg. II.12, Nr. 72, 17-32
- Lapavistas, C. (2009): Financialised Capitalism. Crisis and Financial Expropriation, in: *Historical Materialism*, 17. Jg., H. 2, 114-148
- Lenin, W.I. (1902/1977): *Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung*, Berlin/O.
- Lewis, P. et al. (2010): UK Uncut protesters spied upon by undercover police, *The Guardian*, 3.12., www.guardian.co.uk/uk/2010/dec/03/uk-uncut-protests-undercover-police
- Lezard, T. (2012a): Unison and Unite members vote to accept pensions deal, *Union News*, 24.8., <http://union-news.co.uk/2012/08/breaking-unite-members-vote-to-accept-pensions-deal/>
- Lezard, T. (2012b): Firefighters reject pensions offer, *Union News*, 24.8., <http://union-news.co.uk/2012/08/firefighters-reject-pensions-offer/>
- Lezard, T. (2012c): Prison offices reject »disgraceful« pensions deal. POA »will not

- rule out« industrial action, Union News, 20.8., <http://union-news.co.uk/2012/08/breaking-prison-offices-reject-pensions-deal-but-will-they-strike/>
- Lindvall, J. (2011): The Political Foundations of Trust and Distrust. Reforms and Protests in France, in: *West European Politics*, 34. Jg., H. 2, 296-316
- Luxemburg, R. (1906): Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1906/mapage/index.htm.
- Malik, S. (2011a): UK Uncut arrests threaten future protests, lawyer warns, *The Guardian*, 30.3., www.guardian.co.uk/uk/2011/mar/30/uk-uncut-arrests-protests?INTCMP=ILCNETTXT3487
- Malik, S. (2011b): Occupy activists storm Xstrata HQ in central London, *The Guardian*, 30.11., www.guardian.co.uk/uk/2011/nov/30/occupy-activists-xstrata-hq-london
- Marr, A. (2010): Andrew Marr interviewed Bob Crow, BBC News (The Andrew Marr Show), http://news.bbc.co.uk/2/hi/programmes/andrew_marr_show/8992051.stm
- Marx, K./F. Engels (1957ff.): *Marx-Engels Werke (MEW)*, Berlin
- Mason, P. (2010): Dubstep rebellion. The British banlieu comes to Millbank, BBC News (Idle Scrawl Blog), www.bbc.co.uk/blogs/newsnight/paulmason/2010/12/9122010_dubstep_rebellion_-_br.html
- Mathiason, N./Y. Bessaoud (2011): The Data. The Growth of City Donations to the Conservative Party, *The Bureau of Investigative Journalism*, www.thebureauinvestigates.com/2011/02/08/the-data-the-growth-of-city-donations-to-the-conservative-party/
- McCluskey, L. (2010): Unions, get set for battle, *The Guardian*, 19.12., www.guardian.co.uk/commentisfree/2010/dec/19/unions-students-strike-fight-cuts
- Mense, T. (2012): Empören verboten, *Jungle World*, 10.5., jungle-world.com/artikel/2012/19/45417.html
- Metcalf, M. (2006): 1988-1989: P&O Seafarers' Strike, <http://libcom.org/history/articles/seafarers-strike-1988-89>
- Miliband, E. (2011): Full transcript, Ed Miliband: Speech to TUC anti-cuts march, *New Statesman*, 26.3., www.newstatesman.com/blogs/the-staggers/2011/03/ed-miliband-hyde-park-speech
- Milmo, D. (2011): TUC conference: unions flex muscle with strike ballots pledge, *The Guardian*, 14.9., www.guardian.co.uk/politics/2011/sep/14/tuc-conference-strike-ballots-prentis?INTCMP=SRCH
- Milmo, D. (2012a): Unite union leader warns of wave of public sector strikes, *The Guardian*, 7.9., www.guardian.co.uk/politics/2012/sep/07/unite-union-leader-warns-public-sector-strikes?newsfeed=true
- Milmo, D. (2012b): TUC backs public sector strikes over pay, *The Guardian*, 10.9., www.guardian.co.uk/society/2012/sep/10/tuc-public-sector-strikes-pay?newsfeed=true
- Milmo, D. (2012c): TUC to consider general strike, *The Guardian*, 11.9., www.guardian.co.uk/politics/2012/sep/11/tuc-to-consider-general-strike?INTCMP=SRCH
- Milmo, D./A. Travis/A. Hill (2012): National day of action spreads to prisons, *The Guardian*, 11.5., www.guardian.co.uk/society/2012/may/10/prison-officers-injunction-threat

- Milne, S. (1994/1995): *The Enemy Within: The secret war against the miners*, London
- Moore, C. (2012): Even I'm starting to wonder what do this lot know about anything, *The Telegraph*, 30.3., www.telegraph.co.uk/news/politics/conservative/9176237/Even-Im-starting-to-wonder-what-do-this-lot-know-about-anything.html
- Morning Star (2012): Health staff reject attack on pensions in mass ballot, 30.4., www.morningstaronline.co.uk/news/content/view/full/118445
- Mouvement Communiste (2008): Der Mai/Juni 1968. Eine verpasste Gelegenheit der Arbeiterautonomie, *Beilage der Wildcat*, Nr. 8, 05/2008.
- Mouvement Communiste (2009): The Struggle at Lindsey Refinery. A Struggle entangled in Nationalism, <http://libcom.org/history/2009-strike-lindsey-refinery-struggle-entangled-nationalism>
- Mulholland, H. (2011): »Hundreds of Thousands« of public sector workers strike, *The Guardian*, www.guardian.co.uk/society/2011/jun/30/strikes-thousands-public-sector-workers
- Mulholland, H./P. Curtis (2011): Furious unions threaten strikes as minister springs pensions surprise, *The Guardian*, 18.6., www.guardian.co.uk/politics/2011/jun/18/unions-strikes-minister-pensions
- Murray, J. (2010): Students hit by scrapping of education maintenance allowance, *The Guardian*, www.guardian.co.uk/education/2010/oct/25/education-maintenance-allowance
- Murray, P. (2012a): GMB Labour Party affiliation to be »major plank of debate« at annual conference, *Union News*, 14.2., <http://union-news.co.uk/2012/02/gmb-labour-party-affiliation-to-be-major-plank-of-debate-at-annual-conference/>
- Murray, P. (2012b): ANALYSIS: The next pensions battle – reawaken the resistance, *Union News*, 12.5., <http://union-news.co.uk/2012/05/analysis-the-next-pensions-battle-reawaken-the-resistance/>
- Murray, P. (2012c): NUT votes 9 to 1 for industrial action over pay, performance management, *Union News*, 7.9., <http://union-news.co.uk/2012/09/breaking-nut-votes-9-to-1-for-strike-over-pay/>
- Noceda, M.A. (2012): Los sindicatos se fijan como objetivo una protesta europea, *El País*, 16.9., http://politica.elpais.com/politica/2012/09/15/actualidad/1347737155_466128.htm
- Oberndorfer, L. (2012): Hegemoniekrise in Europa. Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus?, in: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hrsg.): *Die EU in der Krise, Münster: Westfälisches Dampfboot*, 50-72
- Okayuz, M. (2001): Stichwort Generalstreik, in: W.F. Haug (Hrsg.): *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Hamburg, 254-260
- ONS (2012a): A02 – Labour Force Survey Summary, www.ons.gov.uk/ons/rel/lms/labour-market-statistics/september-2012/table-a02.xls
- ONS (2012b): A05 – Labour market status by age group, www.ons.gov.uk/ons/rel/lms/labour-market-statistics/september-2012/table-a05.xls
- ONS (2012c): LABD01, www.ons.gov.uk/ons/rel/lms/labour-market-statistics/february-2012/table-labd01.xls
- Owen, P. (2012): Public sector pensions strikes and police protest – Thursday 10 May,

- The Guardian (Strikes Blog), www.guardian.co.uk/society/blog/2012/may/10/public-sector-pensions-strikes-and-police-protest-live
- Owens, N. (2011): Marchers turn on troublemakers, *Mirror*, 27.3., www.mirror.co.uk/news/uk-news/marchers-turn-on-troublemakers-118795
- Page, T. (2011): German Lessons. Developing industrial policy in the UK, Studie für den TUC, London, www.tuc.org.uk/tucfiles/194/GermanyLessons.docx
- Pearse, D. (2012): Petrol crisis is our Thatcher moment, Tory MPs reportedly tell party members, *The Guardian*, 31.3., www.guardian.co.uk/uk/2012/mar/31/petrol-crisis-thatcher-moment-tories
- Pelling, H. (1963/1971): *A History of British Trade Unionism*, Harmondsworth
- Power, N. (2011): There is a context to London's riots that can't be ignored, *The Guardian*, 8.8., www.guardian.co.uk/commentisfree/2011/aug/08/context-london-riots
- Poulantzas, N. (1978/2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg
- Prol-position (2003): Wildcats return with a roar – postal wildcat strike, <http://libcom.org/libcom.org/library/wildcats-return-with-a-roar-postal-wildcat-strike-2003>
- Prosser, T. (2009): United Kingdom Industrial Relations Profile, EIROOnline, www.eurofound.europa.eu/eiro/country/united.kingdom.pdf
- PwC (2011): *The Total Tax Contribution of UK Financial Services*, 4. Auflage, Studie für City of London Economic Development, London, http://217.154.230.218/NR/rdonlyres/04A4C44B-E8F7-426D-AB11-15994BD06A30/0/BC_RS_TotalTaxContributionofUKFweb_4thEdition.pdf
- Redler, L. (2007): *Politischer Streik in Deutschland nach 1945*, Karlsruhe
- Ridley, N. (1977): *Final Report of the Nationalised Industries Policy Group*, www.margareththatcher.org/document/FABEA1F4BFA64CB398DFA20D8B8B6C98.pdf
- Rogers, S./G. Blight (2011): England riots: what crimes were people arrested for?, *The Guardian*, 6.12., www.guardian.co.uk/uk/datablog/interactive/2011/dec/06/england-riots-crimes-arrested
- Sander, B. (2010): Frankreich: Rückkehr der sozialen Frage, in: *Sozialismus*, H. 10, www.sozialismus.de/nc/archiv/kommentare_analysen/detail/artikel/die-rueckkehr-der-sozialen-frage/
- Sauerborn, W. (2006): Perspektive politischer Streik. Vom Breitbandprotest zur Verhinderung der Rente mit 67, in: *express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit*, H. 12, www.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/rente67.html
- Sauerborn, W. (2010): Das politische Streikrecht. Wie wir es verloren haben und warum wir es gerade jetzt brauchen, in: *express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit*, H. 1, www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/erfahrung/sauerborn2.html
- Schieritz, M. (2012): Ungewollte Nebenwirkung, *Die Zeit*, 11.5., www.zeit.de/2012/20/Fiskalpakt-Auswirkungen-Staedte
- Schmid, B. (2009a): Eine Million bis 2,5 Millionen Demonstrierende in Frankreich gegen Sarkozys Krisenpolitik, *Labournet Deutschland*, 30.1., www.labournet.de/internationales/fr/demo290109.html

- Schmid, B. (2009b): Generalstreik: Beteiligung bricht Rekorde, Labournet Deutschland, 24.3., www.labournet.de/internationales/fr/generalstreik09.html
- Schmid, B. (2009c): Nach den prallen Demonstrationen vom 19. März, Labournet Deutschland, 24.3., www.labournet.de/internationales/fr/generalstreik09b.html
- Schmid, B. (2009d): Der Generalstreik im französischen Überseebezirk Guadeloupe ging, weitgehend erfolgreich, zuende, Labournet Deutschland, 5.3., www.labournet.de/internationales/fr/antillenstreik4.html
- Schmid, B. (2010a): Bilanz des Total-Streiks, Labournet Deutschland, 26.2., www.labournet.de/internationales/fr/totalbernard.html
- Schmid, B. (2010b): Justiz im Streik gegen umstrittene Reform, Labournet Deutschland, 12.3., www.labournet.de/internationales/fr/justizbernard.html
- Schmid, B., (2010c): Französische Gewerkschaften entscheiden mutig, Labournet Deutschland, 1.4., www.labournet.de/internationales/fr/rente2010_1.html
- Schmid, B. (2010d): CFDT-Kongress – in deutschem Rentenstil: Vor allem auf die Jungen..., Labournet Deutschland, 11.6., www.labournet.de/internationales/fr/rente2010_5.html
- Schmid, B. (2010e): Rentenreform – die Katze ist aus dem Sack, Labournet Deutschland, 18.6., www.labournet.de/internationales/fr/rente2010_6.html
- Schmid, B. (2010f): Massenkundgebungen gegen Rentenreform, Labournet Deutschland, 25.6., www.labournet.de/internationales/fr/rente2010_7.html
- Schmid, B. (2010g): Zwei bis drei Millionen demonstrierten am Dienstag gegen die Rentenreform, Labournet Deutschland, 9.9., www.labournet.de/internationales/fr/aktionstag710.html
- Schmid, B. (2010h): Wie weiter im Kampf gegen die drohende »Reform« der Renten?, Labournet Deutschland, 17.9., www.labournet.de/internationales/fr/rente2010_10.html
- Schmid, B. (2010i): Das Kräftemessen tritt in seine entscheidende Phase ein, Labournet Deutschland, 24.9., www.labournet.de/internationales/fr/rente2010_11.html
- Schmid, B. (2010j): Frankreich, Konflikt um die Renten»reform«, Die Gewerkschaften gehen zu einer härteren Gangart über, Labournet Deutschland, 6.10., www.labournet.de/internationales/fr/rente2010_15.html
- Schmid, B. (2010k): Unbegrenzte Streiks?, Labournet Deutschland, 8.10., www.labournet.de/internationales/fr/rente2010_16.html
- Schmid, B. (2010l): Frankreich im Streik: Vor Treibstoffknappheit?, Labournet Deutschland, 15.10., www.labournet.de/internationales/fr/rente2010_19.html
- Schmid, B. (2010m): Gravierende Angriffe auf das Streikrecht, Labournet Deutschland, 25.10., www.labournet.de/internationales/fr/rente2010_23.html
- Schmid, B. (2010n): Frankreich: Streik vor Wende?, Labournet Deutschland, 27.10. www.labournet.de/internationales/fr/rente2010_24.html
- Schmid, B. (2010o): Frankreich: Heute ist nicht alle Tage – wir komm'n wieder, keine Frage, Labournet Deutschland, 30.10., www.labournet.de/internationales/fr/rente2010_25.html
- Schmid, B. (2010p): Renten»reform« in Frankreich: Eldorado für das Privatkapital im Ausblick, Labournet Deutschland, 4.11., www.labournet.de/internationales/fr/rente2010_27.html

- Schmid, B. (2010q): Noch ist auch weiterhin »Dampf unter dem Kessel«, Labournet Deutschland, 9.11., www.labournet.de/internationales/fr/rente2010_29.html
- Schmid, B. (2010r): Nach den Streiks ist vor der Zukunft, Labournet Deutschland, 18.11., www.labournet.de/internationales/fr/rente2010_30.html
- Schultz, H. 2010: Hunderttausende protestieren gegen Sarkozys Rentenpläne, Spiegel Online, 3.10., www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,720947,00.html
- Segol, B. (2012): The Crisis and the Response of the European Trade Unions, Social Europe Journal, 23.2., www.social-europe.eu/2012/02/the-crisis-and-the-response-of-the-european-trade-unions/
- Serwotka, M. (2010): United we must stand, The Guardian, 30.12., www.guardian.co.uk/commentisfree/2010/dec/30/unions-cuts-protest
- Serwotka, M. (2011): Public sector pensions are facing a highly political attack, The Guardian, 17.6., www.guardian.co.uk/commentisfree/2011/jun/17/public-sector-pensions
- Shankleman, M. (2010): Could the UK have Strikes like France?, BBC News, 21.10., www.bbc.co.uk/news/uk-11602824
- Simms, M. (2011): Representativeness study of the European social partner organisations. Education sector – UK, eironline, www.eurofound.europa.eu/eiro/studies/tn1001017s/uk1001019q.htm
- Simons, S. (2010): Massenproteste in Frankreich: Sarkozy stellt sich gegen sein Volk, in: Spiegel Online, 22.10., www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,724565,00.html
- Simons, S. (2011): Triumph für Frankreichs Linke, Schlappe für Sarkozy, in: Spiegel Online, 25.9., www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,788304,00.html
- Smith, M. (2009): How do we stop the BNP?, in: International Socialism, Nr. 123, www.isj.org.uk/index.php4?id=556#123smith43
- Socialist Party (2010): TUC get off your knees – organise action now!, 20.10., www.socialistparty.org.uk/articles/10461
- Socialist Worker (2009): Derek Simpson and »British Jobs« Slogan Danger, 21.2., www.socialistworker.co.uk/art.php?id=17182
- Spiegel Online (2009a): Franzosen demonstrieren gegen Sarkozys Wirtschaftspolitik, 29.1., www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,604377,00.html
- Spiegel Online (2009b): Hunderttausende protestieren gegen Sarkozys Krisenpolitik, 19.3., www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,614365,00.html
- Spiegel Online (2010a): Streik bei Total: In Frankreich wird Benzin knapp, 22.2., www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,679603,00.html
- Spiegel Online (2010b): Proteste gegen Rentenreform: Streiks in Frankreich behindern Reiseverkehr, 12.10., www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,722575,00.html
- Spiegel Online (2010c): Proteste gegen französische Rentenreform: Randalen überschattet Schülerdemos, 14.10., www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,723204,00.html
- Spiegel Online (2010d): Proteste gegen Rentenreform: Pipeline nach Paris unterbrochen, 15.10., www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,723349,00.html
- Spiegel Online (2010e): Streik in Frankreich: Airlines sollen drastisch Flüge streichen, 18.10., www.spiegel.de/reise/aktuell/0,1518,723703,00.html
- Stacey, K. (2012): What would a £5k donation cap mean for Labour?, Financial Times

- (Westminster Blog), 15.4.2012, <http://blogs.ft.com/westminster/2012/04/15/#axzz1uT2qH34M>
- Taylor, R. (2001): Employment Relation Policy, in: Seldon, A. (Hrsg.): The Blair Effect. The Blair Government 1997-2001, London, 245-270
- The Socialist Newspaper (2010): TUC refuses national demo, 21.7., www.socialistparty.org.uk/issue/633/10000
- Townsend, M. et al. (2011): Anti-cuts march draws hundreds of thousands as police battle rioters, The Guardian, 27.3., www.guardian.co.uk/society/2011/mar/26/anti-cuts-march-police-rioters
- Travis, A. (2012): England riots: almost 1,000 people jailed so far, figures show, The Guardian, 23.2., www.guardian.co.uk/uk/2012/feb/23/almost-1000-jailed-riot-related-offences
- TUC (2008): A Green and Fair Future, Touchstone Pamphlet, Nr. 3, London
- TUC (2009): Unions in the UK, www.tuc.org.uk/tuc/unions_main.cfm
- TUC (2011a): Majority back aims of TUC March for the Alternative, 26.3.2012, www.tuc.org.uk/industrial/tuc-19397-f0.cfm
- TUC (2011b): TUC statement on pensions, 14.9.2011, www.tuc.org.uk/economy/tuc-20059-f0.cfm
- TULO (2011): Submission to the Committee on Standards in Public Life: Inquiry into Party Political Finance, www.public-standards.org.uk/Library/Party_Funding___E22___TULO.pdf
- UK Uncut (2011): Unions and campaign groups voice support for UK uncut, 31.3., www.ukuncut.org.uk/blog/unions-and-campaign-groups-voice-support-for-uk-uncut
- USS [Union Syndicale Solidaires] (2010): Retraites: un mouvement social exceptionnell, www.solidaires.org/article34433.html
- Waldram, H. (2011): Public sector strikes: 30 November day of action mapped, The Guardian (Data Blog), www.guardian.co.uk/society/datablog/2011/nov/30/public-sector-strikes-help-us-map-the-day-of-action
- Wardrop, M. (2011): »Occupy« protests: activists deliver charter of grievances, The Telegraph, 17.10., www.telegraph.co.uk/news/uknews/8831851/Occupy-protests-activists-deliver-charter-of-grievances.html
- Warneck, W. (2007): Strike rules in the EU27 and beyond. A comparative overview, European Trade Union Institute for Research, Education and Health and Safety, Brüssel, www.etuc.org/IMG/pdf_Strike_rules_in_the_EU27.pdf
- Watson, M. (2009): Headlong into the Polanyian Dilemma: The Impact of Middle-Class Moral Panic on the British Government's Response to the Sub-prime Crisis, in: British Journal of Politics & International Relations, 11. Jg., H. 3, 422-437
- Wheeler, D. (2011): Striking Commons workers feel »let down« by Miliband, BBC News, 30.6., www.bbc.co.uk/news/uk-politics-13975375
- Wildcat (2009): »Bossnapping« und andere Vorkommnisse in Frankreich, Wildcat, Nr. 84, 34-37
- Wickham, J. (2012): Nach dem Ende der Party. Das irische Beschäftigungsmodell und die Paradoxien des Nicht-Lernens, in: S. Lehndorff (Hrsg.), Ein Triumph gescheiterter Ideen, Hamburg, 69-88
- Wilde, F. (2011): Weniger Streiks, mehr Generalstreiks, 16.9., wildetexte.blogspot.com

- de/2011/09/16/weniger-streik-mehr-generalstreik/
- Wilhelmy, V. (2008): Der politische Streik. Materialien zu einem Tabu, Frankfurt a.M.
- Wilhelmy, V. (2010): Kommt der politische Streik? – Weitere Materialien zu einem Tabu, Band 2, Frankfurt a.M.
- Wilhelmy, V. (2012): Rückenwind für den politischen Streik. Aktuelle Materialien, Band 3, Frankfurt a.M.
- Willets, D. (2010): Statement on higher education funding and student finance, Department for Business, Innovation and Skills, 3.11., www.bis.gov.uk/news/speeches/david-willets-statement-on-HE-funding-and-student-finance
- Williams, R. (2011): Next step: one-day public sector strike, The Socialist Newspaper, 1.7., www.socialistparty.org.uk/articles/12333/01-07-2011/next-step-one-day-public-sector-strike
- Wintour, P. (2010): Ed Miliband booed at union rally after attacking public sector strikers, The Guardian, 30.6., www.guardian.co.uk/politics/2011/jun/30/ed-miliband-booed-attack-on-strikers
- Wintour, P. (2012a): Ed Miliband backs Ed Balls's stance on spending cuts, The Guardian, 15.2., www.guardian.co.uk/politics/2012/jan/15/ed-miliband-spending-cuts?newsfeed=true
- Wintour, P./D. Milmo (2010): New leader of UK's biggest promises »alliance of resistance« to cuts, The Guardian, 24.11., www.guardian.co.uk/politics/2010/nov/24/new-leader-union-alliance-of-resistance-cuts?INTCMP=ILCNETTXT3487
- Wintour, P./Mulholland, H./D. Milmo (2011): Ed Miliband endures rough ride at TUC after criticism of pension strike action, The Guardian, 14.9., www.guardian.co.uk/politics/2011/sep/13/ed-miliband-tuc-criticism-pension
- Wolf, M. (2012): Cameron Is Consigning the U.K. to Stagnation, Financial Times, 18.5., www.cfr.org/financial-crises/cameron-consigning-uk-stagnation/p28302
- Workers Liberty (2009): Daily Star tries to hijack construction protest, 12.2., www.workersliberty.org/story/2009/02/12/daily-star-tries-hijack-construction-protests
- Workers Liberty (2010): Call demo against Tories' huge cuts! TUC should fight, not plead, 7.9., www.workersliberty.org/story/2010/09/07/call-demo-against-tories-huge-cuts-tuc-should-fight-not-plead
- Wright, B. (2011): Public sector strike: The start of a long struggle?, BBC News, 30.11., www.bbc.co.uk/news/uk-politics-15969594
- YouGov (2012): Sunday Times Survey Results, 26./27.7., http://d25d2506sfb94s.cloudfront.net/cumulus_uploads/document/ryyt1wg2mk/YG-Archives-Pol-ST-results-27-290712.pdf

Generalstreiks in Westeuropa 1980-2011*

Von 1980 bis 2011 haben Gewerkschaften in Westeuropa (EU-15 und Norwegen) 118 Generalstreiks durchgeführt. 18 davon fanden in den Jahren von 1980 bis 1989, 26 von 1990 bis 1999 und 27 zwischen 2000 und 2009 statt. Allein in den Jahren 2010 und 2011 waren diese Länder Schauplatz von 24 Generalstreiks (vgl. Abbildung 1). In 13 weiteren Fällen wurde zu Streiks aufgerufen, die abgesagt wurden, nachdem Regierungen Zugeständnisse angekündigt hatten. Die Zunahme von Generalstreiks in Europa ist aus vier Gründen besonders interessant:

Zum einen steht die Zahl der Generalstreiks in zwölf Ländern in deutlichem Gegensatz zu den Streikaktivitäten gegen ArbeitgeberInnen – die durchschnittliche Zahl der Arbeitstage, an denen gestreikt wurde, sank von 16,6 Tagen pro 10.000 Beschäftigte in den Jahren 1980 bis 1982 auf nur 1,1 Tage pro 10.000 Beschäftigte in den Jahren 2004 bis 2006.

Zweitens fällt die Zunahme von Generalstreiks mit der Rückkehr konzentrierter Aktionen zusammen, insbesondere in Form von Solidarpakten zwischen Regierungen, Gewerkschaften und ArbeitgeberInnen (Hamann/Kelly 2011). Diese Abkommen zielten oftmals auf die Einführung von umstrittenen Reformen der Renten- und Sozialversicherungssysteme und Arbeitnehmerrechte. Weil die Gewerkschaften einbezogen waren, wäre ein Rückgang von Protesten und Streiks gegen Regierungen zu erwarten gewesen.

Drittens stellen die abweichenden Tendenzen politischer und ökonomischer Streiks einige Vorstellungen über Schwäche und Niedergang von Gewerkschaften in Frage. Trotz eines in vielen westeuropäischen Ländern sinkenden Organisationsgrads konnten Gewerkschaften in beinahe 40% der Generalstreiks zwischen 1980 und 2006 den Regierungen Zugeständnisse abringen. In einigen Ländern mit vielen Generalstreiks – z.B. Griechenland und Italien – sind auch ökonomische Streiks häufiger vertreten. Doch auch in Ländern, in denen ökonomische Streiks auf einem historischen Tiefstand sind – z.B. Österreich und die Niederlande –, wurde zu Generalstreiks aufgerufen (Tabelle 1). Wie lassen sich die Generalstreikmuster – unabhängig von Zeit und Ort – erklären? Und wie fassen wir die Ergebnisse der Generalstreiks?

* Der Beitrag wurde zuerst in der Zeitschrift LuXemburg Nr. 2/2012, 96-102, veröffentlicht. Aus dem Englischen von Catharina Schmalstieg.

Tabelle 1: Nationale Generalstreiks, 1980-2011

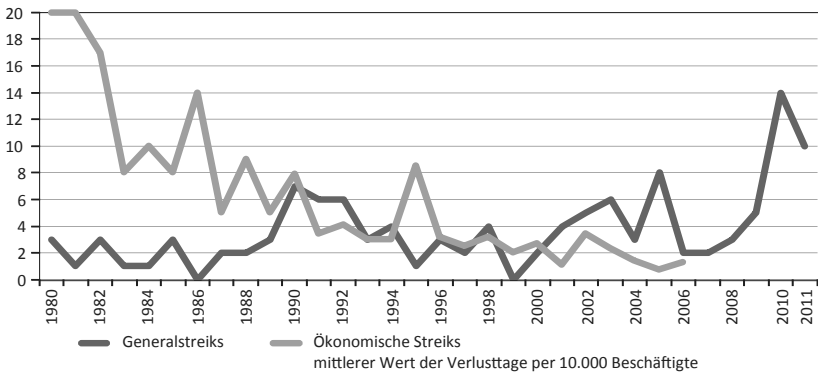
Land	Gesamt (davon Drohungen)	Land	Gesamt (davon Drohungen)
Griechenland	50 (1)	Italien	22 (4)
Frankreich	13	Belgien	8
Spanien	8 (1)	Portugal	5
Luxemburg	4 (3)	Finnland	4 (4)
Niederlande	2	Österreich	1
Norwegen	1	Irland, Dänemark, Deutschland, Schweden, Großbritannien	0

Quelle: s. Abbildung 1

Generalstreik

Unter Generalstreik verstehen wir eine zeitlich begrenzte, landesweite Arbeitsniederlegung durch Beschäftigte verschiedener Branchen, die sich gegen den exekutiven oder legislativen Zweig einer Regierung richtet. Zu einem Generalstreik mobilisieren ein oder mehrere Dachverbände ihre gesamte Mitgliedschaft und auch nicht gewerkschaftlich Organisierte. In der Regel richtet sich der auf diese Weise geäußerte Protest gegen ein von der Regierung unterbreitetes oder bereits eingeführtes Gesetzesvorhaben, oder zum Generalstreik wird nach dem Scheitern von Verhandlungen über politische Reformen aufgerufen. Der allgemeine Aufwärtstrend von Generalstreiks seit 1980 weist drei Höhepunkte auf (s. Abbildung 1): zu Beginn der 1990er Jahre, Anfang bis Mitte der 2000er und Ende der 2000er Jahre. 50 der Streiks und Streikandrohungen fanden in einem einzigen Land statt – Griechenland. Auch wenn man die griechischen Fälle in den Berechnungen nicht berücksichtigt, bleibt der Trend: Weder die ansteigende Tendenz der Generalstreikaktivitäten noch die drei Höhepunkte verändern sich. Anhand der Verteilung der Generalstreiks auf die verschiedenen Länder lässt sich eine Konzentration in südeuropäischen Volkswirtschaften – Griechenland, Frankreich, Italien, Spanien, weniger Portugal – erkennen. Diese fünf Länder allein vereinen in dem gewählten Zeitraum 83% (98) der 118 Streikfälle auf sich. Viele der verbleibenden Streiks bzw. Streikandrohungen wurden in Ländern wie Österreich und Luxemburg organisiert, die seit mehreren Jah-

Abbildung 1: Ökonomische und Generalstreiks (EU15 + Norwegen) 1980-2011



Quelle: EK 2011; Berechnungen der Autorin

ren die niedrigste Anzahl ökonomischer Streiks in ganz Europa aufweisen. Nur in fünf Ländern kam es nicht zu Generalstreiks oder -aufrufen: Dänemark, Deutschland, Irland, Schweden und Großbritannien. In Deutschland und Großbritannien werden solche Aktionen als ungesetzlich betrachtet, doch in beiden Ländern wird über die Interpretation der Anti-Streikgesetzgebung diskutiert (Ewing/Hendy 2012, Jacobs 2007).

Generalstreiks unterscheiden sich grundsätzlich von ökonomischen Streiks. Erstere richten sich gegen Regierungen und deren (geplante) Politik und nicht gegen Unternehmen. Statt entlang von Branchen- oder Arbeitsplatzbelangen werden Generalstreiks anhand breiter Themen organisiert wie etwa Sozialhilfeleistungen, die in der Regel nicht Teil von Tarifverträgen sind. Außerdem reicht die Mobilisierung über die eigene Mitgliedschaft der Gewerkschaften hinaus und richtet sich auch an nicht gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte und BürgerInnen.

Politische Rahmenbedingungen

Zur Erklärung der Muster und der Ergebnisse von Generalstreiks konzentrieren wir uns auf drei Faktoren: Einbeziehung oder Ausschluss von Gewerkschaften durch den Staat bei der Gestaltung umstrittener Gesetzesvorhaben, die Mitgliederinteressen berühren, an der Regierung beteiligte Parteien und die Stärke und den Zusammenhalt der Regierung.

Viele westeuropäische Regierungen haben seit den frühen 1980er Jahren Druck auf direkte und auf indirekte Lohnkosten wie Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und Kündigungsschutz ausgeübt. In der Verfolgung dieser politischen Projekte können Regierungen entscheiden, ob sie Gewerkschaften in die Politikgestaltung einbeziehen – etwa mittels Solidarpakten –, oder ob sie sie davon ausschließen und versuchen, die Reformen unilateral legislativ durchzusetzen (Hamann/Kelly 2011). Die Einbeziehung von Gewerkschaften kann für die »Schuldvermeidung« (Pierson 1994, übers.) nützlich sein. Regierungen versuchen auf diese Weise, sich vor negativen Konsequenzen unbeliebter Reformen zu schützen, die bei zunehmend unbeständiger Wählergunst Stimmenverluste nach sich ziehen könnten.

Bestimmende Faktoren und Ergebnisse

Die unserer Untersuchung zugrunde liegenden Daten erstrecken sich über den Zeitraum von 1980 bis 2006 und beinhalten 84 Generalstreiks und Streikankündigungen. Ergebnisse liegen nur für 68 dieser Streiks vor. Als Hauptinformationsquelle werteten wir den *European Industrial Relations Review* (EIRR) und das Online-Portal *European Industrial Relations Observatory* (EIRO) aus. Einer Regressionsanalyse unterzogen wurden die Variablen Streik- und Regierungskonstellationen sowie wirtschaftliche Variablen und solche der industriellen Beziehungen, darunter Arbeitslosigkeit, Entwicklung des Bruttosozialprodukts und gewerkschaftlicher Organisationsgrad (für methodologische Details vgl. Kelly/Hamann/Johnston 2013). Unsere Analyse ergab, dass Generalstreiks in erster Linie als Reaktion auf den Ausschluss von Gewerkschaften aus der Politikgestaltung erfolgen. Wo Regierungen im Alleingang rein legislativ vorgegangen sind und Gewerkschaften von der Politikgestaltung ausschlossen, stieg die Wahrscheinlichkeit eines Streiks signifikant, wie 1984 in Belgien, 1995 und 2005 in Frankreich, in mehreren Jahren in Griechenland, 1989 und 2002 in Italien, 1982 in Luxemburg und 1988 in Spanien. Manchmal zogen sich Regierungen auf die legislative Ebene zurück, nachdem Verhandlungen für Solidarpakte gescheitert waren, was ebenfalls Streiks nach sich zog: 2003 in Österreich, 1993 und 1996 in Belgien, 2000 in Griechenland, 1988 in Portugal und 1985, 1994 und 2002 in Spanien. Selbst in Fällen, in denen Regierungen Gewerkschaften in die Aushandlung von Solidarpakten oder umstrittenen Reformen einbezogen, brachte diese Strategie den Protest nicht vollständig zum Schweigen.

In 17 Fällen setzten Gewerkschaften das Mittel des Generalstreiks ein, während die Verhandlungen im Gange waren, hauptsächlich um die Regie-

rung zu weiteren Zugeständnissen zu drängen, etwa 2005 in Belgien, 1992 und 1996 in Finnland, 2003 in Frankreich, 1996/97 in Griechenland, 1991, 1998 und 2001/02 in Italien, 2001 in Luxemburg und 2002 in Portugal. Insgesamt weisen unsere Forschungen darauf hin, dass der Ausschluss der Gewerkschaften von der Politikgestaltung mindestens genauso viel Sprengkraft hat wie die Inhalte der umstrittenen Gesetzesvorhaben selbst.

Die Bereitschaft zum Generalstreik wächst, je weiter eine Regierung im politischen Spektrum rechts steht. Überdies gibt es Hinweise, dass Mehrheitsregierungen mit einem höheren Streikaufkommen konfrontiert sind als Minderheitsregierungen. Dies hängt möglicherweise damit zusammen, dass letztere in ihrer Politik bei umstrittenen Themen stärker auf die Beteiligung von Gewerkschaften setzen (Hamann/Kelly 2011). Regierungskoalitionen, die über eine parlamentarische Mehrheit verfügen, sind nicht häufiger mit Generalstreiks konfrontiert als Einparteienregierungen. Die Wahrscheinlichkeit eines Generalstreiks ist höher, wenn das Wirtschaftswachstum gering oder negativ und die Arbeitslosigkeit hoch ist. Es besteht hingegen kein Zusammenhang zwischen dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad, der Zentralisierung der Gewerkschaften oder der Tarifabdeckung und der Streikhäufigkeit. Mit Blick auf Deutschland oder Schweden mag dies überraschen, doch der Blick auf ganz Westeuropa zeigt, dass Generalstreiks überall durchgeführt werden: in Ländern wie Frankreich und Spanien, die einen geringen Organisationsgrad aufweisen (unter 15%), in Italien, das einen mittleren Organisationsgrad hat, und in Ländern mit hohem Organisationsgrad (über 50%) wie Belgien, Finnland und Luxemburg. Generalstreiks wurden in Ländern mit höchst unterschiedlichen institutionellen Arrangements erfolgreich durchgeführt – auch in stark korporativistisch organisierten Ländern wie Österreich und Luxemburg. Man kann also nicht behaupten, dass ein bestimmtes institutionelles Gefüge besonders geeignet oder ungeeignet für Generalstreiks ist. Mit Blick auf die Streikresultate unterscheiden wir wesentliche Zugeständnisse – die Regierung zog ihre Vorschläge (fast) komplett zurück – und geringfügige Zugeständnisse – Details wurden verändert, aber das Gesetzesvorhaben im Wesentlichen beibehalten. Vorläufige Ergebnisse unserer Untersuchung zeigen, dass in acht von 68 Streiks wesentliche Zugeständnisse an die Gewerkschaften gemacht wurden, wie etwa Anfang der 1990er Jahre in Finnland und 2002 in Spanien. In beiden Fällen wurden Pläne zur Reform des Arbeits- bzw. Sozialversicherungssystems zurückgenommen. In 19 Generalstreiks konnten geringfügige Zugeständnisse erzielt werden – insgesamt konnten in 40% der Fälle Zugeständnisse errungen werden. In den verbleibenden 41 Fällen (60%) änderte die Regierung ihre Vorhaben nicht.

Vier Faktoren erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass in Generalstreiks Zugeständnisse erzielt werden:

An erster Stelle steht die Organisierung der Gewerkschaften selbst. Je größer die Geschlossenheit der Gewerkschaften, desto eher machen Regierungen Zugeständnisse. In vielen Ländern ist die Gewerkschaftsbewegung in rivalisierenden Dachverbänden organisiert, sozialistische und kommunistische in Südeuropa, sozialistische und christdemokratische in anderen Ländern. Generalstreiks, die von einigen Dachverbänden unterstützt werden, von anderen hingegen nicht, sind signifikant weniger erfolgreich als solche, die von allen Dachverbänden unterstützt werden.

Zweitens sind die Regierungsparteien von Bedeutung: Zugeständnisse werden eher durch christdemokratische oder Mitte-Regierungen gemacht als von konservativer oder sozialdemokratischer Seite. Es ist nicht überraschend, dass Konservative weniger geneigt sind, Gewerkschaften Kompromisse anzubieten, wohl aber dass sozialdemokratische gleichsam unnachgiebig sind. Es lässt sich nicht eindeutig feststellen, ob dieses Verhalten Ausdruck dafür ist, dass weiter nach rechts gerückte sozialdemokratische Parteien ihren WählerInnen beweisen wollen, dass sie mit Gewerkschaften hart umgehen können, oder ob die SozialdemokratInnen in trilateralen Verhandlungen bereits so viele Zugeständnisse gemacht haben, dass für weitere kein Spielraum besteht – sogar angesichts eines Generalstreiks. Drittens spielt die Art der Regierung eine Rolle: Koalitionsregierungen machen eher Zugeständnisse als Einparteienregierungen.

Und viertens ist das Thema des Generalstreiks ausschlaggebend: Konzessionen sind wahrscheinlicher, wenn es um Renten geht, als wenn es um Arbeitsmarktreformen oder den allgemeinen wirtschaftspolitischen Kurs geht. Es lässt sich nicht genau feststellen, ob dieses Ergebnis Ausdruck der komplizierten Rentenregelungen ist, bei denen es oft Spielraum für Veränderungen gibt, oder ob es Ausdruck von Regierungshandeln angesichts breiten öffentlichen Widerstands gegen die Reform ist. Interessanterweise werden die Ergebnisse von Generalstreiks nicht stark vom Grad der Arbeitslosigkeit, von Schuldenstand oder Wachstumsraten beeinflusst.

Schlussfolgerungen

Aus der Perspektive der Gewerkschaften erscheinen Generalstreiks zunächst in einem positiven Licht, doch es gibt auch eine Kehrseite. Der Blick auf die jüngsten Streikaktivitäten gegen die Sparpolitik der Regierungen in Griechenland, Italien, Portugal und Spanien zeigt, dass die Regierungen

kaum Zugeständnisse gemacht haben. Vorläufige Daten zu den 15 zwischen Oktober 2008 und Februar 2011 gegen die Sparpolitik gerichteten Streiks zeigen, dass nur zwei Regierungen Konzessionen angeboten haben (Frankreich und Griechenland, beide Anfang 2009). Streiks gegen die Wirtschaftspolitik einer Regierung hatten in der Vergangenheit nie großen Erfolg, z.B. in den 1980er und 1990er Jahren in Griechenland oder Italien. Die jüngsten Streiks gegen Sparzwänge scheinen diesem Muster zu folgen, eine wachsende Zahl von Regierungen weigert sich, unpopuläre Sparmaßnahmen zurückzunehmen.

Erfolgreiche Generalstreiks führen nur selten zu einer signifikanten Erhöhung der Mitgliederzahlen und der Organisationsdichte. Dies bedeutet nicht, dass Streiks keinen positiven Effekt auf Mitgliederwerbung haben, aber die positiven Effekte des Streiks werden durch Faktoren wie Entlassungen oder Vorbehalte von Beschäftigten gegen den Aufruf zum Generalstreik aufgehoben. Weiterhin scheint es keine signifikante Erhöhung der Stimmenanteile linksradikaler Parteien zu geben, die üblicherweise die stärksten Unterstützer von Generalstreiks sind. Der Stimmenanteil von Parteien wie Rifondazione (Italien), KKE (Griechenland) und Vereinte Linke (Spanien) scheint unabhängig vom Zeitpunkt oder den Ergebnissen von Generalstreiks zu sein.

Generalstreiks sind für Gewerkschaften ein brauchbares Instrument. Sie können stärker politischen Einfluss nehmen, als es die Mitgliederverluste der letzten 30 Jahre vermuten lassen würden.

Literatur

- Allern, E.H. (2010): *Political Parties and Interest Groups in Norway*, Colchester
- Ewing, K./J. Henty (2012): *Days of Action. The Legality of Protest Strikes Against Government Cuts*, in: *International Union Rights*, 18. Jg., H. 4, 28
- Hamann, K./J. Kelly (2011): *Parties, Elections and Policy Reforms in Western Europe. Voting For Social Pacts*, London.
- Jacobs, A. (2007): *The Law of Strikes and Lockouts*, in: R. Blanpain (Hrsg.), *Comparative Labor Law and Industrial Relations in Industrialized Market Economies*, 9. Aufl., Den Haag, 633-687.
- Kelly, J./K. Hamann/A. Johnston (2013, i.E.): *Unions Against Governments: Explaining General Strikes in Western Europe, 1980-2006*, in: *Comparative Political Studies*, September.
- Pierson, P. (1994): *Dismantling the Welfare State? Reagan, Thatcher and The Politics of Retrenchment*, New York.
- Van Hecke, S./E. Gerard (Hrsg.) (2004) : *Christian Democratic Parties in Europe Since the End of the Cold War*, Leuven.

Boris Kanzleiter

Politische Sozialproteste im Südosten Europas im Zeichen der Krise

Vergleichende Momentaufnahmen aus Slowenien, Kroatien, Serbien und Rumänien

Einleitung

Die Durchsetzung einer rigiden Austeritätspolitik und die Verschärfung neoliberaler Strukturreformen im Gefolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise haben seit 2008 in ganz Europa zu einem neuen Zyklus sozialer Protestbewegungen geführt. In Bezug auf den Krisenverlauf und die politischen Reaktionen sind allerdings deutliche regionale Unterschiede festzustellen. Zum Fokus der Protestbewegungen haben sich die Mittelmeerländer Griechenland, Spanien und Portugal entwickelt. In diesen südeuropäischen Ländern ist nicht nur die Krise besonders tief. Es existieren auch vitale soziale Bewegungen und eine politische Linke, die in der Lage sind, alternative Politikmodelle anzubieten und Widerstand zu mobilisieren. Deutlich anders sieht dagegen die Situation in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien und anderen Ländern im Südosten Europas mit autoritär-sozialistischer Vergangenheit aus. In dieser Region hat die Krise zwar ebenfalls tiefgreifende Auswirkungen, die strukturelle Ähnlichkeiten zum Krisenverlauf in den Ländern der südeuropäischen Peripherie aufzeigen. Der bestehende soziale und politische Widerstand ist allerdings fragmentiert und meist nur schlecht artikuliert. Dennoch hat die Krise auch in Südosteuropa einen Protestzyklus entfacht, dessen nähere Betrachtung lohnt. Der Balkan kehrt nach den verheerenden Kriegen der 1990er Jahre und der Durchsetzung nationalistischer und neoliberaler Regime langsam auf die Landkarte der europäischen Linken zurück.

Im folgenden Text soll anhand von Momentaufnahmen die Vielfalt der aktuellen sozialen und politischen Protestbewegungen in der Region aufgezeigt werden. Dabei zeigen sich bisher vor allem vier Dynamiken: Erstens mobilisieren Gewerkschaften im öffentlichen Sektor zu Protesten gegen Lohnsenkungen, Privatisierungen oder Kürzungspolitik. Zweitens mobilisieren Studierende und Jugendliche gegen die Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildung. Drittens protestieren Belegschaften von Industriebetrieben gegen Arbeitsplatzabbau und ausbleibende Lohnzahlungen.

Viertens protestieren BürgerInnen gegen Folgen der Austeritätspolitik und oftmals auch gegen die Korruption der politischen Eliten. Manche dieser Proteste zeigen bestimmte Charakteristika von Bewegungen wie den »Indignados« in Spanien oder den »Empörten« des Syntagma-Platzes in Griechenland. Im vorliegenden Text werden anhand von Beispielen aus Slowenien, Kroatien, Serbien und Rumänien jeweils eine dieser vier Typen von Protestbewegungen vorgestellt. Es wurden Protestbewegungen ausgewählt, welche den jeweiligen Typ am besten repräsentieren.

Slowenien – das »Spanien Osteuropas«

Die Massenproteste gegen Kürzungspolitik im öffentlichen Sektor in Slowenien kommen in ihrer Artikulationsform den aktuellen politischen Streiks in den Ländern Westeuropas vielleicht am nächsten. Am 18. April 2012 rief der slowenische Gewerkschaftsbund ZSSS (Bund der freien Gewerkschaften Sloweniens) die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu einem eintägigen Streik auf. Es wurde der größte Protest seit der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens vor zwanzig Jahren. Schulen wurden ebenso bestreikt wie Krankenhäuser und Zollstationen. Schätzungen zufolge nahmen bis zu 100.000 Menschen an einer Großdemonstration in der Hauptstadt Ljubljana teil. In dem nur zwei Millionen EinwohnerInnen zählenden Land war dies eine Demonstration der Stärke der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des Gewerkschaftsverbandes ZSSS. Im Gegensatz zu den zersplitterten Gewerkschaften in anderen ehemaligen Republiken Jugoslawiens verfügt der ZSSS nicht nur über organisatorische Stärke, sondern auch über eine relativ starke Verhandlungsposition gegenüber Arbeitgebern und Regierung.¹

¹ Die relative Stärke der Gewerkschaften in Slowenien hängt mit der Entwicklung des Landes nach der Unabhängigkeitserklärung 1991 zusammen. Die damals regierende linksliberale LDS zeigte sich für eine Kooperation mit den Gewerkschaften offen. Im Privatisierungsprozess wurde in Slowenien u.a. auf Druck des ZSSS von einer neoliberalen »Schocktherapie« Abstand genommen, und es wurden Belegschaftsaktien emittiert, was zu einer relativen Stärkung der Belegschaften führte. Die Gewerkschaften verfügen in Slowenien seit den frühen 1990er Jahren über eine starke institutionelle Verankerung und können erfolgreich Tarifverhandlungen führen. Im Gegensatz zu Serbien kam es nicht zu einer Zersplitterung der Dachverbände und einer Unterordnung unter konkurrierende politische Orientierungen. Stattdessen konnte sich die ehemalige Staatsgewerkschaft ZSSS relativ erfolgreich zu einer realen Interessensvertretung der ArbeiterInnen transformieren (vgl. Grdešić 2006).

Die Gewerkschaftsproteste vom April 2012 waren eine Reaktion auf Ankündigungen der Regierung des rechtskonservativen Premierministers Janez Janša, ein breit angelegtes Kürzungs- und Sparprogramm durchzusetzen. Die Regierung wollte u.a. die Löhne im öffentlichen Dienst um 7,5% senken. Im Mai beschloss die Regierung, in den Jahren 2012 und 2013 insgesamt über eine Milliarde Euro an öffentlichen Ausgaben einzusparen, um das wachsende Budgetdefizit zu verkleinern. Janša verlangt eine »Veränderung der Mentalität« und kündigte an, vor den Gewerkschaften »nicht mehr einzuknicken«. Seine Regierungskoalition, die erst im Februar 2012 gebildet wurde, kündigte so die kompromisslose Durchsetzung von Austeritätspolitik an. Gleichzeitig werden Unternehmenssteuern gesenkt, um die »Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern«.

Der Konflikt um die Finanzierung des öffentlichen Sektors zeigt die Veränderung der Situation in Slowenien seit Einbruch der Krise. Lange Zeit galt Slowenien als das Musterland für die »erfolgreiche Integration« eines ehemals autoritär-sozialistischen Landes in die Europäische Union. Die Medien – gerade in Deutschland, das die Anerkennung Sloweniens besonders aktiv betrieben hat – waren voll des Lobes über den »slowenischen Weg« einer angeblich erfolgreichen Modernisierung. Heute schreibt die *Süddeutsche Zeitung*: »Slowenien sah aus wie eine Erweiterung Österreichs – nur sauerberer. Ein Vorzeigeland unter den jüngeren Mitgliedern der Europäischen Union. Nun aber nähert sich Slowenien eher seinem Nachbarn Italien an: Die Schuldenkrise hat das Land voll erwischt.« (Grossmann 2012)

Ähnlich wie in den baltischen Staaten und den südosteuropäischen Nachbarländern folgte mit der Krise seit 2008 ein tiefer Absturz des Entwicklungsmodells, das im Wesentlichen auf der durch billige Kredite gestützten Expansion der Bauindustrie beruhte und damit den »Subprime«-Märkten in den USA, Irland und Spanien ähnelte. Slowenien erlebte 2009 mit einem Rückgang des Bruttonutzenprodukts um 8,1% die tiefste Rezession in Südosteuropa. 2010 folgte zwar eine schwache Erholung, 2011 setzten aber wieder rezessive Tendenzen ein, die sich 2012 fortsetzen. Die Banken sitzen auf »faulen« Krediten. Die Arbeitslosenzahlen stiegen von 7% in 2008 auf über 12% zum Jahresbeginn 2012. Vor allem der industrielle Sektor ist nun von Betriebsschließungen betroffen. Seit dem Eintritt Sloweniens in den Euro-Club im Jahr 2007 haben sich die Auslandsschulden verdoppelt. Im Juli 2012 wurde öffentlich darüber spekuliert, dass Slowenien als fünftes Land (und erstes Land in Osteuropa) möglicherweise bald den Schutz des »Euro-Rettungsschirms« benötigen könnte. Die *Financial Times Deutschland* nennt Slowenien bereits das »Spanien Zentraleuropas« (Höller 2012; vgl. Teevs 2012). Der Streiktag im öffentlichen

Sektor vom April 2012 war vor diesem Hintergrund wohl nur der Auftakt für kommende Konflikte zwischen der amtierenden konservativen-neoliberalen Regierung und den Gewerkschaften. Auch diese Konstellation erinnert an Spanien.

Kroatien: Vom Bildungstreik zu einer neuen Linken

Auch in Kroatien kam es im Gefolge der Wirtschafts- und Finanzkrise zu einem Einbruch der Wirtschaftsentwicklung. Die Arbeitslosigkeit steigt kontinuierlich. Öffentliche und private Haushalte sind zunehmend stark verschuldet. Die Prognosen sind negativ. Dennoch unterscheidet sich die politische Konstellation in Kroatien deutlich von der Lage im nördlichen Nachbarland Slowenien. Während sich in Slowenien bei den Wahlen Ende 2011 eine konservativ-nationalistisch-neoliberale Option durchsetzen konnte, siegte bei den fast zeitgleich stattfindenden Parlamentswahlen in Kroatien ein linksliberales Bündnis unter Führung der sozialdemokratischen SDP. Obwohl dieser Wahlerfolg sicher nicht als eine »Linkswende« verstanden werden kann – auch die SDP verfolgt eine neoliberale Wirtschaftspolitik –, ist er doch ein positives Signal für eine Veränderung der politischen Atmosphäre. Die bisher regierende konservativ-nationalistische HDZ, die von Korruptionsskandalen erschüttert wird, erlitt bei den Wahlen eine schwere Niederlage (Stojaković 2012).

Zum politischen Umschwung in Kroatien haben nicht zuletzt außerparlamentarische Protestbewegungen beigetragen, die in den vergangenen Jahren im Kontext der globalen Krise und in Interaktion mit internationalen sozialen Bewegungen entstanden sind. Von herausragender Bedeutung war dabei die Protestbewegung an den kroatischen Hochschulen zwischen 2008 und 2010. Diese Bewegung hat zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch Jugoslawiens 1991 in einem seiner Nachfolgestaaten einen größeren politischen Artikulationsraum für eine neue emanzipatorische Linke geschaffen. Die Proteste wurden zum Ausgangspunkt der Entwicklung einer gegen-hegemonialen Strömung, die den von der HDZ gepredigten national-konservativen neoliberalen Konsens erfolgreich unterlaufen und damit weit über die Hochschulen hinaus politische Bedeutung erlangt hat.

Die aufkeimende Protestbereitschaft bei den Studierenden in Kroatien zeigte sich bereits bei einer erfolgreichen Unterschriften-Kampagne gegen den Beitritt des Landes zur NATO zu Beginn des Jahres 2008. Eine vor allem von Studierenden der Universität Zagreb getragene Initiative sammelte 125.000 Unterschriften für ein Referendum gegen den NATO-Bei-

tritt und mobilisierte zu Protesten gegen den Staatsbesuch des damaligen US-Präsidenten George W. Bush im April 2008.²

Aus dem Aktivistennetzwerk der Anti-NATO-Kampagne entwickelte sich im Frühjahr 2008 eine studentische Gruppe, die gegen die konzeptionslose Einführung der Bologna-Reform an den Universitäten in Kroatien mobil machte. Zu einem ersten öffentlichen Protest kam es am 7. Mai 2008. Zur Überraschung der OrganisatorInnen beteiligten sich etwa 5.000 TeilnehmerInnen an einer Demonstration in Zagreb. Es war der zahlenmäßig größte studentische Protest seit der Unabhängigkeitserklärung 1991. Die Forderungen richteten sich vor allem gegen die Einführung von Studiengebühren.

In den nächsten Monaten wurde die Zagreber Universität zum Zentrum einer sich politisch immer deutlicher artikulierenden Studierendenbewegung. Nach verschiedenen kleineren Aktionen besetzten im April und Mai 2009 tausende Studierende 20 Fakultäten in acht Städten. Im Herbst 2009 wurden die Besetzungen an zehn Fakultäten in vier Städten wieder aufgenommen. Die wochenlangen Besetzungen und Proteste an den kroatischen Universitäten fanden in der Öffentlichkeit ein außergewöhnlich starkes Echo. »Kostenlose Bildung« und »öffentliche Finanzierung von Bildung« wurden zu den Hauptforderungen der Bewegung. Mit diesen einfachen Forderungen griffen die Studierenden den politischen Mainstream konfrontativ an. Zum ersten Mal seit Beginn der 1990er Jahre stellte eine soziale Bewegung die auf Privatisierung und Kommodifizierung aller gesellschaftlichen Bereiche drängende Leitideologie des neoliberalen Kapitalismus grundsätzlich in Frage. Daneben praktizierten die Studierenden auch neue politische Organisationsformen. Der Streik und die Besetzung wurden unter dem Motto »direkte Demokratie« mit Hilfe von Vollversammlungen (Plena) organisiert. Die Bewegung lehnte es ab, sich durch charismatische »Sprecher« repräsentieren zu lassen und insistierte auf einer kollektiven, basisdemokratischen Entscheidungsfindung.³

Unter dem Eindruck der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise kam es im Verlauf des Jahres 2010 zu einer weiteren Politisierung der Studierendenbewegung und zu neuen Protestallianzen. Auch nach dem Ende der Blockade der Fakultäten tagte an der Zagreber Philosophischen Fakultät weiterhin regelmäßig ein Plenum. Es wurden Arbeitsgruppen und Kampagnen gegründet, u.a. wurden die Probleme des geplanten EU-Beitritts kritisch

² Zur Chronologie der Protestbewegung an den kroatischen Universitäten vgl. Kapović (2010).

³ Zum Streik und seinen Aktionsformen vgl. Slobodno Filozofsko (2009).

beleuchtet. Ein Ziel der Bewegung war die Suche nach Kontakt zu Protestbewegungen von Bauern und ArbeiterInnen, die sich 2010 verstärkt artikulierten. Teilweise kamen neue Allianzen tatsächlich zustande. So hielten z.B. bereits im Dezember 2009 protestierende Milchbauern an der Philosophischen Fakultät in Zagreb ein Plenum ab.⁴ Die Studierenden bauten u.a. Kontakte zu den streikenden Arbeiterinnen der Textilfabrik Kamensko und der Belegschaft von Petrokemija in Kutin auf.⁵

Obwohl sich die Studierendenbewegung mit ihren Kernforderungen nach kostenloser Bildung nicht durchsetzen konnte, hat sie die politische und intellektuelle Atmosphäre in Kroatien nachhaltig verändert. Selbst im staatlichen Fernsehen HRT kommen regelmäßig ProtagonistInnen der Protestbewegung zu Wort und werden zu relevanten tagespolitischen Ereignissen befragt. In anderen Ländern des ehemaligen Jugoslawien ist eine solche Medienpräsenz linksorientierter Intellektueller derzeit undenkbar.

Einen Ausdruck findet die Bewegung neben der Neugründung politischer Organisationen auch im »Subversive Festival«, das seit fünf Jahren immer im Mai in Zagreb stattfindet. Es hat 2008 als ein Filmfestival begonnen. Mittlerweile ist es ein Treffpunkt einer sich neu konstituierenden Linken auf dem Balkan. Mit seinem reichen Programm an Workshops und Vorlesungen bildet es eine in dieser Form einzigartige Diskussionsplattform in Südosteuropa. Bekannte Intellektuelle wie David Harvey, Tariq Ali oder Samir Amin nehmen regelmäßig teil. Bei einem »Balkan-Forum« trafen sich im Mai 2012 Mitglieder zahlreicher sozialer Bewegungen und linker Organisationen aus der ganzen Region. Zum ersten Mal seit dem Ausbruch der Kriege im ehemaligen Jugoslawien 1991 kamen linksorientierte AktivistInnen aus einem breiten politischen Spektrum und aus allen Republiken bzw. autonomen Provinzen des ehemaligen Jugoslawien sowie aus Albanien, Rumänien und Bulgarien zusammen, um gemeinsame Perspektiven zu diskutieren. Von großer Bedeutung ist dabei das Beispiel von SYRIZA in Griechenland, das die neue Linke auf dem Balkan politisch inspiriert und motiviert. Vor allem die Orientierung der SYRIZA auf soziale Bewegungen wird positiv rezipiert. Bei allen Erfolgen der Protestbewegung muss dennoch festgestellt werden: Die neue Linke in Kroatien befindet sich noch in der Phase der Konstituierung.

⁴ Ein Video findet sich hier: www.youtube.com/watch?v=ALKjuJnWen0

⁵ Die Arbeiterinnen der Textilfabrik Kamensko forderten in einem monatelangen Arbeitskampf u.a. die Bezahlung von ausgebliebenen Löhnen. Der Protest wurde in 2010 zu einem Symbol für sozialen Widerstand in Kroatien. Aus der Zusammenarbeit zwischen Studierenden und streikenden Arbeiterinnen ging eine der wenigen fundierten Fallstudien über einen der zahlreichen Arbeitskämpfe in der Region hervor. Vgl. Milat (2011).

Sie konnte wichtige Fortschritte bei der Infragestellung der dominanten Ideologie machen. Aber sie ist politisch noch immer marginalisiert.

Serbien: Protestzyklus gegen Betriebsschließungen, Privatisierungen und ausbleibende Lohnzahlungen

Auch Serbien wird von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise mit Wucht getroffen. Im Gegensatz zu Slowenien blieb eine Massenmobilisierung gegen Austeritätspolitik oder neoliberale Strukturreformen bisher aber aus. Der soziale Widerstand in Serbien artikuliert sich in einer eher amorphen Form. Eine gewisse öffentliche Wirkung entfalteten vor allem die Proteste von ArbeiterInnen. Vor allem die zahlreichen, meist isoliert voneinander stattfindenden Proteste gegen ausbleibende Lohnzahlungen oder Abfindungen greifen dabei auf ein drastisches Aktionsrepertoire zurück. Denn mit klassischen Streiks lassen sich die Unternehmer oder die staatliche Privatisierungsagentur in bankrotten Firmen nicht unter Druck setzen. Die Protestierenden müssen daher auf Mittel zurückgreifen, die von der Öffentlichkeit nur schwer ignoriert werden können. Dazu zählen Straßenblockaden und Demonstrationen. In einigen Fällen griffen Protestierende auf Hungerstreiks, Selbstverstümmelung oder auch kollektive Selbstmorddrohungen zurück.⁶

Ein bekanntes Beispiel für einen solchen, mit verzweifelten Mitteln geführten Arbeitskampf war 2009 der Protest der 1.523 Mitglieder der »Vereinigung der Textilarbeiter des Textilkombinats RAŠKA« (Udruženja tekstilnih radnika Tekstilnog kombinata RAŠKA) in Novi Pazar im verarmten und deindustrialisierten südserbischen Sandžak-Gebiet. Das Textilkombinat RAŠKA beschäftigte bis zum Ende der 1980er Jahre etwa 4.000 Beschäftigte, heute sind es noch etwa hundert.

Wie viele andere Unternehmen geriet es in der »Transitionsperiode«⁷ in die Krise und wurde von der Privatisierungsagentur zum Verkauf ausgeschrieben. Ein Teil der entlassenen ehemaligen Belegschaft protestiert seit Jahren, um die Auszahlung von Abfindungen zu erreichen, die ihnen in einem Sozialprogramm von der Regierung zugesagt wurden, die sie aber

⁶ So drohte beispielsweise am 16. April 2009 eine Gruppe ehemaliger ArbeiterInnen der Textilfirma »22. November« in Kragjevac vom Dach eines Hochhauses zu springen, weil sie sich bei der Privatisierung ihrer Firma betrogen fühlten. Ihre Belegschaftsaktien wurden unter Wert gehandelt. Vgl. *Politika*, 17.4.2009.

⁷ Der Übergang zwischen zwei Wirtschafts- und Staatsordnungen wird in der sozialwissenschaftlichen Forschung bisweilen mit »Transition« bezeichnet.

niemals erhalten haben. Nach zahlreichen erfolglosen Protesten trat im Frühjahr 2008 eine Gruppe von ArbeiterInnen in einen 19-tägigen Hungerstreik. Doch auch dieser führte nicht zum Erfolg. Ein Jahr später – im April 2009 – schloss sich wiederum eine Gruppe von ArbeiterInnen im Gebäude der Vereinigung der TextilarbeiterInnen ein und begann einen zweiten Hungerstreik. Nachdem die serbischen Regierungsbehörden wiederum in keiner Weise reagierten, entschloss sich der Präsident der Textilarbeiter-Vereinigung zu einem drastischen Schritt. Vor laufenden Kameras hackte sich Zoran Bulatović einen Finger seiner Hand ab. Für einige Tage wurden die Medien nun auf den Kampf der ehemaligen TextilarbeiterInnen von Novi Pazar aufmerksam.⁸ Ihr Problem wurde allerdings bis heute nicht gelöst. Zoran Bulatović wurde in den vergangenen Monaten hingegen von unbekannten Schlägern mehrmals angegriffen und misshandelt. Er musste mittlerweile ins Ausland ziehen.

Vor allem im Jahr 2009 entwickelte sich ein ganzer Zyklus von lokalen Arbeitskämpfen, die sich teilweise aufeinander bezogen. Dazu zählt der Streik bei Zastava Elektro in Rača, in dem zuerst die Auszahlung von Löhnen gefordert wurde, der sich dann aber auch gegen die bereits durchgeführte Privatisierung des Unternehmens richtete. Die Streikenden besetzten mehrere Tage lang das Rathaus von Rača und blockierten dann den Eisenbahnverkehr durch eine Schienenbesetzung bei Lapova. Am 30. Juni 2009 kam es zu einem einstündigen Solidaritätsstreik von Besitzern kleiner Geschäfte in Rača. An den Protesten der Beschäftigten von Zastava Elektro vor der Privatisierungsagentur in Belgrad am 11. August 2009 nahmen auch Beschäftigte anderer Firmen teil.

Ein anderer Arbeitskampf, der eine gewisse Bedeutung erlangte, war der Protest der Beschäftigten der Baufirma Trudbenik in Belgrad. Nach der Privatisierung 2007 wurde die Belegschaft von knapp 500 Beschäftigten auf etwa 150 reduziert. Im Verlauf des Jahres 2009 streikte die Restbelegschaft monatelang gegen die drohende komplette Zerschlagung der Firma, die über einen lukrativen Grundstücksbesitz verfügte, an dessen Ausschachtung der »Investor« Interesse zeigte. Auch in diesem Arbeitskampf setzte die Belegschaft Straßenblockaden als Mittel des Protestes ein.⁹ Doch genauso wie die Beschäftigten vom Textilkombinat RAŠKA oder die Arbeiter-

⁸ Vgl. B92 (2009).

⁹ Es liegen kaum Fallstudien oder auch nur Überblicksdarstellungen zu den Streiks in Serbien vor. Einige Texte wurden in der Zeitschrift *Republika* und von der Aktivistengruppe *Pokret za slobodu* (2009) veröffentlicht.

rInnen von Zastava Elektro waren auch die Beschäftigten von Trudbenik nicht erfolgreich.

Gründe für die schwierige Lage der Protestbewegungen in Serbien gibt es viele. So bleiben die lokalen Kämpfe meist isoliert. Aufgrund eines Betriebsgewerkschaftssystems sind die Dachverbände schwach. Vernetzung und überbetriebliche Proteste sind schwer zu organisieren. Die Gewerkschaften sind zudem in vier größere konkurrierende Dachverbände gespalten, deren Führung mehr oder weniger unter der klientelistischen Kontrolle von verschiedenen politischen Parteien stehen.

Die serbischen Gewerkschaften sind aber nicht nur organisatorisch zersplittert, sie waren bisher auch nicht in der Lage, einen kritischen Diskurs über die katastrophalen Folgen der Privatisierungspolitik sowie eine Diskussion zu Alternativen zu eröffnen. Auch andere potenzielle Akteure der Linken sind außerordentlich schwach. Das akademische Leben ist nationalistisch und neoliberal orientiert. Der Nichtregierungssektor zeigt sich nicht in der Lage, die Strukturkrise der Eurozone und damit auch der »europäischen Integration« zu begreifen. In beiden Bereichen gibt es kaum sozialen Widerstand, zumal die meisten NGOs das notwendige Engagement für Demokratisierung und Menschenrechte mit einer neoliberalen Agenda verbinden. Auch eine parlamentarische Linke besteht nicht. Außer einigen kleineren aktivistischen oder theorieorientierten Gruppen existiert in Serbien derzeit keine größere Kraft einer zeitgemäßen Linken, welche den atomisierten Arbeitskämpfen eine Stimme geben könnte.

Ein wesentliches Problem für die Linke in Serbien besteht in der Politik der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS), die unter Slobodan Milošević seit Ende der 1980er Jahre einen Nationalpopulismus propagiert hat, der der nationalistischen Rechten das Feld geöffnet hat. 2008 trat die »reformierte« SPS, die sich nach dem Sturz Miloševićs 2000 zunehmend an der Sozialistischen Internationale orientierte, als Juniorpartner in eine Koalition mit der »prowestlichen« Demokratischen Partei ein. Die SPS wurde damit zu einer Triebkraft der Durchsetzung des Neoliberalismus. Nach den Parlamentswahlen im Mai 2012 verließ die SPS überraschend das Bündnis mit der DS und formierte eine politisch äußerst heterogene Koalition mit der nationalistischen Serbischen Fortschrittspartei (SNS) und der neoliberalen Regionalpartei URS. Die zwischen Nationalismus, Sozialpopulismus und Neoliberalismus oszillierende Politik der SPS hat die Ideen der Linken in der serbischen Gesellschaft weitreichend diskreditiert. Konfusion und Desorientierung durchziehen indes alle politischen Lager in Serbien.

Rumänien: spontane Straßenproteste gegen Austeritätspolitik

Auch in Rumänien existiert außer einigen kleinen Gruppen keine zeitgemäße emanzipatorische Linke. Die Gewerkschaften sind ähnlich wie in Serbien gespalten und politisch schwach. Wie in den anderen Ländern der Region sind politische Parteien meist autoritär geführte Klientelverbände zur Durchsetzung der Interessen ihrer Führung. Die Korruption trägt systemischen Charakter. Das Rechtssystem funktioniert nicht. Auch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union seit 2007 hat an diesen Problemen nichts geändert, wie auch die EU in ihren Fortschrittsberichten feststellt. Im Sommer 2012 eskalierten die klientelpolitisch motivierten Auseinandersetzungen zwischen dem Premierminister Victor Ponta (Sozialliberale Union) und dem konservativen Präsidenten Traian Basescu zu einer Staatskrise, die zeitweise das Institutionensystem lähmte (Verseck 2012).

Während der Konflikt zwischen Ponta und Basescu die EU-Institutionen und die internationalen Medien beschäftigte, ist das Interesse an der sozialen Situation in Rumänien gering. Dabei ist die Lage dramatisch. Rumänien durchläuft seit 2008 eine schwere wirtschaftliche Krise. Das auf Auslandsinvestitionen und Krediten aufgebaute Wirtschaftswachstum brach wie in den anderen Ländern der Region zusammen. 2009 musste Rumänien beim Internationalen Währungsfond (IWF) einen Notkredit über 20 Mrd. Euro aufnehmen, um der Zahlungsunfähigkeit zu entgehen. Seitdem setzen IWF und EU zusammen mit den rumänischen Regierungsorganen eines der brutalsten Austeritätsprogramme in Europa durch. Die Gehälter im öffentlichen Dienst wurden um 25% gekürzt. In staatlich finanzierten Systemen wie dem Gesundheits- und Bildungswesen werden Kürzungen durchgeführt, die deren Bestand in Frage stellen. Renten wurden eingefroren und die Mehrwertsteuer um fünf Prozent erhöht. Ähnlich wie im Falle von Griechenland, Spanien und anderen Ländern, denen ein Austeritätsprogramm verschrieben wurde, verstärkten die vom IWF und der EU diktierten Maßnahmen die Rezession. Massenarmut breitet sich aus. Der Durchschnittslohn im EU-Land Rumänien liegt bei umgerechnet 162 Euro im Monat (vgl. Konicz 2012a).

In diesem Zusammenhang kam es in Rumänien im Januar 2012 zu einer spontanen Protestbewegung, die in ihren Organisations- und Artikulationsformen möglicherweise ähnliche Bewegungen in der Region vorwegnimmt. Die Proteste richteten sich zunächst gegen die geplante Privatisierung des staatlichen Rettungsdienstes. Die Pläne von Staatspräsident Basescu führten bei vielen RumänInnen zur berechtigten Befürchtung, dass in Zukunft die medizinische Versorgung von NotfallpatientInnen nur noch gegen Be-

zahlung möglich sein werde. Unmittelbar ausgelöst wurden die Proteste durch die Entlassung von Read Arafat, einem hochrangigen Mitarbeiter des Gesundheitsministeriums durch Basescu. Der populäre Arafat, ein gebürtiger Palästinenser, der den rumänischen Rettungsdienst mit aufgebaut hat, hatte die Privatisierungspläne öffentlich kritisiert.

Die Massenproteste starteten in den sozialen Netzwerken des Internets. Zu ersten Straßenprotesten kam es in den transsilvanischen Ortschaften Cluj und Tirgu Mures, wo Arafat früher gelebt und Anfang der 1990er Jahre einen gut funktionierenden Notdienst aufgebaut hatte. Innerhalb weniger Tage breiteten sich die Proteste auf das ganze Land aus. Am 14. und 15. Januar 2012, einem Wochenende, nahmen in etwa 20 Städten insgesamt mehrere zehntausend Menschen an den Protesten teil. Dabei kam es zu den schwersten Ausschreitungen in Rumänien seit dem Sturz des autoritären Regimes von Nicolae Ceaușescu vor 20 Jahren. Protestierende versuchten in Bukarest Polizeiabsperrungen vor dem Präsidentenpalast zu durchbrechen und blockierten den Verkehr. Die Polizei setzte Tränengas und Schlagstöcke ein. Dennoch wurden die Proteste, die in der Zwischenzeit auch von einigen Gewerkschaften unterstützt wurden, in der darauf folgenden Woche täglich fortgeführt. Sie erreichten die Teiltrücknahme der »Reform« im Gesundheitswesen. Allerdings verfolgt die Regierung weiter den Kurs der Austeritätspolitik (vgl. Konicz 2012b; Chiriac 2012).

Probleme und Perspektiven der Protestbewegungen

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat seit 2008 weitreichende Auswirkungen auf die Region Südosteuropa. Im internationalen Vergleich war die Rezession von 2009 hier besonders tief.¹⁰ Interessant ist die Differenzierung des Krisenverlaufs innerhalb der Region. Es zeigt sich, dass es bisher vor allem die EU-Mitgliedsländer (Slowenien, Rumänien, Bulgarien und natürlich Griechenland) sind, die hart von der Krise getroffen wurden. Die anderen Länder haben ebenfalls schwere Probleme, konnten ihre Wachstumsraten in 2010 und 2011 allerdings meist wieder (in bescheidenem Maße)

¹⁰ »In den Jahren 2008 und 2009 war die Transitionsregion eine der Gegenden, die am stärksten von der globalen Krise betroffen war. Seitdem ist sie die Region, die sich am langsamsten erholt. Mit wenigen Ausnahmen hat die europäische Transitionsregion noch nie das Wachstumsniveau anderer Schwellenländer erreicht, und in vielen Ländern ist der Output immer noch unter dem Niveau von 2008.« (Berglof 2011, 5, übers.)

steigern. Im Jahr 2012 droht indes im Zusammenhang mit der sich verschärfenden Eurokrise wieder der Rückfall in eine Rezession.¹¹

Die politischen Eliten in der Region reagieren mit der Übernahme des »Brüsseler Konsens« der Austeritätspolitik auf die Krise. Die ergriffenen Maßnahmen folgen dem Modell Griechenlands und Spaniens. Das Tempo der Durchsetzung der Austeritätspolitik unterscheidet sich zwar in den einzelnen Ländern, die Marschrichtung ist aber klar vorgegeben. Die Krisenlasten werden auf die breite Bevölkerung abgewälzt. Öffentliche Ausgaben werden gekürzt. Im öffentlichen Dienst erfolgen Lohnkürzungen. Rentenzahlungen werden gekürzt. Arbeitnehmerrechte werden abgebaut und die Arbeitsmärkte weiter flexibilisiert. Die Mehrwertsteuersätze werden erhöht und Privatisierungen forciert.

Die mittel- und langfristigen politischen Folgen der Abwälzung der Krise auf die breite Bevölkerung sind noch nicht abzuschätzen. Einige Tendenzen zeichnen sich aber ab. Das bisher vorherrschende Glücksversprechen von der »Transition« verliert an Glaubwürdigkeit. Es wird den BürgerInnen der Länder Südosteuropas immer deutlicher, dass die Region nicht Schritt für Schritt das Niveau des Lebensstandards Westeuropas erreichen wird, wie von TrägerInnen der neoliberalen »Transitions politik« seit Beginn der 1990er Jahre versprochen wurde.¹² Stattdessen zeichnet sich ab, dass Südosteuropa

¹¹ »Albanien und die Türkei haben die Krise eher gut überstanden, und die Türkei ist mit einem starken BIP-Wachstum aus der Rezession gekommen, nämlich 8%. Eine zweite Gruppe von Ländern auf dem südlichen Balkan (Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien) verzeichnete vor der Krise ziemlich starkes Wachstum. Diese Länder erlebten im Jahr 2009 nur einen kleinen Einbruch, auf den eher bescheidenes Wachstum im Jahr 2010 folgte. Das Wachstum zwischen 2009 und 2010 betrug also zwischen 0,0 und -1,0% des BIP. Eine dritte Gruppe besteht aus zwei Ländern, von denen eins ein EU-Mitgliedsstaat ist (Bulgarien und Moldawien). Hier ereigneten sich im Jahr 2009 relativ drastische Einbrüche zwischen -5,4 und -6,0%, worauf eine bescheidene Erholung im Jahr 2010 folgte. Die Gesamtwachstumsraten für die beiden Jahre betragen zwischen -2 und -3%. Eine letzte Gruppe besteht aus Kroatien, Griechenland, Montenegro, Rumänien und Slowenien. Mit der Ausnahme Slowenien wiesen diese Länder zwei Jahre lang Negativwachstum auf, und zwar mit einem Einbruch von -2,0 bis -8,1% des BIP im Jahr 2009. Dadurch ergibt sich beim BIP durchschnittlich ein Einbruch von -3%. Slowenien gehört zu dieser Gruppe, weil es 2009 einen sehr starken Einbruch gab, auf den eine schwache Erholung folgte.« (Bartlett/Prica 2012, 4, übers.)

¹² Srećko Horvat und Igor Stiks (2012, übers.) haben die Ideologie der »Transition« gut beschrieben: »Der Prozess der Umwandlung ehemals sozialistischer Staaten in liberale Demokratien und auf dem freien Markt beruhende Wirtschaftsordnungen (wobei es sich hierbei offensichtlich um ein neues, unzertrennliches Zwillingsspaar handelt) wird »Transition« genannt. Dieser Ausdruck hat den öffentlichen und politischen Diskurs mit der fast biblischen Vorstellungen eines Vorstoßes in ein Land des Über-

von einem »Peripherisierungsprozess« erfasst ist. Die Zukunft der Region besteht voraussichtlich in Billiglohnproduktion, Massenarmut, extremer sozialer Polarisierung, dem Verlust von politischer Souveränität sowie autoritären Politikmodellen, wie sie beispielsweise von Viktor Orban in Ungarn praktiziert werden. Aus den positiven ökonomischen und politischen Versprechungen der EU-Integrationspolitik droht ein Albtraum zu werden.

Der Widerstand gegen diese Entwicklungen ist vielfältig. Die Proteste weisen aber schwerwiegende Probleme auf. Ein wesentliches Problem besteht in der Fragmentierung der Protestbewegungen. In nur wenigen Fällen gelingt es bisher, tragfähige Protest-Allianzen aufzubauen. Stattdessen herrscht Isolierung vor, und oft stellen sich verschiedene Trägergruppen von Protesten sogar gegeneinander auf. So besteht beispielsweise in vielen Fällen eine Kluft zwischen den Beschäftigten im öffentlichen und privaten Sektor. Die Proteste der Beschäftigten im öffentlichen Sektor werden von neoliberalen Medien und PolitikerInnen gerne als eine angeblich eigennützige »Verteidigung von Privilegien« abqualifiziert. Diese Stimmungsmache verfängt leider oft. Zu gemeinsamen Protesten von Beschäftigten im öffentlichen Sektor und in der Industrie kommt es bisher kaum. Die gewerkschaftlichen Kämpfe werden stattdessen meist vereinzelt geführt, und Forderungen sind oft lediglich auf die unmittelbaren Probleme einer bestimmten Belegschaft oder Gruppe von Beschäftigten beschränkt. Gleichzeitig kommt es bisher eher selten zur Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Studierendenorganisationen, kritischen Nichtregierungsorganisationen oder linksorientierten Gruppen. Generationsbezogene oder kulturelle Distanzen – beispielsweise zwischen von Entlassung bedrohten IndustriearbeiterInnen und gegen Studiengebühren protestierenden Studierenden – sind nur schwer zu überwinden. Dennoch sind solche Allianzen möglich. Ein Beispiel dafür ist Montenegro. In der ersten Hälfte 2012 kam es in dem nur 600.000 Einwohner zählenden Gebirgsland an der Adriaküste zu Massenprotesten, an denen in der Hauptstadt Podgorica unter dem Motto »Es reicht!« (Dosta je!) teilweise über 10.000 Menschen teilnahmen. Die Proteste wurden von einem Bündnis aus der Union der Freien Gewerkschaften, einer Studentenorganisation und der Nichtregierungsorganisation MANS organisiert. Die DemonstrantInnen forderten die Rücknahme von Preiserhöhungen für Strom, das Ende von mafiösen Privatisierungspraktiken, eine kostenlose Sekundarbildung sowie einen konsequenten Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption (Kilibarda 2012).

flusses verbunden. Selbst nach zwanzig Jahren bekommen wir zu hören, dass der Prozess der Transition unvollständig ist.«

Die vorherrschende Isolierung und Fragmentierung der Protestbewegungen kann mittelfristig nur durch den Aufbau einer »gemeinsamen Erzählung« überwunden werden, wie in der Abschlussresolution des ersten »Balkan-Forum« in Zagreb im Mai 2012 richtig formuliert wurde.¹³ Es müsste dabei darum gehen, die gemeinsamen Interessen der verschiedenen sozialen Gruppen deutlich zu machen, die von der Austeritätspolitik betroffen sind. Eine Voraussetzung wäre die Entwicklung und Diskussion einer Krisenanalyse, die sich von dem noch immer dominanten Transitionsdiskurs löst und die aktuelle Krise auf dem Balkan als Bestandteil der globalen Krise des neoliberalen Kapitalismus begreift. Auf der Grundlage einer solchen Krisenanalyse wäre die Artikulation von politischen Forderungen möglich, die über die Einzelforderungen bestimmter Gruppen hinaus geht und den Kern einer alternativen Politik der sozialen Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Demokratisierung enthalten könnte. Momentan gibt es dazu aber nur erste Ansätze.

Literatur

- B92 (2009): Drastičan potez radnika u štrajku, 24.4.2009, www.b92.co.rs/info/vesti/index.php?yyyy=2009&mm=04&dd=24&nav_category=16&nav_id=357201
- Balkan-Forum (2012): Drugačiji Balkan je moguć, Subversive Festival, 21.6., www.subversivefestival.com/newsitem/3/115/prvi-balkanski-forum:-drugacij-balkan-je-moguc
- Bartlett, W./I. Prica, I. (2012): The Variable Impact of the Global Economic Crisis in South East Europe, LSEE – Research on South Eastern Europe, Nr. 4, London, www2.lse.ac.uk/europeanInstitute/research/LSEE/PDF%20Files/Publications/LSEE-PAPER-4.pdf
- Berglof, E. (2011): Foreword, in: European Bank for Reconstruction and Development, Crisis and transition – The people's perspective. Transition report 2011, London, www.ebrd.com/downloads/research/transition/tr11.pdf
- Chiriac, M. (2012): Anti-Government Protests Ease in Romania, Balkan Insight, 23.1., www.balkaninsight.com/en/article/romania-anti-government-protests-eases-down
- Grdešić, M. (2006): Tranzicija, sindikati i političke elite u Sloveniji i Hrvatskoj, in: Politička misao, XLIII: 4, 121-141
- Grossmann, V. (2012): Euro-Liebling am Abgrund, in: Süddeutsche Zeitung, 7.8.

¹³ Beim ersten »Balkan-Forum« kamen AkteurInnen linker Organisationen und sozialer Bewegungen aus der ganzen Region Mitte Mai 2012 zu einem bisher einmaligen Diskusstreffen zusammen. Über 40 VertreterInnen von Gruppen aus allen Ländern der Region nahmen teil. Im Anschluss an die Veranstaltung wurde eine gemeinsame Erklärung publiziert (Balkan-Forum 2012).

- Höller, C. (2012): Bankenkrise in Slowenien verschärft sich, in: Financial Times Deutschland, 16.7.
- Horvat, S./I. Stiks (2012): Welcome to the Desert of Transition, in: Monthly Review, LXIII: 10, <http://monthlyreview.org/2012/03/01/welcome-to-the-desert-of-transition>
- Kapović, M. (2012): Dvije godine borbe za besplatno obrazovanje i razvoj novog studentskog pokreta u Hrvatskoj, Slobodno Filozofsko, 10.11., www.slobodnofilozofsko.com
- Kilibarda, K. (2012): Balkan Voices: Anti-Austerity Protests in Montenegro Heat Up, Politics Respun, 10.5., <http://politicsrespun.org/2012/05/balkan-voices-anti-austerity-protests-in-montenegro-heat-up/>
- Milat, A. (2011): Pobuna radnica Kamenskog i kako se oduprijeti kapitalizmu, in: Treća, XIII: 2, 55-70.
- Konicz, T. (2012a): Aufstand in Europas Armenhaus, Telepolis, 23.1., www.heise.de/tp/artikel/36/36276/1.html
- Konicz, T. (2012b): Einer muss gehen, in: junge Welt, 17.1.
- Pokret za slobodu (2009): Novi radnički pokret u Srbiji, in: Republika, Nr. 464/465 (1.-30.11.), www.republika.co.rs/464-465/09.html
- Slobodno Filozofsko (2009): Blokadna kuharica ili kako je izgledala blokada Filozofskog fakulteta u Zagrebu, Zagreb, www.slobodnofilozofsko.com
- Stojaković, Krunoslav (2011): Kroatien wählt den Wandel, Online-Publikation, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, Dezember, www.rosalux.de/publication/38032/kroatien-waehlt-den-wandel.html
- Teevs, Ch. (2012): Euro-Krise erreicht Slowenien, in: Spiegel-Online, 3.7., www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/euro-krise-schluempft-slowenien-unter-den-rettungsschirm-a-842416.html
- Verseck, K. (2012): Basescu-Absetzung in Rumänien. Mit dem Präsident kippt auch der Rechtsstaat, in: tageszeitung, 29.7.

Teil 2

Interviews:

Praktische Erfahrungen mit politischen Streiks in Europa

»Die erste Frage lautet bei uns in Österreich meistens: ›Darf man das überhaupt?‹«

Michael Pieber, Gewerkschaft der Privatangestellten
Druck Journalismus Papier (GPA-djp), Österreich

Ihr hattet in Österreich im Jahr 2003 etwas, das es in Deutschland seit Jahrzehnten nicht mehr gab – einen richtigen Generalstreik. Wie kam es dazu?

Mit der Bildung der schwarz-blauen Koalition im Jahr 2000¹ kam für uns die Zeit der großen Probleme. Ein Vorhaben der konservativ-nationalistischen Regierung war die Pensionsreform.² Die Reaktion der österreichischen Gewerkschaften war dreigliedrig. Zuerst gab es eine Urabstimmung des Österreichischen Gewerkschaftsbunds im Herbst 2001 zur Frage »Was ist die Aufgabe des ÖGB?«, wobei auch ausgelotet werden sollte, ob die Mitglieder Kampfmaßnahmen unterstützen würden. Diese Urabstimmung ist sehr positiv ausgefallen.³ Der zweite Teil war eine für österreichische Verhält-

¹ Zwischen 2000 und 2005 bestand in Österreich die so genannte schwarz-blaue Koalition. Sie wurde von der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der rechtsradikalen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) getragen. Obwohl die ÖVP bei der Nationalratswahl weniger Stimmen als die FPÖ erhalten hatte, wurde der Konservative Wolfgang Schüssel zum Bundeskanzler ernannt. 2005 spaltete sich der von Jörg Haider angeführte Parteiflügel von der FPÖ ab und bildete das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), das infolgedessen zum Koalitionspartner der ÖVP wurde. Von nun an sprach man von einer schwarz-orangen Koalition. Nach der Nationalratswahl 2006 wurde diese von einer großen Koalition abgelöst.

² Die schwarz-blaue Koalition konstituierte sich nach der Nationalratswahl im November 2002 im März 2003 neu. Bereits im Juni 2003 wurde die Pensionsreform verabschiedet, die die Abschaffung der Frühpensionen, eine Änderung der Berechnungsgrundlage und eine Abhebung der Krankenversicherungsbeiträge für PensionistInnen vorsah. Als Konzession an die Gewerkschaften wurden ein Härteausgleichsfonds mit beschränkten Mitteln und eine Deckelung von Verlusten in Folge der Reform von 10% eingeführt.

³ Die ÖGB-Urabstimmung fand zwischen dem 24. September und dem 15. Oktober 2001 statt. Die Beteiligung betrug 56,5%. Es standen sechs Forderungen zur Abstimmung, nämlich die Stärkung der Sozialpartnerschaft, die Beibehaltung einer Pflichtsozialversicherung, die Beibehaltung von Tarifverträgen, einen Anspruch auf Abfindung bei Beendigung eines Arbeitsverhältnisses, eine Bildungsoffensive und einen Privatisierungsstopp. Diese Forderungen fanden zwischen 88,5 und 94,6% Zustimmung. Am

nisse riesengroße Demonstration am 13. Mai 2003, an der 300.000 Menschen teilnahmen. Das war eine gewaltige Bewegung, die auch weite Teile der Bevölkerung mitgezogen hat, die sich vorher nie getraut haben zu protestieren. Der dritte Teil war ein sehr guter Versuch, einen Generalstreik durchzuführen. Das war am 6. Mai 2003. Der Generalstreik umfasste den öffentlichen Sektor, die Industrie, den Verkehrsbereich, weniger den Gewerbebereich. Und diese drei Maßnahmen in der Summe waren sehr beeindruckend. Der gesamte Gewerkschaftsbund und viele soziale Bewegungen waren beteiligt.

Als der Generalstreik beschlossen war, wie habt ihr dafür mobilisiert? Und was genau passierte am 6. Mai?

Die Mobilisierung war sehr schwierig. Es hat so etwas vorher noch nie gegeben und die erste Frage lautet in solchen Fällen bei uns in Österreich meistens: »Darf man das überhaupt?« Es gab ein paar sehr kluge Köpfe, die auf ein Schneeballsystem gesetzt haben, also auf eine Schulung von oben nach unten, die so schnell wie möglich stattfand – innerhalb von ein, zwei Wochen. Zunächst wurden die FunktionärInnen und hauptamtlichen GewerkschaftssekretärInnen geschult, dann auch die breite Masse der BetriebsrätInnen, was bestimmt eines der schwersten Stücke Arbeit war. Dabei ging es um Fragen wie: »Was haben wir überhaupt vor?«, »Wo gibt es neuralgische Punkte, an denen wir ansetzen können?« Und auch darum, die entsprechenden Themen rüberzubringen. Im Vorfeld des Streiks kam es zu Betriebsversammlungen, und dann passierte das vollkommen Unerlaubte oder Unmögliche, nämlich dass zwei Drittel aller großen Betriebe an den Maßnahmen teilnahmen.

Ein großes Problem hatten wir damals im Gesundheitsbereich. Die Krankenhausverwaltungen schwangen die Keule und sagten, man kann die kranken Menschen nicht sterben lassen, nicht unversorgt lassen. Da hatten wir sehr viel zu kämpfen. Zusätzlich zu den Streiks in den großen Betrieben haben wir versucht, regionale Verkehrssperren zu errichten. Oder auch Schwerpunktstreiks zu machen, die sozusagen weiter wandern. In Gewerbebetrieben ist das leider nicht geglückt. Aber was gut funktioniert hat, waren Verzögerungstaktiken, z.B. die Sperrung von drei neuralgischen Kreisverkehren, sodass innerhalb einer Stunde eine mittelgroße Industriestadt

Ende der Urabstimmung stand die Frage: »Soll der ÖGB zur Durchsetzung seiner Forderungen in Verantwortung für die Zukunft unseres Landes und seiner Menschen notfalls auch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen ergreifen?« Diese Frage wurde von 88,0% der Beteiligten mit Ja beantwortet.

stillstand und keine Lieferung mehr durchkam. Es ist auch versucht worden, die Menschen, die nicht am Streik teilnahmen, über die Hintergründe zu informieren. Natürlich sind wir auf sehr viel Unverständnis gestoßen, natürlich hatten wir genug StreikbrecherInnen, »weil man ja nicht streiken darf«. Aber ich glaube, dafür, dass wir zum ersten Mal etwas gemacht haben, was man eigentlich nicht darf, ist es eine wirklich sehr erfolgreiche Veranstaltung gewesen – vor allem auch deshalb, weil durch die Vorbereitung, die Veranstaltungen im Vorfeld und die Schulung im Schneeballsystem sehr viele Leute schon vorher informiert waren und wir die entsprechenden Themen auch realistisch erzählen und überbringen konnten. Die Vorbereitung war wirklich so umfangreich und professionell wie nötig.

Habt ihr das alleine durchgezogen oder gab es Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Gruppen?

Von der Gesamtkoordination sind schon zwei Drittel über den ÖGB gelaufen, als Hauptträger. Aber wir hatten das große Glück, dass uns eine Vielzahl von anderen Akteuren unterstützt hat: die nicht an der Regierungskoalition beteiligten Parteien, also die SPÖ, die Grünen und die KPÖ; ATTAC; die christlichen Arbeitnehmerbewegungen, die eine Fraktion bei uns in der Gewerkschaft darstellen; und Akteure aus den urbanen Regionen wie die Friedensbewegung oder kleinere Aktivistengruppen. Viele haben wir nicht lang fragen müssen, die hatten schon Informationen, waren verärgert und wollten etwas tun.

Wie ist der Streik ausgegangen? Hat sich bei der Gewerkschaft etwas verändert? Hat sich die öffentliche Wahrnehmung der Gewerkschaften verändert?

Ab wann ist ein Streik erfolgreich? Eigentlich dann, wenn alle Streikziele erfüllt werden. Das war bestimmt nicht der Fall. Die Pensionsreform wurde noch einmal aufgeschürt und dann auch abgemildert. Aber es war erst möglich, das Pensionsthema neu zu ordnen und in neue Gesetze zu bringen, als es eine neue Regierung gab – und das auch nur in zwei Schritten, weil die ÖVP auch in der neuen Koalition war, und es den ÖVP-Leuten schwer fiel zuzugeben, was sie damals für einen Mist gebaut haben. Natürlich war es auch frustrierend zu sehen, dass nicht alles bis zum Letzten so funktioniert hat, wie wir uns das erhofft haben. Aber eigennützig muss man auch wieder sagen: Für uns als Österreichischer Gewerkschaftsbund, der seit 1945 keine politische Streikbewegung aufgrund eines Sachthemas wie Pensionen angestoßen hat, war es auch ein Erfolgserlebnis. Einfach, weil wir anders wahrgenommen wurden. Es wurde zuvor oft gesagt: »Eigentlich haben wir

geglaubt, die können das gar nicht mehr. Die sind seit dem Krieg in ihren Gewerkschaftshäusern gewesen und haben den Weg die Stiegen runter schon nicht mehr geschafft, die haben da extra noch einen Lift eingebaut.« Für uns als Gewerkschaft war es grundsätzlich sehr wichtig festzustellen, dass wir eine Kampforganisation sein können – und natürlich wurde uns nun ganz anders abgenommen, dass wir auch tatsächlich zu einer entschlossenen Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen in der Lage sind.

Hat sich etwas in der Wahrnehmung des Kampfmittels Generalstreik geändert? War das eine einmalige Ausnahmesituation, oder würdest Du sagen, die Kampfmittel der österreichischen Gewerkschaften haben sich dauerhaft erweitert?

Ich glaube, der Generalstreik wurde als Kampfmittel wieder in das Arsenal der Gewerkschaften aufgenommen, und das war extrem belebend für den Österreichischen Gewerkschaftsbund. Man hat sich aus der Not heraus wieder dieses Mittels bedient und hatte die richtigen Leute, die das organisiert haben, z.B. Willi Mernyi.⁴ Der Streik wurde generalstabsmäßig vorbereitet und im Schneeballsystem weiterverbreitet. Es war meiner Meinung nach wichtig, dass es eine so große Schar nicht nur von DemonstrantInnen, sondern auch von Wissenden gab, also von Leuten, die das Anliegen des Streiks nach außen tragen konnten und auch mit Überzeugung nach außen getragen haben. Ich glaube nicht, dass der politische Streik ein Mittel ist, das wir inflationär einsetzen können. Da gibt es sehr große Unterschiede zwischen uns und Südeuropa. Aber wir haben den politischen Streik als brauchbares Mittel wieder in unser Repertoire aufgenommen – wenn auch als eines der letzten Mittel –, und das ist sehr begrüßenswert.

Es gibt das Beispiel der Streiks gegen die EU-Hafenarbeiter-Richtlinie – kurze politische Streiks von HafenarbeiterInnen, die in vielen Teilen Europas stattgefunden haben.⁵ Wahrscheinlich sind HafenarbeiterInnen nicht so ein Thema für Österreich, aber man könnte sich ähnliche Aktionsformen vorstellen. Denkst Du, dass ähnlich angelegte Streiks auch ein Modell für

⁴ Willy Mernyi koordiniert Kampagnen für den ÖGB und ist Vorsitzender des Mauthausen Komitee Österreich, das sich dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und der Aufarbeitung der NS-Zeit widmet.

⁵ Im Januar 2006 kam es im Vorfeld der Abstimmung über die EU-Hafenarbeiterrichtlinie zu kurzen Streiks in zahlreichen europäischen Häfen und zu einer Demonstration mit 10.000 Teilnehmenden in Strasbourg. Die Richtlinie sah die Ausdehnung des Wettbewerbs in europäischen Häfen vor. Sie wurde schließlich vom Europaparlament mit großer Mehrheit abgelehnt.

Österreich sind, dass sich so eine Verbindung zur Krise und zu anderen Gewerkschaften in Europa schaffen lässt?

Es kommt darauf an, in welche Richtung man geht. Ich glaube, das ist sehr schnell schaffbar, wenn man zukünftige Initiativen der Europäischen Kommission oder des Europäischen Rats gemeinsam auf europäischer Ebene bekämpft. Dann gibt es sehr viele grundsätzliche, harte Fakten, die man öffentlich machen kann, mit denen man arbeiten kann, und wo man auch die entsprechenden Partner in den anderen europäischen Ländern kennt. Da würde ich die Zeichen sofort auf grün setzen. Wir haben das auch schon gemacht, z.B. als es um die CO₂-Rechte⁶ gegangen ist: Wir haben auf kurzem Weg einen Flieger gechartert und gemeinsam mit anderen europäischen KollegInnen in Brüssel demonstriert. Wir haben das bei den Aktionstagen des europäischen Gewerkschaftsbundes in Ljubljana (im April 2008) und in Prag (im Mai 2009) bereits gemacht. Wenn es Themen gibt, mit denen man Leute auch direkt mobilisieren kann, sage ich »Ja«.

Aktuell gibt es sehr viel mit dem Flughafenpaket der Europäischen Union⁷ zu tun. Da kann man direkt auf eine Zielgruppe von Leuten zugehen und denen sagen, aus diesen Gründen machen wir das – so ähnlich wie bei den HafentarbeiterInnen. Aber das jetzt generell so zu machen, ist nicht die Zielrichtung des ÖGB. Die österreichischen Gewerkschaften arbeiten themen- und anlassbezogen. Wir rufen nicht alle drei Monate zu einem Generalstreik auf. Meiner Meinung nach muss man Mittel wie den politischen Streik und den betrieblichen Streik sehr vorsichtig behandeln, damit man sie weiter als ganz gezielte Interventionen mit großer Wirkung einsetzen kann, wenn es notwendig ist. Sie sind nicht Mittel des täglichen politischen Kampfes der Gewerkschaften oder auch der politischen Parteien.

Gibt es denn Themen und Anlässe, bei denen Du sagen würdest, der Einsatz dieser Mittel wird wieder notwendig?

Aktuell das Flughafenpaket. Hier gibt es gegenwärtig sehr viele Probleme. Die Europäische Kommission setzt neoliberalen Vorstößen nichts entgegen und formuliert sehr schlampig, sodass viele Lücken aufgehen, die große Probleme im europäischen Flugverkehr auslösen könnten. Die Liberalisierung

⁶ Am 2. Dezember 2008 fand in Brüssel eine Demonstration des Europäischen Metallarbeitergewerkschaftsbunds gegen das Klima- und Energiepaket der EU statt, das die Versteigerung von CO₂-Emissionsrechten vorsah. Es wurde befürchtet, dass das Paket zu Arbeitsplatzverlusten in der Metallindustrie führen würde. Eine Abordnung des ÖGB nahm an der Demonstration teil.

⁷ Ein Anfang Dezember 2011 vorgestelltes Maßnahmenpaket der EU-Kommission, das der Beseitigung von Kapazitätsengpässen dienen soll.

der Dienstleistungen geht weiter; ihre Qualität wird gemindert; die Sicherheit der Passagiere wird vernachlässigt; das Dumping bei der Auftragsvergabe an Subunternehmen geht weiter. Bis zu einem gewissen Grad haben wir hier auch die Unterstützung der Regierung in Wien. Das ist momentan unser großer Vorteil in Österreich, das haben wir in Punkto Lobbying schon geschafft.

Ein zweiter Punkt, der brandaktuell ist, ist die Situation bei den Metallindustrieverhandlungen. Bis jetzt haben zwei Arbeitgeberverbände bekannt gegeben, dass sie aus den Verhandlungen ausscheren wollen – zum einen der Gießereifachverband, ein relativ kleiner Fachverband mit 5.-6.000 ArbeiternehmerInnen, zum anderen der Fachverband Maschinen- und Metallwaren Industrie mit über 120.000 ArbeitnehmerInnen, der der größte und tonangebende Fachverband ist.⁸ Hier wird es einer massiven Reaktion der Gewerkschaften – auch gewerkschaftsübergreifend unter Einschluss aller Industriebereiche – bedürfen, und hier werden wir in Zusammenarbeit mit dem ÖGB eine breite Protest- und auch Kampfbewegung formen, um den ArbeitgeberInnen die entsprechenden Antworten zu geben.

Bei den ArbeitgeberInnen gibt es m.E. zwei Probleme: Zum einen sind sehr viele junge ArbeitgeberInnen nicht mehr mit der betrieblichen Sozialpartnerschaft aufgewachsen und wissen nicht mehr, wie hoch der soziale Friede zu schätzen ist. Zum zweiten ist den ArbeitgeberInnen die Gier ins Gesicht geschrieben – die Gier nach Gewinn, die Gier nach Aktienoptionen, die in kurzer Zeit das Vielfache des Ausgangsbetrags wert sind. Es kann nicht sein, dass sich die ArbeitgeberInnen ungeniert bedienen und das Geld aus Betrieben rausholen, während die ArbeitnehmerInnen die grundlegendsten Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können. Das geht runter bis zu den Beschäftigten im Lebensmittelbereich und den kleinen Reinigungskräften in großen Industrieunternehmen, die mit weniger als 1.000 Euro im Monat auskommen müssen, und es mit prekären Arbeitsverhältnissen zu tun haben.

Es gibt nach Auffassung vieler eine reale Gefahr der Neuaufgabe einer schwarz-blauen Koalition, unter Umständen sogar unter einem Kanzler Stra-

⁸ Inzwischen ist in der österreichischen Presse von sechs Fachverbänden die Rede. Vgl. Ungerbroeck, L. (2012), Machtkampf der Sozialpartner um die Metallerrunde, in: Der Standard, 16. Juli, <http://derstandard.at/1342139238120/Letzte-Schlacht-um-die-Herbstlohnrunde>.

che, wenn die ÖVP die schwächere Partei wird.⁹ Was wäre in einem solchen Szenario die Aufgabe der Gewerkschaften?

Die Freiheitlichen haben aus ihren Fehlern bei der ersten Regierungsbe- teiligung gelernt. Es gibt im Hintergrund sehr einflussreiche Wirtschafts- kapitäne aus dem nationalen Lager – in Zeitungen und Magazinen wird z.B. immer wieder Thomas Prinzhorn genannt¹⁰ –, die mit viel Geld Know- How kaufen und Projekte vorbereiten, die sie bei einer Regierungsbeteili- gung ungeniert durchziehen würden. Unsere Aufgabe als Gewerkschaften würde erstens darin bestehen, das Ganze so schnell wie möglich zu analy- sieren und zu erfahren, was die nationale Seite vorhat. Zweitens müssten wir Alternativen ausarbeiten und diese auf einem gütlichen Weg zu errei- chen versuchen. Drittens käme es darauf an, ganz klar und deutlich zu ma- chen, wo unsere Grenzen sind, und wie weit wir gehen können – und dann auch Protestmaßnahmen zu organisieren, und zwar unter Einbindung al- ler unserer Partner, also der sozialen Bewegungen und der Linken in Öster- reich. Der Widerstand der Gewerkschaften war der Anfang vom Ende der nationalkonservativen, schwarz-blauen Regierung.

Spielen da Streiks als Kampfmittel eine Rolle?

Streiks spielen bestimmt eine Rolle, allerdings als Spitzenabdeckung und nicht als alltägliches Mittel. Wichtig ist die beständige politische Analyse der Maßnahmen, die ergriffen werden – und auch, die Ergebnisse dieser Analyse bei den Multiplikatoren und den Menschen vor Ort rüberzubrin- gen. Die Menschen müssen wirklich wissen, wie sie von bestimmten Maß- nahmen betroffen sind, warum sie schlecht sind, was an ihnen schlecht ist, was ihre Folgen sind. Es ist sehr wichtig, das in Veranstaltungen und im täg- lichen Stammtischgespräch rüberzubringen. Für die Gewerkschaften ist es wichtig, Interessen klar zu vertreten, sowohl für das einzelne Mitglied im Betrieb wie auch bei grundsätzlichen Verfahren vor den obersten Gerichts- höfen. Und wenn ein Thema in Aktion tritt, wie zum Beispiel 2003 bei der Pensionsreform der schwarz-blauen Regierung, wenn nicht das Recht einge- räumt wird, hier mitzusprechen, und wir überrollt werden sollen, indem man uns zwei, drei Tage zu einer Begutachtung von mehreren hundert Sei- ten Gesetzesentwürfen zur Verfügung stellt – dann muss natürlich gesagt

⁹ Heinz-Christian Strache ist der derzeitige Vorsitzende der FPÖ. Im Jahr 2013 fin- den die nächsten Nationalratswahlen statt; einigen aktuellen Umfragen zufolge liegt die FPÖ wieder vor der ÖVP.

¹⁰ Prinzhorn ist ein Papierindustrieller und ein ehemaliger dritter Präsident des Na- tionalrats, in dem er für die FPÖ und das BZÖ saß.

werden: Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Und dann rollt die Walze der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, um ganz klar und deutlich zu sagen: Die Grenze wurde überschritten, wir üben jetzt den Widerstand, wir üben den zivilen Ungehorsam. Das geht dann bis zum Generalstreik, warum nicht.

In der Eurokrise hört man in Deutschland oft Aussagen wie »die faulen Griechen liegen in der Sonne, arbeiten nicht, und wir sollen dafür zahlen« usw. Ich denke mal, solche Diskurse gibt es auch in Österreich zuhauf. Wie reagieren die Gewerkschaften darauf?

Sowohl die Fachgewerkschaften als auch der ÖGB haben sich mit den griechischen Gewerkschaften von der ersten Stunde an solidarisch erklärt. Wir haben in der Bildungsarbeit vor Ort versucht, wie beim Schneeballsystem von oben nach unten den Menschen klarzumachen, um was es hier geht. Hier geht es nicht darum, dass einzelne griechische BürgerInnen nicht arbeiten gehen oder keine Steuern zahlen, sondern dass eine Klasse, eine Wirtschaftselite das Land jahrzehntlang ausgesaugt hat und das Land und die PolitikerInnen für sich missbraucht hat. Und jetzt werden die BürgerInnen selbst, die Griechen, dafür zur Verantwortung gezogen, sie sind die Bösen; es kommt zu einer Pauschalverdächtigung gegen das ganze Land. Es hat sehr viele Informationsveranstaltungen gegeben, die auch gut besucht waren. Wir haben versucht, die Österreicherinnen und Österreicher darüber zu informieren, und haben, glaube ich, auch sehr viel dabei geschafft. Natürlich bleibt das Thema eine harte Diskussion an den Stammtischen, immer wieder aufgebauscht durch die Massenmedien, die ich hier als riesiges Problem sehe.

»Selbst ein unpopulärer Streik schadet nicht zwingend dem Ansehen der Gewerkschaft«

Felipe Van Keirsbilck, Centrale Nationale des Employés (CNE),
Belgien

Im Januar 2012 kam es in Belgien zu einem Generalstreik – ein singuläres Ereignis?

Der Streik fand am 30. Januar 2012 statt. Es war ein eintägiger Generalstreik – der erste seit 1993. Damals wollte die Regierung Kürzungspläne durchsetzen, die die Gehälter im öffentlichen Sektor und die Sozialabgaben betrafen. Es ist bemerkenswert, dass der Konflikt von den Entscheidungen der Europäischen Union ausgelöst wurde. Belgien sollte die Maastricht-Kriterien für die künftige gemeinsame Währung erfüllen. Der zweitägige Generalstreik 1993 war ein großer Mobilisierungserfolg, erreichte aber fast keine seiner politischen Zielsetzungen. Der Generalstreik 2012 wurde von den beiden großen belgischen Gewerkschaftsbünden beschlossen. Er war insofern erfolgreich, als er auf der politischen Ebene eine vorbeugende Wirkung hatte.

Auf welche Weise wurde Belgien von der Krise getroffen?

Als 2008 die Krise ausbrach, hatte Belgien seine öffentlichen Haushalte weitgehend konsolidiert. Die öffentliche Verschuldung wurde zwischen 1992 und 2007 von 135% auf 80% des BIP gesenkt. Obwohl seit 20 Jahren mehrfach Steuerreformen zugunsten der Einkommensstarken und Vermögenden beschlossen worden waren, waren die Defizite unter Kontrolle. Es waren die Beteiligung des Staates an Bankenrettungen in Höhe von mehr als 20 Mrd. Euro und die Auswirkungen der Krise auf die Steuereinnahmen und die sozialen Sicherungssysteme, die in Belgien eine angespannte Situation hervorriefen.

Was waren die Gründe für den Generalstreik?

Wegen unlösbarer Spannungen zwischen Flandern und dem frankophonen Belgien kam zwischen Juni 2010 und Dezember 2011 keine Regierung zustande. In Flandern gewann eine nationalistische, separatistische und neoliberale Partei die folgenden Wahlen (N-VA); in Wallonien und Brüssel waren hingegen die Sozialdemokraten (PS) die stärkste Partei. Diese politische Blockade hat Belgien für eine gewisse Zeit vor Kürzungsmaßnahmen bewahrt, die andere europäische Länder zwischen 2010 und 2011 trafen. Nachdem je-

doch eine Einigung erzielt wurde – im Oktober 2011 bezüglich der Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen; im November bezüglich der sozioökonomischen Fragen –, legte die neue Regierung unter Premierminister Elio Di Rupo, einem frankophonen Sozialdemokraten, rasch ein Kürzungsprogramm vor. Wenngleich dieses weniger brutal ausfällt als die Kürzungspläne der Länder an der europäischen Peripherie, enthält es dennoch die umfassendsten Einschnitte der letzten 30 Jahre:

- Verringerung der gesetzlichen Renten,
- Aufschub der Frühverrentungen und des realen Renteneintritts um zwei Jahre,
- Senkung der Arbeitslosengelds,
- Begrenzung der Bezugszeiten von Arbeitslosengeld für Lohnabhängige, die noch nicht (oder noch nicht genug) eingezahlt haben,
- Ausgabenkürzungen in zahlreichen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes und im sozialen Bereich.

Die Kürzungspläne verschonten Großvermögen und Einkommen aus Vermögen. Belgien bleibt ein Steuerparadies für die Reichen.

Als der Plan im November bzw. Dezember 2011 bekannt wurde, war die Reaktion der Gewerkschaften nicht vorhersehbar. Die lange Dauer der politischen Krise hatte enorme Erwartungen geweckt, und es war für viele unvorstellbar, eine Regierung anzugreifen, auf deren Bildung man 540 Tage gewartet hatte! Darüber hinaus schuf die politische Konstellation eine Situation, in der ein Angriff auf die Regierung gewagt erschien. Ihr stand ein Sozialdemokrat vor, und sie vereinte eine Koalition aus fast allen Parteien des Landes, während die Opposition hauptsächlich aus der neoliberalen N-VA bestand. Viele ließen sich zudem davon beeindrucken, dass es im restlichen Europa »weit schlimmer zugehe«. Die CNE und andere Organisationen vertraten hingegen die Auffassung, dass man reagieren müsse. Dafür hatten wir drei Gründe. Erstens enthielten die Kürzungspläne keine Lösung für die gegenwärtige Mehrfachkrise: Weder eine ökologische Perspektive noch eine reale Kontrolle der Banken oder die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen. Zweitens bestand die Befürchtung, dass den ersten Kürzungsplänen weitere folgen würden, und die Regierung eine Strategie der kleinen Schritte verfolgte. Drittens blieben die Großunternehmen und die hohen Einkommen ungerechterweise verschont, während Frauen, Jugendliche und Prekarierte besonders stark von den Maßnahmen betroffen waren.

Wie habt ihr den Generalstreik vorbereitet?

Am 2. Dezember 2011, einige Tage vor dem Amtsantritt der neuen Regierung, als ihre Zusammensetzung und ihr Programm bereits bekannt waren,

organisierten die Gewerkschaftsverbände eine landesweite Demonstration. Es ging darum, die Stimmung zu testen: Einige Gewerkschaften fürchteten, dass eine geringe Teilnahme ein Hinweis auf die Unmöglichkeit sei, gegen die Regierung aufzustehen, andere wünschten sich genau diesen Ausgang. Die angekündigte Teilnehmerzahl von 50.000 DemonstrantInnen in Brüssel erschien in den letzten Tagen vor dem Termin als zu hoch. Schließlich fanden sich aber 80.000 sehr entschlossene DemonstrantInnen ein. Der Erfolg dieser Demonstration war ein entscheidender Punkt, auf den sich die Organisation der Streikbewegung stützte. Ab Mitte Dezember kündigten die großen Dachverbände einen außergewöhnlich langen Streik von sechs Wochen an. Sie gaben auch bekannt, dass ein Generalstreik durchgeführt werden würde, sollte die Regierung keine grundsätzlichen Veränderungen an ihren Kürzungsplänen vornehmen.

Statt zu verhandeln, setzte die Regierung die drastischsten Maßnahmen, die in ihren Plänen enthalten waren, umgehend um. Daraufhin kündigten mehrere Sektoren des öffentlichen Dienstes am 20. Dezember einen Streik an, der zwei Tage später stattfinden sollte. Dieser »Überraschungstreik« wurde vor allem im Bereich der öffentlichen Transportmittel und in den Verwaltungen im Süden des Landes getragen, weniger stark in Flandern. Einige Gewerkschaften der Privatwirtschaft solidarisierten sich. So besetzte die CNE in einer recht spontanen Aktion den Sitz der PS und verhüllte seine rote Fassade blau, um auf diese Weise den um sich greifenden Neoliberalismus zu denunzieren. Aber auch dieser durchaus gelungene Streik konnte die Regierung nicht aufhalten. Am gleichen Tag wurde das Gesetz über die Renten im öffentlichen Dienst erlassen.

Anfang Januar 2012 gestalteten sich die Diskussionen in den Gewerkschaftsleitungen schwierig. Für viele schien ein Verzicht auf Streik nach der klaren Streikankündigung der Gewerkschaften und dem darauf folgenden totalen Affront der Regierung ausgeschlossen. Die Mehrheit tendierte jedoch zu der Einschätzung, dass die Regierung unbeweglich sei, was die völlige Missachtung der Streikenden im öffentlichen Dienst zeige. Es wurde begonnen, die Streikentscheidung auf Ende Januar und den Generalstreik auf Februar zu vertagen, um in der Zwischenzeit Verhandlungen führen zu können. Denn schließlich hatte die Regierung nach der Verabschiedung grundsätzlicher Entscheidungen die GewerkschaftsvertreterInnen eingeladen, um über einige Details der Umsetzung der beschlossenen Reformen zu diskutieren. Am 17. Januar konnten die AnhängerInnen einer raschen Durchführung des Generalstreiks innerhalb der Landesführung der CSC, dem Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Belgiens, ihren Standpunkt durchsetzen. Den GegnerInnen dieses Plans gegenüber brachten sie vor, dass zwei Wochen

reichen würden, um den Generalstreik konkret vorzubereiten. Die CSC entschied also, ab dem 30. Januar zu streiken, und der Allgemeine Belgische Gewerkschaftsbund FGTB sowie die liberale Gewerkschaft schlossen sich noch am gleichen Nachmittag dieser Entscheidung an.

Die vorbereitenden Aktionen bestanden in erster Linie darin, die öffentliche Meinung von der Ungerechtigkeit der Reformen zu überzeugen. Um der gewerkschaftsfeindlichen Haltung der Medien sowie der Regierungspropaganda etwas entgegenzuhalten, schufen wir zum Beispiel die Internetseite jugezparvouvsmeme.be. Auf dieser wurden die Auswirkungen der Reformen auf Arbeitslose und prekär Beschäftigte mit denen auf BankerInnen und VermögensbesitzerInnen verglichen.

Vor allem in Flandern, wo die öffentliche Meinung allgemein eher rechtslastig und die Medien durchgängig antigewerkschaftlich eingestellt sind, führte die intensive Meinungsache zu großer Verunsicherung. Zehn Tage vor dem angesetzten Streikbeginn deckte ein Informant in der Presse auf, dass einige führende GewerkschafterInnen in Flandern den AktivistInnen dazu rieten, sich dem Streik nicht anzuschließen.

Auf der anderen Seite riefen radikalere Organisationen der wallonischen Seite zu »direkten Aktionen« wie Autobahnblockaden auf, was die Mehrheit der gewerkschaftlich Organisierten abgelehnt hatte. Zwar ist es in Belgien Tradition, Streikposten einzusetzen, die den Zugang zu Unternehmen versperren. Diese Strategie wird vor allem bei kleinen und mittelständigen Betrieben mit geringem gewerkschaftlichen Organisationsgrad eingesetzt. Die Blockade von Autobahnen hingegen ist eine radikalere Aktionsform, die zu diesem Zeitpunkt ungerechtfertigt erschien.

Wie verlief der Streiktag?

Am 30. Januar blieb ein großer Teil der öffentlichen Einrichtungen und privaten Unternehmen geschlossen. Im Bereich der Industrie, des öffentlichen Transportwesens und der Verwaltungen (vor allem in Wallonien) kamen die Betriebe vollkommen zum Stillstand. Im Dienstleistungs- und Finanzsektor schlossen sich weniger Beschäftigte dem Streik an. Dennoch gab es bedeutende Erfolge: In der Gesundheitsversorgung und bei den sozialen Dienstleistungen streikten zwar nur einige Beschäftigte, aber viele zeigten ihre Solidarität mit den Streikenden. Die Zahl der Streikenden an diesem Tag lag Schätzungen zufolge bei 250.000 Personen, die Gehaltsausfälle in Kaufnahmen und – sofern sie gewerkschaftlich organisiert waren – von den Gewerkschaften 30 Euro Entschädigung erhielten. Eine nicht unbeträchtliche Zahl von Beschäftigten blieb zudem der Arbeit fern, ohne sich formell dem Streik anzuschließen. In einigen Fällen können diese an der Arbeit »gehin-

dernten« Beschäftigten dennoch ihren Lohn beziehen, z.B. wenn Betriebe geschlossen bleiben oder Streikposten den Zugang verhindern.

An diesem Tag gab es keine größeren Demonstrationen, sondern vor allem regionale Aktivistensammlungen gegen Abend. Die Priorität lag auf der Organisation der Streikposten und der Durchführung des Streiks in allen Unternehmen. Die Verantwortung der GewerkschafterInnen am Tag des Generalstreiks bestand darin, sich zu den KollegInnen vor den Eingängen der Betriebe zu stellen und bei den Blockaden von Produktionsstätten dabei zu sein. Es mag zwar wie eine Demonstration von Stärke erscheinen, eine Autobahnauffahrt zu blockieren. Real bedeutet dies aber häufig, dass der zentrale Austragungsort des Streiks, der Betrieb, vernachlässigt wird.

Wie bewertest Du den Generalstreik? Wo lagen seine Stärken und Schwächen?

Vor dem Hintergrund der politischen Gesamtlage und der Medienberichterstattung sowie der europäischen Krise kann der Generalstreik vom 30. Januar als ein relativer Erfolg angesehen werden. Er hat einen großen Teil der Wirtschaft des Landes effektiv lahm gelegt. Dennoch gab es einige Schwachpunkte: Es wurden keine Verbindungen zu den sozialen Bewegungen sowie den Vereinigungen prekär Beschäftigter und Arbeitsloser hergestellt und auch zu wenige Kontakte mit studentischen Organisationen geknüpft.

Die praktische Organisation des Streiks fiel uns nicht leicht. 18 Jahre lang hat kein Generalstreik stattgefunden. Dadurch hat das praktische Wissen um die Durchführung von Streiks Schaden genommen. Und in den Branchen, die stark auf Informations- und Kommunikationstechnologien basieren, wurde der Streik massiv durch Zu-Hause-Arbeiten umgangen.

Aber es gab auch viele positive Elemente: Der Mobilisierungsgrad der Beschäftigten ist ja keine »natürliche« Größe. Ein klarer Aufruf, der rechtzeitig von den vereinten Gewerkschaften herausgegeben wird, kann eine reale Mobilisierung erzeugen. Jene, die Mitte Januar dafür plädierten, nicht zum Streik aufzurufen, sondern zunächst verschiedene »Aktionen« durchzuführen, hatten Recht in ihrer Analyse des geringen Mobilisierungsgrads der Beschäftigten. Sie irrten sich nur in den Schlüssen, die sie daraus zogen. Sie sagten: »Keine offensiven Ankündigungen, solange die Beschäftigten nicht mobilisiert sind«. Wir waren zum Glück in der Lage, die alternative Position durchzusetzen: »Die Beschäftigten sind nicht hinreichend mobilisiert. Wir brauchen dringend einen klaren und offensiven Aufruf.«

Selbst ein unpopulärer Streik schadet nicht zwingend dem Ansehen der Gewerkschaft. Es gab in Belgien, vor allem in Flandern, noch nie eine so hassgefüllte Hetzkampagne gegen die Gewerkschaften wie im Januar 2012. Auf

der Titelseite der größten frankophonen Tageszeitung konnte man am Tag des Streiks lesen: »Das Scheitern des Streiks« – diese Überschrift wurde vor Streikbeginn gedruckt! Die Lokalpresse hat sich glücklicherweise anders verhalten. Wenn die AktivistInnen gut vorbereitet und mit klugen Flugblättern und Argumentationsgrundlagen ausgestattet sind, kommt es zu Diskussionen mit PassantInnen, die ohne einen Generalstreik niemals zustande kommen. Große Teile der Bevölkerung wissen relativ wenig über die sozialen Folgen der gegenwärtigen Steuer- und Europapolitik, und die Mainstreampresse schreibt nicht klar darüber. Der Streik heizt also die Debatte an, und es ist unsere Überzeugung, dass es besser ist, in diesen Diskussionen präsent zu sein, als sich marginalisieren zu lassen. Ein trauriges Gegenbeispiel sind jene Regionen, in denen die AktivistInnen aus Furcht vor Beschimpfungen am Tag des Streiks keine Flugblätter verteilten, sondern sich auf facebook zurückzogen. In vielen kleinen Sektoren, z.B. bei den Personaldienstleitungen, wurde zum ersten Mal gestreikt, was für uns sehr wichtig ist.

Welches Ergebnis hatte der Generalstreik? Welche Kürzungen konntet ihr verhindern?

Wenn man die Ergebnisse des Streiks mit den im Dezember beschlossenen Maßnahmen vergleicht, waren sie zwar schwach, aber nicht nichtig: Überall, wo Spielräume bestanden, um die Maßnahmen in eine weniger unsoziale Richtung zu verändern, sind diese Korrekturen vorgenommen worden. Dort, wo die Reformen brutal in bestehende Errungenschaften eingriffen – z.B. wenn sich Beschäftigte für ein bestimmtes Modell des Übergangs in den Ruhestand entschieden hatten und plötzlich mit völlig anderen Regelungen konfrontiert waren –, konnten sie aufgeschoben oder abgemildert werden. Folgende Konzessionen wurden erzielt:

- Der Anspruch einiger Beschäftigter auf Frühverrentung sollte so verändert werden, dass diese drei bis fünf Jahre später stattfinden würde. Es wurde schließlich festgelegt, dass das Eintrittsalter höchstens um zwei Jahre erhöht wird.
- Die Altersgrenze für den Bezug von Hilfszahlungen für junge Arbeitslose wurde von 30 auf 33 Jahre hinaufgesetzt.
- Die Einschnitte in »Zeitkredite« für die Unterbrechung von Erwerbstätigkeit wurden abgeschwächt. Die Regierung wollte die Dauer der Bezüge sowie die maximale Dauer der »Zeitkredite« begrenzen; letzteres wurde zurückgenommen.
- Viele andere bis zum 1. Januar 2012 erworbene Ansprüche, deren Einschränkung drohte, wurden für die Zukunft gesichert. Dies gewährt jenen Beschäftigten Sicherheit, die sich in Zusatzausbildungen befinden,

»Zeitkredite« nutzen oder deren Arbeitszeiten sich aufgrund des nahenden Karriereendes verringern.

Insgesamt mildern diese kleinen Reparaturen den Reformschock ab und verschaffen zehntausenden von Beschäftigten einen geringen Ausgleich. Der Streik konnte jedoch die grundsätzliche Ausrichtung der Politik der Regierung Di Rupo nicht verändern, die darin besteht, drastische Kürzungsmaßnahmen gegen die Beschäftigten durchzusetzen. Während vor allem die Prekarisierten von diesen betroffen sind, bleiben die Finanzeinkommen und die großen Vermögen verschont.

Ein weiteres »Ergebnis« des Generalstreiks liegt in der Prävention. Entsprechend haben die Haushaltsanpassungen im Frühling und Sommer die Rechte der ArbeiterInnen nicht weiter angetastet. Auch das System des automatischen Inflationsausgleichs für Löhne und Sozialleistungen wurde nicht ausgesetzt oder zerstört, obwohl dies die UnternehmervertreterInnen und die Mehrheit der Regierungsparteien befürworteten. So kam es zu folgender erfreulichen Situation: Als Mitte 2012 in ganz Europa von Sparplänen und sinkenden Löhnen gesprochen wurde, stiegen in Belgien für hunderttausende Beschäftigte, Arbeitslose und Rentenempfänger die Einkommen um 2%, um die Preissteigerung auszugleichen.

Ein Grund für Beunruhigung besteht jedoch in der Frage, wie es nach dem Generalstreik weitergeht. Es ist nicht gelungen, eine Mehrheit innerhalb der beiden großen Gewerkschaftsbünde CSC und FGTB für die Fortführung von größeren Aktionen zustande zu bringen. Die grundsätzlich zu begrüßende Initiative eines »europäischen Aktionstages« am 29. Februar hat in Belgien nur zu symbolischen Versammlungen ohne jede Schlagkraft geführt.

Welche Bedeutung hätte eine bessere Koordinierung der europäischen Gewerkschaften?

Der Generalstreik vom 30. Januar 2012 ist eine Folge der neoliberalen Politik, die in Europa seit 1993 durchgesetzt wird. Dies betrifft europäische Verträge und Institutionen. Der 29. Februar und die anderen europäischen Aktionstage zeigen leider, dass wir noch nicht über Instrumente und Methoden für eine Mobilisierung verfügen, die sowohl europäische Zielsetzungen verfolgt als auch innerhalb von lokalen und nationalen Kräfteverhältnissen verankert ist. Dies ist einer der Gründe, warum wir uns in den Prozess des »Alter Summit« einklinken: einer europaweiten Vernetzung von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, hervorgegangen aus dem europäischen Sozialforum (www.altersummit.eu).

Übersetzung: Lotte Arndt

»Wir hatten den Eindruck, dass es unter Sarkozy überhaupt nichts bringt, an den alten Aktionsformen festzuhalten«

Christine Lafont, Gewerkschaft Solidaires, Frankreich

Kannst Du kurz etwas über Deine Gewerkschaft sagen?

Unsere Gewerkschaft heißt Solidaires, sie ist branchenübergreifend und besteht aus 42 Einzelgewerkschaften im öffentlichen und im privaten Sektor mit etwa 90.000 Mitgliedern. Unser Ziel ist zum einen die tägliche Verteidigung der Interessen der ArbeiterInnen, zum anderen kämpfen wir für die Veränderung der Gesellschaft. So oft wie möglich treffen wir unsere Entscheidungen nach dem Konsensprinzip. Das heißt: Wir suchen eher danach, was uns vereint, und nicht nach dem, was uns spaltet. Wir achten darauf, auf die bestmögliche Weise zusammenzuarbeiten und vermeiden Institutionalisierung, die Delegation von Macht und Expertentum. Bei Wahlen hat jede Mitgliedsorganisation unabhängig von ihrer Größe nur eine Stimme und kann ihr Vetorecht in Anspruch nehmen.

Im Herbst 2010 gab es in Frankreich einen wochenlangen Streik verschiedener Sektoren der Gesellschaft gegen die Rentenreform. Wie verlief dieser und warum war er nicht erfolgreich?

Die ersten Streiks und Demonstrationen nach dem Ausbruch der Finanzkrise begannen 2009 mit zwei wichtigen Streik- und Demonstrationstagen im Januar und März. Obwohl es sehr viele Teilnehmer gab und die Aktionstage erfolgreich waren, wurde danach ein Jahr lang nicht mehr auf nationaler Ebene mobilisiert. Die größte Mobilisierung im Herbst 2010 wurde durch Demonstrationen im März und Juni desselben Jahres vorbereitet. Im Herbst waren mehr als drei Millionen Protestierende auf der Straße, und viele haben gestreikt. Aber eines der Probleme war, dass viele nicht kontinuierlich gestreikt haben, sondern oft nur für einen Tag. Ein zweites Problem war, dass wir den Eindruck hatten, dass die Wirtschaft kurz vor dem völligen Stillstand war, da die Zugänge zu Häfen und Raffinerien von Streikenden blockiert wurden. Die großen Gewerkschaften entschieden dann aber, die Mobilisierung abubrechen, sodass nach dem 28. Oktober nicht mehr viel passiert ist.

Hinzu kam eine relativ schwache Beteiligung des öffentlichen Sektors, da in den letzten zehn Jahren die Streiks dort nicht erfolgreich waren. Da-

durch waren viele entmutigt. Außerdem gab es im öffentlichen Sektor gravierende Veränderungen durch Privatisierungen und die Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse.

Eine Schwäche des Streiks war auch, dass die Gewerkschaften nicht dieselben Forderungen in Bezug auf die Rentenreform hatten und es daher unmöglich war, gemeinsam Alternativen vorzuschlagen. Ein weiterer Aspekt war, dass die meisten Gewerkschaften keine Zusammenarbeit zwischen den Streikenden aus verschiedenen Branchen organisieren wollten. Es wurden nur sehr wenige Informationen von einer Branche zur nächsten weitergegeben. Wir haben als einzige Gewerkschaft geschlossenen Blockaden von Treibstoffdepots und Raffinerien unterstützt, aber auf lokaler Ebene wurden Blockaden häufig von AktivistInnen der CGT zusammen mit unseren AktivistInnen organisiert. Die anderen Gewerkschaften wollten eine Konfrontation mit der Regierung vermeiden. Solidaires war die einzige Gewerkschaft, die aus der Bewegung einen umfassenden, branchenübergreifenden Streik machen wollte. Wir denken, dass ein Generalstreik nur von den kämpferischsten und am besten organisierten Branchen ausgehen kann. Die großen Gewerkschaften rufen zu eintägigen Streiks auf – einen Tag jetzt und dann wieder einen Tag drei Monate später –, um zu zeigen, dass es sie noch gibt. Und dazu rufen sie auch zu großen Demonstrationen auf – aber was dann? Wir wissen alle, dass ein eintägiger Streik für eine Konfrontation mit der Regierung nicht ausreicht, egal wie groß die Demonstration ist und wie viele streiken. Wir haben uns als Gewerkschaft schwer getan, zu diesen eintägigen Streiks aufzurufen, weil die ArbeiterInnen unserer Wahrnehmung nach genug davon haben.

Die Gewerkschaft CGT war dagegen, dass einzelne Branchen einen erneuerbaren Streik organisieren. Unter »erneuerbar« verstehen wir, dass die Streikenden selbst am Ende jedes Arbeitstags darüber entscheiden, ob weiter gestreikt wird. Die CGT hat befürchtet, dass diese Branchen isoliert bleiben, und sich Streiks dann schnell erschöpfen. Daher wollten sie vorgeblich, dass alle Branchen gemeinsam streiken. Andererseits haben sie sich aber dagegen gewehrt, zu solch einem Generalstreik aufzurufen. Francois Ruffin hat in *Le Monde Diplomatique* im Dezember 2010 sehr treffend geschrieben: »Der Kapitalismus ist weltweit organisiert und folgt einem Plan von Reformen, die Jahre im Vorhinein abgesprochen werden, während die Protestierenden es nicht schaffen, sich innerhalb ihrer eigenen Stadt zu organisieren und mit ihren Aktionsformen von Tag zu Tag aufs Neue improvisieren. Dieser Mangel an Organisation kann durch 30 Jahre Niedergang der Gewerkschaften erklärt werden: durch weniger Aktivistinnen, weniger Hoffnung und verloren gegangene Traditionen und Kenntnisse. Beispiele sind

Traditionen wie Flugblätter schreiben und sie an Eingängen von Fabriken verteilen, KollegInnen in Einzelgesprächen überzeugen, Reden für Demonstrationen planen oder Vollversammlungen vorbereiten.«

Du hast betont, dass die großen Gewerkschaften es vermieden haben, die Konfrontation mit der Regierung bis zum Ende zu führen. Was lag dem zugrunde?

Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich waren 18 Monate später und die Sozialistische Partei hatte versprochen, die Rentenreform abzuschaffen, wenn sie an die Macht kommt. Das hat sicherlich eine Rolle gespielt.

Das klingt danach, dass die Mehrzahl der Gewerkschaften die alten Methoden, die in den Konflikten 1995 und 2006 erfolgreich waren, in einer neuen Situation wieder angewandt haben, ohne zu bemerken, dass sich etwas verändert hatte: Sarkozy hatte einen viel konfrontativeren Politikstil ohne jegliche Verhandlungen, und die Kräfteverhältnisse hatten sich durch die Finanzkrise zugunsten der Herrschenden erheblich verschoben.

In unserer Gewerkschaft reden wir sehr viel über neue Aktionsformen. Wir hatten den Eindruck, dass es uns in Bezug auf Sarkozy überhaupt nichts bringt, an den alten Aktionsformen festzuhalten. Und es brachte dann auch nichts, obwohl die Gewerkschaften sich einig waren, dass die Umstände 2010 andere waren, da es überhaupt keine Möglichkeit für kollektive Verhandlungen gab. Daher war auch die gemäßigte Gewerkschaft CFDT nicht in Versuchung, durch Verhandlungen eingebunden zu werden, wie es Jahre zuvor geschehen war. Das Problem war die Unentschiedenheit in Bezug auf die Blockaden der Treibstoffdepots und Raffinerien: Bei den letzten Treffen der Intersyndicale, zu dem alle Gewerkschaften zusammenkamen, waren wir definitiv die einzige Gewerkschaft, die die Blockaden verteidigt hat. Eine der letzten Aktionen der Intersyndicale war es, die stattfindenden Blockaden öffentlich abzulehnen. Solidaires hat sich geweigert, diese Erklärung zusammen mit den anderen Gewerkschaften zu unterzeichnen, da wir dachten, wir brauchen jetzt massivere Aktionen. Offensichtlich haben viele Aktionen stattgefunden – Demonstrationen und Streiks, aber die Blockaden waren etwas anderes. Lokale Komitees in der CGT und einzelne Branchen der CGT haben entschieden, diese Blockadeaktionen zusammen mit Solidaires durchzuführen, aber ihr Hauptquartier hat sie nicht dazu ermutigt und wollte diese Aktionen auch nicht akzeptieren. Die Blockaden wurden gestoppt, bevor sie wirklich effektiv sein konnten. Seit den 1990er Jahren ist die Strategie der CGT insgesamt reformistischer geworden. Auch das hat eine Rolle gespielt.

In Frankreich gibt es eine recht strikte Trennung zwischen Politik und Ökonomie in Bezug auf Aktionsformen. Das äußert sich zum Beispiel darin, dass die politischen Parteien die Autonomie von Streiks respektieren und sich nicht einmischen. Von den Gewerkschaften aus wird das oft als Schutz vor Parteidominanz verstanden. Findest Du, dass diese Trennung manchmal auch etwas blockiert?

Sie ist manchmal sehr heuchlerisch. Wir haben häufig politische Streiks. Aber wann fangen Streiks an politisch zu sein, und wann hören sie auf, ökonomische Streiks zu sein? Eine Gewerkschaft darf in Frankreich nicht aus politischen Gründen zu Streiks aufrufen, aber nach herrschender Meinung war die Rentenreform definitiv kein politischer Anlass. Also war es legal, zu einem Streik gegen sie aufzurufen. Für unsere Gewerkschaft jedoch ist solch eine Mobilisierung definitiv etwas Politisches.

Das heißt, eure Gewerkschaft ist nicht für eine strikte Unterscheidung von politischen und ökonomischen Ebenen? Ihr hättet keine Probleme damit, wenn politische Parteien stärker bei Streiks mitmischen und würdet auch nicht deren Dominanz fürchten?

Im Prinzip haben wir keine Probleme damit. Es hängt natürlich davon ab, welche Partei es ist. Wir sind aber sehr vorsichtig, was das angeht. Parteien wollen ihre Namen unter Aufrufen stehen haben, aber machen keine aktive Arbeit. Wir haben nicht viel Vertrauen.

Das klingt nach einer widersprüchlichen Situation. Auf der einen Seite wird die Trennung von Ökonomie und Politik überschritten, aber auf der anderen Seite gibt es einen schmalen Grat, was die Instrumentalisierung durch politische Parteien angeht.

Genau.

Welche Auswirkungen hatte das Scheitern der Mobilisierung 2010 für die sozialen Bewegungen und die Gewerkschaften?

Paradoxerweise war unser Resümee zunächst ziemlich positiv. In den letzten zwei Jahren wurden neue Themen in der Öffentlichkeit debattiert, z.B. die Notwendigkeit, den durch die Arbeit produzierten Wohlstand gerecht zu verteilen, oder die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern. Jenseits der Rentenfrage gab es eine starke Ablehnung der Globalisierung, und Fragen nach Alternativen kamen auf. Trotz unterschiedlicher Sichtweisen und Strategien haben es die französischen Gewerkschaften geschafft, ihre Einheit zu wahren und ihre Aktionen wurden verschiedenen Umfragen zufolge von einer Mehrheit der Bevölkerung unterstützt (ca. 70%). Diese Bewegung

hat das Bewusstsein über die Notwendigkeit von Zusammenschlüssen zwischen verschiedenen Teilen der Bevölkerung neu zum Leben erweckt und auch die Notwendigkeit von kollektiven Entscheidungen durch die AktivistInnen sowie von neuen Formen der Organisation und des Kampfes. Ich hoffe, dass sich dies auf kommende Kämpfe auswirkt. Die Streiks und Demonstrationen haben auch noch einmal gezeigt, wie wichtig es ist, Mobilisierungen vorzubereiten, Gegeninformationen zu produzieren und unsere Kommunikation zu koordinieren.

Eineinhalb Jahre später bin ich nicht mehr so sicher, ob sich die Ergebnisse der Bewegung so positiv bewerten lassen. Einfach deswegen, weil nun 18 Monate lang ziemlich wenig passiert ist, vor allem wegen der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2012. Solidaires hat die anderen Gewerkschaften kontaktiert und gesagt: »Nur weil diese Wahlen kommen, muss es keinen Stillstand geben im Land. Es ist notwendig, wieder zu mobilisieren.« Aber das war nicht möglich. Am 24. März 2012 haben wir selbst eine Demonstration organisiert, obwohl wir nur eine kleine Gewerkschaft sind. Wir hatten auch hier andere Gewerkschaften kontaktiert, aber sie haben entweder nicht geantwortet oder abgesagt. Also haben wir zu einer nationalen Demonstration an einem Samstag aufgerufen. Es war kein Streiktag, nur ein Aktionstag.

Unsere Position ist: Egal wie Wahlen ausgehen, der Druck der Straße muss aufrechterhalten werden. Die Wahl von Hollande zum Präsidenten hat keine Veränderung der Gesellschaft zur Folge. Alle wissen das. Wir müssen als Gewerkschaft darauf vorbereitet sein, ihn mit unseren Plänen zu konfrontieren. Aber die großen Gewerkschaften teilen unsere Strategie nicht.

Deine Kritik lautet, dass die großen Gewerkschaften Hollande gegenüber zu zahm sind und zu viele Kompromisse eingehen?

Die CFDT wird ohne jeden Zweifel sehr kompromissbereit sein, und die CGT möglicherweise auch. Ich schätze, dass die Strategien von CFDT und CGT im Warten bestehen wird. Sie werden Hollande für seine Vorhaben Zeit geben. Wir würden lieber sehr bald aktiv werden, um zu zeigen, dass es Druck von der Basis gibt. Die Regierung soll spüren, dass es von den Gewerkschaften und den ArbeiterInnen Druck gibt.

»In Portugal stellen die Prekären die Hälfte der Arbeiterklasse«

Deolinda Martin, Confederação Geral dos Trabalhadores Portugueses (CGTP), Portugal

Die Regierung in Portugal wurde von 2005 bis Juni 2011 von der Sozialistischen Partei (PS) gestellt. Was hat sich durch den Regierungswechsel zur Sozialdemokratischen Partei (PSD) geändert?¹

Zwischen beiden Regierungen gibt es keinen großen Unterschied. Es gab und gibt jeden Tag neue Maßnahmen, die zu mehr Armut und Ausbeutung führen. Wir verlieren so gut wie alles, was wir durch die Revolution 1974 gewonnen haben. Wir verlieren zum Beispiel wie alle Menschen in Europa den Wohlstand. Da die Löhne sehr niedrig sind,² gibt es kaum Zugang zu privater Gesundheitsvorsorge. Und daher ist es heute sehr schwierig, in Portugal zu leben. Viele junge Leute wandern aus – wie in den 1960er Jahren, als wir eine Diktatur hatten. Etwa 120.000 junge Menschen haben es schon getan. Sie sehen in Portugal keine Zukunft.

Wohin wandern sie aus?

Nach England, nach Deutschland – die meisten aber gehen in die ehemaligen portugiesischen Kolonien nach Afrika und China. Viele haben eine höhere Ausbildung und in Afrika und China werden Architekten, Ingenieure und Umwelttechniker gebraucht.

Du hast gesagt, dass die neue Regierung auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht anders ist als die vorherige Regierung ...

In der Wirtschaftspolitik gibt es keine Unterschiede, in der Sozialpolitik hingegen schon – die PS war vorsichtiger, was den Wohlfahrtsstaat betrifft. Sie hat ihn gegen die konservative Opposition verteidigt, also die PSD. Da die EU aber großen Druck ausgeübt hat, damit der Großteil des Wohlfahrtsstaates

¹ Die aus der Nelkenrevolution 1974 hervorgegangenen Parteien weisen ungewöhnliche Parteibezeichnungen auf. So bezeichnen sich die Konservativen als Sozialdemokratische Partei (PSD), während sich die SozialdemokratInnen Sozialistische Partei nennen. Links von dieser gibt es den Linksblock (BE) und die Kommunistische Partei (PCP), die beide ebenfalls im Parlament vertreten sind.

² Zwei Drittel der Arbeitenden verdienen unter 900 Euro im Monat.

privatisiert wird, gab es praktisch kaum Unterschiede zwischen den beiden großen Parteien. Die PS hat Widerstand geleistet, die PSD nicht.

Es gab drei Generalstreiks im Zusammenhang mit der Krise, einen im November 2010, einen weiteren im November 2011 und dann noch einen im März 2012.

Die ersten beiden Generalstreiks waren anders als der letzte. In den ersten beiden waren sich die zwei großen Gewerkschaftsverbände einig und die Menschen waren sehr wütend zu dieser Zeit. Außerdem konnten mit den Streiks verschiedene Kürzungen abgewendet werden, z.B. die Kürzung des Weihnachtsgeldes. Im Winter 2011/2012 hat die Gewerkschaft UGT jedoch eine Vereinbarung mit der Regierung unterzeichnet, auf deren Grundlage das Urlaubs- und Weihnachtsgeld gekürzt werden. Sie haben zugestimmt, dass fünf Urlaubstage gestrichen werden, dass das Arbeitslosengeld gekürzt und das Renteneintrittsalter heraufgesetzt wird. Daher konnte die Zusammenarbeit zwischen den beiden Gewerkschaftsverbänden nicht einfach weitergehen. Die CGTP, der ich angehöre, hat diese Vereinbarungen nicht unterschrieben. Wir haben die Verhandlungen abgebrochen und akzeptieren die Maßnahmen nicht.

Das heißt, mit dem ersten Generalstreik konnten diese Kürzungen zunächst aufgehalten werden?

Mit den beiden Generalstreiks konnten wir die Verlängerung der Wochenarbeitszeit verhindern – und einige andere Maßnahmen. Sie waren also erfolgreich. Die UGT hat den zunächst verhinderten Maßnahmen aber schließlich doch zugestimmt.

Was waren die Gründe oder Motive dafür?

Das hat mit dem Druck der Troika zu tun. Die UGT ist mit der Sozialdemokratie verbunden. Deren Strategie ist es, die Auflagen der Troika zu erfüllen, damit die verschuldeten Staaten weiter mit Geldern aus den Rettungsfonds versorgt werden.

Und was war mit dem letzten, dem dritten Generalstreik?

Im Januar 2012 gab es einen Kongress der CGTP und am 11. Februar eine sehr große Demonstration in Portugal, bei der viele ArbeiterInnen auf der Straße waren. Daher dachte die CGTP, dass die Bedingungen für einen Generalstreik gegeben sind. Aber das war nicht so, weil wir alleine ohne die UGT in diesen Generalstreik gingen. Und während der Mobilisierung für diesen Streik hat die Troika ein Paket verhandelt, dass die Verlängerung der Ar-

beitszeit beinhaltete. Die PortugiesInnen reagieren dann, wenn die Dinge klar sind. Diese Situation war verwirrend. Zudem war die Zeit für die Vorbereitung des Generalstreiks sehr kurz. Wir hatten nur drei Wochen Zeit und keine Gelegenheit, mit allen Teilen der Gesellschaft Gespräche zu führen. Es gab viele Treffen mit sozialen Bewegungen, mit den Bewegungen der Prekären, der Katholiken, mit Organisationen aus den Stadtteilen. In so kurzer Zeit konnte nicht hinreichend mobilisiert werden.

Angesichts der fortlaufenden Verhandlungen der Regierung mit der Troika war dies also ein schlechter Zeitpunkt. Wie sah es mit der Beteiligung aus? Sie war viel niedriger als bei den vorangegangenen Generalstreiks. Etwa 20% der portugiesischen ArbeiterInnen haben teilgenommen. Die Sichtbarkeit des Streiks wurde durch die Arbeitenden im öffentlichen Verkehr gewährleistet, da sie ihre Arbeit komplett eingestellt hatten.

Und wie war die Beteiligung im November 2011?

Damals beteiligten sich etwa 60% der arbeitenden Bevölkerung. Das ist eine sehr gute Zahl für einen Generalstreik. Beim ersten Generalstreik nahmen sogar 70% teil. Bei beiden Generalstreiks gab es viele Demonstrationen im ganzen Land.

Entscheidender Druck für den Widerstand in Portugal kommt aus den sozialen Bewegungen – von den Empörten, der Bewegung des 12. März³ und vom Mayday.⁴ Diese Kräfte sind von großer Bedeutung für die Prekären und für die gewerkschaftlich Organisierten. Sie haben zu sehr großen Demonstrationen mit mehreren hunderttausend TeilnehmerInnen aufgerufen. Im März 2011 waren es 800.000, im Oktober 2011 mit 500.000 nicht mehr ganz so viele.

Diese Bewegung ist sehr wichtig, da sie die Menschen repräsentiert, die sich nicht mit den etablierten politischen Akteuren identifizieren. In dieser Bewegung gibt es auch viele junge Leute, die Mitglieder politischer Parteien sind. Das ist natürlich ein Widerspruch – die Bewegung hat UnterstützerInnen aus linken, sozialdemokratischen und rechten Parteien. Aber wenn sie auf die Straße gehen, dann sind sie gegen die Krise, nicht gegen eine be-

³ Die portugiesische Mobilisierung der Prekären am 12. März 2011 ging der Bewegung 15M in Spanien, den Indignados oder Empörten, voraus. Diese begann erst am 15. Mai 2011. Die portugiesische Bewegung war also ein wesentlicher Anstoß für die Bewegung in Spanien.

⁴ EuroMayday ist eine europaweite Bewegung der Prekarisierten, die vor allem zwischen 2005 und 2010 europaweit alternative Demonstrationen am 1. Mai organisiert hat, siehe www.euromayday.org.

stimmte politische Maßnahme. Daher sind wir als Gewerkschaft in dieser Bewegung aktiv und bilden Brücken innerhalb von ihr. In Portugal stellen die Prekären die Hälfte der Arbeiterklasse; 30% der LehrerInnen sind prekär. Wenn diese Leute nicht in die Gewerkschaften kommen, dann gibt es keine Zukunft für die Gewerkschaften; sie müssen diese Leute integrieren. In den letzten zehn Jahren haben wir bereits viele von ihnen aufgenommen; wir haben darin also Erfahrung. Es gibt eine spezielle Kommission, die sich kontinuierlich mit den Problemen von Prekären auseinandersetzt. Die LehrerInnen hatten zum Beispiel kein Anrecht auf Arbeitslosengeld. Dafür haben wir einen Kampf organisiert, und nun haben sie dieses Anrecht. Väter und Mütter hatten kein Recht auf Vaterschafts- und Mutterschaftsunterstützung. Wir haben gekämpft, nun haben sie es. Es gab Kämpfe gegen die befristeten Verträge, nun haben die LehrerInnen das Recht auf einen unbefristeten Vertrag. Diese Kämpfe sind sehr wichtig. Wenn die Prekären nicht ins System des Wohlfahrtsstaates einzahlen, dann wird kein Geld für ihre Renten da sein. Und wenn sie für geringe Löhne arbeiten, wird mit der Zeit auch der Lohn der Festangestellten sinken. Die Tendenz geht hin zu schlechteren Bedingungen.

Gab es bei den Protesten eine Zusammenarbeit zwischen den sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften?

Manchmal gibt es in diesen Bewegungen große politische Differenzen zwischen rechten und linken Tendenzen. Wenn wir als Gewerkschaften einen Streik oder eine Demonstration organisiert haben, haben wir immer Kontakte mit den Bewegungen aufgenommen. Wir versuchen, sie in unsere Kämpfe mit einzubeziehen.

Wie würdest Du angesichts dieser Mobilisierungen und der ökonomischen Situation die generelle Stimmung in der Bevölkerung beschreiben?

Unsere Bevölkerung lebte 48 Jahre lang in einer Diktatur. Es gibt also starke kulturelle Prägungen, die Leute daran hindern, gegen etwas zu kämpfen. Es gibt viel Passivität, aber wir versuchen, die Leute trotzdem zu mobilisieren. Sie sehen, dass die Menschen in Griechenland sehr viel kämpfen. Die PortugiesInnen bewundern die GriechInnen deswegen. Um dies zu ändern, sagt die portugiesische Regierung jeden Tag: »Wir sind nicht Griechenland«.

Aber ist es nicht paradox, die GriechInnen einerseits zu bewundern und gleichzeitig passiv zu bleiben?

Für die Menschen in Portugal sind die internationalen Ereignisse sehr wichtig, sie orientieren sich stark daran. Die Mobilisierung im Oktober 2011 war

sehr wichtig, da diese Demonstration im Rahmen eines globalen Aktionstages stattgefunden hat. An diesem Tag war die Beteiligung sehr gut, und deswegen denke ich, dass es eine internationale Koordination für diese Proteste geben sollte.

In Griechenland ist eine nationalistische Interpretation der Eurokrise recht einflussreich. Gibt es ähnliche Tendenzen in Portugal?

Nein, in Portugal denken alle, dass die Krise eng mit den Maßnahmen der letzten PS-Regierung im Zusammenhang steht. Es gibt ein verbreitetes Denken, dass noch aus der Zeit stammt, als Portugal eine Seefahrernation war: Wenn man etwas verlangt hat, muss man dafür bezahlen. Aber das bedeutet nicht, dass wir diese Schulden akzeptieren. Es gibt eine Bürgerinitiative für ein Schuldenaudit, die sehr genau die Zusammensetzung der Schulden aufzeigt. Dabei waren zahlreiche linke und auch sozialdemokratische ÖkonomenInnen beteiligt. Es ist erkennbar, dass die öffentlichen Schulden niedrig sind, die privaten Schulden sehr hoch. Und bei diesem Anstieg spielt die Immobilienpolitik eine sehr große Rolle.

Gibt es Erfolge der radikalen Rechten?

Wir haben viele EinwandererInnen in Portugal und in Krisensituationen ist es immer einfach, ihnen die Schuld zu geben. Das passiert auch. Es gibt eine Stimmung in diese Richtung, aber es gibt keine organisierte politische Strömung. Ich denke, dass eine politische Organisation aus diesem Spektrum entstehen wird, aber diese Strömung ist noch sehr schwach.

Wie ist die Situation der linken Parteien, der Kommunistischen Partei Portugals (PCP) und des Linksblocks? Warum war die PCP stabil bei den letzten Wahlen, der Linksblock jedoch nicht?

Ich bin Mitglied beim Linksblock. Einige Jahre bevor sich der Linksblock als Partei formiert hatte, war ich Mitglied der PCP. Die PCP ist eine sehr alte Partei, die auf ihre traditionelle Arbeit mit den Gewerkschaften konzentriert ist. Daher ist sie sehr stabil. Zurzeit brauchen die Menschen Stabilität als Bezugspunkt für ihren Kampf und diese Aufgabe hat die PCP sehr gut erfüllt. Der Linksblock hat versucht, sich auf andere Weise innerhalb der Linken zu verorten. Er ist entstanden, da viele mit der ziemlich in sich geschlossenen PCP unzufrieden waren. Es gab viele gesellschaftliche Fragen, mit denen sich die PCP nicht befasst hat: mit den Problemen von Schwulen und Lesben, dem Feminismus und der Fremdenfeindlichkeit. Der Linksblock hat viele SozialistInnen angesprochen, die mit der PS nicht zufrieden waren, und viele kleine linke Parteien haben dort ihren Platz gefunden. Aber der

Linksblock hat zwei große Fehler gemacht: Der erste bestand darin, dass er den Kandidaten der PS für die Präsidentschaftswahlen unterstützt hat. Der zweite war, dass er ein paar Tage später im Parlament Einspruch gegen die PS-Regierung erhoben hat. Für diese widersprüchliche Politik haben wir sehr hart bezahlen müssen. Wir haben die Hälfte unserer Sitze im Parlament verloren, und es wird in Zukunft für den Linksblock sehr schwierig werden.

»Es scheint, als ob mit dem Streik eine vereinte Bewegung entstanden ist«

Nuria Montoya, Comisiones Obreras (CC.OO),
Katalonien/Spanien

Wie verliefen die letzten beiden Generalstreiks im September 2010 und im März 2012? Waren die Mobilisierungen erfolgreich, gab es konkrete Erfolge und wie schätzt Du die politische Dynamik ein?

Beide Streiks waren erfolgreich, der zweite mehr noch als der erste. Die Branche mit der höchsten Beteiligung war die Industrie. 82% der arbeitenden Bevölkerung haben gestreikt, beim Streik davor waren es 70%. Der konkrete Erfolg des Streiks kann an der Höhe des Stromverbrauchs abgelesen werden. Beim letzten Streik ist dieser um 30% gesunken, obwohl die meisten Kommunen angeordnet hatten, das Straßenlicht den ganzen Tag brennen zu lassen, nur um den Stromverbrauch anzuheben. An den Zahlen und der Beteiligung gemessen war der Streik also sehr erfolgreich. Aber er war auch deshalb ein Erfolg, weil wir es geschafft haben, das ganze Land im Protest zusammenzubringen. Zum ersten Mal seit langer Zeit haben wir stabil und vertrauensvoll mit den sozialen Bewegungen und den Vereinen in der Nachbarschaft und an den Arbeitsplätzen zusammengearbeitet. Es scheint, als ob mit dem Streik eine vereinte Bewegung entstanden ist – mit der Aussicht auf eine weitere künftige Zusammenarbeit.

Was konkrete Resultate angeht, ist der Streik nicht so leicht zu analysieren, da die Regierungen ihren politischen Kurs nicht geändert haben. Als vor ein paar Jahren Streiks stattfanden, änderte die Regierung die streikauflösenden Maßnahmen. Aber nun haben wir in Katalonien und in Spanien »Merkozy«-freundliche Regierungen. Sie folgen Schritt für Schritt dem, was ihnen die Europäische Kommission, der IWF und die EZB vorschreiben. Allerdings haben sie bei den Regionalwahlen in Andalusien am 25. März 2012 Stimmen verloren. Es galt als sicher, dass die rechte Partido Popular (PP, »Volkspartei«) gewinnt. Sie hat die Wahlen aber verloren, was mit dem Streik zusammenhing, der nur ein paar Tage später stattfand. Die sozialistische Partei (PSOE) hat eine Vereinbarung mit der Vereinigten Linken (IU) getroffen, um eine Regierung der PP zu verhindern. Sie haben sich geeinigt, ihre Ergebnisse zu addieren und zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass die Bevölkerung bekommt, was sie will: eine linke und nicht eine rechte Regierung.

Die Demonstrationen am Streiktag waren mit 800.000 TeilnehmerInnen in Barcelona, 700.000 in Madrid und 400.000 in Valencia sehr groß. Es war eine große Zahl an BürgerInnen, die in der Öffentlichkeit zeigten, dass sie die Regierungspolitiken ablehnen, und dass sie den Kampf um ihre Rechte nicht aufgeben. Die Demonstrationen an Streiktagen sind üblicherweise die größten Demonstrationen. Aber selbst am 1. Mai, einen Monat nach dem Generalstreik, haben in Barcelona 150.000 Leute demonstriert, was die größte 1. Mai-Demonstration der letzten zehn Jahre war. Ich denke, dass wir etwas begonnen haben, was weitergehen kann und eine nachhaltige und sich verstärkende Mobilisierung gegen den Sozialabbau und die neoliberalen Politik ermöglicht.

Warum gab es nach dem ersten Generalstreik im September 2010 für eine längere Zeit keinen weiteren Generalstreik – auch angesichts dessen, dass die Krise in Spanien recht einschneidende Folgen hatte?

Es ist nicht so, dass auf den ersten Streik nichts gefolgt wäre. Wir haben eine kontinuierliche Mobilisierung von 2009 bis in die Gegenwart sichergestellt. Zwischen den beiden Generalstreiks gab es viele Demonstrationen, viele Streiks in den Unternehmen und an den Arbeitsplätzen. Diese Streiks stehen natürlich stärker mit Tarifverhandlungen in Zusammenhang als mit der allgemeinen Situation, aber wir haben entschieden, dass wir die Bewegung aufrechterhalten müssen. Unsere Analyse war, dass wir nicht die Kraft haben, dauerhaft Generalstreiks durchzuführen wie in Griechenland. Wir versuchen, Leute zusammenbringen, Kräfte zu sammeln und zu akkumulieren, da erfolgreiche Aktionen die Leute stärker motivieren. Das macht es für sie einfacher, bei der nächsten Aktion mitzumachen. In den letzten Jahren gab es gar keinen Generalstreik – und nun hatten wir zwei in nur 15 Monaten. Es ist wichtig, dass der nächste Generalstreik schneller kommt als der letzte: Wir wollen die Bewegung systematisch aufbauen und versuchen, den Leuten zu ermöglichen, in dem Rhythmus zusammen zu arbeiten, der für sie gerade möglich ist.

Heißt das, dass es Mobilisierungen in bestimmten Branchen zwischen den beiden Generalstreiks gab?

In der Metallbranche in Katalonien haben die UnternehmerInnen entschieden, nicht den korrekten Lohn zu bezahlen, obwohl es Tarifverträge gab. Es gab monatelang große Mobilisierungen, um die UnternehmerInnen dazu zu bringen, sich an die vereinbarten Löhne zu halten. In der Provinz Barcelona ist die Metallindustrie die größte Branche, da es dort viele Betriebe der Automobilindustrie gibt. VW ist dort. Ich habe für einen Zuliefererbe-

trieb gearbeitet, der an VW liefert. Dies war für uns eine sehr wichtige Mobilisierung.

Kannst Du etwas über die Auseinandersetzungen im Gesundheitsbereich sagen?

In Katalonien gab es im November 2010 einen Regierungswechsel von einer sozialistischen hin zu einer konservativen Regierung. Die neue Regierung hatte eine Pionierrolle innerhalb des spanischen Staats, was Kürzungen im Sozialbereich angeht. Zuerst wurde im Gesundheitssystem gekürzt und dann bei der Bildung. Bei der Gesundheitsversorgung waren zuerst die Gesundheitszentren in den Stadtteilen betroffen: Einige wurden geschlossen, bei anderen wurden die Öffnungszeiten eingeschränkt. Viele sind nun zum Beispiel am Wochenende geschlossen. In einigen Gegenden in Katalonien muss man nun am Samstag oder Sonntag viele Kilometer zurücklegen, um einen Arzt zu erreichen. Bei den Krankenhäusern haben sie einige Stationen geschlossen und danach für symbolische Preise an private Dienstleister verkauft. Zur Begründung wurde auf das Haushaltsdefizit verwiesen, obwohl sie die Steuern gekürzt haben statt sie zu erhöhen.

Es war allen bewusst, dass sie das öffentliche Gesundheitssystem demontieren. Die ArbeiterInnen in diesem Sektor begannen mit der Mobilisierung. Sie haben zwei Jahre lang jede Woche demonstriert – zeitweise wurden auch Straßen blockiert. Dabei haben sie mit den Vereinen in den Stadtteilen zusammengearbeitet, da die Kürzungen direkte Auswirkungen auf die medizinische Versorgung in den Stadtteilen haben. Einmal im Monat gibt es Demonstrationen, die gemeinsam von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, sozialen Organisationen und Nachbarschaftsvereinen organisiert werden, um auf die Probleme in diesem Bereich hinzuweisen. Dasselbe passiert im Bildungsbereich. Dort gibt es einmal in der Woche einen Kampf- und Aktionstag, der der »gelbe Tag« genannt wird: Jeder trägt ein gelbes T-Shirt – die SchülerInnen, die LehrerInnen, die anderen ArbeiterInnen im Bildungsbereich, die GewerkschafterInnen. Denn mit diesen Kürzungsmaßnahmen wird die Zukunft einer ganzen Generation verspielt.

Das heißt, es gab bereits vor der Bewegung der Empörten, die am 15. Mai 2011 begann, kontinuierliche Aktionen. Ist die Mobilisierung nach dem globalen Aktionstag im Oktober 2011 etwas zurückgegangen?

Es ist schwierig, die gleiche Intensität der Mobilisierungen aufrechtzuerhalten. Im Herbst war es deswegen schwierig, da es zu dieser Zeit viele Urlaubstage gibt und im Dezember kommt Weihnachten dazu. Nach den Sommerferien dauert es fast einen Monat, bis alle wieder an ihren Arbeitsplätzen

sind. Daher ist es sinnvoller, die Mobilisierungen für den Rest des Jahres einzuplanen und den Leuten auch mal eine Pause zu gönnen.

Würdest Du sagen, dass die Bewegung der Empörten den Gewerkschaften den nötigen Schwung gegeben hat, um den Generalstreik im Frühjahr 2012 durchzuführen – obwohl sie im Herbst und Winter 2011 zurückgegangen ist?

Die Bewegung der Empörten ist eine besondere Bewegung, da sie nicht in dem Sinne organisiert ist, wie wir es kennen. Sie ist auch sehr unterschiedlich je nachdem, wo man sie antrifft. An einigen Orten ist sie heute stärker aktiv, an anderen Orten ist die Beteiligung etwas zurückgegangen. Sie befindet sich jetzt auf einer neuen Aktivitätsstufe, weil sie vor allem in den Stadtteilen arbeitet. Sie hat begonnen, mit den Vereinen, Kulturvereinen und Organisationen in den Stadtteilen zu arbeiten, aber in gewisser Weise pflegt sie ein Misstrauen gegenüber Organisationen. Zwar weniger als zuvor – wir haben es geschafft, zusammenzuarbeiten –, aber es bleibt ein gewisses Misstrauen. Die Bewegung war zunächst eine Reaktion derer, die gar keine Hoffnung haben. Sie waren sehr wütend, natürlich aus gutem Grund. Und wir waren auch sehr wütend. Als die Bewegung der Empörten begann, beteiligten sich GewerkschafterInnen sehr stark. Sie waren als Individuen dabei, da Organisierte zu Beginn als Teil des Problems betrachtet wurden und nicht als Teil der Lösung. Das ändert sich langsam. Wir können als Gewerkschafter Teil der Lösung sein, weil wir wie sie sind. Wir sind normale Menschen mit ernstern Problemen, und wir wollen sie lösen. Daher ist es notwendig, dass wir zusammenarbeiten.

Die Verbindung der Bewegung der Empörten zum Generalstreik besteht darin, dass diese Bewegung einigen Leuten geholfen hat zu realisieren, dass die Jahre der Sozialpartnerschaft vorbei sind. In diesem Sinne war die Bewegung sehr hilfreich. Aber ich bin mir nicht sicher, ob die Bewegung direkt damit zusammenhängt, dass wir zwei Generalstreiks in relativ kurzer Zeit hatten. Ich denke, sie hat dazu beigetragen, ist aber nicht der Hauptgrund. Die Empörten sind nicht sehr aktiv in Bezug auf Fragen, die die Arbeit betreffen. Man muss vor Augen haben, dass die meisten von ihnen Arbeitslose sind, die niemals einen festen Job hatten. Daher haben viele eine andere Perspektive auf Arbeitsthemen als wir. Die Maßnahmen, die die Regierung aktuell vorantreibt, sind auch ein Grund für den Generalstreik. Das betrifft zum Beispiel die jüngsten Veränderungen im Arbeitsrecht – die ArbeitgeberInnen können dich ohne Begründung innerhalb des ersten Jahres deines Arbeitsvertrags kündigen. Wenn man auf solche Maßnahmen nicht reagiert, wird man es nie tun.

Das bedeutet, dass der Generalstreik auf eine eigene Dynamik zählen konnte, die nicht so stark von der Bewegung der Empörten abhing ...

Genau. Im Rahmen des Generalstreiks haben wir sehr eng mit den Empörten in den Stadtteilen zusammengearbeitet und die Stadtteilkomitees mit einer Infrastruktur versorgt. Es ist eine Tradition, dass bei einem Generalstreik Nachbarschaftskomitees gegründet werden, die der Weitergabe von Informationen über den Generalstreik und über die Auswirkungen der Maßnahmen der Regierung dienen. Außerdem sollen sie dazu beitragen, die Stadtteile am Streiktag lahmzulegen – also sicherzustellen, dass kleine Läden schließen und der öffentliche Nahverkehr nicht fährt usw. Die Zusammenarbeit war hier sehr eng; die Empörten hatten seit Monaten nach einem Generalstreik verlangt. Sie hatten aber keine Möglichkeiten, mit den ArbeiterInnen an den Arbeitsplätzen Kontakt aufzunehmen. Wir brauchen uns gegenseitig: Wir brauchen ihre Kraft, wir brauchen ihre Ideen bezüglich Mobilisierungen und Aktionen – und sie brauchen unsere Kontakte zu den ArbeiterInnen. In diesen Situationen wird jeder gebraucht.

Die Herrschenden scheinen keine wirkliche Strategie zur Lösung der Krise auf europäischer Ebene zu haben.

Ich denke, das Kernproblem ist, dass die Herrschenden nur einen Weg aus der Krise sehen: die Privatisierung des Wohlfahrtsstaates. Sie brauchen unbedingt einen neuen profitablen Sektor – und das, was heute noch öffentlich ist, ist ein Bereich, aus dem sie jetzt noch keinen Profit schöpfen können. Die Privatisierung des Gesundheitssektors, der Bildung, der Pflege, der Eisenbahn, einfach von allem, ist eine neue Gelegenheit, Profit zu machen. Ich denke, dass die Herrschenden damit falsch liegen. Wenn versucht würde, auf diese Weise Gewinn zu machen, wäre weltweit die Party vorbei.

Europaweit ist seit dem Ausbruch der Krise eine Zunahme staatlicher Repression gegen Sozialproteste zu beobachten. Trifft dies auch auf Spanien zu?

Ja, definitiv. Die Reaktion der Polizei, der RichterInnen und der Regierung nach dem Generalstreik war, dass sie versucht haben, die Bewegung zu kriminalisieren. Sie haben uns als die »Anderen« dargestellt – als die, die sich vom Rest der Bevölkerung unterscheiden. Aber als wir am Tag des Generalstreiks alle zusammen demonstriert haben – die Empörten, die sozialen Bewegungen, die Gewerkschaften, die linken Parteien –, da haben sie gemerkt, dass wir es sehr ernst meinten. Sie haben entschieden, dass sie Leute ins Gefängnis bringen müssen, dass sie unsere Rechte einschränken müssen, auch wenn das bedeutet, dass sie die Verfassung verletzen. Wenn darüber gesprochen wird, das Versammlungsrecht einzuschränken, dann

läuft etwas falsch. Es ist keine Bedrohung der Demokratie, dass Menschen in der Öffentlichkeit miteinander sprechen, sondern eine notwendige Bedingung für eine gesunde Demokratie.

Es gab also ein hohes Niveau der Repression beim Generalstreik?

Ja. Es begann damit, dass zwei Studierende 37 Tage im Gefängnis waren. Ihnen wurde vorgeworfen, sie hätten öffentliches Eigentum wie Mülltonnen verbrannt, was aber nicht stimmte. Sie sind Mitglieder der CC.OO; sie nahmen an unseren Streikposten teil. Sie wurden festgenommen, bevor diese Dinge passierten. Aber was am schlimmsten ist: Selbst wenn es wahr wäre, ist es nicht gerechtfertigt, jemanden für 37 Tage ins Gefängnis zu stecken, weil er eine Mülltonne angezündet haben soll. Etwa 100 Leute wurden beim Generalstreik verhaftet. Einige davon wurden mit Kameras dabei aufgenommen, als sie solche Dinge gemacht haben, und sie wurden wieder auf freien Fuß gesetzt. Diejenigen, die im Gefängnis bleiben mussten, waren Mitglieder organisierter Gruppen. Es war also ein selektives Vorgehen. Die Organisierten kamen nicht nur aus den Gewerkschaften – es waren zwei Gewerkschafter dabei, aber sie mussten nur für zwei Tage in Haft bleiben –, es waren auch Mitglieder der sozialen Bewegungen. Es wurde deutlich, dass der Feind die organisierte Bewegung ist. Diejenigen, die mit der Bewegung nur lose verbunden sind, sind kein Problem für sie. Aber diejenigen, die zur politischen Arbeit fähig sind und dazu, eine Antwort zu formulieren, die sind ein Problem.¹

Wie würdest Du angesichts der Regierungsmaßnahmen und der für eine lange Zeit sehr großen Mobilisierungen die Stimmung in der Bevölkerung beschreiben?

Das ist schwierig zu sagen, da die Stimmung sehr polarisiert ist. Es gibt einige Leute, die die konservativen Parteien gewählt haben und sich nun betrogen fühlen. In den Parteiprogrammen findet sich nichts zu Sozialabbau, so wie er jetzt durchgeführt wird. Schlimmer noch: Sie machen jetzt das Gegenteil von dem, was sie gesagt haben. Wir waren zwar sicher, dass die Konservativen das tun würden, was sie jetzt tun, aber ein Teil der Bevölkerung hat ihnen geglaubt. Ein anderer Teil hat sich nichts erhofft und hat entschieden, sich zu engagieren. Und ein kleiner Teil ist offensichtlich sehr zufrieden damit, dass die PP nun regiert und das tut, was seinen Interes-

¹ Laut einer Meldung vom 30. August 2012 wurden bis dahin insgesamt 114 Personen wegen des Generalstreiks am 29. März festgenommen, siehe: www.lahaine.org/index.php?p=63668.

sen entspricht und das Leben des Rests der Bevölkerung zerstört. Diese Mischung provoziert eine Protestreaktion. Die aktuelle Bewegung kann man nicht verstehen, wenn man nicht auch an die Leute denkt, die nicht die Regierungsparteien gewählt haben. Aber einige Leute fühlen sich betrogen und verarscht. Dazu kommt, dass die PSOE, die vorher in der Regierung war, mehr oder weniger dieselbe Wirtschaftspolitik gemacht hat. Nun ist sie entschieden gegen diese Politik. Das führt der Bewegung neue Kräfte zu: Die AnhängerInnen der PSOE sind jetzt auch dabei, da ihre Partei gegen die Maßnahmen ist.

Es gibt großen Frust bei den Leuten, die die PP gewählt haben. Interessant ist ja die Rolle der PSOE, die gegen die Politik antritt, die sie kurz zuvor in der Regierung noch vertreten hat.

Das ist natürlich ein Widerspruch, da die PSOE jetzt gegen Maßnahmen ist, die sie selber vorher durchgesetzt hat. Dieser Widerspruch wird jedoch eher vom Rest der Bevölkerung gesehen, nicht so sehr bei den Mitgliedern dieser Partei – deshalb, weil die Parteibasis gegen die Regierungsmaßnahmen ihrer Partei war. Wenn man mit PSOE-Mitgliedern spricht, vielleicht mit NachbarInnen oder FreundInnen, dann sind deren Meinungen fast genau die gleichen wie unsere. Sie leiden an den Folgen dessen, was ihre Partei gemacht hat, und sie waren sehr enttäuscht. Nun sind sie froh, dass ihre Partei ihre Meinung geändert und begonnen hat, eine neue Politik zu entwickeln. Es ist eher für den Rest der Bevölkerung schwierig, der PSOE zu glauben, als für ihre Mitglieder. Diese erleben den Richtungswechsel eher als Rückkehr zu den Ursprüngen der Partei. Die PSOE hat bei den letzten Wahlen auch deswegen so viele Stimmen verloren, weil ihre eigenen Mitglieder sie nicht gewählt haben. Sie wollten aus emotionalen Gründen, aus Stolz, nicht aus der Partei austreten. Aber die PSOE wird immer noch von einem Großteil der Bevölkerung als unglaublich angesehen, und diese Leute werden sie bei den nächsten Wahlen nicht wählen. Dennoch gewinnt sie Stück für Stück ihre eigenen Leute zurück.

Wie würdest Du das Verhältnis der Gewerkschaften zur PSOE beschreiben – sowohl als diese an der Regierung war, als auch jetzt?

Bei den großen Gewerkschaften sind die meisten Mitglieder mit den linken Parteien verbunden, aber es gibt auch einige mit sozialdemokratischem und konservativem Hintergrund. Aber was das Verhältnis zur PSOE als Partei angeht: Das Verhältnis war schwierig, da die sozialistische Regierung versprochen hatte, keine neoliberalen Maßnahmen zu ergreifen. Sie hatten versprochen, keine Sozialkürzungen vorzunehmen, das Arbeitsrecht nicht zu ändern

und die ArbeiterInnen nicht für die Krise bezahlen zu lassen. In dem Moment, als die Finanzmärkte mit ihren Angriffen auf Spanien begannen und die EU-Kommission und ähnliche Institutionen sehr lautstark Forderungen an Spanien stellten, kam es zu einer vollständigen Kehrtwende. Sie machten das Gegenteil von dem, was sie versprochen hatten. Daher gab es nur kleine Ansätze für einen Dialog. Für uns als Gewerkschaft ist das Prinzip der politischen Autonomie wichtig: Wir haben zu allen Parteien im Land Beziehungen, aber wir sind nicht der Transmissionsriemen einer bestimmten Partei oder Bewegung. Wir haben nicht vollkommen mit der PSOE gebrochen – es gab noch einen geringfügigen Kommunikationsfluss, aber mit dem Dialog war es vorbei. Heute ist das Verhältnis besser als zu der Zeit, als sie zuletzt an der Regierung waren. Aber es ist kein sehr gutes Verhältnis, da wir immer noch unter den Folgen ihrer Regierungstätigkeit leiden.

Wie siehst Du die Rolle der Partei der Vereinigten Linken (IU)?

Zuletzt hat sich unser Verhältnis zu dieser Partei verbessert. Unsere politischen Ansichten und unsere Ansichten zu sozialen und ökonomischen Rechten sind sehr ähnlich; unsere Positionen als Gewerkschaft sind durch die IU eher im Parlament vertreten als durch andere Parteien.

In Griechenland werden die Konflikte in der Eurokrise sehr stark in nationalistischen Begriffen interpretiert. Dort wird der Rassismus stärker und offener artikuliert; rechtsradikale Parteien erhalten sehr viele Stimmen. Gibt es in Spanien eine vergleichbare Dynamik?

In Spanien werden diese Auseinandersetzungen zurzeit vor allem als Klassenauseinandersetzungen gesehen und nicht als Auseinandersetzungen um nationale Fragen. Auch der Rassismus ist gegenwärtig kein großes Problem. Wir haben sechs Millionen Arbeitslose, und es gibt keine Ausschreitungen gegen EinwanderInnen. Vielleicht, weil die EinwanderInnen auch sehr stark unter Arbeitslosigkeit und den Folgen der Krise leiden. Aber es gibt in Spanien auch einen Unterschied zu den meisten europäischen Ländern: In Spanien sind die Rechtsradikalen in der PP; in anderen europäischen Ländern gibt es rechtsradikale Parteien. Die PP hat gewissermaßen zwei Seelen. Die eine ist eine zivilisierte Rechte, die andere besteht in einen wachsenden Teil der Mitgliedschaft, der sich mehr oder weniger aus rechten Hooligans rekrutiert. Und ich meine damit hohe Verantwortliche der Partei. Die Bürgermeisterin von Madrid, Esperanza Aguirre, gehört zum »Berg«, dem rechten Flügel der Partei. Letzte Woche hat sie dazu aufgerufen, GewerkschafterInnen zu schlagen und ein solches Verhalten als vorbildhaft für spanische BürgerInnen bezeichnet.

Du meinst, sie hat zu körperlicher Gewalt gegen GewerkschafterInnen aufgerufen?

Ganz genau! Das sind Verhaltensweisen von Mitgliedern der PP, die vielleicht nicht so bekannt sind. Es ist sehr hart, jeden Tag mit den Drohungen dieser Leute zu leben, die über direkte Verbindungen zu den lokalen und regionalen Regierungen und zur Nationalregierung verfügen.

Durch die Integration des größten Teils der radikalen Rechten in der PP gibt es also wenig Raum für eine rechte Protestpartei gegen das Establishment?

Ja, die kleineren rechten Parteien sind nicht sehr erfolgreich.

»Es ist leichter, Steine zu schmeißen, als unseren Arbeitsplatz dicht zu machen«

Olga Karyoti, Verband der ÜbersetzerInnen, RedakteurInnen, KorrekturleserInnen (SMED) – Σωματείο Μεταφραστών, Επιμελητών Διορθωτών (ΣΜΕΔ), Griechenland

In welcher Weise ist Griechenland von der Krise betroffen?

Sparmaßnahmen stehen bereits seit Mitte der 1980er Jahre im Zentrum der politischen Diskussion in Griechenland. Der Unterschied zu heute ist, dass sie jetzt mit der Drohung des Staatsbankrotts ein gigantisches Ausmaß angenommen haben. Zwischen den 1980er Jahren und den frühen 2000er Jahren konnten einige soziale Schichten wie das Kleinbürgertum und die besser bezahlten Fraktionen der Arbeiterklasse ihre Situation verbessern. Im Ganzen hat die Arbeiterklasse in den letzten 30 Jahren keine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen erfahren. Der Anstieg der Produktivität war viel höher als der Anstieg der Löhne. In den späten 1990er und frühen 2000er Jahren war es jedoch sehr leicht, Kredite und Kreditkarten zu bekommen. Mit den aktuellen und weiterhin anstehenden Lohnsenkungen und der steigenden Arbeitslosigkeit werden fast alle ArbeiterInnen mit Verarmung und Elend konfrontiert. Außerdem werden die Kürzungen bei öffentlichen Ausgaben für Gesundheit, Renten und Bildung massiver, die Besteuerung wird in vielen Formen ausgedehnt, es werden sogar »poll taxes« eingeführt – all dies trägt dazu bei, dass die Kosten des täglichen Lebens von kaum jemand mehr aufgebracht werden können. Selbstmorde aus wirtschaftlichen Gründen sind keine Seltenheit.

Wie reagiert die Gewerkschaft auf die Krise?

Unsere Gewerkschaft der ÜbersetzerInnen, RedakteurInnen und KorrekturleserInnen ist eine sehr junge Organisation, die vor etwa zwei Jahren gegründet wurde. Wir sind nicht mit einer politischen Partei verbunden, was in Griechenland relativ selten ist. Wir vertreten prekäre ArbeiterInnen. Unser Bereich ist sehr fragmentiert, die meisten von uns arbeiten zu Hause, sodass wir nur über das Internet miteinander in Kontakt stehen. Die Mehrheit ist selbständig, was zur Folge hat, dass uns das griechische Arbeitsrecht denselben Status gibt wie unseren ArbeitgeberInnen. Wir müssen unsere Krankenversicherung selber bezahlen. Daher werden unsere Versicherungsbeiträge nicht anhand der Höhe des Einkommens berechnet, sondern daran,

wie lange wir schon selbständig arbeiten. Die Konkurrenz zwischen uns wird größer, zugleich wird die Bezahlung schlechter und die Unternehmen verzögern ihre Zahlungen monatelang, manchmal sogar jahrelang. Es gibt junge KollegInnen, die es akzeptieren, ohne Lohn zu arbeiten. Sie kalkulieren damit, eine Qualifikationsmaßnahme im Übersetzungsbereich zu absolvieren, während die Unternehmen die Produkte ihrer Arbeit ganz regulär verkaufen. Da wir zerstreut arbeiten und als individuelle UnternehmerInnen behandelt werden, können wir keinen Streik organisieren. Die Gewerkschaft vertritt keine ÜbersetzerInnen, RedakteurInnen und KorrekturleserInnen, die in irgendeiner Weise ihre KollegInnen anstellen.

Unsere Gewerkschaft vertritt die Mitglieder in Konflikten mit ihren aktuellen ArbeitgeberInnen, die offiziell »Mitarbeiter« heißen. Dies macht sie, indem sie Druck ausübt durch Kampagnen im Internet und öffentliche Proteste gegen UnternehmerInnen, die exzessiv prekäre ArbeiterInnen ausnutzen, welche keinerlei gesetzlichen Schutz genießen und einfach nur dem Markt ausgeliefert sind. Manchmal funktioniert das und manchmal nicht. Wir feiern kleine Siege, was sehr wichtig ist, weil es in unserem Bereich noch nie eine Organisation von ArbeiterInnen gab. Durch diese Bedingungen wurde eine Überausbeutung möglich: die UnternehmerInnen haben ihre Angestellten sehr spät oder gar nicht bezahlt. Obwohl unsere Vereinigung durch das griechische Arbeitsrecht als Berufsvereinigung und damit als Organisation von ArbeitgeberInnen eingestuft wird, nehmen wir immer an den Demonstrationen bei Generalstreiks teil, zu denen durch den Gewerkschaftsbund GSEE aufgerufen wird, manchmal auch bei antifaschistischen Aktionen oder Demonstrationen.

Kannst Du beschreiben, wie die griechischen Gewerkschaften arbeiten und was ihre politischen Strategien und Orientierungen sind?

Die Gewerkschaften und ihre Strategien können nicht ohne den historischen und politischen Hintergrund verstanden werden. Zum Thema Generalstreiks und politische Streiks ist es nötig, genauer über den GSEE, den Allgemeinen Griechischen Gewerkschaftsbund, zu informieren, da dieser als offizielle Institution auf legale Weise zum Streik aufrufen kann. Seit ihrem zweiten Kongress 1921 bis zum Jahr 1981 (mit einer kurzen Unterbrechung 1946) war der GSEE unter staatlicher Kontrolle und diente als Instrument für die Unterdrückung der ArbeiterInnen und für antikommunistische Aktivitäten. Nachdem 1981 die sozialdemokratische PASOK an die Regierung kam, gab es einige Reformen, um die Struktur und Funktion des GSEE zu demokratisieren. Nach den ersten Kürzungsmaßnahmen, die 1986 verabschiedet wurden, intervenierte die Regierung direkt und setzte ihre Leute im Präsidium

des GSEE ein. Erst seit 1990 hat der GSEE ohne Regierungseinmischung gearbeitet, es gibt aber dennoch weiterhin viele gelbe Gewerkschaften und Scheingewerkschaften, die die Kräfteverhältnisse in der griechischen Gewerkschaftsbewegung negativ beeinflussen. Die Gesetze, die Tarifverhandlungen ermöglicht haben, wurden erst 1990 verabschiedet und werden nun wieder abgeschafft.

Die politischen und kulturellen Veränderungen in den 1990er Jahren haben den gewerkschaftlichen Organisationsgrad und die kollektive Organisation im Allgemeinen stark verändert. Der Organisationsgrad war im Privatsektor immer sehr niedrig; die Privatisierungen und Reformen, die seither stattgefunden haben, haben Gewerkschaftsarbeit noch schwieriger gemacht. Die Teilhabe an Prozessen der Sozialpartnerschaft hat die Bürokratisierung und Integration der GewerkschafterInnen verstärkt und die Distanz zwischen der Führung und der Basis vergrößert. Nichtsdestotrotz gab es auch immer bemerkenswerte Kämpfe gegen die Privatisierungen. 1999 haben die Gewerkschaften, die der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) nahestanden, sich zum Gewerkschaftsbund PAME zusammengeschlossen, der in Opposition zum GSEE steht. Dadurch wurde die Gewerkschaftsarbeit in einem gewissen Ausmaß wiederbelebt, und dies hat Druck auf den GSEE ausgeübt, zu Generalstreiks gegen Reformen der Sozialversicherung aufzurufen.

Seit Mitte der 2000er Jahre sind neue Gewerkschaften entstanden, die sowohl prekäre wie auch fest angestellte ArbeiterInnen vertreten und die von der radikalen Linken und AnarchosyndikalistInnen dominiert werden. Im Zuge der Unruhen im Dezember 2008 wurde das Gebäude des GSEE von einer Gruppe von ArbeiterInnen aus diesen neuen Gewerkschaften für etwa zwei Wochen besetzt. Seitdem gibt es eine wachsende Tendenz dazu, neue Gewerkschaften zu gründen, die aktivistisch und klassenorientiert sind und versuchen, auf Grundlage basisdemokratischer Verfahren zu funktionieren, also ohne BürokratInnen und professionelle Führungen. Diese Ansätze stehen in einem Missverhältnis zur großen Zahl nicht gewerkschaftlich organisierter ArbeiterInnen, sowohl was die Größe als auch was die Organisationsform der neuen Gewerkschaften angeht. Bisher werden sie daher den Bedürfnissen und Wünschen der Mehrheit der nicht organisierten ArbeiterInnen zu wenig gerecht.

Griechenland steht zwar an erster Stelle bei der Zahl der Generalstreiks in ganz Europa, aber über diese Generalstreiks wurde nicht durch die Arbeiterklasse entschieden. Sie sind auch nicht der Kulminationspunkt anderer ökonomischer, regional oder sektoraler Streiks und sie entsprechen nicht einmal den Forderungen der aktivistischen Gewerkschaften und Dachver-

bände. Über sie wird durch das Präsidium des GSEE entschieden, in dem nun nur noch SozialdemokratInnen vertreten sind – die Fraktionen in der Gewerkschaft, die mit der rechtskonservativen Partei Nea Demokratia und der linken Partei Synaspismos verbunden sind, sind zurückgetreten, um ihre Unzufriedenheit mit den SozialdemokratInnen auszudrücken, die weiterhin die Regierung unterstützen. Obwohl es ökonomische Streiks gibt, sind die Generalstreiks nicht mit den aktuellen Kämpfen der ArbeiterInnen verbunden. Die Generalstreiks haben eher die Rolle eines Bollwerks gegen die allgemeine Unzufriedenheit. Wie Rosa Luxemburg es ausgedrückt hat: »Ein Generalstreik, *im Voraus* in die Fesseln der Legalität geschmiedet, gleicht einer Kriegsdemonstration mit Kanonen, deren Ladung vorher vor dem Angesicht des Feindes ins Wasser geworfen wurde.«¹

Wie verlaufen diese Generalstreiks? Waren sie erfolgreich?

Der letzte 48-stündige Generalstreik im Februar 2012 war eine totale Pleite. Das klingt sehr hart und pessimistisch, aber ich möchte so realistisch sein wie möglich. Normalerweise kündigt die GSEE eintägige Generalstreiks zwei Monate im Voraus an, sodass es keine Möglichkeiten mehr gibt, Zugeständnisse der Regierung zu erreichen. Da die Streiks am Tag der Entscheidung im Parlament oder kurz davor stattfinden, sind die wesentlichen Entscheidungen bereits getroffen. Dadurch fehlt die Zeit, um wirklich Druck aufzubauen.

Der letzte 48-stündige Generalstreik wurde durch den Präsidenten der GSEE einen Tag im Voraus für den 10. und den 11. Februar 2012 angekündigt. Der 11. Februar ist außerdem ein Samstag, also kein Werktag. Es gab bereits am 7. Februar einen eintägigen Generalstreik, der ebenfalls nur einen Tag vorher angekündigt wurde und bei dem die Teilnahme ebenfalls sehr gering war. Es waren Streiks gegen die Implementierung des zweiten Memorandums der Troika, das u.a. mehr Kürzungen und weitere Änderungen des Arbeitsrechts gefordert hat. Im Prinzip wurde von der Troika das Ende jedes Arbeitsrechts in Griechenland gefordert. Aber ganz egal, ob die Beteiligung bei den bisherigen Generalstreiks hoch oder niedrig war, ihre ganze Ausrichtung ist bloß symbolisch und psychologisch. Niemand erwartet auch nur die geringsten Zugeständnisse. Zusätzlich hat diese ungeheuerliche Kriegsführung mit Chemiewaffen, die der Staat gegen die Protestierenden bei Generalstreiks durchführt [gemeint ist der massive Einsatz von Tränengas; Anm. d. Hrsg.], noch mehr Verzweiflung gesät und jede Hoffnung ausradiert. Zu einer Zeit, in der

¹ R. Luxemburg: Das belgische Experiment, in: Die Neue Zeit (Stuttgart), 20. Jg. 1901/02, Zweiter Bd., 105-110.

die Löhne zum Witz werden und die Arbeitslosigkeit steigt, verstecken sich die Arbeitenden hinter dem, was sie noch haben, und die Arbeitslosen sitzen hilflos zu Hause. Die Staatsangestellten versuchen, ihre Jobs zu sichern, indem sie den Mund halten, während ihre KollegInnen gesellschaftlich exekutiert werden. Am 12. Februar 2012, einem Sonntag, fand jedoch beinahe eine großartige politische Demonstration statt. Beinahe deswegen, weil die Polizeigewalt bereits vor der Demonstration begann und aus der Demonstration einen Straßenkampf gemacht hat. Hunderttausende sind die Straßen Athens auf und ab gelaufen und haben versucht, sich von den »Chemikalien« zu erholen und den Syntagma-Platz vor dem Parlament zu erreichen. Bei dieser Demonstration waren PAME, die Linken um Synaspismos, die radikalen Linken, die AnarchistInnen zugegen – und auch die »PatriotInnen«, eine bizarre Mischung aus linken NationalistInnen, einfachen Leuten und Rechtsradikalen. Das waren Einzelne, die die griechische Flagge trugen, die Mitglieder des Parlaments als Verräter beschimpften und glaubten, dass Griechenland unter deutscher Besatzung stehe. Die Massenmedien und einige so genannte alternative Medien haben diese riesige, sehr breite und gemischte Demonstration zu einer nationalistischen Demonstration vereinheitlicht, die keine Klassenfragen angesprochen habe. Alle linken politischen Organisationen und anarchistischen Gruppierungen in der Demonstration konzentrierten sich auf ihre eigenen Themen und Parolen und waren von ihren jeweiligen politischen Zielen geblendet, was das Thema Arbeitsrecht beinahe unwichtig erscheinen ließ. Die Lösungen schienen entweder in Wahlen oder in Straßenkämpfen mit der Polizei zu bestehen. Um Mitternacht war alles vorbei und am nächsten Tag gingen alle wieder zur Arbeit. In der darauf folgenden Woche gab es viele Aktionen im Ausland zur Unterstützung der Bevölkerung in Griechenland unter dem Motto »Wir sind alle GriechInnen«. Nun sind aber auch unsere ArbeitgeberInnen und unsere Regierung griechisch. Wir sind Pakistanis, RussInnen, NigerianerInnen, Deutsche, BaskInnen, FranzöslInnen – wir sind alle ArbeiterInnen. Es ist viel leichter, 300 VerräterInnen im Parlament und der deutschen Elite die Schuld zu geben, als einen Konflikt mit unseren Bossen einzugehen. Es ist leichter, Steine zu schmeißen, als unseren Arbeitsplatz dicht zu machen. Vielleicht besteht der einzige Weg darin, von einer Phase des Individualismus zu einer Phase überzugehen, die nach kollektiven Aktionen schreit. Vielleicht sind dies die ersten Schritte, um den Schock zu überwinden, dass der kleinbürgerliche Traum der ArbeiterInnen vorbei ist. Erst wenn dieser Traum vergessen ist, wird der Aufbau eines neuen kollektiven Bewusstseins möglich.

Für diejenigen, die auf der Zentralität des Arbeiterkampfes für die Veränderung der gegenwärtigen Situation oder sogar der ganzen Gesellschaft be-

stehen, ist der bislang 150-tägige Streik der StahlarbeiterInnen von Helliniki Halyvourgia in Aspropyrgos der Leitstern. Die Solidarität mit den ArbeiterInnen ist groß, sie reicht aber nicht aus, da sie noch auf Wohltätigkeit beschränkt ist. Psychologische und materielle Unterstützung ist nicht genug. Was den Streik erfolgreich machen könnte, wäre seine Ausweitung auf andere Fabriken von Helliniki Halyvourgia, in die ganze Metallindustrie oder gar ein regionaler Generalstreik. Falls auch das nicht ausreichen würde, müsste man einen allgemeinen politischen Streik ins Auge fassen, der die politischen und ökonomischen Forderungen aller ArbeiterInnen einschließt.

Ein Generalstreik kann als Strategie für Tarifverhandlungen genutzt werden oder für die soziale Revolution. Generalstreiks haben die Geschichte verändert – in Russland 1905, in Großbritannien 1926, in Frankreich 1968. Alle hatten ihre Besonderheiten, sind aus unterschiedlichen Situationen entstanden und hatten besondere Auswirkungen auf die Gesellschaft. In den USA hat der Generalstreik in Wisconsin zur Entstehung der Occupy-Bewegung beigetragen, und die arabischen Revolutionen haben die Kräfteverhältnisse in der Gewerkschaftsbewegung Ägyptens verändert. Der politische Massenstreik ist eine Waffe, um politische Rechte zu erkämpfen, gesellschaftliche Transformationen zu erreichen und nationale Kriege zu beenden. Der politische Massenstreik ist Klassenkampf und sein Ziel besteht darin, die Produktion, Kommunikation und den Konsum der bürgerlichen Gesellschaft zu stoppen. Es geht um die Unterbrechung der kapitalistischen Gesellschaft – und das erfolgreichste Ergebnis dessen ist die Beschlagnahmung der Produktionsmittel durch die ArbeiterInnen mit dem Ziel, die Machtfrage zu stellen.

Die Generalstreiks in Griechenland vereinen viele Strategien. Jede Strömung in der Arbeiterklasse verwirklicht und deutet den Generalstreik gemäß ihrer eigenen Strategie. Die Kräfteverhältnisse begünstigen immer noch die auf den einzelnen Arbeitsplatz beschränkte, bürokratische, sozialdemokratische Gewerkschaftsarbeit. Diese Strategie überlagert alle anderen Strategien, welche sich zumeist darauf beschränken, auf dem Weg zur Revolution auf die Generalstreiks zu setzen. Die linken Gewerkschaften nehmen also an den vom GSEE ausgerufenen Generalstreiks teil und scheinen unwillig, die notwendigen Schritte in eine andere Richtung einzuleiten – etwa durch die Schaffung einer gemeinsamen Plattform. Diese wird vor allem durch ihre politischen Verbindungen zu kleinen linken Parteien verhindert. Sie sind eher Werkzeuge bestimmter Parteien als eine Waffe in der Hand der Arbeiterklasse für den alltäglichen Kampf und für die Schaffung von Wegen hin zur Revolution.

»Wir müssen zeigen, dass Bündnisse aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und linken Parteien eine Alternative zum herrschenden System anbieten«

Sabin del Bado, Langile Abertzaleen Batzordeak1 (LAB),
Baskenland

Wie reagieren die Gewerkschaften im Baskenland auf die Krise?

Ich werde gleich etwas über das Baskenland sagen, aber vorher ist es notwendig, ein paar Anmerkungen zur Situation in Spanien zu machen. Die Maßnahmen der beiden spanischen Regierungen, die sich während der Krise im Amt befanden,² haben die wirtschaftliche Lage nicht verbessert – im Gegenteil. Der spanische Staat befindet sich also in einer ernsten Finanzlage. Es besteht das Risiko, dass ein Rettungspaket durch die EU angefordert werden muss,³ was zu weiteren Anpassungsmaßnahmen und Einschnitten für die Arbeiterklasse und die breite Bevölkerung führen würde. Gleichzeitig sind die fraglichen Maßnahmen auch als ernstzunehmender Angriff auf die Arbeiterklasse zu sehen.

Es gibt vor diesem Hintergrund zwei sehr unterschiedliche Antworten der Gewerkschaften. Die erste besteht darin, Sozialpartnerschaft einzufordern, ohne gleichzeitig das kapitalistische Modell insgesamt in Frage zu stellen, welches die Krise überhaupt erst erzeugt hat. Diesen Kurs haben die spanischen Mehrheitsgewerkschaften eingeschlagen, also die UGT⁴ und die

¹ Ausschuss der patriotischen ArbeiterInnen, 1974 während der Franco-Diktatur im Untergrund gegründet.

² In Spanien gab es zwischen 2004 und 2011 eine Minderheitsregierung der Sozialisten (PSOE) unter José Luis Rodríguez Zapatero. Seit 2011 regiert die Volkspartei (PP) unter Mariano Rajoy mit absoluter Mehrheit.

³ Im Juli 2012, also nach Durchführung dieses Interviews, beschlossen die Finanzminister der Eurozone endgültig, den spanischen Banken Zugang zu Geldern von bis zu 100 Milliarden Euro aus dem europäischen Rettungsschirm EFSF zu verschaffen. Dies ist an eine Umstrukturierung des spanischen Bankensektors durch die Einführung neuer Regulierungen geknüpft, nicht aber, so offizielle Verlautbarungen, an weitere Sparmaßnahmen.

⁴ UGT: Unión General de Trabajadores (Generalunion der Arbeitenden), 1888 gegründete Gewerkschaft, steht den Sozialisten (PSOE) nahe.

CC.OO.⁵ Beim Generalstreik, zu dem am 29. März 2012 aufgerufen wurde, ging es um die Forderung nach Verhandlungen und um den Wunsch, mit der Regierung Vereinbarungen bezüglich neuer Arbeitsmarktreformen zu treffen. Die spanischen Mehrheitsgewerkschaften haben der Ausarbeitung einer Reform des Rentensystems und auch einer Erhöhung des Rentenalters sowie der Senkung von Leistungen zugestimmt.

Die Antwort der baskischen Mehrheitsgewerkschaften, die 65% der Belegschaften vertreten, ist eine andere. Sie bekämpfen nicht nur die Arbeitsmarktpolitik, sondern alle ökonomischen Eingriffe, die im Zuge der Krise vorgenommen worden sind, sowie das kapitalistische Wirtschaftsmodell insgesamt. Sie treten gegen politische Kräfte ein, die solche Maßnahmen befürworten, gegen die Parteien, die mit dem Kapital verbunden sind – und sie bieten umfassende ökonomische und politische Alternativen an.

Beteiligen sich die baskischen Gewerkschaften an Generalstreiks und rufen sie zu diesen auf?

Seit 2009 haben die baskischen Gewerkschaften zu vier Generalstreiks aufgerufen (Mai 2009; Juni 2010; Januar 2011 und 29. März 2012). Zu zwei von diesen Generalstreiks wurde auch im spanischen Staat aufgerufen. Aus baskischer Perspektive werden diese Generalstreiks auf Grundlage einer Einheit der Gewerkschaften vorangetrieben, die auf einem Programm der gesellschaftlichen Veränderung beruht und den Dialog sowie Vereinbarungen mit Arbeitgebern und Regierung ablehnt – zumindest solange diese nur dazu dienen, Regierungsmaßnahmen zu flankieren und zu legitimieren. Die Einheit der Gewerkschaften wird mit den sozialen Bewegungen abgestimmt, um somit dem Generalstreik den Charakter einer breiten Mobilisierung aus der Bevölkerung zu verleihen. Er richtet sich nicht nur gegen spezifische Sparmaßnahmen, sondern ist auch mit der Forderung nach einem alternativen Wirtschafts- und Sozialmodell verknüpft.

In der Vorbereitung und im Vorantreiben von Streiks beschränkt sich die LAB nicht auf Kämpfe in den Fabriken und am Arbeitsplatz, sondern arbeitet mit anderen politischen Kräften innerhalb der baskischen Linken und der sozialen Bewegungen zusammen. Es geht darum, die Schaffung von Streikkomitees in den Stadtvierteln bzw. Städten zu forcieren. Das Ziel ist eine radikale und antikapitalistische Mobilisierung, die die Wohnorte lahmlegt. Tausende von Menschen, die in sozialen und politischen Kämpfen en-

⁵ CC.OO: Comisiones Obreras (Arbeiterkommissionen), während der Franco-Diktatur im Untergrund gegründete Gewerkschaft, steht der Vereinigten Linken (IU) nahe.

gagiert sind, nehmen Seite an Seite mit den GewerkschafterInnen an den Streiks teil, darunter Arbeitslose und RentnerInnen.

An Streiktagen stellen die Gewerkschaften vom frühen Morgen an Streikposten auf. Schwerpunkt ist der öffentliche Personenverkehr. Wir organisieren aber auch Streikposten, die den Individualverkehr unterbrechen, und solche, die unsere Propaganda in die industriellen Zentren und in nichtindustrielle Betriebe tragen. Die Streikkomitees in den Wohnorten legen die Aktivitäten in den Dörfern und Städten lahm. Der Höhepunkt ist zu Mittag, wenn die baskischen Gewerkschaften zu großen Demonstrationen in den vier Hauptstädten⁶ aufrufen. Die UGT und die CC.OO tun das auch, wenn sie sich an einem Streik beteiligen – aber getrennt. Der Nachmittag gehört vor allem den sozialen Bewegungen, die zusammen mit den linken Parteien und Gewerkschaften Demonstrationen in allen Bezirken des Baskenlandes und in allen größeren Städten veranstalten.

Die Beteiligung an den Generalstreiks ist in letzter Zeit gestiegen; den letzten Generalstreik im März kann man als sehr großen Erfolg ansehen. Alle unsere Gewerkschaften greifen die Wut der BürgerInnen über die Sparmaßnahmen und die Ineffektivität des Krisenmanagements auf. Der Streik wurde von 87% der Beschäftigten in der Industrie (inklusive der Beschäftigten in den Kooperativen) unterstützt; von annähernd 100% im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs; von über 80% im öffentlichen Sektor (Verwaltung, Bildung und Gesundheit). Der Stromverbrauch fiel um 40%. Die Demonstrationen, zu denen die Gewerkschaften für den Morgen des Streiktags aufgerufen hatten, brachten mehr als 100.000 Menschen auf die Straße. Zehntausende nahmen außerdem an den Demonstrationen teil, die am Nachmittag stattfanden. Wichtig ist auch festzuhalten, dass die Repression während des Streiks hart ist. Der letzte Generalstreik am 29. März führte bei dutzenden von Leuten zu Verletzungen und Festnahmen. Während der nächsten zwei Tage wurden zwei Mitglieder von LAB und 14 weitere junge Leute festgenommen.

Eure Gewerkschaft scheint in einer besonderen Situation zu sein. Einerseits hat sie sich sehr stark dem Klassenkampf verschrieben, andererseits ist sie Teil einer nationalistischen Bewegung für Unabhängigkeit. Insofern wäre

⁶ Die sich auf spanischem Territorium befindende »Autonome Gemeinschaft Baskenland« hat drei Provinzen mit je einer Hauptstadt. Zum Baskenland wird (neben drei Provinzen auf französischem Territorium) von vielen auch die »Foralgemeinschaft Navarra« gerechnet, in deren Norden die baskische Sprache sehr verbreitet ist.

ich interessiert zu erfahren, wie ihr diese beiden Ziele vereinbart, insbesondere in der Situation einer gesamteuropäischen Krise.

Uns ist es wichtig zu betonen, dass wir eine freie Nation sein wollen, weil wir nicht von einem anderen Staat und einer anderen Kultur unterdrückt werden wollen. Aber wir sagen das von einem linken Standpunkt aus. Für die Befreiung der Menschen ist die Befreiung der Arbeiterklasse notwendig. In der gegebenen Situation ist es für die Freiheit der Arbeiterklasse sehr wichtig, Souveränität zu erlangen. Alle Entscheidungen, die in Europa getroffen werden, werden durch den spanischen Staat durchgesetzt, und wir haben keine Möglichkeit, diese Maßnahmen zu verhindern. Es handelt sich also um ein und denselben Kampf. Wir brauchen einen politischen Rahmen für Arbeitsbedingungen und soziale Absicherungen, mit dessen Hilfe es möglich ist, gegen die Maßnahmen vorzugehen, die der Kapitalismus mit Hilfe der EU und des spanischen Staats durchsetzt.

Ihr geht also gegen die Strategien des spanischen Staats vor, und es gibt andere klassenbasierte Gruppen in Spanien, die dies auch tun. Wie stellt ihr zu denen Verbindungen her?

Wir haben Beziehungen zu politischen Bewegungen und Gewerkschaften in Spanien. Es handelt sich um linke Gewerkschaften, weil die reformistischen Gewerkschaften den Kampf um die Nation nicht verstehen. Du sagst, es wäre gut, wenn wir gute Beziehungen hätten – nicht mit der Arbeiterklasse, sondern mit den Gewerkschaften und ihren Führungen. Das Problem ist keine Frage der Nationalität, sondern des Reformismus. Wir arbeiten nicht mit der CC.OO oder der UGT zusammen. Für eine Zusammenarbeit sind für uns drei Bedingungen wesentlich: Erstens die Zielsetzungen unserer Gewerkschaft. Es geht darum, das kapitalistische System und das entsprechende Wirtschafts- und Sozialmodell zu bekämpfen und nicht nur bestimmte politische Maßnahmen im Bereich der Arbeit. Wir stimmen in dieser Hinsicht mit vielen FreundInnen in Spanien und Deutschland überein, also ist das kein Problem der Nationalität. Zweitens geht es um Strategie. Unsere Strategie ist die offene Auseinandersetzung mit ArbeitgeberInnen und Regierungen, und nicht der Dialog oder das Treffen von Vereinbarungen, die zur Durchsetzung kapitalistischer Maßnahmen führen. Und drittens muss anerkannt werden, dass es hier einen besonderen Klassenkampf gibt. Insofern kämpfen wir im Baskenland – in gemeinsamer Sache mit anderen Gewerkschaften und politischen Parteien in Spanien und Europa, aber vor dem Hintergrund der besonderen gesellschaftlichen Wirklichkeit und den Besonderheiten des Klassenkampfes im jeweiligen Land.

Und wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften aus anderen Ländern, die sich auch dem Klassenkampf verschrieben haben?

Wir nehmen an allen Abstimmungsversuchen teil, zu denen wir eingeladen werden. Aber es ist sehr schwierig, eine gemeinsame Abstimmung zwischen europäischen Gewerkschaften herzustellen. Es ist notwendig, ein gemeinsames Programm zu finden, aber im Moment gibt es keins. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Zunächst müssen wir alle harte Arbeit in der gesellschaftlichen Wirklichkeit unseres jeweiligen Landes verrichten. Und so bemerken wir vielleicht nicht, dass ein Schritt in Richtung eines gemeinsamen Programms die Voraussetzung dafür ist, der Politik der EU entgegenzutreten. Aber es gibt auch weitere Probleme: das Problem der Sprache, des Geldes, der Zeit – und nicht zuletzt die Frage, wer die Abstimmung vornimmt und sicherstellt, dass dies erreicht wird. Insofern müssen wir folgende Fragen beantworten: Wie sollen wir uns abstimmen, wie stellen wir ein gemeinsames Programm auf, und welche Form der Mobilisierung und welche Aktivitäten können wir gemeinsam in Europa vorantreiben? Das sind die Probleme, und Konferenzen wie die der Rosa-Luxemburg-Stiftung können dazu beitragen, diese zu lösen. Aber wer soll der Anführer sein? Die Gewerkschaften? Wir haben nicht die Mittel, das zu stemmen, aber wir hoffen, dass wir zumindest die nötige Art der Zusammenarbeit auf den Weg bringen können.

Eure Gewerkschaft will ausdrücklich den Klassenkampf mit anderen gesellschaftlichen Kämpfen verknüpfen. Mich würde interessieren, wie ihr die verschiedenen Kampffelder in eurer Alltagspraxis als Gewerkschaft miteinander verbindet.

Erst einmal verstehen wir uns als gesellschaftspolitische Gewerkschaft. Wir müssen berücksichtigen, dass es andere Formen der Unterdrückung als Klassenunterdrückung gibt, zum Beispiel die Unterdrückung von Frauen. Innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft kämpfen wir gegen diese Form der Ungleichheit und auch für ökologische Belange und Internationalismus. Wir unterstützen die Kampagnen für Palästina und Kurdistan, unterstützen kurdische GewerkschafterInnen. Wir glauben, dass es sich nicht um unterschiedliche Kämpfe handelt, sondern um ein- und denselben Kampf. Der Kapitalismus untergräbt nicht nur die Rechte der Arbeiterklasse, sondern zerstört auch den Planeten, auf dem wir leben. Es gibt bei uns verschiedene SekretärInnen, z.B. für Frauenpolitik und ökologische Kämpfe, und wir nehmen an den Abstimmungsprozessen mit den sozialen Bewegungen teil, z.B. mit den Bewegungen, die sich um das Thema Prekarität herausgebildet haben oder den Bewegungen gegen Rassismus.

Es gibt jetzt eine neue Bewegung gegen Prekarität und dagegen, dass Leute ihre Häuser verlieren. Diese Bewegung ist sehr aktiv, und sie hat uns, die anderen Gewerkschaften und die Parteien angetrieben. Wir müssen begreifen, dass der Kampf gegen Prekarität und Armut wichtig ist, also dass wir uns nicht ausschließlich um Beschäftigte kümmern müssen, sondern auch um junge Leute, Arbeitslose und Menschen, die unter sehr schlechten Bedingungen leben. Wir regen unsere AktivistInnen dazu an, nicht nur innerhalb der Gewerkschaft zu arbeiten, sondern auch in den sozialen und politischen Bewegungen. Wir sind auch an der linken politischen Bewegung für Unabhängigkeit beteiligt.

Und was ist mit migrantischen ArbeiterInnen? Ich nehme an, dass sie auch im Baskenland zu den Gruppen gehören, die von der Krise und den Krisenbewältigungsmaßnahmen am härtesten getroffen worden sind.

Es gibt nicht viele MigrantInnen im Baskenland. Es gibt sie in manchen Gegenden, und die Situation dieser Leute ist im Vergleich zum restlichen Europa sehr prekär. Sie haben schlechte Jobs, und sie arbeiten ohne soziale Absicherung. In der Krise gehen übrigens viele von ihnen in ihre Heimatländer zurück. Wir müssen in dieser Hinsicht selbstkritisch sein: Wir haben die Probleme der MigrantInnen jahrelang ignoriert – und das gilt auch für die Gewerkschaften außerhalb des Baskenlands. Inzwischen versuchen wir das zu ändern. Wir müssen in diesem Zusammenhang allerdings nicht nur gegen die ArbeitgeberInnen kämpfen, sondern in der Gesamtgesellschaft, weil die Regierungen und die Medien gegen MigrantInnen gerichtete Botschaften abgeben.

Sind politische Streiks ein Mittel, das in diesen Kämpfen angewendet werden kann?

Klar. Wenn wir zu Generalstreiks oder politischen Streiks aufrufen, arbeiten wir nicht nur in Fabriken und an Arbeitsplätzen, sondern auch in Wohngebieten bzw. Städten. Und wir arbeiten mit anderen Bewegungen zusammen. Politische und ökonomische Kämpfe bzw. Arbeitskämpfe bilden eine Einheit. Wir kämpfen mit Hilfe des Generalstreiks, greifen Herrschaftsverhältnisse an und zeigen auf, dass die abwechselnden Regierungen von sozialdemokratischen und konservativen Parteien in Europa und darüber hinaus ein Problem sind, weil sie dieselben Dinge tun. Umgekehrt müssen wir zeigen, dass Bündnisse aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und linken Parteien eine Alternative zum herrschenden System anbieten. Die politischen Streiks bzw. Generalstreiks müssen die politischen Bewegungen dabei unterstützen, größere Kraft auf der Ebene des Parlaments und inner-

halb von Regierungen zu entfalten. Im Baskenland ist die politische Situation sehr interessant. Es gibt jetzt ein Bündnis von linken Parteien,⁷ die für die Unabhängigkeit eintreten. Wir rufen zu seiner Wahl auf, weil wir glauben, dass es sich um eine echte Alternative handelt.

Wie lassen sich auf Grundlage der beschriebenen Situation Zukunftsperspektiven für die Gewerkschaften im Baskenland entwickeln?

Wenn das Ziel von Generalstreiks eine Verstärkung der Sozialpartnerschaft mit den ArbeitgeberInnen und der Regierung ist und so eine Einschränkung oder Abschwächung von »Reformen« erreicht werden soll, erzeugt das auf Seiten der Arbeiterklasse erst einmal Frustrationen und untergräbt die Legitimität der Gewerkschaftsbewegung, weil die Einsparungen und Anpassungen weitergehen, und zwar mit noch größerer Schärfe. Das ist der Ansatz der UGT und der CC.OO. Wenn es hingegen eine klassenbasierte Gewerkschaftsbewegung gibt, die einen dauerhaften Kampf führt, der mit einer gesellschaftlichen Alternative verknüpft ist, werden die Gewerkschaften gestärkt. Das trifft auf die LAB zu: Das Prestige, die Mitgliederzahlen und die Kampfbereitschaft steigen; die interne Organisation wird gestärkt, und die Fähigkeit nimmt zu, Kämpfe durchzuführen und Widerstand auszuüben.

Unserer Meinung nach hängt der Erfolg gegenwärtiger und zukünftiger Demonstrationen von verschiedenen Faktoren ab: erstens der Fähigkeit der Gewerkschaften, die allgemeinen Forderungen, Mobilisierungen und Kämpfe in allen Firmen, Fabriken und Sektoren zu verankern. Der Generalstreik sowie die Streiks und Kämpfe im Betrieb verstärken sich gegenseitig. Es ist wichtig, dass auf Betriebsebene keine Rückschritte gemacht werden. Die ArbeiterInnen müssen sich auch hier an Kämpfen beteiligen, nicht nur an Generalstreiks.

Zweitens die Einigkeit der Gewerkschaften in Bezug auf den Inhalt der Konfrontationen mit dem Management und der politischen Macht und zwar auf der Grundlage eines alternativen Krisenlösungsprogramms. Die Einheit der baskischen Gewerkschaften beruht auf einem gemeinsamen Programm, das auf folgenden grundsätzlichen Forderungen beruht: keine Kündigungen; Anhebung der Sozialausgaben vor allem im Bildungs- und Gesundheitsbereich auf den europäischen Durchschnitt, wenn nicht darüber hinaus; Veränderung der Haushaltspolitik mit dem Ziel der Schaffung einer fairen und

⁷ Das Bündnis *Amairu* besteht aus vier Parteien bzw. Strömungen aus dem linksnationalistischen Spektrum im Baskenland: der abertzalen Linken, ihrer vormaligen Abspaltung Aralar, der sozialdemokratischen baskischen Solidarität (EA) und einer Strömung, die aus der Vereinigten Linken (IU) hervorgegangen ist.

progressiven Besteuerung, die für eine gleichmäßigere Verteilung von Reichtum sorgt; Förderung des öffentlichen Sektors als Motor ökonomischer und sozialer Entwicklung; Absicherung der Freiheiten der Gewerkschaften; Förderung der Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Ausarbeitung von Wirtschafts- und Sozialpolitik; Schaffung eines baskischen Rahmenwerks für Arbeitsbeziehungen und soziale Absicherung, sodass die Weichenstellungen in Bezug auf wirtschaftliche und soziale Belange im Baskenland getroffen werden, und nicht in Madrid oder Paris.

Drittens sind nach Einschätzung der LAB Bündnisse zwischen den Gewerkschaften und politischen und gesellschaftlichen Kräften notwendig. Wir müssen gemeinsam Ziele politischer Veränderung und Strategien für deren Erreichung ausarbeiten: Mobilisierungsstrategien, ziviler Ungehorsam, institutioneller Druck und sogar Wahlstrategien. Im Baskenland schließen diese Strategien die Erreichung politischer Souveränität ein, aber auch dies wird mit linken Inhalten verknüpft. Die Bedingungen sind da: Es gibt das neue linke Bündnis für die Unabhängigkeit des Baskenlandes, das über 22% der Stimmen verfügt und die meisten BürgermeisterInnen im Baskenland stellt, darunter den Bürgermeister von Donostia (San Sebastián). Insgesamt drehen sich unsere Kämpfe nicht nur um Forderungen in Bezug auf Arbeitsverhältnisse, sondern auch auf die Veränderung des sozioökonomischen Modells. Es muss einen Wandel der politischen Institutionen geben, der von einem Bündnis zwischen radikaler Linker, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen vorangetrieben wird – eines demokratischen, auf Beteiligung der Bevölkerung zielenden Bündnisses, das die Werte der feministischen Bewegung, des ökologischen Kampfes und des Internationalismus einschließt.

»Wir brauchen eine Gesellschaft, die auf dem Prinzip der Planung beruht«

Sean Vernell, University and College Union (UCU),
Großbritannien

Am 30. November 2011 gab es im öffentlichen Dienst in Großbritannien einen politischen Massenstreik mit weit über einer Million Beteiligten. Wie kam es dazu?

Hauptanlass waren natürlich die Krise und die Attacken der Regierung. Im Oktober 2010 präsentierte die britische Regierung das schlimmste Kürzungspaket seit 1922. Im öffentlichen Sektor sollten 25% gespart werden. Schon seit 1979 haben die BritInnen wiederholt Privatisierungen, Kürzungen und Angriffe auf ihren Lebensstandard hinnehmen müssen. Dahinter steht der Versuch, den Nachkriegskompromiss zu untergraben und den Wohlfahrtsstaat abzuschaffen. Jede Regierung – ob die von Margaret Thatcher, Tony Blair oder Gordon Brown – spielte dabei die gleiche Rolle. Und die jetzige Regierung hebt die Kürzungen auf die nächste Stufe. Das war die Ausgangssituation, und es brauchte Zeit, bis darauf eine Antwort gegeben wurde.

Die erste Reaktion war die Studierendenbewegung. Im November 2010 riefen die Studierenden zu einer Demonstration gegen zwei zentrale Angriffe auf. Einerseits wurden die Studiengebühren erhöht, von 3.000 auf bis zu 9.000 Pfund. Zweitens wurde die »Education Maintenance Allowance« (EMA), ein Programm zur finanziellen Unterstützung der weiterführenden Bildung von 16- bis 19-Jährigen, komplett gestrichen.

Die National Union of Students (NUS) und meine Gewerkschaft, die UCU, riefen zum Streik auf, und 52.000 junge Leute und Lehrende gingen gemeinsam auf die Straße. Es war eine großartige Demonstration. Am Ende wurde die Tory-Parteizentrale verwüstet. Die Polizei war nicht da, also rannten die Studenten einfach in das Gebäude. Das kam in die Presse und wurde zu einem großen Thema. Viele GewerkschafterInnen waren von der Entschlossenheit und Militanz der Studierenden begeistert.

Leider hatte dieser Protest, so brillant er auch war, keinen Erfolg. Die EMA wurde abgeschafft, die erhöhten Gebühren durchgedrückt. Aber der Konsens innerhalb der britischen Gesellschaft, dass die Kürzungen unausweichlich seien, geriet ins Wanken. Bis dahin waren alle davon überzeugt, dass Haushaltsdisziplin und Sparen der einzige Ausweg sei. Die Studieren-

denproteste zeigten ihnen, dass man sich nicht mit den Angriffen abfinden muss.

Was war der Zusammenhang zwischen den Studierendenprotesten und dem Streik im öffentlichen Dienst?

Inspiziert durch den Widerstand der Studierenden entschlossen sich immer mehr GewerkschafterInnen, zu protestieren. Das war auch eine Folge der massiven Polizeigewalt. Junge Leute wurden von der Polizei eingekesselt und mit Schlagstöcken attackiert. So etwas hatte es in Großbritannien lange nicht mehr gegeben. Daraufhin schlossen sich mehr und mehr GewerkschaftsaktivistInnen der Bewegung an. Es waren ihre Kinder, die von der Polizei verprügelt worden waren.

Die nächste Stufe wurde dann im März 2011 erreicht, als es zu einer ersten großen Streikwelle gegen die massiven Rentenkürzungen im öffentlichen Dienst kam. Im Juni folgte eine zweite. Eine zentrale Frage für uns war, wie wir die großen Gewerkschaften an Bord bekommen. Denn ihre Führungen riefen die Mitglieder nicht zum Streik auf. Aber der Druck von der Basis war enorm. Viele ArbeiterInnen fragten sich, warum andere auf die Straße gingen, während sie weiterarbeiten sollten. Und dieser Druck führte schließlich dazu, dass sich auch die großen Gewerkschaften gezwungen sahen, zum Ausstand aufzurufen. So kam der große Streik am 30. November 2011 zustande, an dem sich 29 Gewerkschaften und 2,5 Millionen Beschäftigte des öffentlichen Sektors beteiligten, um ihre Rentenansprüche zu verteidigen. Auf den Straßen demonstrierten 800.000 Menschen.

War der Streik erfolgreich? Konntet ihr die Rentenkürzungen verhindern?

Leider nicht. Am 19. Dezember trafen sich die Spitzen der großen Gewerkschaften mit der Regierung und akzeptierten die Rentenkürzungen. Eine absolute Enttäuschung für die Beschäftigten! Sie hatten erwartet, dass dies nur der erste von vielen Streiks sein würde. Ein Aktionstag reicht eben nicht aus, es muss weitergehen bis zur Eskalation. Bereits der 30. November war weit mehr als etwas Dampf abzulassen, weit mehr als ein gewöhnlicher Protest.

Aber an den Spitzen der großen Gewerkschaften sitzen PessimistInnen. Sie glauben nicht daran, dass die Leute kämpfen werden. Sie akzeptieren die Logik der Regierung, nach der Einschnitte aufgrund der Haushaltslage unausweichlich sind. Ihr Kampf gilt nicht den Rentenkürzungen an sich, sie wollen sie nur abmildern und langsamer umsetzen. Der 30. November hatte sie zu Tode erschreckt. Die Arbeiterklasse ist wie ein Flaschengeist. Und an diesem Tag kam der Geist aus der Flasche. Wir haben das seit drei-

ßig, vierzig Jahren nicht mehr erlebt. Millionen von ArbeiterInnen auf der Straße: Das ist genau das, was wir wollen. Sie aber sahen den Streik und sagten sich: »Oh mein Gott, was haben wir getan?« Und sie versuchten den Geist wieder in die Flasche zu bannen. Was wir nun erleben, ist ein Ringen zwischen den Kräften innerhalb der britischen Arbeiterbewegung, die den Widerstand ausweiten wollen, und denen, die einen kontrollierten Niedergang anstreben.

Im Übrigen kam es nach November 2011 zu weiteren Streiks. Sowohl im März als auch im Mai 2012 traten erneut Hunderttausende in den Ausstand. Vom 30. November bleibt uns die Erkenntnis, dass Fragen wie die nach der Rente als ein Blitzableiter für den weit verbreiteten Unmut in der Gesellschaft dienen können. Ich habe in den vergangenen elf Jahren 13mal gestreikt und meistens bekommt das keiner mit. Es ist nützlich, weil es meinen Arbeitgeber in die Schranken weist, aber kaum jemand hört davon, sogar bei einem landesweiten Streik. Das war im vergangenen November anders.

Wie kann man in dieser Situation die nächsten Schritte andenken, und wie geht man über die erfolgreiche Organisierung von Großdemonstrationen hinaus?

Ich habe aus Rosa Luxemburgs Analyse des Massenstreiks folgendes gelernt: Es sollte keine Trennung zwischen dem ökonomischen und dem politischen Kampf geben. Die Praxis der Arbeiter- bzw. Gewerkschaftsbewegung basierte zu lange Zeit auf dieser Trennung. Das gilt für mein Herkunftsland, aber wohl auch für Europa insgesamt. In Großbritannien geht man davon aus, dass die Labour Party sich mit den politischen Fragen befasst und die Gewerkschaftsführungen mit den ökonomischen Fragen. Politische Fragen darf die Gewerkschaftsbewegung nicht stellen – das ist nicht unser Aufgabenbereich. Und die politischen Parteien dürfen sich nicht mit Gewerkschaftsangelegenheiten und ökonomischen Fragestellungen befassen. Wenn sich unsere Bewegung diese Vorgehensweise zu eigen macht, gewinnt die Gegenseite immer, denn sie unterscheidet nicht zwischen politischem und ökonomischem Kampf. Hier haben wir also einen brauchbaren Ansatzpunkt, wenn es um die Herstellung eines Deutungsrahmens für unsere Kämpfe geht.

Über die gegenwärtigen Kämpfe in Großbritannien, an denen wir beteiligt sind, sage ich Folgendes: Es handelt sich um einen Angriff der Regierung auf die Arbeiterklasse als Ganze. Das ist offensichtlich. Aber es ist dennoch wichtig, über die Gesamtlage nachzudenken. Wir debattieren viel über unsere Strategien, aber was sind die Strategien der Gegenseite? In weiten Teilen Europas versuchen die herrschenden Klassen, die Lebensverhältnisse

der ArbeiterInnen anzutasten, um die Ausbeutungsrate anzuheben – aber welcher Strategien bedienen sie sich?

In Großbritannien geht die herrschende Klasse nach dem Prinzip »Schocken und Einschüchtern«¹ vor. Sie greift aus allen Richtungen an – es geht gegen die Behinderten, die StudentInnen, die RentnerInnen, die Arbeitslosen, die organisierte Arbeiterbewegung. Aber warum geht sie so vor? Sie hat keine andere Wahl, denn die Krise ist sehr tief – viel tiefer als zu Beginn der 1980er Jahre. Darüber hinaus dürfte die Strategie der herrschenden Klasse auch mit Thatchers »Poll Tax« zusammenhängen. Die Generation von konservativen Schnöseln, die heute regiert, erinnert sich an die »Poll Tax«² und denkt: »Das war eine Einzelangelegenheit, in deren Ablehnung sich alle verbündet haben, und wir haben einen drauf gekriegt. Deshalb sollten wir nicht wieder so vorgehen, sondern an allen Fronten gleichzeitig angreifen.«

Um dieser Strategie zu begegnen, brauchen wir eine angemessene Antwort. Der Kampf um die Renten ist nicht mein bevorzugtes Terrain. Aber wir sind nicht stark genug, um das Terrain wählen zu können – das macht die Gegenseite. Trotzdem haben wir die Möglichkeit, die Ausrichtung des Kampfes um die Renten zu bestimmen und sicherzustellen, dass er als Kampf um eine bestimmte ökonomische Frage in einen weiter gefassten Kampf überführt wird, der die Lebensstandards der Bevölkerung verteidigt und den politischen Status quo angreift. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir das hinkriegen. Vor diesem Hintergrund möchte ich etwas über Klassenbewusstsein sagen: An der Spitze unserer Bewegung mag die Trennung zwi-

¹ »Shock and Awe« ist eine US-amerikanische Militärdoktrin, die auf der Demonstration vollkommener militärischer Übermacht beruht und dem Gegner den Willen nehmen soll, weiter zu kämpfen. Offiziellen Verlautbarungen zufolge fand sie zu Beginn der Invasion des Iraks im März 2003 Anwendung.

² Margaret Thatcher versuchte Ende der 1980er Jahre, auf kommunaler Ebene eine Kopfsteuer einzuführen, nach der jedes Haushaltsmitglied in einer Kommune dieselbe absolute Summe zahlen sollte. Eine Großfamilie in einer kleinen Wohnung musste folglich eine höhere Kommunalsteuer zahlen als ein Schlossbesitzer, der alleine lebte. Nach der Einführung dieser Steuer formierte sich eine große Protestbewegung, die in einer Demonstration am 31.03.1990 in London gipfelte, an der 200.000 Menschen teilnahmen. Ein Angriff der Polizei auf DemonstrantInnen führte zu erheblichen Ausschreitungen. Es wird gemeinhin davon ausgegangen, dass die der Kopfsteuer zugrunde liegende strategische Fehlkalkulation erheblich zum Ansehensverlust Thatchers innerhalb der Konservativen Partei beigetragen hat. Thatcher trat am 22.11.1990 zurück; unter dem neuen Premierminister John Major wurde die Kommunalsteuer neu geregelt, indem ihre Höhe an den Marktwert des bewohnten Wohnraums gebunden wurde.

schen Politik und Ökonomie für ein paar Leute hilfreich sein. Im Bewusstsein der arbeitenden Bevölkerung gibt es diese Trennung zwar auch, aber zunehmend weniger.

Und wo siehst Du Beispiele für diese Entwicklung?

Wenn man im öffentlichen Sektor arbeitet – als Lehrer, im Gesundheitsbereich, als Sozialarbeiter –, dann macht man das, weil man sich für das Schicksal anderer Menschen interessiert. Es gibt sicher Leute, die sagen, »nimm Deinen Job nicht so ernst«, aber man tut das doch.

Ich erinnere mich daran, wie ich vor fünf, vor zehn Jahren auf Gewerkschaftstreffen gewesen bin und mich für eine Strategie der Verteidigung unserer Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich stark gemacht habe. Die Mitglieder der Gewerkschaftsführung haben geantwortet: »Wir streiken nicht. Wir haben eine berufliche Aufgabe. Wir kümmern uns um unsere SchülerInnen und StudentInnen, wir schädigen sie nicht.« Und damals setzten sie sich immer durch. Jetzt ist es völlig anders. Warum? Aufgrund des Zum-Markt-Werdens der gesamten Gesellschaft, und wie dies von den fraglichen Berufsgruppen erlebt worden ist: Krankenpfleger und Krankenschwestern, die Menschen gesund machen wollen, können dies nicht mehr tun. LehrerInnen, die unterrichten wollen, können nicht mehr unterrichten. SozialarbeiterInnen können sich nicht mehr um die Leute kümmern, um die sie sich kümmern sollen. Und deshalb kann man jetzt argumentieren: Es geht nicht um Luxusprobleme, sondern um Grundbedürfnisse. Wenn man unterrichten will, muss man streiken – und wenn man Kampfmaßnahmen ergreifen will, muss man sich gewerkschaftlich organisieren. Wenn man so will, sind wir die BeschützerInnen des Guten innerhalb unserer Gesellschaft. Und diese Botschaft erreicht mehr Leute als je zuvor. Politik und Ökonomie ziehen sich zusammen – und zwar nicht, weil wir als Linke so überzeugend argumentiert haben, sondern weil sich aufgrund der Ausbreitung des Markts die objektiven Lebensverhältnisse der Menschen verändert haben.

Aber was folgt daraus für die Frage der Strategie?

Erstens versuchen wir, den Deutungsrahmen für unsere Kämpfe um Löhne und Renten zu erweitern, indem wir die Verteidigung des Bildungswesens betonen. Das mag offensichtlich sein, war es in der Vergangenheit aber nicht. Damals sagten die Leute: »Wir sind GewerkschafterInnen und deshalb verteidigen wir unsere Gehälter.« Nein, wir verteidigen unsere Gehälter, weil unsere Motivation ohne anständige Gehälter leidet – und das geht auf Kosten der Bildung der nachkommenden Generationen. Ähnlich verhält es sich mit den Renten. Natürlich kämpfe ich auch um meine eigene Rente,

aber es geht auch um die Renten zukünftiger Generationen. Wir schaffen also Verbindungen und stellen Deutungsrahmen her. Wir nennen das »politische Gewerkschaftsarbeit«, d.h. wir stellen die ökonomischen Fragestellungen in einen politischen Zusammenhang. Das entspricht auch dem Bewusstsein der Beschäftigten: Wenn wir das machen, bekommen wir eine bessere Beteiligung an Aktionen. Die Leute, die jetzt in Großbritannien wegen der Renten streiken, streiken auch wegen allem anderen. Wenn wir das nicht zum Ausdruck bringen, dann sind wir nicht in der Lage, die Beschäftigten zum Handeln zu motivieren.

Nachdem die Unruhen im Jahr 2011 ausgebrochen waren,³ stellten wir in Windeseile eine Broschüre zum Thema Arbeitsplätze und Bildung zusammen, um gegen den Schwachsinn vorzugehen, den die Medien über junge Leute in Großbritannien verbreiteten. Unsere Aufgabe als Gewerkschaft ist es, die jungen Leute in jeglicher Hinsicht zu verteidigen – und nicht nur dann, wenn es um Arbeitsbedingungen geht.

Mein zweiter Punkt ist, dass das Eintreten für eine gesellschaftliche Alternative keine Luxusangelegenheit mehr ist. Wir können nicht einfach nur sagen, wogegen wir sind. Wir müssen auch sagen, wofür wir sind, in jeglicher Hinsicht. Unsere Agitation bezüglich der Renten funktioniert nicht, solange wir sie nicht mit einem Deutungsrahmen versehen. Wir müssen eine gesellschaftliche Alternative aufzeigen. Und wenn die Gegenseite sagt, dafür sei kein Geld da, müssen wir antworten, dass es ausreichend Geld gibt und aufzeigen, wo es ist. Wir müssen sagen: Guckt Euch mal an, wie viel Geld für Rüstung verschwendet wird und wie viel dem öffentlichen Sektor durch Steuersenkungen gestohlen worden ist. Man muss einfache Argumente verwenden, aber solche, die treffend und überzeugend sind. Zum einen müssen wir darauf hinweisen, dass das Geld da ist; zum anderen müssen wir das Prinzip gesellschaftlicher Planung stark machen. Der Markt und der Wettbewerb haben diesen gesellschaftlichen Zerfall, dieses Chaos, diesen Irrsinn erzeugt. Wir brauchen eine Gesellschaft, die auf dem Prinzip der Planung beruht. Ausgangspunkt sind die Bedürfnisse der Menschen vor Ort – bezüglich der Schulen, der Lehrpläne, der Gesundheitsversorgung. Wir betrachten diese Bedürfnisse und bringen sie dann mit den Bedürfnissen der Gesamtgesellschaft in Einklang. Ich glaube, dass die Idee der Planung die arbeitende Bevölkerung derzeit in ihren Bann zieht.

Mein letzter Punkt ist folgender: Vor 30 Jahren hatten die Gewerkschaften im Bildungsbereich die Möglichkeit, das Bildungswesen mitzu-

³ Vgl. Fußnote 14 auf S. 81f. in diesem Band.

gestalten. Lehrpläne sind genauso eine Aufgabe für Gewerkschaften wie Renten! Der Gegenseite ist es zwar nicht gelungen, die Gewerkschaften im öffentlichen Sektor zu zerschlagen, aber sie waren sehr erfolgreich darin, uns dazu zu bringen, uns nur noch mit Arbeitsbedingungen zu befassen und diese nicht länger mit Fragen der Bildung, der Gesundheit usw. zu verbinden. Sie haben uns sehr bewusst diesen Raum genommen. Wir müssen uns überlegen, wie wir ihn zurückerobern können.

Insgesamt erfordert der Kampf um Veränderung also die Verknüpfung des Ökonomischen mit dem Politischen. Das eine geht ohne das andere nicht. Es gibt eine Argumentationslinie, die lautet: »Erzähl mir nichts von Barrikaden, solange du die Teepause nicht verteidigen kannst.« Schön und gut. Aber eigentlich muss man den Kampf um die Teepause mit einem umfassenderen Kampf um die Gesellschaft und ihre politische Organisation verbinden.

Kannst Du am Beispiel des Bildungssektors erklären, wie genau Du einen politischen Deutungsrahmen in einen formal ökonomischen Kampf einbringst? Es ist eigentlich ganz einfach. Wir kämpfen gerade um unsere Renten. Die Gegenseite greift uns an und wirft uns vor, dass wir geizig und realitätsfremd seien, dass wir nicht die Mühen der Krisensituation auf uns nehmen und mittragen würden. Um dagegen anzugehen, sagen wir: Wir verteidigen unsere Renten, für uns, aber auch für zukünftige Generationen. Das ist Teil eines umfassenderen Kampfs zur Verteidigung des Bildungswesens. Warum will die Gegenseite die Arbeitgeberbeiträge bei Renten kürzen? Weil es dann lukrativer für Privatunternehmen wird, unsere Arbeitsstätten zu übernehmen. So einfach kann man eine Verbindung zwischen Privatisierung, der Verteidigung des Bildungswesens und der Frage der Renten herstellen. Und wenn wir diese Verbindung durch das Einsetzen eines Deutungsrahmens erst einmal hergestellt haben, ist sie im Bewusstsein der Beschäftigten verankert – nicht weil wir ihnen eine politische Linie aufzwingen, sondern weil es sich in der gegebenen Situation um ihre »Naturinstinkte« handelt. Wir als AktivistInnen haben diesen Zusammenhang nur sehr langsam erkannt, weil wir uns in eine ökonomische Denkweise haben hineinzwängen lassen – nach dem Motto, dass Gewerkschaftsfragen nur das tägliche Brot betreffen. Wir haben zu lange gebraucht, um die Situation der Beschäftigten zu verstehen und deshalb bei ihrer Mobilisierung nicht das Optimum herausgeholt. Deshalb bin ich der Auffassung, dass die Frage der Deutungsrahmen eine Schlüsselbedeutung für unsere Kämpfe hat. Wenn wir das nicht verstehen, werden wir niemals gewinnen.

Du hast die Idee der gesellschaftlichen Planung stark gemacht, und ich würde gerne wissen, wie genau Du damit einen Deutungsrahmen für Streiks schaffen willst. Angesichts der Tatsache, dass man in Großbritannien über 30 Jahre lang gehört hat, dass der Markt der effizienteste Mechanismus der gesellschaftlichen Organisation sei, würde der rechte Flügel der Gewerkschaftsbewegung so etwas doch sicherlich für Gift erklären ...

Ich glaube, das ist einfacher, als man gemeinhin annimmt. Man muss den Beschäftigten die Idee der Planung nicht aufzwingen; sie entspricht ihren »natürlichen« Instinkten. Wenn man an einem privatisierten oder semiprivatisierten Arbeitsplatz im Gesundheits- oder Bildungsbereich tätig ist, ist die Organisation von Arbeitsabläufen normalerweise unsinnig und von Verschwendung geprägt. Alle Beschäftigten können das sehen; alle haben Erfahrungen dieser Art gemacht. Von da aus ist es kein großer Sprung zur Frage, warum wir überhaupt im Wettbewerb miteinander stehen.

Ich gebe Dir mal ein Beispiel von meinem Arbeitsplatz. Ich arbeite im Bereich der Weiterbildung, am City and Islington College in Nord-London. Wir unterstehen seit langem nicht mehr direkt der Kommune. Stattdessen befinden wir uns im Wettbewerb mit den anderen Colleges. Mein Arbeitgeber sagte mal zu mir: »Weißt Du was? Es gibt mehr SchülerInnen aus Hackney am City and Islington College als am Hackney College. Das ist großartig.« Und ich habe mir gedacht: »Das ist Irrsinn.« Wenn ich in der Klasse bin und der Unterricht halbwegs gut läuft – niemand ist total gelangweilt, niemand springt aus dem Fenster –, denke ich doch nicht nach Unterrichtsende: Heute habe ich Hackney einen draufgegeben. Ich habe einfach nicht dieses Konkurrenzdenken. Niemand im öffentlichen Sektor denkt: Wir sind die besten. Niemand erlebt das so. Und niemand glaubt, dass das die effizienteste Vorgehensweise ist.

In einer solchen Situation brauchen wir einen Plan. Was heißt das? Es ist eigentlich ganz einfach: Auf der einen Seite haben wir die jungen Leute, die keine Arbeit haben; auf der anderen Seite das College, das über Lehrkräfte mit allen möglichen Qualifikationen verfügt. Bringen wir beide Seiten zusammen! Das ist doch besser als zu sagen, lass uns in einen Wettbewerb einsteigen; wir bieten einfach noch einen Computerkurs an, den wir eigentlich nicht brauchen, weil die in XY keinen Computerkurs anbieten. Das ist doch eine bekloppte Form, eine Gesellschaft zu organisieren, die offensichtlich nicht funktioniert.

Wir sollten bezüglich der gesellschaftlichen Planung nicht in eine Abwehrhaltung gehen. Das Grundargument für sie entspricht dem Bewusstsein der Beschäftigten. Es ist leicht verständlich und kommt sehr gut an: Wir gehen von den Bedürfnissen der Kommunen aus, und nicht von den

Unwägbarkeiten des Marktes. Wir versammeln uns, diskutieren, arbeiten Problemlösungen aus und handeln entsprechend.

Es ist für viele Menschen einleuchtend, dass Schulen oder Krankenhäuser nicht miteinander konkurrieren sollten. Aber kann man gesellschaftliche Planung über den öffentlichen Sektor hinaus ausdehnen?

Schon, auch darüber müssen wir ernsthaft diskutieren. Letztens gab es einen Arbeitskampf bei Elektrikern, die auf dem Bau arbeiten. Die Baugewerkschaft, eine der kämpferischsten Gewerkschaften, wurde kurz- und kleingeschlagen. Heute ist die Mehrzahl der Leute, die auf den großen Baustellen arbeiten, selbständig. Das bedeutet auch, dass sie schlecht organisiert sind. Wenn sie überhaupt bei einer Gewerkschaft sind, dann bei Unite.⁴ Und die Elektriker haben einen sehr wichtigen Sieg erzielt. Sie führten einen wilden Streik durch, der auf informellen Strukturen beruhte und in London begann. Und sie benutzten die Methoden der Occupy-Bewegung. Ihre Bewegung ging in der von Nähe von St. Paul's Cathedral los, wo sich die Occupy-Bewegung aufhielt. Insofern ist die Verbindung offensichtlich. Sie besetzten Baustellen und zwangen die Gewerkschaft, eine Urabstimmung durchzuführen, was diese ursprünglich verweigert hatte. Sie konzentrierten sich auf verschiedene Baufirmen, bekamen ihre Urabstimmung und gewannen ihren Arbeitskampf. Es ist ein sehr hilfreiches Modell, das zeigt, dass wilde Streiks und informelle Netzwerke zum Sieg führen können.

Aber der Punkt ist hier, was die Streikenden gesagt haben: »Wir haben diese ganzen großartigen Gebäude gebaut, und trotzdem stolpern wir über Obdachlose. Wir wissen, dass es in London Gebäude gibt, die leer stehen.« Warum steht dieses oder jenes Gebäude leer? Warum liegt hier Schutt herum, warum ist das Gebäude nur halb fertig gestellt? Weil es im Moment profitabler ist, Gebäude leer stehen zu lassen, als den Leuten Arbeitsplätze und Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Es gibt Obdachlose, es gibt Leute vom Bau, die arbeitslos sind, es gibt das Material – wie bringen wir das alles zusammen, und wie stellen wir sicher, dass die Obdachlosen in das fertige Gebäude einziehen können? Ich behaupte nicht, dass diese Argumentation weithin geteilt wird, aber sie hat eine gewisse Resonanz – zumal dann, wenn sie von unten, von der arbeitenden Bevölkerung eingebracht wird.

⁴ Unite ist mit ca. 1,5 Mio. Mitgliedern die größte britische Gewerkschaft und organisiert branchenübergreifend. Die Gewerkschaftsführung gilt als eher moderat; allerdings zeichnen sich aufgrund der Kürzungspolitik der Regierung Verschiebungen im Bezug auf die Kampfbereitschaft ab.

Und was hältst Du von Kooperativen als Alternative? Manche Leute in Großbritannien sagen, mit ihrer Hilfe ließen sich die herrschenden Annahmen bezüglich Eigentum verändern ...

Die Labour Party und Ed Miliband sind sehr hinter dieser Frage her. Selbst Cameron hat eine sehr rechte Version dieser Idee vorgebracht. Und es gibt natürlich eine Geschichte dieses Ansatzes, insbesondere in Form der Bewegung um Robert Owen im 19. Jahrhundert in Lanarkshire.⁵ Diese Bewegung war in ihrem Wunsch nach einer stärker auf Gleichheit beruhenden Gesellschaft ernst zu nehmen, ist aber gescheitert. Sie ist nicht in den Kern des Problems vorgestoßen. Sie wollte paradisische Inseln im Meer des Kapitalismus schaffen ... naja, irgendwann muss man mit der Außenwelt kommunizieren und dann hat diese schnell großen Einfluss auf die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen. Aber die Tatsache, dass sich selbst Leute wie Cameron auf einen scheinheilig-sozialen, kooperativen Weg begeben, zeigt, dass die Konservativen eine Verkleidung brauchen. Die Parolen der 1980er Jahre, z.B. »Geiz ist gut«, können sie sich einfach nicht mehr zu eigen machen.

Für die Linke ergeben sich daraus Möglichkeiten, die wir so weit wie irgend möglich nutzen sollten. Wenn wir als UCU also unseren Einfluss auf die Lehrpläne ausweiten und somit bessere Lehrpläne durchsetzen können, sollten wir das tun. Die Frage ist nicht, ob wir Räume, die sich anbieten, besetzen sollten. Wir sollten dies tun – aber nur im Zuge eines Kampfs um Reformen innerhalb des Systems, den wir dann weiterführen, um Ausbeutung insgesamt abzuschaffen. Es wäre ein Fehler, zu glauben, dass diese Räume an sich schon ein Gegengewicht bilden können bzw. wirklich auf sozialer Gleichheit beruhen. Ich glaube nicht, dass das möglich ist.

In Großbritannien gibt es seit langem einen Deindustrialisierungsprozess. Gerade der rechte Flügel der Labour Party scheint den Londoner Finanzsektor nicht herausfordern zu wollen, weil er davon ausgeht, dass die britische Wirtschaft von ihm abhängt. Kann die Gewerkschaftsbewegung der Vormachtstellung des Finanzkapitals über die britische Ökonomie etwas entgegensetzen, und gibt es Ansätze, eine modernisierte Industrie aufzubauen?

Die industrielle und die Finanzbourgeoisie sind nicht getrennt, sondern Teil des gleichen Problems. In den 1980er Jahren gab es insbesondere in der

⁵ Robert Owen (1771-1858) war ein britischer Fabrikant und Sozialreformer sowie der Begründer der kooperativen Bewegung in Großbritannien. Er war der Direktor einer Modellfabrik mit angegliederter Arbeitersiedlung in der schottischen Grafschaft Lanarkshire. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der ArbeiterInnen waren dort wesentlich besser als in den britischen Industriestädten.

Kommunistischen Partei die Auffassung, dass es einen fortschrittlichen Block innerhalb der Bourgeoisie gebe, mit dem man sich gegen den kasi-nokapitalistischen Block verbünden sollte. Ich akzeptiere diese Sichtweise nicht. Ich glaube, die beiden Blöcke sind viel zu stark verknüpft. Die Industrie ist immer mit im Boot, wenn es darum geht, Standorte zu schließen. Sie verdient damit viel Geld.

Aber zur Frage der Industriearbeitsplätze. Ich denke, es wird manchmal übertrieben, wie viel zerstört worden ist. Ein bedeutender Anteil der Mitglieder der Arbeiterklasse macht nach wie vor körperliche Arbeit. Wenn man sich die entsprechenden Zahlen anschaut, erkennt man, dass Großbritannien nicht bloß eine Wissens- oder Dienstleistungsgesellschaft ist. Aber klar, die Art der Arbeitsplätze, die der arbeitenden Bevölkerung zur Verfügung stehen, entspricht in keiner Weise ihren Bedürfnissen. Und das wirft wieder die Frage nach Alternativen auf. Es gibt derzeit eine immer stärker werdende Kampagne für eine Million Klima-Jobs. Wir arbeiten gerade an einer Serie von Broschüren zum Thema »Arbeitsplätze und Bildung«. Dafür haben wir Forderungen der Klimakampagne übernommen und sie mit Bildungsfragen verknüpft.

Man kann sich alle möglichen Forderungen in Bezug auf Arbeitsplätze vorstellen, die auf die Herausbildung einer neuen Infrastruktur und Industriestruktur zielen und den derzeit existierenden Quatsch ersetzen. Dafür müssen wir auf die bereits beschriebene Art von Argumenten zurückgreifen. Nehmen wir an, Du arbeitest an der Herstellung von Atomwaffen. Würdest Du nicht lieber Deine Fertigkeiten anwenden, um Dialysesmaschinen herzustellen? Die meisten ArbeiterInnen würden das bevorzugen. Wir müssen uns nicht nur den öffentlichen, sondern auch den Privatsektor anschauen und fragen, wie sich die Industrie verändern muss, damit sie nicht länger Profite für eine Minderheit produziert, sondern die Bedürfnisse der Gesamtgesellschaft befriedigt. Argumente für eine Alternative haben eine Schlüsselbedeutung – solange sie von Massenkampagnen und -kämpfen gestützt werden.

Und zunehmend entwickeln auch rechtliche Gewerkschaften wie Unison in diesem Bereich sehr gute politische Ansätze. Das Problem ist jedoch, dass sie ausschließlich auf Lobby-Arbeit setzen, die sich an Unterhausabgeordnete richtet. Sie beziehen ihre Vorschläge nicht in die umfassenderen Kampagnen ein, die sich mit wirtschaftlichen Fragen befassen. Das führt dazu, dass die Frage nach Alternativen von den gesellschaftlichen Kämpfen abgeschottet wird. Die Diskussion um Alternativen muss fest im Alltag der ArbeiterInnen verankert werden. Wenn man dann um bestimmte Arbeitsplätze kämpft, verfügt man gleich über ein umfassenderes Bild – man

weiß, was los ist und warum man das macht, und das bringt meiner Meinung nach die Kämpfe voran.

Ich erinnere mich noch an die 1980er Jahre: Damals spielte die Gegenseite die BenutzerInnen von öffentlichen Dienstleistungen gegen die Beschäftigten aus, und sie setzte sich mit dieser Deutung durch. Das wird sehr viel schwieriger, wenn wir betonen, dass wir als Beschäftigte die BeschützerInnen der öffentlichen Dienstleistungen sind. Obwohl die Gegenseite im Moment wieder versucht, uns zu spalten, setzt sie sich mit ihrer Deutung nicht durch. Das ist natürlich im öffentlichen Sektor einfacher, aber es lässt sich auch auf die Industrie beziehen. Wir sollten Fragen wie diese stellen: Was machen wir eigentlich genau als ProduzentInnen? Brauchen wir Millionen von Autos, die genau gleich aussehen, aber unterschiedlich viel kosten? Sollten wir unsere Fertigkeiten als ArbeiterInnen nicht so nutzen, dass wir etwas Besonderes herstellen, was der gesamten Menschheit zugute kommt?

Du hast einiges dazu gesagt, wie man in politische Diskussionen intervenieren sollte. Aber wie stellt man Solidarität in einer Kampfsituation praktisch her?

Unser letzter Streik war ein London-weiter Streik. Wir hätten gerne landesweit gestreikt, konnten uns mit dieser Forderung aber nicht durchsetzen. Die LehrerInnen und DozentInnen haben am 28. März 2012 die Arbeit niedergelegt. Es war ein guter Streik und 8.000 Leute haben demonstriert. Allerdings wollten viele unserer Mitglieder in London nicht streiken. Sie fragten: »Warum nur wir? Warum gibt es keinen landesweiten Streik?« Wir antworteten: »Wir können uns auf nationaler Ebene nicht durchsetzen, aber wir müssen trotzdem etwas tun.« Unsere Mitglieder akzeptierten dieses Argument, aber eine Sache half uns dabei: Wir suchten für alle 40 Colleges und alle 25 Universitäten in London Partnerinstitutionen außerhalb der Stadt. Diese »adoptierten« unsere Institutionen. Sie sammelten Geld und schickten Delegierte zu den Streikposten, die Frühstück mitbrachten. Das war entscheidend, insbesondere bei den schwächer organisierten Colleges, wo Leute etwas vor der Beteiligung am Streik zurückschrecken.

Am 10. Mai⁶ werden wir diesen Ansatz wieder benutzen. Die Lehrergewerkschaft NUT wird nicht mit uns streiken. Darüber haben sich viele Beschäftigte in meiner Gewerkschaft besorgt gezeitigt. Sie sind der Meinung, dass wir gemeinsam mit den anderen Bildungsgewerkschaften streiken sollten. Wir haben geantwortet: »Ihr habt natürlich recht, aber sie machen

⁶ Siehe dazu auch S. 84f. in diesem Band.

nicht mit. Wir müssen mit den Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung und im Gesundheitsbereich streiken, um der ganzen Bewegung Mut zu geben. Es wäre besser, wenn wir dabei wären.« Wir haben uns in dieser Hinsicht gerade so durchgesetzt. Folgendes hat wieder den entscheidenden Unterschied gemacht: Die LehrerInnen, die sauer auf ihre Gewerkschaftsführungen waren und deren Verweigerungshaltung ablehnten, haben ihre Schulen zu unseren Partnerinstitutionen gemacht. Ich habe eine dieser Schulen besucht und 500 Pfund für mein College gesammelt. Am nächsten Tag kam ich zur Arbeit und konnte sagen: »Guckt mal, hier sind 500 Pfund für unseren Härtefallfonds.« Das hatte erhebliche Auswirkungen auf die Streikbereitschaft. Es wäre fantastisch, wenn wir eine praktische Grundlage für solche Formen der Solidarität auf internationaler Ebene aufbauen könnten. Praktische Solidarität ist nicht nur nötig, um gegen die Kürzungspolitik vorzugehen, sondern auch, um eine Vision einer anderen Gesellschaft zu erschaffen – einer Gesellschaft, in der gesellschaftliche Planung auf Grundlage von Bedürfnissen das Grundprinzip ist und nicht die Unwägbarkeiten des Markts und der Konkurrenz.

Teil 3

Der politische Streik und die Gewerkschaften in Deutschland

Lucy Redler

Vergessene Geschichte

Politische Streiks in (West-)Deutschland nach 1945

»Politischer Streik in Deutschland? Gibt's nicht, gab's nicht und wird's nicht geben. Ist auch verboten.« So etwa lautet die Einschätzung vieler AktivistInnen sozialer und betrieblicher Bewegungen. Neidisch blicken sie nach Südeuropa oder ins benachbarte Frankreich. Dabei hat Deutschland eine eigene Geschichte politischer Streiks, die bis in die Gegenwart hineinragt. Sie werden jedoch aufgrund der herrschenden Rechtsprechung oftmals nicht so bezeichnet. Manche der großen Streikwellen sind zudem in Vergessenheit geraten. Wer weiß noch, dass es nicht nur 1920, sondern auch 1948 einen Generalstreik gab?

Jeder Streik enthält ein politisches Moment

Im folgenden Text soll eine Übersicht über Streiks nach 1945 gegeben werden, die einen eindeutig politischen Charakter aufweisen, und auf einige von ihnen näher eingegangen werden.¹ Vor dem Versuch einer Chronologie sind einige Vorbemerkungen nötig. Allgemein enthält im Kapitalismus jeder ökonomische Streik auch ein politisches Moment, weil sich Arbeitskämpfe immer im Spannungsverhältnis zwischen Arbeit und Kapital bewegen und Einfluss auf das Kräfteverhältnis zwischen abhängig Beschäftigten und Kapitalbesitzern nehmen. Es gibt verschiedene Definitionen des politischen Streiks. Der konservative Jurist Carl Nipperdey, der ein Interesse an seiner Illegalisierung hatte, definierte ihn als Streik, der sich gegen den Staat richtet. Das klingt auch für MarxistInnen erst einmal logisch, nimmt doch der Staat die Rolle eines »ideellen Gesamtkapitalisten« (Engels, MEW 19, 222) ein. Problematisch daran ist, dass Streiks gegen ArbeitgeberInnen folglich nicht politisch sein können. In dieser ersten Definition geht es also um die Frage, wer der Adressat eines Streiks ist. Die International Labour

¹ Meine Darstellung konzentriert sich auf Westdeutschland. Eine interessante Aufarbeitung der Streiks in Ostdeutschland zwischen 1945 und 1989 bieten die Texte von Renate Hürtgen (2005) und anderen. Teile des vorliegenden Beitrags sind meinem Buch *Politischer Streik in Deutschland nach 1945* entnommen (Redler 2007). Darin findet sich auch eine längere Darstellung und tiefergehende Analyse der hier diskutierten Streiks.

Organisation und AutorInnen wie z.B. Wolfgang Abendroth² vertreten eine zweite, ebenfalls arbeitsrechtliche Definition. Ihr zufolge ist nicht der Adressat, sondern der Zweck eines Streiks das entscheidende Kriterium (Abendroth 1967, 219ff.; Wahsner 1987, 50). Diese Definition betont richtigerweise den Inhalt von Streiks, bleibt aber auch zu eng, da ihr zufolge Streiks mit einem inhaltlichen Bezug zur Arbeitswelt nicht politisch sind: Ein Streik gegen den Krieg wäre politisch, ein Streik für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen nicht. Dieser Logik folgend wären die Streiks um das Betriebsverfassungsgesetz 1952 oder gegen die Novellierung des Aussparungsparagrafen 116 im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) in den 1980er Jahren nicht politisch gewesen.

Nach Karl Marx (1971, 175f.) wächst hingegen »überall aus den vereinzelt ökonomischen Bewegungen der Arbeiter eine politische Bewegung hervor, das heißt eine Bewegung der Klasse, um ihre Interessen durchzusetzen in allgemeiner Form«. Im Jahr 1847 schrieb er im *Elend der Philosophie*, dass die Arbeiterklasse im Kampf gegen die herrschende Klasse von einer »Klasse an sich« zu einer »Klasse für sich selbst« werde und sich ökonomische in politische Kämpfe verwandelten (MEW 4, 180f.). Nach dieser Auffassung definiert sich das Politische im Klassenkampf nicht über den Adressaten und auch nicht ausschließlich über den Inhalt der im Streik aufgestellten Forderungen. Wesentlich ist, dass die streikenden ArbeiterInnen ihren Kampf als Klasse gegen die herrschende Klasse führen. Ein Beispiel: Die Metallarbeiter in Schleswig-Holstein streikten 1956 für die Einführung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Sie führten den Streik in dem Bewusstsein und mit dem Ziel, eine gesetzliche Regelung für die gesamte Arbeiterklasse zu erreichen. Dadurch erhielt ihr Streik, der sechzehn Wochen lang andauerte, eine politische Dimension. Entsprechend gehe ich von folgender Definition für politische Streiks aus: »Zusammengefasst ist daher ein Streik im marxistischen Sinne dann als politisch einzustufen, wenn die Arbeiter entweder Forderungen politischen oder wirtschaftspolitischen Inhalts aufstellen und/oder wenn sie einen Streik – unabhängig von seinen inhaltlichen Forderungen – in einer Art führen, in der die Arbeiter als Klasse gegen die herrschende Klasse auftreten.« (Redler 2007, 28)

² Wolfgang Abendroth räumt ein, dass im Kapitalismus jeder Streik ein politisches Moment hat und eine klare Trennung zwischen ökonomischen und politischen Streiks nicht möglich ist. Er unterscheidet jedoch zwischen Streiks, die gleichzeitig an den Staat adressiert und gegen ihn gerichtet sind, und Streiks, der zwar an den Staat adressiert, aber gegen die ArbeitgeberInnen gerichtet sind. Im ersten Fall handelt es sich Abendroth zu Folge um politische, im zweiten Fall um arbeitsrechtliche Streiks.

Rosa Luxemburg verwies in ihrer Schrift *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften* in Bezug auf die Erfahrungen der ersten Russischen Revolution im Jahr 1905 darauf, dass zwischen ökonomischen und politischen Streiks eine Wechselwirkung besteht. Sie schrieb: »Der ökonomische Kampf ist das Fortleitende von einem politischen Knotenpunkt zum anderen, der politische Kampf ist die periodische Befruchtung des Bodens für den ökonomischen Kampf. Ursache und Wirkung wechseln hier alle Augenblicke ihre Stellen, und so bilden das ökonomische und das politische Moment in der Massenstreikperiode, weit entfernt, sich reinlich zu scheiden oder gar auszuschließen, wie es das pedantische Schema will, vielmehr nur zwei ineinandergeschlungene Seiten des proletarischen Klassenkampfes in Russland.« (1905/1975, 177)

Diese Erkenntnis ist wichtig. Denn Streiks für politische Forderungen sind nicht immer wichtiger oder höherwertiger als Streiks für ökonomische Forderungen. Die zentrale Frage ist, in welchem Bewusstsein und mit welchem Ziel ein Kampf geführt wird. Geht es einfach ums Dampf-Ablassen oder um einen Kampf, der das Bewusstsein der Kämpfenden erweitert und das Kräfteverhältnis zugunsten der arbeitenden Klasse verschiebt?

Westdeutschland zwischen 1945 und 1990

Die Streiks in Westdeutschland, die als eindeutig politisch bezeichnet werden können, weisen in ihrer großen Mehrheit den Charakter von Demonstrationsstreiks (in Abgrenzung zu Erzwingungsstreiks) auf.³ Mit einigen Ausnahmen handelt es sich um defensive Abwehrstreiks und nicht um offensive Kämpfe. Einige Streiks hatten offensive Elemente, z.B. waren die Forderungen des Generalstreiks von 1948 offensiv. Interessant ist zudem, dass viele der Streiks nicht von den Gewerkschaftsführungen organisiert wurden, sondern sich spontan von unten entwickelten.

³ Der politische Streik lässt sich seiner Form nach in Demonstrationsstreik und Kampfstreik unterscheiden. Der Demonstrationsstreik ist im Gegensatz zum Kampfstreik von Beginn an zeitlich begrenzt. Er wird geführt, um den politisch Herrschenden die Forderungen der Arbeiterklasse zu verdeutlichen, ohne dabei einen Sieg herbeiführen zu müssen. Der Erzwingungsstreik (oder Kampfstreik) ist dagegen auf die Durchsetzung von politischen Forderungen oder die Abwehr von politischen Maßnahmen der Gegenseite gerichtet und wird in der Regel geführt, bis die Forderungen erfüllt sind. Damit stellt der Erzwingungsstreik die Frage von Sieg oder Niederlage.

Der Generalstreik 1948

Den Hintergrund für den Ausstand im Jahr 1948 bildete die katastrophale Wohnungs- und Ernährungslage aufgrund der Zerstörungen durch den Krieg. Seit 1945 war ein Lohnstopp in Kraft, während die Preise anstiegen. Bereits ab 1947 kam es aufgrund der Ernährungskrise zu einer Reihe von Streiks und Massendemonstrationen – vor allem im Ruhrgebiet, aber auch anderswo. Die Forderung nach der Vergesellschaftung der Gruben erhielt breite Unterstützung. Auf dem Höhepunkt der Aktionen beteiligten sich im April 1947 300.000 Kumpel an einem Streik gegen die Ernährungs-krise. Es kam zudem zu Streiks zur Unterstützung von Entflechtungsmaß-nahmen oder für die Entlassung von Direktoren mit NS-Vergangenheit – letzteres bei MAN.

In Bayern traten im Januar 1948 über eine Million ArbeiterInnen in ei-nen 24-stündigen landesweiten Generalstreik gegen die herrschende Wirt-schaftspolitik. Gefordert wurde unter anderem die »Erfassung der gesamten Erzeugung von Nahrungsmitteln und Gütern industrieller und gewerblicher Betriebe für den täglichen Bedarf, gerechte Verteilung und Kontrolle durch den Verbraucher, sofortige Schließung sämtlicher Luxusgaststätten und Schlemmerlokale« (Selig/Morenz 1980, 332).

Die Währungsreform im Juni 1948 hatte weitere Preissteigerungen zur Folge, der Unmut und die Forderungen nach einem flächendeckenden Ge-neralstreik wuchsen. Am 12. November riefen die Gewerkschaften dann zu einem eintägigen Generalstreik in der britischen und der US-amerikanischen Besatzungszone gegen den Lohnstopp, den Preiswucher und für mehr Mit-bestimmung auf. Der Streik betraf fast ganz Westdeutschland. Es nahmen 9 von 11,7 Mio. Beschäftigten teil. Nur vier Millionen von ihnen waren ge-werkschaftlich organisiert. Dies widerlegte eine Behauptung, die inner-halb der Zweiten Internationale u.a. von Karl Kautsky (1914, 95ff.) vertreten wurde, nämlich dass ein Massenstreik erst möglich werde, wenn der Groß-teil der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sei. Der Generalstreik 1948 bestätigte vielmehr die Auffassung Luxemburgs (1905/1975, 193ff.), dass die unorganisierte Arbeiterklasse in Deutschland sich gerade durch breite Klassenkämpfe politisieren und organisieren werde. Zudem untermauerte er Luxemburgs These vom Zusammenhang von ökonomischen und poli-tischen Kämpfen, da ihm eine Welle von Streiks für ökonomische Forde-rungen vorausgegangen war.

Die Gewerkschaften stellten einen Forderungskatalog mit zehn Punkten auf, der eine Verknüpfung von gewerkschaftlichen und politischen Forde-rungen beinhaltete. Es wurden beispielsweise eine Korrektur der Währungs-reform, ein Preis- und Wuchergesetz, die Produktion preiswerter Massen-

güter, die Überführung der Grundstoffindustrie und der Kreditinstitute in Gemeineigentum und die paritätische Mitbestimmung durch die Gewerkschaften verlangt.

Vermutlich aus Sorge vor einer Radikalisierung der Streikbewegung unterbanden die Gewerkschaftsführungen alle Kundgebungen und Demonstrationen. Der Generalstreik war also ein Demonstrationsstreik ohne Demonstrationen. Außer der Aufhebung des Lohnstopps, der bereits am 3. November erfolgt war, und kleineren Verbesserungen wurden durch den Streik keine Erfolge erzielt.

Die Niederlage im Kampf um das Betriebsverfassungsgesetz 1952

Die Frage der Mitbestimmung bildete eine zentrale Forderung der Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg. Standen unmittelbar nach dem Krieg noch die Forderung nach Sozialisierung der Schlüsselindustrien und einige planwirtschaftliche Elemente im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Debatte, konzentrierten sich die Gewerkschaftsführungen in den 1950er Jahren zunehmend auf die Frage der paritätischen Mitbestimmung in Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen. Gegen den Versuch der ArbeitgeberInnen, im Jahr 1951 die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie (Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie) wieder abzuschaffen, liefen die Gewerkschaften Sturm.

Im Jahr 1952 ging es den Gewerkschaften um eine bundeseinheitliche Regelung im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes. Sie forderten die Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung über die Montanindustrie hinaus, während die ArbeitgeberInnen und die Bundesregierung lediglich bereit waren, den Gewerkschaften eine Drittelparität zuzugestehen. Gleichzeitig verabschiedete die Regierung ein Personalvertretungsgesetz für den Öffentlichen Dienst, was darauf abzielte, die Spaltung der Beschäftigten zu vertiefen. Daraufhin rief der DGB zu Großdemonstrationen und Warnstreiks auf, an denen sich bis zu 350.000 ArbeiterInnen beteiligten. Den Höhepunkt bildete ein zweitägiger Zeitungsstreik der Drucker und Setzer. Trotz der Ankündigung der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeber, die Gewerkschaften im Falle eines Streiks auf Schadensersatz zu verklagen, erschienen vom 27. bis 29. Mai so gut wie keine Zeitungen.

Der Streik war politisch, weil sich zehntausende ArbeiterInnen gegen die ArbeitgeberInnen als Klasse wandten und die Frage der Leitung und Kontrolle der Betriebe aufwarfen. Der damalige Vorstandsvorsitzende der IG Metall, Hans Brümmer, brachte die politische Qualität der Streikaktion auf den Punkt: »Ich glaube, es wird vielfach übersehen, dass es sich hier um eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen der kapitalistischen

Welt und uns gedreht hat (...). Der Kampf um das Betriebsverfassungsgesetz war ein hochpolitischer Kampf, ein Kampf gegen ein politisches und wirtschaftliches System, das wir in gewissen Grenzen verändern wollten.« (Brümmer 1975, 131)

Der Demonstrationstreik endete in einer bitteren Niederlage, die weitreichende politische Folgen für die Gewerkschaften hatte. Um die Frage, ob der Streik gegen das Betriebsverfassungsgesetz als ein politischer oder als ein arbeitsrechtlicher Streik einzustufen war, entwickelte sich eine juristische Diskussion, in der sich die immer noch vorherrschende Auffassung durchsetzte, dass politische Streiks illegal seien. Dabei ist ein Verbot politischer Streiks nirgendwo festgeschrieben, sondern geht auf die Rechtsprechung durch häufig bereits in der Nazizeit tätige JuristInnen in den 1950er Jahren zurück. In den folgenden Jahrzehnten zeigte sich immer wieder, dass – mit Ferdinand Lassalle gesprochen – Rechtsfragen Machtfragen sind. Ob ein politischer Streik als illegal betrachtet wird und deshalb zu Schadensersatzforderungen führt, ist primär von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen abhängig.

Politische Streiks in den 1950er Jahren

In den 1950er Jahren kam es zu einer Reihe kleinerer politischer Streiks (Däubler 1987, 167f.; Degen et al. 1979, 62). Eine besondere Bedeutung erlangte der Kampf der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein in den Jahren 1956/57 für die Einführung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Zur Durchsetzung dieser Forderung streikten 30.000 Arbeiter sechzehn Wochen lang und erkämpften die Lohnfortzahlung auf tariflicher Basis. Auch wenn der DGB behauptete, es sei ein tarifpolitischer Streik gewesen, hatte er eine allgemeinpolitische Dimension, da er die Parlamentsmehrheit zwang, die erkämpfte Gleichstellung von ArbeiterInnen und Angestellten und die Lohnfortzahlung im Jahr 1957 gesetzlich zu verankern. Mitte der 1950er Jahre kam es zudem zu spontanen politischen Streiks in neunzig Betrieben, die gegen die geplante Remilitarisierung der Bundesrepublik gerichtet waren. 1958 folgten politische Streiks gegen die drohende atomare Aufrüstung der Bundeswehr.

Bewegung gegen die Notstandsgesetze 1968

Die Gewerkschaften waren von Beginn an Teil der Bewegung gegen die Notstandsgesetze. Zu Recht fürchteten sie, dass diese Gesetze zu Einsätzen von Polizei- und Streitkräften gegen streikende ArbeiterInnen führen könnten. Hatten sich zu Beginn der Auseinandersetzung noch Einzelgewerkschaften wie die IG Metall, NGG und die DGB-Bundesjugendkonferenz für Streiks zur

Verhinderung der Notstandsgesetze ausgesprochen, änderte sich die Haltung zu dem Zeitpunkt, als die SPD 1966 in die Koalition mit der CDU eintrat. Auf dem Höhepunkt der Bewegung im Mai 1968 verabschiedete der DGB eine Resolution, in der er sich nicht nur gegen einen Streik aussprach, sondern auch allen Landesbezirken das Recht absprach, Proteststreiks durchzuführen. Als Begründung wurde angegeben, dass der politische Streik illegal sei und dass sich die Mitglieder der Gewerkschaften an einem solchen Streik nicht breit beteiligen würden. Angesichts der folgenden Massenproteste darf dies jedoch bezweifelt werden.

In einer ganzen Reihe von Betrieben kam es zu von unten organisierten Arbeitsniederlegungen gegen die Notstandsgesetze. Zum Teil wurden die Arbeitsniederlegungen von kämpferischen BetriebsrätInnen oder FunktioniärInnen unterhalb der Landesebene organisiert. Eine Sonderrolle spielte der DGB Hessen, der zu einer Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg während der Arbeitszeit aufrief.

An der Großdemonstration gegen die Notstandsgesetze am 11. Mai 1968 nahmen 70.000 Menschen teil. Am stärksten waren neben den Mitgliedern des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) Mitglieder der IG Metall vertreten (o.V. in Fülberth 1983, 268). Linke GewerkschafterInnen beteiligten sich zudem an dem SDS-Kongress gegen die Notstandsgesetze.

Die Notstandsgesetze konnten nicht verhindert werden. Als Zugeständnis an die Bewegung wurde in Artikel 20 Absatz 4 lediglich ein Widerstandsrecht in das Grundgesetz aufgenommen. Es ist aber davon auszugehen, dass durch breite Streikmaßnahmen und einen Generalstreik – im Zusammenspiel mit den massiven Protesten der Studierenden – eine Verhinderung der Notstandsgesetze möglich gewesen wäre.

Septemberstreiks 1969 und Streiks gegen das Misstrauensvotum gegen Willy Brandt 1972

Die Welle von spontanen Streiks Ende der 1960er Jahre und der Streik gegen das Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt sind Beispiele für die von Luxemburg dargelegte gegenseitige Verstärkung von ökonomischen und politischen Kämpfen. Bei den Septemberstreiks ging es vor allem um betriebliche Nachschlagsforderungen in Bezug auf Tariferhöhungen, die flächendeckend ausgehandelt worden waren. Anfang September 1969 breitete sich ausgehend von einer Arbeitsniederlegung in den Werken der Hoesch AG in Dortmund eine Streikwelle aus – vor allem in Nordrhein-Westfalen, Saarland, Bremen und der Oberpfalz. Vom 2. bis 19. September befanden sich mindestens 140.000 ArbeiterInnen im Streik. Sie forderten Lohnerhöhungen zwischen 30 und 70 Pfennig (Birke 2005, 28). Die Streiks führten

zu einer starken Politisierung der Arbeiterschaft. Jürgen Harrer und Georg Fülberth zufolge gingen die Streikaktionen auf eine Aktionseinheit von sozialdemokratischen und kommunistischen AktivistInnen in den Betrieben zurück, die auch das Rückgrat für den umfassenden Streik gegen den geplanten Sturz Brandts bildeten (Fülberth/Harrer 1979, 487ff.).

Auch in den Folgejahren kam es zu Arbeitskämpfen. Diese bildeten den Hintergrund für die spontanen Arbeitsniederlegungen, die erfolgten, als die CDU im Jahr 1972 versuchte, Willy Brandt zu stürzen. In den zwei Tagen vor und am Tag der Einleitung des konstruktiven Misstrauensvotums durch die CDU/CSU am 27. April 1972 befanden sich 100.000 ArbeiterInnen, Angestellte und BeamtInnen in hundert Betrieben im Streik. Politisch ging es um die neue Ost-Politik der Brandt-Regierung und die Politik der friedlichen Koexistenz, gegen eine Rückkehr zum Kalten Krieg. Am Tag der Abstimmung fehlten zwei Stimmen für den Sturz der Regierung. Es ist davon auszugehen, dass der Druck der Bewegung Auswirkungen auf die Abstimmung hatte. Peter Birke (2005, 18) verweist auf einen weiteren interessanten Zusammenhang: »Ironischerweise bot ausgerechnet der Kontext des gescheiterten Misstrauensvotum für die Gewerkschaften den Anlass, von ihrer in den zwei Jahren zuvor vergleichsweise offensiven Lohnpolitik wieder abzurücken. Auch die IG Metall erklärte sich im Jahr 1972 wieder bereit, im Rahmen der ›Stabilisierungspolitik‹ der sozial-liberalen Koalition einen ›Lohnrahmen‹ zu akzeptieren. Dies löste im Laufe des Jahres (...) eine erneute Welle von wilden Streiks aus, die sich nicht nur auf einige wenige Wochen, sondern bis zum Spätsommer 1973 erstreckte. (...) Ihren Höhepunkt erreichte die Streikwelle von 1973 im August mit über 100 bestreikten Betrieben und ca. 80.000 Streikenden.«

Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss 1983

Innerhalb großer Teile der Bevölkerung gab es in den 1980er Jahren eine breite Stimmung für den Frieden. Dies spiegelte sich auch in der Friedensbewegung und dem (begrenzten) Aufruf des DGB wider, am 5. Oktober 1983 die Arbeit für fünf Minuten niederzulegen, um gegen den NATO-Doppelbeschluss zu protestieren. Verschiedene Gewerkschaftsgliederungen sprachen sich für Streikaktionen gegen die Raketenstationierung aus. Der damalige saarländische SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine forderte die Gewerkschaften im Mai 1983 zu »Produkt- und Generalstreiks« auf. Lafontaine ist auch heute als führender Politiker der Linkspartei einer derjenigen, der seine Stimme für das Recht auf politischen Streik erhebt. Im Jahr 1983 reagierten sowohl die Bundesregierung als auch die SPD- und DGB-Führungen darauf mit scharfer Ablehnung. Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit

sah einen Streik gegen die Raketenstationierung als rechtswidrig an (Wahsner/Bayh 1983, 25ff.).

Kampf um Arbeitszeitverkürzung und gegen die Novellierung von § 116 AFG

Zu einer der bedeutendsten Auseinandersetzungen in der Nachkriegsgeschichte kam es in den 1980er Jahren. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche hatte politische Elemente. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich war die gewerkschaftliche Antwort auf die steigende Arbeitslosigkeit, die mit dem Ende des langen Nachkriegsaufschwungs einsetzte. So schrieb die IG Metall im Juni 1982: »Der Kampf um die 35-Stunden-Woche ist weit mehr als nur ein ökonomischer Kampf. Er ist ein Kampf um die gesellschaftlichen Machtverhältnisse.« (zit. n. Niemann 1998, 189)

Die ArbeitgeberInnen setzten auf die Aussperrung als politisches Kampfmittel. Nach dem Erfolg der Gewerkschaften, die im Juni 1984 eine Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden durchsetzten, gingen die ArbeitgeberInnen mit der geplanten Novellierung von § 116 AFG in die Offensive. Ziel war die Streichung des Kurzarbeitergeldes für mittelbar vom Arbeitskampf betroffene ausgesperrte ArbeiterInnen derselben Branche. Die Gewerkschaftsführungen verstanden den Vorstoß zu Recht als Versuch, den Gewerkschaften eine empfindliche Niederlage beizufügen, um in der Zukunft erfolgreiche Arbeitskämpfe zu verhindern. Es ging um nicht weniger als um die Kampffähigkeit der Gewerkschaften. Diese antworteten auf den Angriff auf das Streikrecht mit einer massiven Protest- und Streikwelle.⁴

Auf dem Höhepunkt folgten im März 1986 eine Million Beschäftigte dem Aufruf des DGB, für eine Stunde die Arbeit niederzulegen. Dem waren bereits zwei Streiktage vorausgegangen. Die Stimmung für eine Ausweitung der Kampfmaßnahmen schien gegeben. Trotz der eindrucksvollen Beteiligung blieb es bei Demonstrationstreiks. Es waren die Grünen, die damals als weitere Kampfmaßnahme die Einleitung eines Generalstreiks vorschlugen. Die DGB-Führung argumentierte aus rechtlichen Gründen dagegen und erhoffte sich parlamentarische Mehrheiten gegen die kalte Aussperrung. Gustav Fehrenbach, stellvertretender DGB-Vorsitzender und Mitglied der CDU, erklärte in der Passauer Neue Presse am 21. Januar 1986, dass »ein Generalstreik oder Streik gegen ein Parlament kein legales Mittel sei«, um gewerkschaftliche Ziele durchzusetzen (zit. n. Fehrenbach 1986, 5).

⁴ Vgl. hierzu und zu den Protesten gegen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auch den Beitrag von Scharf in diesem Band.

Es kam zwar zu einigen Änderungen an dem Gesetzentwurf, die Gewerkschaften konnten sich jedoch nicht durchsetzen.

Gesamtdeutschland nach 1990

Der Kampf gegen Kohls Sparpaket in 1990er Jahren

Der Zusammenbruch der stalinistischen Staaten ließ den Kapitalismus als das siegreiche System erscheinen. Hinzu kamen eine Offensive der Bürgerlichen sowie der Rechtsruck der SPD und eines Teils der Gewerkschaftsführungen. Dies versetzte die politische Linke und die Arbeiterbewegung in die Defensive. Der ökonomische Abschwung führte jedoch schon bald zu neuen betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen.

Es begann mit dem elftägigen Streik der ÖTV im Jahr 1992. 1993 folgte ein dreiwöchiger Streik von MetallarbeiterInnen in Ostdeutschland, der dem IG Metall-Bezirksleiter Hasso Düvel zufolge einen ausgeprägt politischen Charakter hatte, da die ArbeitgeberInnen die Tarifautonomie in Ostdeutschland zerstören wollten (vgl. Hemmer 1993, 385). Ein bedeutender Kampf zur Verteidigung eines Kaliwerks ereignete sich im selben Jahr in Bischofferode. Schließlich fanden 1993 Arbeitsniederlegungen gegen die Einführung von zwei Karenztagen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall statt, die als politische Streikaktionen bezeichnet werden können.

Mitte der 1990er Jahre gingen die Kohl-Regierung und die ArbeitgeberInnen zu verstärkten Angriffen auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse über. Im Jahr 1996 legte die Regierung ein umfassendes Sparpaket und Vorschläge für eine »Gesundheitsreform« vor. Das Sparpaket umfasste die Einschränkung des Kündigungsschutzes, die Abschaffung des Zuschusses für den Zahnersatz und – als wichtigsten Baustein – die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall von 100% auf 80%. Als Reaktion riefen die Gewerkschaften zu einer Großdemonstration in Bonn auf, an der sich über 350.000 Menschen beteiligten. Kurz danach kam es auf Druck von unten zu einer Schaltkonferenz mit VertreterInnen aller DGB-Einzelgewerkschaften, die über die Frage einer flächendeckenden Streikaktion am 27. Juni, dem Tag der zweiten und dritten Lesung des Gesetzentwurfs im Bundestag, beraten sollte. Für einen eintägigen Generalstreik hatten sich unter anderem die GEW Mecklenburg-Vorpommern, der DGB Greifswald, der Vertrauenskörper bei ABB Mannheim und Vertrauensleute von VW Baurtal ausgesprochen. Die DGB-Führung lehnte jedoch ab.

Als die ArbeitgeberInnen die Kürzung der Lohnfortzahlung auch bei den Beschäftigten, deren Lohnfortzahlung tariflich geregelt war, durchsetzen

wollten, kam es zu erneuten Auseinandersetzungen. Auf dem Höhepunkt besetzten 7.000 Bauarbeiter die größte Baustelle der Welt am Potsdamer Platz. Die tarifvertragliche Kürzung der Lohnfortzahlung konnte zurückgeschlagen werden, die Gewerkschaften hatten einen wichtigen Erfolg errungen. Die gesetzliche Kürzung der Lohnfortzahlung blieb bis 1999 in Kraft. Die Auseinandersetzungen um das Sparpaket und die Lohnfortzahlung hatten 1998 die Abwahl der Kohl-Regierung zur Folge. Die neue SPD-Grüne-Regierung nahm die gesetzliche Kürzung zurück.

Konflikte um Agenda 2010 und Tarifaufonomie 2003/04

Die Hoffnungen vieler GewerkschafterInnen, dass unter Rot-Grün alles besser werden würde, zerschlugen sich spätestens im Jahr 2003, als Gerhard Schröder die Agenda 2010 verkündete. Gegen die Agenda 2010 und die rot-grüne Bundesregierung kam es im November 2003 zu einer ersten wichtigen bundesweiten Demonstration, die von unteren und mittleren Gewerkschaftsgliederungen getragen war. In vereinzelt Betrieben in Bayern wie bei SKF, Kugelfischer und Sachs legten Beschäftigte nach Aufruf der örtlichen IG Metall-Führung die Arbeit nieder. Klaus Ernst war damals erster Bevollmächtigter der IG Metall in Schweinfurt. Ihm zufolge nahmen über 4.000 KollegInnen an dieser Aktion teil. In Kassel streikten am 9. Dezember 2003 7.000 Beschäftigte der Privatindustrie und des Öffentlichen Dienstes gegen die Agenda 2010, die Sozialkürzungen der hessischen Landesregierung und die Einschränkung der Tarifaufonomie. Dieser Demonstrationstreik war vom DGB-Nordhessen organisiert worden. Am 3. April 2004 mobilisierte der DGB schließlich zu Großdemonstrationen. Diesen folgte aber kein ernsthafter Widerstand.

Zu entschlossenen gewerkschaftlichen Mobilisierungen riefen die Gewerkschaften jedoch Ende 2003 auf, als die Bundesregierung die Tarifaufonomie antasten wollte. Ähnlich wie 1986 im Kampf gegen den § 116 AFG ging es um existenzielle Fragen, die die Stellung der Gewerkschaften betrafen. In den Monaten November und Dezember 2003 mobilisierten die Gewerkschaften Hunderttausende, die während der Arbeitszeit gegen die Ausbebelung der Tarifaufonomie protestierten. Die Proteste waren erst einmal erfolgreich: Die Versuche eines Kurswechsels in der Tarifpolitik verliefen im Sande.

Opel Bochum 2004

Zu einem bedeutenden Kampf kam es im Oktober 2004 im Opel-Werk in Bochum. Nachdem die Konzernleitung angekündigt hatte, allein in Bochum 4.100 von 9.600 Arbeitsplätzen zu streichen, und auch mit der Schließung

des Werks gedroht wurde, traten zahlreiche KollegInnen selbstorganisiert – d.h. gegen den Willen eines Teils der Betriebsräte und der IG Metall-Führung – in den Streik. Es folgte ein sechstägiger »wilder« Streik. Eine Parole, welche die Entschlossenheit und die Angst der KollegInnen vor Verlust des Arbeitsplatzes zum Ausdruck brachte, war: »Entweder streiken wir – oder Hartz IV« (Beck 2004).

In der Folge des Streiks wurden die (angedrohte) Schließung des Werks und betriebsbedingte Kündigungen vorerst verhindert. Es wurden Auffanggesellschaften gegründet und hohe Abfindungen vereinbart. Manche betriebliche AktivistInnen blickten mit Ernüchterung auf das Ergebnis dieses sehr politisch geführten Streiks (vgl. Gester/Hajek 2005). Eine große politische Dimension entwickelte zwei Jahre später auch der Kampf beim Spandauer Bosch-Siemens-Hausgeräte-Werk (vgl. Akyurt 2007, 37).

Proteste gegen das Port Package II 2006

Ein positives Beispiel für die Wirksamkeit politischer Streiks lieferte der erfolgreiche europaweite Kampf der HafendarbeiterInnen gegen das Port Package II der EU-Kommission. Es ging um den Marktzugang zu Hafendienstleistungen, mit dem die Häfen einem schärferen Wettbewerb unterworfen werden sollten. Dagegen traten am 11. Januar 2006 50.000 HafendarbeiterInnen in den Streik, indem sie an so genannten betrieblichen Informationsveranstaltungen teilnahmen. Auch in einigen deutschen Hafenstädten wurde die Arbeit niedergelegt. Am 18. Januar lehnte eine große Mehrheit des Europaparlaments die Hafenrichtlinie ab. Die HafendarbeiterInnen können sich stolz auf ihre Fahne schreiben, die Liberalisierung von Hafendienstleistungen verhindert zu haben.

Streiks gegen die Rente mit 67 im Jahr 2007

Einen Höhepunkt in den letzten Jahren bildeten die gewerkschaftlichen Mobilisierungen gegen die Einführung der Rente mit 67. Nach Angaben der IG Metall nahmen 300.000 Beschäftigte an den Protesten während der Arbeitszeit teil, die im Frühjahr 2007 stattfanden. Allerdings blieben diese Arbeitsniederlegungen auf die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie beschränkt. Das Ausmaß der Beteiligung war trotzdem beeindruckend. Tom Adler (2007, 6) beschreibt den Charakter der Proteste und die Haltung der IG Metall wie folgt: »So unübersehbar wie der politische Charakter dieser Arbeitsniederlegungen ist aber auch eins: Die gesamte Gegenwehr gegen die Rente mit 67 war von Anfang an so angelegt, dass sie die Rente mit 67 nicht verhindern konnte. Kein Mensch hat geglaubt, dass so eine begrenzte Aktion in der allerletzten Phase der Behandlung im Parlament irgendetwas

verhindern kann. Das hat kein Protestierender geglaubt, keiner von denen, die deshalb gar nicht erst mit raus gegangen sind, und die, die dazu aufgerufen hatten, erst recht nicht. Die IG Metall-Spitze z.B. hatte sich ja schon sehr frühzeitig von der Perspektive abgesetzt, die Rente mit 67 kampfwise zu verhindern. (...) All das deutet darauf hin, dass es – zumindest bei der IG Metall – ein Arrangement zwischen Regierungs- und Gewerkschafts-Sozialdemokratie gibt: ›Tausche Verlängerung der Altersteilzeitregelungen gegen Rücknahme der gesellschaftlichen Mobilisierung‹.«

Interessant an diesem Beispiel ist jedoch, dass es trotz der angeblichen Illegalität politischer Streiks nicht zu juristischen Schritten gegen die IG Metall kam. Das hängt vor allem mit der breiten Beteiligung von KollegInnen an den Aktionen und der breiten Ablehnung der Rente mit 67 innerhalb der Bevölkerung zusammen. Wie hätte man 300.000 Beschäftigte kriminalisieren können? Hier zeigt sich ganz deutlich der Zusammenhang von rechtlichen Fragen und dem Kräfteverhältnis zwischen den Klassen.

Fazit

Die politischen Streiks in der westdeutschen Geschichte ab 1945 und der gesamtdeutschen ab 1990 waren fast ausnahmslos Demonstrationsstreiks. Die vorliegende Chronologie verdeutlicht, dass viele der genannten Streiks von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und betrieblichen AktivistInnen organisiert wurden. Wenn die Gewerkschaftsführungen – wie beispielsweise 1948 – zu solchen Streiks aufriefen, geschah dies meist erst nach massivem Druck von unten und aus Sorge, sonst die Kontrolle über die Streiks zu verlieren. Ausnahmen waren die Mobilisierungen gegen das Betriebsverfassungsgesetz 1952, die Streiks gegen die Novellierung von § 116 AFG und die Proteste gegen die Aushebelung der Tarifautonomie 2003. Hier ging es für die Gewerkschaften um existenzielle Fragen, und die Gewerkschaftsspitze ergriff die Initiative.

Oftmals befruchteten sich die ökonomischen und politischen Kämpfe wechselseitig. So konnten die Streikaktionen gegen das Misstrauensvotum gegen Willy Brandt auf den Erfahrungen aus den spontanen Septemberstreiks des Jahres 1969 aufbauen. In noch deutlicherer Weise entwickelten sich die Streiks gegen die Novellierung des § 116 AFG aus der Streikbewegung für die Einführung der 35-Stunden-Woche. Insofern spielten die ökonomischen Streiks in der Herausbildung von Klassenbewusstsein eine wichtige Rolle. Es ist wichtig, an diese Streiks zu erinnern – gerade heute, wo viele behaupten, politische Streiks in der Bundesrepublik seien nicht möglich.

Trotzdem ist auffällig, dass das Ausmaß der Streiks in Deutschland gemessen an den verlorenen Arbeitsstunden deutlich geringer ist als in Frankreich und Südeuropa. Manchmal wird in diesem Zusammenhang behauptet, die Deutschen seien einfach nicht zum Streik bereit. Oft ist zu hören, dass der politische Streik im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern rechtswidrig sei. Die Erfahrungen aus Österreich im Jahr 2003 haben jedoch gezeigt, dass generalstreikähnliche Aktionen auch in einem Land mit einer ähnlichen Rechtsauffassung (vgl. Bohr 1992, 40ff.), einer starken sozialpartnerschaftlichen Tradition und einer kargen Geschichte an Streikbewegungen möglich sind.⁵

Doch was sind die Gründe für das geringere Ausmaß von Streiks in Deutschland? Historisch betrachtet gab es – wie in diesem Beitrag belegt wird – viele Situationen, in denen die Bedingungen für politische Streiks heran gereift waren und zumindest von einer vorübergehenden Bereitschaft der Beschäftigten zum politischen Streik ausgegangen werden kann. Die angeführten Beispiele verdeutlichen, dass die Politik von Teilen der Gewerkschaftsführungen zur Verhinderung der Zuspitzung der Kämpfe beitrug. Man suchte den Schulterschluss mit der SPD, orientierte auf parlamentarische Mehrheiten und setzte auf Sozialpartnerschaft mit dem ArbeitgeberInnen. Dabei besteht sicherlich ein Wechselverhältnis zwischen Fehlern in der Politik der Führungen in der Vergangenheit und der heute manchmal mangelnden Kampfbereitschaft von Belegschaften. Zudem hat die in den letzten Jahren erfolgte Spaltung von Belegschaften in Kernbelegschaften und prekarierte Beschäftigte tiefe Spuren hinterlassen: Sie schwächt die Kampfkraft der Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsführungen können auch heute nicht einfach mit dem Finger schnipsen und alle Bänder stehen still.

Daniel Behruzi (2007, 18) liefert einen Erklärungsansatz, warum sich Teile der Gewerkschaftsführungen in der Nachkriegsära in Zurückhaltung übten: »Hintergrund ist zum einen der in der Nachkriegsperiode in Deutschland stark expansive Kapitalismus, der im eigenen Interesse stets darauf bedacht war, Ruhe und Stabilität zu erhalten – und sich das auch etwas kosten zu lassen. Zum anderen traf das Unternehmertum hierzulande auf eine gewerkschaftlich ausgesprochen gut organisierte Arbeiterklasse.« Er verweist auf die im internationalen Vergleich in der Bundesrepublik schwache radikale Linke und erklärt dies einerseits mit der Zerstörung bestimmter Milieus und Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung durch die Nazis, andererseits mit der in weiten Teilen der westdeutschen Arbeiterklasse verbreiteten Ablehnung des stalinistischen Systems der DDR. All dies habe dazu

⁵ Vgl. auch das Interview mit Michael Pieber in diesem Band, S. 130-137.

geführt, dass die sozialdemokratisch geprägte Bürokratie in den Gewerkschaften kaum herausgefordert worden sei.

Im Vergleich zu Ländern, in denen politische Richtungsgewerkschaften existieren, haben die Führungen in den deutschen Einheitsgewerkschaften sowohl eine potenziell größere Macht als auch eine größere Kontrollfunktion in Kämpfen. Das führt dazu, dass die Hürde für Kämpfe in Deutschland höher ist als anderswo. Ein weiterer Faktor ist, dass die Arbeitgebenden in der Nachkriegszeit aufgrund der direkten Systemkonkurrenz mit der DDR oftmals bereits nach der Androhung von Streiks zu Zugeständnissen bereit waren. Der politische Druck, als »westdeutscher Frontstaat« im Sozialbereich nicht hinter den Standard in der DDR zurückzufallen, war hoch. Zudem ist die Verbindung von großen Teilen der Gewerkschaftsspitzen zur SPD prägend. Es ist davon auszugehen, dass die Bereitschaft von Teilen der Gewerkschaftsführungen zu politischen Streikaktionen unter konservativen Regierungen ausgeprägter war als unter Regierungen, denen die SPD angehörte. Auf diesen Zusammenhang wurde in Bezug auf die Mobilisierung gegen die Notstandsgesetze bereits hingewiesen. Es stellt sich auch die Frage, wie machtvoll und breit eine gewerkschaftliche Mobilisierung gegen die Agenda 2010 und Hartz IV ausgesehen hätte, wenn die »Reformen« nicht von der rot-grünen, sondern von einer von den Unionsparteien geführten Regierung durchgesetzt worden wären.⁶ Einige der bedeutenden Großmobilisierungen der Gewerkschaften wie der Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz und die kalte Aussperrung fanden zu Zeiten statt, in denen die SPD in der Opposition war. Die Bindung von Teilen der Gewerkschaftsführungen zur SPD erklärt bei weitem nicht alles, ist aber ein nicht unbedeutender Faktor.

Spätestens seit der Agenda 2010 hat die Allianz zwischen SPD und Gewerkschaften deutliche Risse bekommen. Die Entstehung der WASG und später der Linkspartei und ihre politischen Auswirkungen auf die Gewerkschaften leisteten auch einen Beitrag, um diese Risse zu vertiefen. Der politische Bruch zwischen den Gewerkschaften und der SPD ist jedoch noch nicht vollzogen und bleibt eine Herausforderung für linke GewerkschaftenInnen.

Auf kurz oder lang wird auch Deutschland aufgrund der Exportabhängigkeit seiner Wirtschaft und des globalen Charakters der kapitalistischen Krise stark von dieser betroffen sein. Dabei sind scharfe Auseinandersetzungen

⁶ Dies ist jedoch eine hypothetische Vorstellung. Es war kein Zufall, dass die Agenda 2010 unter Rot-Grün eingeführt wurde. Die deutsche Bourgeoisie brauchte Rot-Grün, um die Agenda 2010 und neue Militäreinsätze durchzusetzen.

zungen zu erwarten, die politische Streiks auch hierzulande wieder auf die Tagesordnung setzen werden. Es ist hilfreich, sich an die vergessene Geschichte dieses Kampfmittels zu erinnern. Dabei geht es nicht nur darum, Lehren zu ziehen, sondern auch den Mut zu schöpfen, politischer Akteur zu werden und die Geschicke in die eigene Hand zu nehmen. Hätte die Arbeiterbewegung in der Geschichte nur das getan, was legal war, hätte es das Recht auf Streik nie gegeben.

Literatur

- Abendroth, W. (1967): Die Berechtigung gewerkschaftlicher Demonstrationen für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft, in: Abendroth, W., Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied – Berlin.
- Adler, T. (2007): Rente mit 67 – Kampf verloren – Wie geht es weiter?, in: SoZ – Sozialistische Zeitung, April, 6.
- Akyurt, H. (2007): »Es geht nicht nur um unsere Haut« – Dokumentation des Arbeitskampfes bei Bosch-Siemens-Hausgerätekwerk vom 6. September bis zum 20. Oktober in Berlin-Spandau, Berlin.
- Beck, U. (2004): Widerstand in der Autoindustrie, 25. November, sozialismus.info, <http://sozialismus.info/?sid=1094>.
- Behruzi, D. (2007): Wieder auf der Tagesordnung – Zur Aktualität der Debatte über politische Streiks; Vorwort in: Redler, L., Politischer Streik in Deutschland nach 1945, Karlsruhe.
- Birke, P. (2005): Eine kleine Vor- und Frühgeschichte der wilden Streiks – bei Opel Bochum und anderswo, in: Gester, J./W. Hajek (Hrsg.), Sechs Tage der Selbstermächtigung – Der Streik bei Opel in Bochum im Oktober 2004, Berlin.
- Bohr, M. (1992): Rechtliche Regelungen des Streikes und der wirtschaftlichen Auswirkungen in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Belgien, Frankreich und Italien. Eine rechtsvergleichende Untersuchung im Hinblick auf die Frage nach der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit einer expliziten positivrechtlichen Gewährleistung des Streikrechts, Berlin.
- Brümmer, H. (1975): Schreiben an Essl, Bezirksleitung München der IG Metall, in: Bergmann, J./O. Jacobi/W. Müller-Jentsch (Hrsg.), Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen, Studienreihe des Instituts für Sozialforschung, Frankfurt a.M./Köln.
- Däubler, W. (1987, Hrsg.): Arbeitskampfrecht, 2. Aufl., Baden-Baden.
- Degen, B./G. Siebert/W. Stöhr (1979): Handbuch für den Arbeitskampf. Nach Erfahrungen aus der Praxis, Frankfurt a.M.
- Fehrenbach, G. (1986): Interview »DGB hofft auf Parlamentsmehrheit gegen Paragraph 116«, in: Passauer Neue Presse, 21.1.
- Fülberth, G./J. Harrer (1979): Geschichte und Besonderheiten der demokratischen Bewegung und der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik, in: Albrecht, U./F.

- Deppe/J. Huffschmid (Hrsg.), Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik, 2. Aufl., Köln.
- Gester, J./W. Hajek (Hrsg.) (2005) : Sechs Tage der Selbstermächtigung – Der Streik bei Opel in Bochum im Oktober 2004, Berlin.
- Hemmer, H.-O. (1993): Tarifverträge haben nicht nur für Arbeitnehmer eine Schutzfunktion. Gespräch mit Hasso Düvel über die Lehren aus dem Metallstreik in Ostdeutschland, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 6.
- Hürtgen, R. (2005): Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb, Köln.
- Kautsky, K. (1914): Der politische Massenstreik – Ein Beitrag zur Geschichte der Massenstreikdiskussion innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, Berlin.
- Luxemburg, R. (1905/1975): Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: dies., Politische Schriften, Bd. 1, hrsgg. v. O.K. Flechtheim, Frankfurt a.M.
- Marx, K./F. Engels (1957ff.): Marx-Engels Werke (MEW), Berlin.
- Marx, K. (1971): Über den Zusammenhang der politischen und ökonomischen Bewegung, in: Marx, K./F. Engels, Über die Gewerkschaften – Ein Quellenbuch, Frankfurt a.M.
- Niemann, S. (1998): Historische, rechtliche und politische Aspekte der Auseinandersetzung um die Novellierung des § 116 AFG in der Fassung vom 25. Juni 1969, Inauguraldissertation, Mainz.
- O. V. (1983): Sternmarsch nach Bonn – Kundgebung in Dortmund, in: Fülberth, G. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik in Quellen und Dokumenten, 2. Aufl., Köln.
- Redler, L. (2007): Politischer Streik in Deutschland nach 1945, Karlsruhe.
- Selig, W./L. Morenz (1980): Chronik der Stadt München 1945-1948, München.
- Wahsner, R. (1987): Politischer Streik und Verfassung, in: Hensche, D./M. Kutscha (Hrsg.), Recht und Arbeiterbewegung – Zum Gedenken an Wolfgang Abendroth, Köln.
- Wahsner, R./J. Bayh (1983): »Widerstand bis hin zum Generalstreik«. Gewerkschaften, Streikrecht und Widerstandsrecht gegen Raketenstationierung, Marburg.

Heidi Scharf

»Es war damals eine hochpolitische Auseinandersetzung«

Erfahrungsberichte einer aktiven Gewerkschafterin

In der Vergangenheit gab es immer wieder Situationen, in denen innerhalb der Gewerkschaften über einen möglichen Generalstreik diskutiert wurde. Meist hörte ich die Aussage: »Wir müssen es machen wie die Franzosen oder Italiener. Das wäre doch was. Die Gewerkschaft muss dazu endlich aufrufen.« Mir fallen dazu einige Beispiele aus meiner eigenen gewerkschaftlichen Praxis der letzten 30 Jahre ein. Drei von ihnen möchte ich schildern.

»Franke-Erlass« und »Anti-Streik-Paragrah« (1984-86)

Ausgangspunkt der im Folgenden beschriebenen politischen Streikaktivitäten war der große Kampf um die 35-Stunden-Woche 1984. Zu dieser Zeit war ich Gewerkschaftssekretärin der IG Metall in der Verwaltungsstelle Heilbronn/Neckarsulm und erlebte den Streik hautnah vor den Toren der Firmen Kaco, Kolbenschmidt und Audi. Die IG Metall trat mit einer »Mini-Max-Strategie« an: so wenig wie möglich Beschäftigte in den Streik führen, aber die größtmögliche Wirkung erzielen. Diese Strategie war erfolgreich – trotz aller Hürden, die den Streikenden in den Weg gelegt wurden.

Im Verlauf des Streiks verfügte die Bundesanstalt für Arbeit unter ihrem Präsidenten Heinrich Franke (»Franke-Erlass«), dass Beschäftigte, die aufgrund eines Streiks nicht mehr arbeiten konnten (»kalte Aussperrung«), auch außerhalb des Tarifgebiets keine Unterstützung mehr durch das Arbeitsamt erhalten würden. Davon waren über 300.000 Mitglieder der IG Metall außerhalb der beiden Arbeitskampfbezirke (Baden-Württemberg und Hessen) betroffen.

Die ArbeitgeberInnen dachten, wenn kein Geld fließt, bricht der Streik zusammen. Aber genau diese Denkweise verkehrte sich bei den Beschäftigten in das Gegenteil. Der Streik verschärfte sich, die Menschen wurden aktiver und wütender. Das konnte ich vor Ort jeden Tag aufs Neue feststellen. »Jetzt erst recht«, lautete die Parole. Viele sagten: »Wir befinden uns doch schon außerhalb der Betriebe, dann können wir auch einen Marsch auf Bonn machen, um die Regierung zum Einlenken zu bewegen.« Mitten

im Streik, am 28. Mai 1984, fuhren fast 250.000 MetallerInnen nach Bonn (dem damaligen Regierungssitz), um gegen die Ungerechtigkeit des »Franke-Erlasses« zu demonstrieren.

Vor den Werkstoren wurde dieser Marsch unterstützt, und der Ton gegenüber den ArbeitgeberInnen verschärfte sich. Es gab eine kontroverse Diskussion darüber, ob die Streikenden weiterhin in die Streiklokale zum Stempeln gehen sollten, oder ob man die gesamte organisatorische Abwicklung direkt vor den Toren macht. Einige hatten Angst, dass es dann verstärkt zum Einsatz von StreikbrecherInnen kommen könnte und waren deshalb dagegen. Andere scheuten vor der zusätzlichen organisatorischen Arbeit zurück (Zelte aufstellen, für Essen sorgen usw.). Letztendlich war es so, dass die Streikfront fester denn je stand und die Unterstützung aus anderen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen breiter wurde, sobald die Aktionen vor den Toren stattfanden. Denn vor die Tore kamen auch Mitglieder anderer Gewerkschaften, Familienmitglieder, KünstlerInnen, Parteimitglieder, KirchenvertreterInnen, FriedensaktivistenInnen, Sport-, Jugend- und Frauengruppen. Der Streik wirkte so in große Teile der Bevölkerung hinein. Man traf sich nicht mehr in abseits gelegenen Streiklokalen. Immer mehr Menschen fanden sich nun am Ort des Konflikts ein. Ein Arbeitskampf, der nur von Streikposten geführt wurde, war damit ein für alle Mal vorbei. Seitdem sind bei allen weiteren Streiks und Aktionen die Betriebseingänge der Treffpunkt der Streikenden.

In der damaligen Tarifaueinandersetzung und in dem Konflikt um den »Franke-Erlass« konnten sich die ArbeitgeberInnen und die Bundesregierung mit ihrer Position nicht durchsetzen – auch nicht vor den Gerichten. Die IG Metall hatte den Kampf gegen »Kapital und Kabinett« erst einmal gewonnen. So haben es auch unsere KollegInnen vor den Toren empfunden. Sie waren stolz auf ihre IG Metall und auf ihren Arbeitskampf.

Die Niederlage beim »Franke-Erlass« wollten die ArbeitgeberInnen aber nicht einfach so wegstecken. Nun wurde im Eiltempo der so genannte »Antistreik-Paragraph« vorbereitet: eine Gesetzänderung, die vorsah, dass Kurzarbeitergeld für »kalt« Ausgesperrte nur noch unter erschwerten Bedingungen gezahlt wird. Spätestens 1986 sollte der neue § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) in Kraft treten. Durch ihn würden sich die Bedingungen für die Durchführung von Streiks grundsätzlich verändern.

Der damalige Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, sprach von einem beispiellosen, verfassungs- und völkerrechtswidrigen Angriff auf die Existenz der Gewerkschaften. Für die IG Metall stand viel auf dem Spiel. Die Gesetzesänderung würde weitreichende Folgen für ihre Kampffähigkeit haben. Das war unseren KollegInnen damals sehr bewusst. Daher rief die IG

Metall 1986 zu betrieblichen Aktionen auf, bei denen es um die Verteidigung des Streikrechts und die Sicherung der Demokratie ging – eine hochpolitische Auseinandersetzung.

An betrieblichen Aktionen während der Arbeitszeit beteiligten sich Anfang Februar 1986 mehr als 500.000 Beschäftigte. Und dies wurde sogar noch gesteigert. Am 6. März rief der DGB zu gewerkschaftlichen Protesten gegen die Gesetzesänderung auf. Sie wurden für 13 Uhr angesetzt, also während der Arbeitszeit. Annähernd eine Million Menschen beteiligten sich. Danach kam es aber zu keinen weiteren großen Protesten mehr. Am 20. März 1986 wurde das Gesetz im Bundestag beschlossen.

Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (1996)

Im Rahmen ihres großen »Sparpakets« versuchte die Kohl-Regierung Mitte der 1990er Jahre, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf 80% des vollen Lohns zu kürzen. Doch sie hatten nicht mit dem Widerstand der Beschäftigten gerechnet. 1956/57 hatten die MetalllerInnen in Schleswig Holstein 16 Wochen für die Lohnfortzahlung gestreikt und die Auseinandersetzung schließlich gewonnen. Eine Errungenschaft, die durch einen harten Streik erzielt wurde, ist bei den Menschen ein hohes Gut und nur schwer anzutasten. Unserer Wahrnehmung nach wollte die Kohl-Regierung den Gewerkschaften eine historische Niederlage zufügen, ähnlich wie Thatcher in den 1980er Jahren in Großbritannien. Doch sie und die hinter ihr stehenden Arbeitgeberverbände hatten sich verkalkuliert.

Die Industriellen der Metall- und Elektroindustrie, allen voran die HardlinerInnen von Daimler, wollten das zum 1. Oktober 1996 in Kraft getretene Gesetz auch in tarifgebundenen Betrieben durchsetzen – ungeachtet eines gültigen Tarifvertrags, der die volle Lohnfortzahlung regelte. Die Wut und Empörung in den Betrieben war riesig. Doch die IG Metall hatte es nicht eilig, konkrete Gegenaktionen zu organisieren.

Den KollegInnen bei Daimler in Mettingen dauerte diese Hinhalte-Taktik zu lange. Sie starteten Aktionen ohne offiziellen Aufruf. Mit großem Erfolg: Es war der Startschuss für Aktivitäten im ganzen Bundesgebiet.

Die IG Metall sah sich durch das selbständige Handeln der KollegInnen schließlich genötigt, zu einer Großdemonstration gegen den Sozialkahl-schlag der Kohl-Regierung aufzurufen. Diese fand am 15. Juni 1996 in Bonn statt. Rund 350.000 Menschen beteiligten sich und machten sie zu einer der größten Gewerkschaftsmobilisierungen der Nachkriegsgeschichte. Die Hoffnung war groß, dass daraus weitere politische Aktionen erfolgen wür-

den. Diese blieben zunächst aus, dann aber kündigte der DGB einen »heißen Herbst« an. Am 24. Oktober 1996 traten über 100.000 Beschäftigte in betriebliche Streiks, 25.000 davon allein bei Daimler. Die ArbeitgeberInnen versuchten, die Streiks zu illegalisieren; Beistand bekamen sie wie immer von ihrem Haus- und Hofblatt *Bild*.

Bereits während der Vorbereitungen zu den großen Streikaktionen am 24. Oktober gab es in den Metallbetrieben in Stuttgart-Feuerbach (u.a. Bosch, Behr, Werner & Pfleiderer, LTG-Mailänder) eine groß angelegte Diskussion über einen Generalstreik. Gleiches war der Fall in anderen Gewerkschaften, z.B. der IG Chemie. Arnold Weber, damals Konzernbetriebsratsvorsitzender der Hoechst AG, sagte: »Da waren Leute, die haben tatsächlich nach Generalstreik gerufen.« (*Der Spiegel*, 41/1996)

Das Für und Wider einer Aktion während der Arbeitszeit mit weitreichenden Folgen wurde immer wieder abgewogen. Letztendlich kamen wir im Stadtbezirk zu dem Entschluss, ein Signal zu setzen und die größte Kreuzung Stuttgarts, den Pragsattel, zu blockieren. Es wurde ein genauer Plan erstellt, welche Kolleginnen und Kollegen welche Straße zumachen sollten. Schließlich hatte die Kreuzung jeweils sechs Zu- und Abfahrtstraßen. Wir brauchten neun starke Trupps, die die jeweilige Straße blockieren sollten. Es wurde genau eingeteilt, wer auf welcher Straße marschieren würde. Dazu waren auch Kolleginnen und Kollegen der Betriebe aus Zuffenhausen und Cannstatt notwendig.

Doch unmittelbar nach dem 24. Oktober kam das Aus für die Proteste. Die IG Metall rief nicht mehr zu weiteren großen Aktionen auf. Die Enttäuschung war groß. Hatten doch viele mit der Besetzung des Pragsattels den Gedanken verbunden, in Deutschland endlich einmal zu zeigen, dass die Gewerkschaften mit der Durchsetzung politischer Ziele ernst machen und den Boden für politische Streiks bereiten.

Viele wussten nicht, dass hinter den Kulissen auf Bundesebene kräftig mit der SPD diskutiert und mit den Arbeitgeberverbänden um eine tarifliche Lösung gerungen wurde. Das Ergebnis der Auseinandersetzungen waren geänderte Tarifverträge, die die hundertprozentige Lohnfortzahlung beibehielten, aber Abstriche bei der Berechnungsgrundlage bezüglich der Einbeziehung von Überstunden und beim Weihnachtsgeld machten.

Die Auseinandersetzung führte zu einer psychologischen Niederlage der Regierung und der ArbeitgeberInnen. Die Gewerkschaften gingen trotz aller Kritik an ihrem Vorgehen gestärkt aus dem Konflikt hervor. Durch die Sicherung der Lohnfortzahlung erweisen sie sich als glaubhafte Interessenvertretung, die mit Hilfe ihrer Mitglieder mächtig genug war, um auch politische Ziele durchzusetzen.

Alles in allem schätzten viele Kolleginnen und Kollegen den Abbruch der Aktionen trotzdem als Kapitulation ihrer Gewerkschaft ein. Durch den folgenden Tarifabschluss schwächte sich der Groll zwar ab, aber ein Unbehagen gegenüber den zögerlichen Gewerkschaftsführungen blieb bestehen. Ich sah es nun als Hauptaufgabe meiner täglichen Arbeit in den Betrieben, die aktiven Mitglieder für weitere Aktionen bereitzuhalten. 1996 war dann auch der Start von Aktivitäten mit dem Ziel, die Kohl-Regierung zwei Jahre später abzuwählen.

Frauenstreiktag (8. März 1994)

Der Internationale Frauentag 1994 sollte ein bundesweiter, politischer Frauenstreiktag werden – ein Streik aller Frauen für die Durchsetzung wirklicher Gleichstellung in allen Bereichen. Während der Arbeitszeit sollten in den Städten vielfältige Aktionen stattfinden. Vorbild war der Frauenstreik 1984 in Island.

Viele Frauen aus den unterschiedlichsten Organisationen hatten sich auf einen Frauenstreiktag verständigt, auch in Stuttgart. Der DGB konnte sich jedoch nicht zu einem Streikaufruf durchringen. Er machte aus dem *Frauenstreiktag* einen *Frauenstreittag*. Diese hasenfüßige Vorgehensweise, die mit der rechtlichen Lage in Deutschland begründet wurde, führte zu vielen Diskussionen innerhalb der Gewerkschaften. Die Frauen waren enttäuscht von so viel Obrigkeitshörigkeit. In Stuttgart haben wir uns trotzdem nicht davon abhalten lassen, am 8. März während der Arbeitszeit auf die Straße zu gehen. Die Vorbereitungen liefen auf vollen Touren. Der Karlsplatz sollte in Clara-Zetkin-Platz umbenannt werden (Clara war die große Vorkämpferin der proletarischen Frauenbewegung und lebte lange in Stuttgart). Das große Reiterstandbild sollte von Fahnen mit den Portraits wichtiger Frauen verhüllt werden, die in Stuttgart gewirkt haben. Hauptziel war, darauf aufmerksam zu machen, dass Frauen in dieser Stadt eine große Rolle gespielt haben, aber ihre Arbeit und dieses Engagement nirgendwo öffentlich gewürdigt werden.

So trafen sich am Frauenstreiktag auf dem Karlsplatz 1.200 bis 1.500 Frauen. Viele waren mit ihren Kindern gekommen; unzählige Kinderwägen standen vor dem verhüllten Reiterstandbild. Die Kundgebung drehte sich auch um die Biografie jeder der Frauen, die nun den heroischen Reiter umhüllten. Danach wurde spontan in zwei Demozügen einer der größten Verkehrskreuzungen in Stuttgart, der Charlottenplatz, von Frauen und ihren Kindern besetzt. Das Motto war »Charlotte nimmt sich ihren Platz«.

Bisher war es in Stuttgart so gewesen, dass FußgängerInnen, RollstuhlfahrerInnen, Mütter mit Kinderwägen und Menschen mit Behinderung unter den vielbefahrenen Straßen hindurch mussten, treppauf, treppab. Eine Straßenüberquerung war nicht möglich. Daher wurden barrierefreie Zugänge gefordert.

Und so nahm die Aktion ihren Lauf. Die Polizei war völlig überfordert (zwei Polizisten waren im Einsatz). Den Frauen hatte man wohl so eine Aktion überhaupt nicht zugetraut. Der gesamte Verkehr kam zum Erliegen, und unser Banner wurde mitten auf der Kreuzung gehisst, das dort dann fast ein Jahr lang hing. Wir wurden mehrfach aufgefordert, den Platz zu räumen. Nachdem wir unseren Streiktag zum Teil auf dem Platz verbracht hatten, zogen alle Frauen weiter vor das Rathaus. Dort durften dann die Beamten des Rathauses nicht durch Lautsprecheranlagen gestört werden. Die Frauen besetzten das Rathaus und übergaben ihre Forderungen an die Stadt.

Das Ergebnis der Aktion waren Anzeigen gegen zwei Frauen, die zu Rädelsführerinnen erklärt wurden (ich selbst und Barbara Graf von Bündnis 90/Die Grünen). Der folgende Prozess erregte noch mehr Aufsehen als die Aktionen zuvor. Der Gerichtssaal war proppenvoll mit Frauen, Kindern und Männern, die uns beide solidarisch unterstützten. In allen Landes- und Tagesschauen wurde über diesen unwürdigen Prozess berichtet. Die Staatsanwältin forderte eine hohe Geldbuße, weil die beiden Frauen die öffentliche Ordnung durch die Platzbesetzung gestört und damit den Verkehrs massiv behindert hätten, und weil die Lautsprecheranlage vor dem Rathaus zu früh eingeschaltet worden sei, was die BeamtenInnen an ihrer Arbeit gehindert habe. Barbara und ich wurden zu je 600 DM Geldstrafe verdonnert. Durch die großzügigen Spenden der anwesenden ZuschauerInnen wurde ein Großteil des Geldes bereits im Gerichtssaal zusammengebracht.

Aber das Beste an der Sache ist, dass heute in Stuttgart kein Mensch mehr unter den Straßen durch muss, sondern ebenerdig – also rollstuhl-, behinderten- und kinderwagengerecht – über alle Stuttgarter Straßen gehen kann. Das hat die Bevölkerung der Stadt dieser politischen Frauenstreikaktion zu verdanken.

In den folgenden Jahren wurden wir argwöhnisch von der Polizei bei unseren 8. März-Aktionen begleitet. Viele Jahre lang fragte der Einsatzleiter mich: »Frau Scharf, was stellen sie diesmal wieder an?«

Am 5. Mai 1996 folgte dann nochmals eine große, von Frauen initiierte Demonstration mit 5.000 TeilnehmerInnen, die sich gegen den Sozialabbau in Baden-Württemberg richtete. Die erhoffte Initialzündung für Proteste in anderen Städten blieb jedoch aus. Es gelang nicht, eine breite Bewegung gerade auch von Frauen in Gang zu setzen. An der Lohnungleichheit, pre-

kärer Beschäftigung und Altersarmut hat sich denn auch bis heute wenig geändert. Seitdem gab es leider keine großen bundesweiten Protest- oder gar Streikaktionen von Frauen mehr.

Fazit

Innerhalb der Gewerkschaften werden immer wieder intensive Diskussionen über den »richtigen« Weg geführt: Sollen wir auch während der Arbeitszeit auf die Straße gehen und mit allen Mitteln protestieren – bis hin zum politischen Streik? Oder sollen wir auf parlamentarischem Weg versuchen, unsere Forderungen durchzusetzen? Auch in der IG Metall sind diese Fragen immer sehr kontrovers debattiert worden. Bis heute sind sie nicht abschließend geklärt – weder unter den hauptamtlich Beschäftigten noch unter den betrieblichen AktivistInnen.

Es wäre zu einseitig zu behaupten, die Führung sei allein dafür verantwortlich, ob es zu politischen Streiks kommt oder nicht. Es gehören immer zwei Seiten dazu, die Führung und die betrieblichen AkteurInnen. Nicht alle haben ein kämpferisches Bewusstsein. Das hat sich auch in den jeweiligen Streiks gezeigt.

Wenn überhaupt, kommt der Begriff »politischer Streik« im Sprachgebrauch der Gewerkschaften bisher nur ablehnend vor. Dafür haben jedoch viele aktive Mitglieder kaum Verständnis. Der Ruf nach Streiks zu politischen Themen wird immer lauter. Die IG Metall hat sich bisher immer nur auf »Protestaktionen« verständigt, inner- wie außerbetrieblich, manchmal während der Arbeitszeit, meist aber nur an Wochenenden. Solche Protest-Aktionen finden überwiegend zur Durchsetzung politischer Themen statt, die tarifvertraglich oft nicht ausreichend geregelt werden können. Beispiele sind Leiharbeit, Rente mit 67, § 116 AFG und die Sicherung demokratischer Rechte. Oft reicht der Druck, den sie entfalten, aber nicht aus.

Enttäuschend für viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter war, dass die SPD vor der Wahl 1998 versprochen hatte, den § 116 AFG wieder zu entschärfen, es aber nach der Wahl nicht tat – und auch nicht in späteren Regierungsjahren. Rot-Grün verschärfte sogar den Sozialabbau, der unter der Kohl-Regierung begonnen hatte. Mit der Agenda 2010 wurde unser System sozialer Sicherung extrem verschlechtert und zum Teil privatisiert (ein Beispiel ist die Riester-Rente).

Umso dringender wird es, das Thema »politischer Streik« als eine Form aktiver Gegenwehr wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Gerade auch wegen der extremen Sparpolitik, die in vielen europäischen Ländern voll-

zogen wird, und zwar ohne demokratische Legitimation und insbesondere auch auf Druck der deutschen Regierung.

Unsere Kolleginnen und Kollegen sind derzeit sehr verunsichert. Keiner weiß so recht, was eigentlich richtig oder falsch ist. Es fehlt an Aufklärung durch die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften müssen aufzeigen, wie das System der Kürzungspolitik funktioniert, wie darunter die Beschäftigten der betroffenen Länder leiden, und wie wir uns europaweit solidarisieren können. Der Bedarf, der Wunsch unserer Beschäftigten nach stärkerer Solidarität ist da. Ein europaweiter politischer Streik gegen die dramatischen Sozialabbau-Programme könnte ein gemeinsamer Start sein und dabei an die lange Tradition der internationalen Solidarität unter Beschäftigten anknüpfen.

Meine Position war und ist: Unabhängig davon, ob wir Protestaktionen oder einen Generalstreik organisieren, ist es wichtig, dass wir uns nicht hinter einem fehlenden politischen Streikrecht verstecken, sondern zur richtigen Zeit die richtigen Aktionen starten, um Verbesserungen zu erzielen. Gleichzeitig muss die gewerkschaftliche und die gesellschaftliche Diskussion um ein Grundrecht auf politischen Streik weitergeführt werden.

Detlef Hensche

Das Tabu des politischen Streiks in Deutschland

Rechtliche und politische Aspekte*

1.

Das wiederbelebte Interesse am politischen Streik ist kein Zufall. Seit geraumer Zeit erleben wir, wie die Staaten der europäischen Wertegemeinschaft in bisher unbekanntem Ausmaß in soziale und demokratische Rechte eingreifen, ja ihre Verfassung partiell außer Kraft setzen bzw. setzen lassen. Die europäische wie die nationale Politik verordnet den Bevölkerungsmehrheiten in der Verblendung neoliberaler Dogmatik ein Austeritätsprogramm nach dem anderen. Am Ende droht allen die Gefahr einer wirtschaftlichen Rezession. Kein Wunder, dass sich in dieser Lage die Opfer wehren und eigene Gegenmacht zu entwickeln suchen. Damit steht auch der politische Streik auf der Tagesordnung.

Bei alledem verhehle ich nicht ein leises Unbehagen. Während sich die Menschen in Griechenland, Spanien, Portugal und Frankreich wehren, herrscht hierzulande Ruhe. Geduld und Fleiß in den Betrieben werden allenfalls durch Warnstreiks lind gestört.

Unbehagen empfinde ich auch aus einem weiteren Grund: Eine wesentliche Ursache der aktuellen krisenhaften Zuspitzung liegt in den Ungleichgewichten, für die Politik und Wirtschaft dieses Landes verantwortlich sind. Wer nach Störenfrieden sucht, wird sie hierzulande finden. Die deutsche Wirtschaft nimmt anderen auf doppelte Weise die Luft zum Atmen: zum einen durch erdrückende Wettbewerbskraft maßgebender Industriezweige; zum anderen durch Strangulierung der inländischen Nachfrage und Austrocknung des eigenen Marktes. Dies wiederum nimmt den Partnern die Chance, zum Ausgleich der permanenten deutschen Exportoffensive an hiesiger Nachfrage zu partizipieren. So wird jahraus, jahrein in den europäischen Partnerländern Kaufkraft abgeschöpft und gleichzeitig eigene Kaufkraft und Nachfrage gedrosselt, was für die Partner wie eine Zugangssperre wirkt. Die Disparitäten vergrößern sich.

* Beim vorliegenden Text handelt es sich um das Manuskript einer Rede, die auf der Konferenz »Politische Streiks im Europa der Krise« der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 5. Mai 2012 in Berlin gehalten wurde.

Verantwortlich für den Nachfrageausfall und die damit einhergehenden Wohlstandsverluste ist neben der aberwitzigen staatlichen Sparpolitik vor allem der Druck auf die Masseneinkommen. Damit bin ich abermals bei meinem Unbehagen: Vergleicht man die internationale Lohnentwicklung, zeigt sich, dass die Bundesrepublik, ein wirtschaftlicher Riese, der vor Kraft kaum gehen kann, Schlusslicht in der Einkommensentwicklung ist. Deutschland ist das einzige Land, das beispielsweise in der Dekade von 2000 bis 2009 nach unlängst vorgelegten Berechnungen der ILO ein Minus der realen Löhne und Gehälter von 4,5% verzeichnet; in allen anderen vergleichbaren Ländern haben die abhängig Beschäftigten einen Zuwachs erreicht – zwischen 4,7% in Österreich und 31,4% in Norwegen. Als Gewerkschafter kommt man da schon ins Grübeln. Zwar wäre der Vorwurf, die Gewerkschaften hätten durch Dumpingtarife den Exportunternehmen zu ihren Erfolgen die Hand gereicht, vorschnell. In den Exportindustrien haben die Gewerkschaften – namentlich die IG Metall sowie die Gewerkschaft Bergbau Chemie Energie – in der zurückliegenden Dekade den Verteilungsspielraum, bestehend aus gesamtwirtschaftlicher Produktivität und Inflationsrate, weitgehend ausgeschöpft, jedenfalls für die Kernbelegschaften.

Die Hauptursache für die Abschottung der inländischen Märkte liegt in der politisch gewollten und rechtlich inszenierten Ausbreitung von Niedriglöhnen. Dies ist das Werk und war die Absicht der namentlich von der Regierung Schröder/Fischer betriebenen Agenda-Politik: der Deregulierung des Arbeitsmarktes, der Disziplinierung der Arbeitslosen und der rechtlichen Förderung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Diese Saat ist aufgegangen. Übrigens auch für die Exportindustrie, die ungeachtet der Tariferfolge der IG Metall auch von den Armutslöhnen in den industrienahen Dienstleistungszweigen und vom Einsatz prekärer Beschäftigungsverhältnisse profitiert. Doch auch wenn man die wesentlichen Faktoren der hiesigen Marktverengung in der Politik verortet, stellt sich die Frage: Wo waren die Gewerkschaften, als zentrale Elemente des Arbeitsrechts und der sozialen Sicherung abgeräumt wurden? Sicher, der DGB hat opponiert. Der Widerstand kulminierte in den Demonstrationen des Frühjahrs 2004, fand aber auch mit ihnen sein Ende, da sie, so hieß es, nicht fortsetzungs- und steigerungsfähig gewesen seien. Kritiker sehen das anders; ich glaube, nicht ohne Grund.

Doch der rückwärtsgewandte Streit ist müßig. Wichtiger ist die Vorbereitung auf Neuaufgaben. Denn eines ist sicher: Ein Ende des Abbaus sozialer Rechte ist nicht erreicht; die relative Ruhe der letzten Jahre sollte nicht trügen; solange sich die Unternehmen im Ausland, also auf Kosten Dritter sanieren, erscheint es weniger dringlich, an soziale Rechte Hand anzulegen. Doch spätestens morgen stellt sich die Frage, ob und wie die Gewerk-

schaften auch hierzulande einer abbruchbesessenen Politik in den Arm fallen. Ich jedenfalls kann es mir nicht vorstellen, dass wir hierzulande zusehen und hinnehmen, was an Eingriffen kommt. Spätestens dann stellt sich die Gretchenfrage: Wie halten wir es mit dem politischen Streik?

2.

Nun wissen wir, der politische Streik ist hierzulande rechtlich tabuisiert. Kaum ein Verbot wird mit solchem Nachdruck und solcher Einhelligkeit in der juristischen Zunft vertreten wie das des politischen Streiks. Dabei garantieren Verfassung und Völkerrecht mit der Koalitionsfreiheit »zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen« (Art. 9 Abs. 3 GG) auch die Streikfreiheit. Mit keinem Wort findet sich die Einschränkung allein auf wirtschaftliche, oder gar tarifbezogene Streiks. Folgerichtig hat der Sachverständigenausschuss, der zur Überwachung der ILO-Übereinkommen berufen wurde, festgestellt, dass das hierzulande judizierte Streikverbot völkerrechtswidrig ist.

Doch auf den juristischen Streit will ich nicht eingehen. Nur eines sollte festgehalten werden: Ein zentrales Argument für das Verbot des politischen Streiks sind die Unabhängigkeit des Parlaments und die sich in demokratischen Wahlen zu den Parlamenten ausdrückende Volkssouveränität. So gipfelt die Argumentation gegen den politischen Streik in dem Vorwurf der Parlamentsnötigung. »Die Gewerkschaften«, so heißt es, »verfügen ebenso wenig wie jede andere Interessengruppe über das Privileg, ihren politischen Willen den verfassungsrechtlich zuständigen Entscheidungsträgern aufzuzwingen« (Arbeitsgericht Hagen, 23.1.1991).

Die Argumentation ist von einer bemerkenswerten Blindheit. Es sollte sich herumgesprochen haben, dass die Vorstellung eines neutralen, über den Interessen schwebenden Staates ein Mythos ist. Der neutrale, ein objektives Gemeinwohl unabhängig von Klasseninteressen und von wirtschaftlicher Macht verfolgende Staat war schon immer die Lebenslüge des Obrigkeitsstaates. Hierzulande hat sie sich bis auf unsere Tage erhalten.

Vollends in Zeiten der Finanzmarktabhängigkeit und der willigen Bedienung unternehmerischer Standortinteressen, in Zeiten, in denen bereits die Ankündigung von Kapitalflucht selbst den wackersten Sozialdemokraten alle Schwüre für eine gerechte Erbschafts- und Vermögenssteuer vergessen lässt, in Zeiten, in denen die Deutsche Bank die Gesetzentwürfe zur Bankenkontrolle formuliert, in Zeiten, in denen die Bundeskanzlerin in einem Anfall unbedachter Offenheit das Postulat einer »marktkonformen Demokratie« formulierte, in solchen Zeiten ist die These vom neutralen Staat so absurd, dass sie schon von unfreiwilliger Komik ist.

Im Gegenteil, wer den Parlamenten Unabhängigkeit verschaffen, wer den Staat aus der Umklammerung durch wirtschaftliche Macht und aus der Vereinnahmung für Kapitalinteressen befreien will, der muss demokratische Gegengewichte der Mehrheit und damit auch den politischen Streik begrüßen. Erst die Möglichkeit einer Machtbalance im vorparlamentarischen Raum setzt den Abgeordneten in den Stand, der Stimme seines Gewissens und den Forderungen seines Parteiprogramms zu folgen. Um die Sentenz der Bundeskanzlerin abzuwandeln: Die Demokratie muss nicht zur Marktkonformität pervertieren, sondern ihre Mehrheitskonformität verteidigen.

Nun wissen wir auch: Allein durch rechtliche Argumentation schaffen wir das Verbot des politischen Streiks nicht aus dem Weg. Es ist eine alte Einsicht: Soziale Grundrechte wie namentlich die Koalitions- und Streikfreiheit, die nach Entstehung und Auftrag gegen die Inhaber wirtschaftlicher und sozialer Macht gerichtet sind, werden immer wieder in Frage gestellt, müssen sich immer wieder aufs Neue legitimieren und verteidigt werden. Zugespitzt: Sie genießen so viel Anerkennung und Respekt, wie die Widerständigkeit derer reicht, denen sie zustehen und deren Vorfahren sie einst erkämpft haben.

Sich deshalb in der Verteidigung und Durchsetzung sozialstaatlicher Grundrechte auf Advokaten zu verlassen, heißt schon verloren zu haben. Auch ist nicht absehbar, dass uns ein gnädiger Gesetzgeber oder ein gütiger Richter die Zulässigkeit des politischen Streiks gleichsam als Geschenk vor die Füße legt. Wir müssen unser Recht schon selbst in die Hand nehmen.

3.

Das führt mich zu einigen Empfehlungen.

Erstens: Entgegen der öffentlichen Verdrängung gilt es, gleichsam zur Enttabuisierung des politischen Streiks in Erinnerung zu rufen: Proteststreiks, ja Generalstreiks fanden und finden auch hierzulande statt. Um einige prominente Beispiele zu erwähnen:

- Am 12. November 1948 legten 85% aller Arbeitnehmer der amerikanischen und britischen Zone für 24 Stunden die Arbeit nieder, nachdem der DGB aus Protest gegen die Wirtschaftspolitik des Alliierten Kontrollrats zu einem Generalstreik aufgerufen hatte. Schon vorher hatten übrigens die Bergarbeiter des Ruhrgebiets gegen die miserable Ernährungslage und für Sozialisierung des Bergbaus gestreikt.
- Im November 1950 und Januar 1951 sprachen sich die Stahl- und Bergarbeiter in Urabstimmungen ihrer Gewerkschaft für Streiks aus, um die

paritätische Mitbestimmung in den Stahlunternehmen zu erhalten und auf den Bergbau auszudehnen; daraufhin lenkten Bundesregierung und Bundestagsmehrheit ein und verabschiedeten das Montanmitbestimmungsgesetz.

- Vom 27. bis 29. Mai legten die Beschäftigten der Zeitungsbetriebe in Befolgung eines Streikaufrufs der IG Druck und Papier die Arbeit nieder, um für ein besseres Betriebsverfassungsgesetz zu demonstrieren. Diese Streiks waren sodann Anlass für die anschließend gerichtlich verfügten Verbote politischer Streiks.
- Am 22. Januar 1955 kam es im Streit um das Mitbestimmungsergänzungsgesetz nochmals zu einer ganztägigen Arbeitsniederlegung der Stahl- und Bergbauarbeiter, zu dem DGB, IG Metall, IG Bergbau und Energie aufgerufen hatten.
- In der Zeit vom 25. bis 27. Mai 1972 verließen Tausende Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz, um an Demonstrationen und Kundgebungen gegen das Misstrauensvotum gegen Willi Brandt teilzunehmen.
- Im Jahre 2006 streikten die Hafendarbeiter in allen großen europäischen Häfen, auch hierzulande in Bremerhaven, Hamburg und Rostock, um die in Brüssel geplante Deregulierung der Hafendarbeiten zu verhindern; mit Erfolg, der Entwurf wurde zurückgenommen.

Auch heute noch findet sich im geltenden Manteltarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer der Druckindustrie in der Regelung der tariflichen Friedenspflicht (§ 16) folgende Bestimmung: Von der Friedenspflicht »ausgenommen sind Generalstreiks und Demonstrationen, die in Gemeinschaft und unter Leitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes durchgeführt werden und sich nicht ausschließlich auf den Tarifkontrahenten beziehen.« Gäbe es ähnliche Bestimmungen in allen Tarifverträgen, wäre das Verbot des politischen Streiks außer Kraft gesetzt.

Zweitens: Ganz allgemein ist es gewerkschaftliche Bürgerpflicht, den Streik insgesamt, nicht zuletzt den Tarifstreik, in die gesellschaftliche Normalität zu holen. Die Streikfreiheit leidet ja nicht nur unter dem Verbot des politischen Streiks; sie ist durch nicht wenige andere rechtliche Restriktionen eingeengt und muss sich überdies eines ganzen Bündels immer wieder gepflegter gesellschaftlicher Vorurteile erwehren. Je seltener gestreikt wird, umso zählebiger wird der Streik wie ein Fremdkörper eingekapselt. Um dem entgegenzuwirken gilt es, sich das Streikrecht durch Praxis anzueignen.

Hier kommt man abermals als Gewerkschafter ins Grübeln. Mit dem bereits erwähnten europäischen und internationalen Lohnvergleich korrespondiert die internationale Arbeitskämpfstatistik. Auch hier rangiert die

Bundesrepublik als Schlusslicht, nur noch durch die Schweiz an Wirtschaftsfrieden übertroffen. Ein Schelm, der hier Zusammenhänge sieht! Jedenfalls drängt sich die Frage auf, ob nicht die negative Lohnbilanz auf einem Übermaß an Konfliktvermeidung beruht. Meine Feststellung: Es wird zu wenig gestreikt in diesem Lande.

Bevor wir uns also dem Sonderproblem des politischen Streiks zuwenden, wäre bereits viel gewonnen, wenn der Streik insgesamt, namentlich der Streik für tarifvertragliche Ziele, mehr den sozialen Alltag der Bundesrepublik prägte. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass Streiks um Haustarifverträge und Streiks in schwach organisierten Sektoren zunehmen, eine Entwicklung, die freilich in der Statistik wenig Spuren hinterlässt. Es vergeht beispielsweise kaum eine Woche, in der nicht ver.di in einem seiner zahlreichen Fachbereiche zu Streiks aufruft. Demgegenüber sind Lohnstreiks in Leuchtturm-Branchen, die hinsichtlich der Tarifführerschaft, der öffentlichen Resonanz und als Identifikationspol für die Beschäftigten anderer Sektoren das Geschehen bestimmen, allen voran in der Metallindustrie, zurückgegangen. In der – zugegeben: verzerrten – öffentlichen Wahrnehmung scheinen Berufs- und Spartenorganisationen den DGB-Gewerkschaften neuerdings den Schneid abzukaufen.

Im Vordergrund des Tarifgeschehens stehen seit langer Zeit Warnstreiks. Sie sind nicht zuletzt eine Reaktion auf das Risiko heißer und kalter Ausspernung und wurden durch eine in dieser Frage grundrechtsfreundliche Rechtsprechung begünstigt. Doch so erfolgreich gut organisierte Warnstreikbewegungen die Tarifverhandlungen unterstützen mögen, so sehr verfestigt sich mit dieser Praxis ein instrumentelles Verständnis des Streiks. Es ist ohnehin ärgerlich genug, dass die arbeitsgerichtliche Rechtsprechung den Streik nur um tarifvertragsfähiger Ziele willen zulässt.

Eine solche Einbettung in die tarifvertragliche Zweck-Mittel-Relation verkennt den eigenständigen demokratischen Charakter der kollektiven Arbeitsverweigerung. Streiks sind älter als Tarifverträge, ja älter als die Gewerkschaften. Die gemeinsame Arbeitseinstellung ist das klassische und notwendige Gegenrecht gegen die Freiheitsbeschränkungen abhängiger Arbeit. Die Streikenden stellen für die Zeit des Ausstands die innerbetriebliche Herrschaft vom Kopf auf die Füße. So gesehen ist das Streikrecht ein eigenständiges Freiheitsrecht, nämlich die punktuelle Herstellung von Demokratie in einer ansonsten auf sozialer Macht beruhenden Fremdbestimmung. Die damit verbundenen Erfahrungen, auch die bewusstseinsprägende Kraft sowie die der Gewerkschaft im Streik zuwachsende Autorität können sich in der Feinmechanik verhandlungsbegleitender kurzfristiger Warnstreiks kaum entwickeln.

Zurück zur Lohnentwicklung: Das Ergebnis der Einkommensentwicklung, auch wenn es überwiegend politisch induziert ist, verweist zugleich auf die Vermutung, dass die Gewerkschaften den sozialen Konflikt nicht immer ausgereizt haben. Wenn es heißt, dass diese Gesellschaft unter ihren Verhältnissen lebt, so wäre hinzuzufügen: Die Gewerkschaften sind unter ihren Möglichkeiten geblieben.

Wenn derzeit also im Verhältnis zu den Kolleginnen und Kollegen in Griechenland, in Portugal, in Spanien oder andernorts Akte der Solidarität gefordert sind, so wird es Zeit, endlich die Lohnverluste der letzten Jahre auszugleichen. Es muss doch zu denken geben, dass selbst wirtschaftsliberale, den Gewerkschaften wahrhaftig nicht nahestehende Politiker des In- und Auslandes seit Jahren darauf drängen, die Nachfrage und damit die Maseneinkommen hierzulande zu stärken.

Drittens: Zur Aneignung des Streikrechts zählt auch die Überwindung bestehender rechtlicher Restriktionen. Dies ist eines der Felder, in denen die Gewerkschaften in den letzten Jahren durchaus Erfolge erzielen konnten. Als Beispiel sei an die Rechtsprechung zur Zulässigkeit der Warnstreiks, zur Rechtmäßigkeit von Solidaritätsstreiks, zur Zulässigkeit des Streiks um Standort- und Sozialtarifverträge erinnert. Auch Flash-Mob-Aktionen sieht das Bundesarbeitsgericht neuerdings durch die Streikfreiheit gedeckt. Zur Stunde unternehmen es die Gewerkschaften GEW und ver.di, das Streikverbot für Beamte und Kirchenbeschäftigte zu überwinden.

Gemeinsam war und ist all diesen Erfolgen und aktuellen Initiativen, dass sich die Gewerkschaften nicht allein auf gute rechtliche Argumentationen und Publikationen, also den juristischen Meinungsstreit verlassen, sondern dass sie die Streikfreiheit in der Praxis ausgeübt haben. Nur so ist Rechtsfortschritt möglich. Anders gewendet: Wer überkommene rechtliche, in der Verfassung keineswegs angelegte Restriktionen überwinden will, muss den Mut zur kalkulierten Regelverletzung aufbringen.

Viertens: Nach demselben Muster gilt es, die Streikziele auszuweiten. Das beginnt, durchaus im Rahmen bzw. in behutsamer Fortentwicklung bisheriger Rechtsprechung, mit der tarifvertraglichen Korrektur politischer und gesetzlicher Eingriffe. Wenn die IG Metall aktuell mehr Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Leiharbeit sowie einen Übernahmeanspruch von Leiharbeitern und Branchenzuschläge in der Entlohnung fordert, sucht sie damit ein Mindestmaß an sozialem Schutz wiederherzustellen, den der Gesetzgeber durch Deregulierung der Arbeitnehmerüberlassung im Jahr 2003 beseitigt hat. Ebenso wäre es denkbar, die beinahe uferlose gesetzliche Frei-

gabe befristeter Arbeitsverträge durch tarifvertragliche Einengung wieder zurückzunehmen. Oder: Wenn der Gesetzgeber die paritätische Finanzierung der sozialen Sicherung durch Entlastung der Arbeitgeber beseitigt, wie bei der Krankenversicherung bereits geschehen, könnten die Gewerkschaften diese Lastenverteilung durch Tarifvertrag wieder korrigieren.

Wohl gemerkt, das sind lediglich Beispiele, die der Illustration dienen, nicht etwa Empfehlungen für einen prioritären Kanon der gewerkschaftlichen Tarifpolitik. Doch es sind Beispiele, die in Reaktion auf politische Destruktion an der Nahtstelle zwischen tarifvertraglicher und politischer Konfliktaustragung angesiedelt sind.

Fünftens: Desgleichen sind Annäherungsschritte an den politischen Streik denkbar. In den letzten Jahren haben es die Gewerkschaften in einigen prominenten Fällen vermocht, gegen die sinnlose Privatisierungspolitik Mehrheiten zu mobilisieren. Die Irrlehre, dass der Ausverkauf staatlichen, für die öffentliche Wohlfahrt unverzichtbaren Eigentums dem allgemeinen Fortschritt dient, ist längst nicht mehr mehrheitsfähig. Wie also wäre es, im Falle weiterer Wiederholung neben der Mobilisierung der Öffentlichkeit zugleich die Beschäftigten einer, dem Privatisierungszugriff ausgesetzten Einrichtung zu Protestaktionen aufzurufen?

Natürlich ist das mit rechtlichen Fallstricken verbunden. Das waren Solidaritätsstreiks bis vor wenigen Jahren auch. Selbstverständlich wird man sich auf anschließende langwierige juristische Auseinandersetzungen einlassen und vorbereiten müssen, notfalls versehen mit der Perspektive, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anzurufen, bei dem jedenfalls nach den jüngsten Erfahrungen das Streikrecht in besseren Händen ist, als derzeit in der deutschen Arbeitsgerichtsbarkeit. Die Beispiele sollten eines deutlich machen: Das Streikrecht und seine Ausweitung stehen und fallen mit der Intensität, mit der die Gewerkschaften die Streikfreiheit nutzen.

»Der politische Streik muss erkämpft werden«

Interview mit Veit Wilhelmy, Gewerkschaftssekretär der IG Bauen Agrar Umwelt, Region Hessen

Du bist einer der Initiatoren des »Wiesbadener Appells«¹ für den politischen Streik. Warum braucht Deutschland überhaupt politische Streiks?

Wir fordern ein umfassendes Streikrecht, in dem auch das Recht auf politische Streiks enthalten sein muss. Die Frage, warum die Bundesrepublik Deutschland das braucht, beantworte ich mit einer Gegenfrage: Warum nicht? In fast allen Ländern um uns herum gibt es dieses Recht. Nur in der BRD ist es durch ein aus den 1950er Jahren stammendes, rückständiges Richterrecht illegalisiert worden. Darüber hinaus gibt es noch eine Illegalisierung in Österreich und Großbritannien. In den meisten europäischen Ländern ist diese Streikform aber möglich. Gerade weil die Politik immer stärker in wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge eingreift und man das mit der normalen Tarifpolitik gar nicht mehr ausgleichen kann, muss es möglich sein, für politische Ziele Arbeitsniederlegungen zu organisieren.

Was wären denkbare politische Ziele, die mit einem Streik erreicht werden könnten?

Politische Streiks sind in allererster Linie Abwehrkämpfe. Ein Thema, das sich geeignet hätte, war die Rente mit 67. Ein Großteil der Bevölkerung, nicht nur die Gewerkschaften, ist gegen diese Rentenkürzung. Ein umfassender politischer Streik oder ein Generalstreik wäre wünschenswert gewesen, um sie zu verhindern, um über Arbeitsniederlegungen die Politik dazu zu bewegen, von dieser Verschlechterung abzulassen. Punktuell hat die IG Metall politisch dagegen gestreikt, aber nur punktuell, in wenigen Betrieben. Das hat aber bereits wesentlich mehr Wirkung gezeigt als Demonstrationen am Samstag oder ein Kreuzchen bei der Bundestagswahl. Ich trete seit Jahren dafür ein, dass die Gewerkschaften sich dieses Recht, das sie ja einmal hatten, wieder nehmen. In der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist das politische Streikrecht immer wieder verloren gegangen, aber auch immer wieder zurückerkämpft worden.

¹ Der Wiesbadener Appell für ein umfassendes Streikrecht und Literaturhinweise zum politischen Streikrecht sind zu finden unter: www.politischer-streik.de.

Zum Beispiel in den 1950er Jahren.

Ja, aber das war eine andere Situation. In den 1950er Jahren ging es um die Ausgestaltung des Betriebsverfassungsgesetzes und die damalige Regierung hat entgegen den vorherigen Absprachen einen verschlechterten Entwurf als Gesetzesgrundlage vorgestellt. Dagegen hat damals die IG Druck und Papier den legendären zweitägigen Zeitungsstreik initiiert, da ist bundesweit so gut wie keine Zeitung erschienen. Das ist von Politik und Justiz als politischer Streik gebrandmarkt worden. Verkürzt gesagt hat das damals neu eingerichtete Bundesarbeitsgericht in der Person seines Präsidenten Nipperdey, der auch schon unter Hitler tätig war und »Recht« gesprochen hatte, diese verheerende Rechtsprechung auf den Weg gebracht. Damit war zwar im Grunde genommen juristisch kein Verbot erlassen, aber begründet, dass ein Arbeitgeber bei der Ausübung seines Gewerbes nicht behindert werden darf. Wenn das durch einen politischen Streik geschieht, kann er gegenüber der Gewerkschaft gerichtlich einen Schadensersatzanspruch geltend machen. Das ist zwar rein formal kein Verbot, wirkt aber wie ein solches. Daran wird bis heute festgehalten.

Gab es Gerichtsentscheidungen darüber, was ein politischer Streik ist und was ein wirtschaftlicher Streik?

Soweit ich weiß, gab es zu dieser speziellen Frage keinerlei Rechtsprechung. Kein Jurist, kein Mensch der Welt kann diese Grenze zwischen einem klassischen, »normalen« wirtschaftlichen Arbeitskampf, wo es um Lohn und Gehalt geht, und einem politischen Streik chirurgisch genau ziehen. Selbst ein Streik um Arbeitsbedingungen kann politische Auswirkungen haben – denken wir zum Beispiel an den Streik der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL). Deswegen ist es bizarr, das juristisch unterscheiden zu wollen.

Welche Strategien sind notwendig, damit politische Streiks auch in Deutschland wieder möglich werden?

Die Gewerkschaften und Parteien müssen diese Forderung immer wieder aufstellen, aber ich betrachte es in der gegenwärtigen politischen Situation als Illusion, dass irgendeine Regierungspartei den Gewerkschaften gönnerhaft das politische Streikrecht schenken würde. Der politische Streik muss erkämpft werden, durch so genannte kontrollierte Regelverletzungen, wie es die Arbeiterbewegung im Grunde genommen immer gemacht hat. Regeln sind durch massenhafte Streiks, durch Aktivitäten zu durchbrechen. Ein ganz wichtiger Ansatz ist zudem, diese erkämpften Rechte dann in den Tarifverträgen abzusichern. Das haben die deutschen Gewerkschaften seit

den 1950er Jahren vollkommen verschlafen. Dieser Ansatz gefällt mir deswegen so gut, weil man die Politik dazu nicht braucht. Man kann es aus eigener Kraft schaffen, indem man es in die Tarifverträge hineinstreitet, notfalls auch hineinstreikt. Der einzige Wermutstropfen dabei wäre, dass die Gewerkschaften nicht in allen Wirtschaftsbereichen Tarifverträge haben.

Wie ist der aktuelle Stand beim Wiesbadener Appell?

Ich war sehr erstaunt, wie schnell sich der Aufruf verbreitet hat. Es sind jetzt über 6.000 Zeichner (Stand August 2012), und ich bekomme auch Unterschriftenlisten zugeschickt von Leuten, die nicht im Internet unterzeichnen können. Die Zahl ist bemerkenswert hoch, denn es gibt einen aktuellen Vergleich: Der DGB mit allen seinen Einzelgewerkschaften hat kurz nach der Veröffentlichung des Wiesbadener Appells auch einen Internetaufruf zur Europapolitik gestartet und da sind seit Monaten weit über 1.000 Zeichner weniger dabei. Daran kann man sehen, dass das schon Gewicht hat. Vor einigen Monaten hat sogar ein CDU-Bundestagsabgeordneter in einer Pressemitteilung darauf reagiert und das bestehende Streikrecht natürlich verteidigt, ja sogar für seine Einschränkung plädiert. Im Kern soll der Appell die Diskussion befeuern und das funktioniert.

Wie ist die Stimmung in den Gewerkschaften, sowohl im DGB als auch in den Mitgliedsgewerkschaften?

Mich hat es nicht gewundert, dass von den Vorständen der DGB-Gewerkschaften bislang keinerlei Reaktion kam. Das ist normal, leider. Aber von Untergliederungen und Einzelpersonen aus Gewerkschaften gibt es jede Menge Reaktionen. Die einen sind ganz praktischer Natur, man unterstützt den Aufruf und will ihn weiterverbreiten; andere haben uns auf die Idee gebracht, auch außerhalb des Internets Unterschriften zu sammeln. Wieder andere laden jetzt zu Veranstaltungen zum Thema ein. Es tut sich also was. Bei ver.di zum Beispiel ist die Diskussion über das Thema nicht mehr zu stoppen. Natürlich kann es nicht dabei bleiben, nur darüber zu sprechen, aber das ist die erste Stufe, damit das Thema auch in der Bevölkerung auf die Agenda kommt, damit die Funktionäre sich damit auseinandersetzen und das Thema breit in die Mitgliedschaft tragen. Zum Beispiel steht ja die Frage im Raum, wie lange wir noch auf einen gesetzlichen Mindestlohn warten wollen. Wenn es so weit käme, dass ein paar Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für ein bis zwei Tage die Arbeit einstellen würden, verknüpft mit der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn beispielsweise in Höhe von 10 Euro, kann man sich vorstellen, wie schnell die Regierung auf einmal reagieren würde. Ich würde sogar noch weiter gehen:

Sogar eine Drohung mit einem politischen Streik könnte unter Umständen schon politische Auswirkungen haben.

Dazu müssten die Gewerkschaften aber in der Lage sein, auch nichtorganisierte Beschäftigte zu mobilisieren.

Eine politische Streikbewegung, die mit einem konkreten Thema verknüpft ist, kann selbstverständlich auch weitere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch weitere Gesellschaftsschichten dazu bewegen, sich anzuschließen. Durch die Ausweitung der Kampfmittel, zum Beispiel durch politische Streiks, würden die Gewerkschaften auch im politischen Raum erfolgreicher sein. Und sie hätten es sicherlich auch leichter, neue Mitglieder zu gewinnen – Erfolg macht schließlich sexy. Die nichtorganisierten Beschäftigten würden sehen, dass nicht nur z.B. eine dreiprozentige Lohnerhöhung erstreikt werden kann, die von der Inflation meist wieder aufgeessen wird, sondern dass die Gewerkschaften beispielsweise einen gesetzlichen Mindestlohn durchsetzen könnten, in Ergänzung zu tariflichen Mindestlöhnen.

Das kann man sich gut vorstellen. Wenngleich die deutsche Streikkultur – etwa im Vergleich mit der französischen – die Frage aufwirft, ob die deutschen Beschäftigten angesichts des allgegenwärtigen Fatalismus überhaupt dazu animiert werden könnten.

Die Behauptung, dass der Deutsche eine andere Mentalität hätte oder dass es hier eine andere Kultur gebe, höre ich immer wieder. Das sind Schutzbehauptungen, um dieses Thema nicht angehen zu müssen. Dreh- und Angelpunkt ist es, mit den Gewerkschaftsmitgliedern solche Themen zu diskutieren, sie von der Notwendigkeit zu überzeugen und sie Schritt für Schritt durch Bildungsmaßnahmen in diese Richtung zu »führen«. Es wirkt zwar nach außen immer so, als ob die Deutschen nichts machen, aber das liegt daran, dass niemand nach vorne geht und sich ernsthaft darum kümmert. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch gesellschaftliche Schichten könnten sich durch dieses Instrument solidarisieren und politische Ziele erreichen. Schließlich gibt es Beispiele für erfolgreiche Kämpfe.

Welche?

Die französische Regierung wollte den Kündigungsschutz von Jugendlichen massiv verschlechtern, woraufhin es in Frankreich eine mehrtägige politische Streikbewegung gab. Daran haben sich nicht nur die Gewerkschaften und ihre Mitglieder beteiligt, sondern große Teile der Beschäftigten im ganzen Land. Ganze Schulen haben zugemacht, Lehrer haben sich dazu-

gesellt, Großeltern, also auch andere gesellschaftliche Schichten. Dadurch wurde der gesellschaftspolitische Druck so groß, dass die Regierung ihr Vorhaben ersatzlos zurückgenommen hat. Ein zweites Beispiel ist die Streikbewegung Mitte der 1980er Jahre in Polen, Solidarność, da haben sich insbesondere Westdeutsche vor den Fernsehschirmen befürwortend auf die Schenkel geklopft. Hauptsächlich durch diese Bewegung sind weitreichende Verbesserungen erstreikt worden und es ist sogar ein Regierungssystem fast ins Wanken geraten. Zumindest die westlichen Staaten, die Presse, die Bevölkerung, haben das alle bejubelt. Wenn man heute in der BRD das Wort Generalstreik in den Mund nimmt, läuft man Gefahr, vom Verfassungsschutz beobachtet oder als Kommunist bezeichnet zu werden. So schräg ist das.

Wäre es vorstellbar, dass ein Machtwechsel auf Bundesebene – etwa eine rot-rot-grüne Koalition – das Recht auf politischen Streik durchsetzen könnte?

Da bin ich sehr skeptisch, selbst dann, wenn ein solches Bündnis eines Tages zustande käme. Größere Teile der Sozialdemokratie, der Partei, der ich ja auch 30 Jahre lang angehört habe, und noch größere Teile der Grünen stehen dieser Forderung skeptisch gegenüber. Deshalb ist mein Rat an die Gewerkschaften, sich dieses Recht selbst zu erstreiten und trotzdem die Forderung an die Politik immer wieder zu formulieren. Zum Erfolg kann man sich aber wahrscheinlich nur selbst führen.

Klaus Ernst

Politischer Streik ist keine Theorie, sondern muss Praxis sein*

Es ist eine zentrale Forderung der Linken, das Recht auf politischen Streik in der Bundesrepublik Deutschland fest zu verankern. Doch es gehört mehr dazu, als nur das Recht zu verändern. Viele hatten die Hoffnung, dass mit einem gemeinsamen Europa die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der BürgerInnen in Europa verbunden wäre. Mit dieser Hoffnung war die – trotz aller kritischen Fragen – breite Zustimmung zu Europa in der BRD und in anderen Ländern verbunden. Das betrifft nicht die Verträge von Lissabon, sondern in erster Linie das europäische Projekt insgesamt. Doch wir müssen feststellen, dass die Entwicklung gänzlich anders verlaufen ist.

In der Folge der Finanzkrise wird versucht, die Verhältnisse in Europa grundlegend zu verändern, und teilweise ist es schon gelungen. Die Finanzeliten Europas stellen die Frage: »Wer bezahlt eigentlich die Krise?« Ihre Antwort lautet: die BürgerInnen Europas.

Welche Konsequenz hat es, die Verteilungsfrage auf diese Art zu regeln? In Griechenland holen Eltern ihre Kinder nicht mehr von den Kindergärten ab, weil sie sie nicht ernähren können. In Krankenhäusern fehlen Handschuhe und Spritzen, Operationen können nicht mehr durchgeführt werden. Das Wissen darum ist in der Mitte angekommen (vgl. *Frankfurter Rundschau*, 20.2.2012). Rentenkürzung, Absenkung des Mindestlohns, Massenentlassungen – und wir wissen, dass sich die Krise weiter verschärft. In Spanien wird der Kündigungsschutz aufgeweicht, Löhne können willkürlich an Tarifverträgen vorbei gesenkt werden, das Tarifvertragssystem wird ausgehebelt. Das Rentenalter wird erhöht, Zuzahlungen bei Medikamenten werden gestrichen, im Bildungsbereich wird gespart. In Italien müssen die Tarifverträge nicht mehr eingehalten werden, der Kündigungsschutz soll gelockert, das Rentenalter heraufgesetzt werden. In Portugal werden Feiertage gestrichen, Gehalts- und Lohnkürzungen sind an der Tagesordnung. Die Schuldenbremse in Deutschland führt dazu, dass die Städte immer weniger in der Lage sind, die Grundversorgung der Bürger aufrechtzuerhalten. Schwimm-

* Dieser Text beruht auf einer Rede, die auf der Konferenz »Politische Streiks im Europa der Krise« der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 5. Mai 2012 in Berlin gehalten wurde. Eine kürzere Fassung findet sich in der Zeitschrift *Luxemburg*, Nr. 2/2012, 114-117.

bäder werden geschlossen, Schulen nicht mehr renoviert. Wir haben es mit einer Zerschlagung des europäischen Sozialstaatsmodells zu tun. Wesentliche Elemente der Demokratie in Europa werden geschliffen.

Die politische Linke tut sich schwer, dem etwas entgegenzusetzen. Ein Blick auf die politische Landschaft in Europa zeigt: In Italien ist die Linke zersplittert, hat kaum politischen Einfluss. In Griechenland hat sie hinzugewonnen, besteht aber mindestens aus vier Parteien, die kaum miteinander sprechen. Auch in der Bundesrepublik Deutschland ist sie nicht in der Lage, diese Politik aufzuhalten – trotz einer Stärkung der europäischen linken Kräfte. Selbst in Frankreich, mit dem sehr erfreulichen Wahlergebnis bei der Präsidentenwahl im Mai 2012, zeichnet sich wenig Handlungsfähigkeit ab; auch die Rechten haben dramatisch gewonnen. Welche Konsequenz ziehen wir daraus?

Die Linke in der Bundesrepublik und in Europa muss sich zusammenschließen. Bündnispartner der Linksparteien sind diejenigen, die außerparlamentarische Kämpfe organisieren können; nur mit wirklichen Bewegungen auf der Straße kann etwas bewegt werden. Der politische Streik ist in diesem Zusammenhang ein legitimes Mittel.

In Europa gibt es immer mehr Widerstand. Nicht nur auf der Ebene der Parteien, sondern tatsächlich auf der Straße. In Frankreich sollte vor einigen Jahren der Kündigungsschutz für die unter 25-Jährigen verschlechtert werden – das konnte mit politischen Streiks verhindert werden. In der Bundesrepublik wurde der Kündigungsschutz massiv geschliffen. Aber wir haben eine ganz andere Kultur des Widerstands. Die Tradition in der Bundesrepublik hat dazu geführt, dass die Gewerkschaften in ihrer Führung, ihrer Struktur und ihrer Mitgliedschaft nicht jeden Tag an der Tür kratzen und sagen, lasst uns mal politisch streiken. Wir als Linke müssten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ansetzen; dort wird noch zu oft davon ausgegangen, Gegenwehr sei gar nicht möglich. Aber selbst der DGB Bayern hat inzwischen auf seiner Landesbezirkskonferenz beschlossen, dass der politische Streik ein mögliches Mittel darstellt, und ver.di diskutiert oft darüber.

Nach der gegenwärtigen Rechtsauffassung dürfen die Gewerkschaften allerdings nur zum Streik aufrufen, wenn es um die Er kämpfung eines Tarifvertrages geht. Das bedeutet in der Umkehr, gibt es einen Tarifvertrag, sind die Gewerkschaften an die Friedenspflicht gebunden. Würden sie dann streiken, würden sie sich in die Gefahr begeben, für Ausfälle in Produktion und Gewinn in den Betrieben schadensersatzpflichtig zu werden. Ich habe selbst schon politische Streiks organisiert. Wir haben das Problem der Friedenspflicht umschifft, indem wir nicht zum Streik, sondern zum Protest während der Arbeitszeit aufgerufen haben. Und das war möglich und er-

folgreich. Zudem habe ich nie von einem Generalstreik gesprochen. Denn sonst wäre die Niederlage vorprogrammiert gewesen. Generalstreik heißt ja nicht, dass der General streikt und die Truppen zu Hause bleiben. Generalstreik heißt, dass alle streiken. Aber ich wusste genau, dass bei unseren Streiks nicht alle mitmachen werden. Wenn ich »Generalstreik« gesagt hätte, hätte man alle aufgezählt, die nicht rausgegangen wären, etwa SteuerbeamtlInnen, PolizistInnen etc. Beim politischen Streik werden hingegen die gezählt, die mitmachen. Daher ist der Begriff für die Bundesrepublik strategisch sinnvoller und zutreffend.

Darüber hinaus ist die Rechtslage weniger eindeutig, als oft angenommen wird. In der bayerischen Verfassung ist beispielsweise folgendes verbürgt (Artikel 110, Abschn. 1): »Jeder Bewohner Bayerns hat das Recht, seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Recht darf ihn kein Arbeits- und Anstellungsvertrag hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.« Daher haben wir unter Berufung auf die Verfassung zu Aktionen aufgerufen. Juristisch gesehen steht die Landesverfassung hinter dem Bundesrecht zurück. Meine Erfahrung ist aber, dass bei erfolgreicher Mobilisierung die juristische Auseinandersetzung ausbleibt. Wo wir uns trauen, wo wir es vernünftig vorbereiten, dort ist es möglich und erfolgreich.

Nichtsdestotrotz wird der politische Streik in Deutschland als rechtswidrig betrachtet. In der Bundesrepublik sind Streiks bei den BürgerInnen eher negativ belegt. Das Ergebnis ist, dass es nur zwei Länder gibt, die noch weniger Streiktage haben als die Bundesrepublik. Das sind die Schweiz und der Vatikanstaat. Trotzdem, und das ist die andere Seite, wurden in der Bundesrepublik bis vor zehn/zwölf Jahren in Europa die höchsten Löhne gezahlt. Die Lage der abhängig Beschäftigten war im Vergleich zu anderen Ländern in Europa nicht schlechter, obwohl weniger gestreikt wurde. Es wurde auch als Argument verwendet, dass es gar nicht so notwendig sei zu streiken, weil man mit Verhandlungen alles hinbekommen könne. Das Wichtige seien die Verhandlungsführer, die nach nächtelangen Streitereien erschöpft vor die Kamera treten und sagen: »Wir haben es geschafft!«

Dieses Bild hat dazu beigetragen, dass die Streikbereitschaft selbst bei Gewerkschaftsmitgliedern nicht hoch war. Hinzu kamen das stark reglementierte Streikrecht und die politischen Umbrüche: Wegfall der Systemkonkurrenz, ab 1998 die rot-grüne Regierung mit Agenda 2010 und massiver Schwächung der Gewerkschaften. Und es gab die Selbstbeschränkung der Gewerkschaften. Die Situation veränderte sich dramatisch. Allein in den letzten zehn Jahren hat das Absenken der Lohnquote in der Bundesrepublik dazu geführt, dass den abhängig Beschäftigten ca. 140 Milliarden Euro an

Lohnsumme in einem Jahr entzogen wurden. So drastische Lohnkürzungen gab es nur in Deutschland, was auch mit Recht und Praxis des Streiks zu tun hatte. Tarifverhandlungen bringen keine Ergebnisse mehr, auf die politisch verwiesen werden kann. Wie gehen wir mit dieser Situation um?

Die Linken müssen einerseits verstärkt die rechtlichen Auseinandersetzungen ums Streikrecht führen, und andererseits muss der politische Streik mit Inhalten gefüllt werden. Ein zentraler Punkt für den politischen Streik ist aus meiner Sicht die Verteilungsfrage: dort, wo die politischen und wirtschaftlichen Eliten des Landes zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger mit Gesetzesänderungen und Steuersenkungen eingreifen. Das betrifft Lohn, Rente, Sozialleistungen. Ein weiteres Thema ist die Friedenspolitik. Ich glaube, entlang dieser Fragen können auch in Deutschland politische Streiks organisiert werden.

Die Klammer für gemeinsame Aktionen in Europa, auch für politische Streikaktionen, könnte sein: direkte Finanzierung der Staatsschulden über die EZB. Das wäre wahrscheinlich kein Ansatz für Massenmobilisierungen. Wohl aber: Rücknahme und Kampf gegen die Kürzung von Renten, Löhnen und Sozialleistungen. Um diese Punkte muss die Linke in allen europäischen Ländern mobilisieren und organisieren. Natürlich nicht allein. Wir müssen als nächstes mit Gewerkschaften, Initiativen und Sozialverbänden ins Gespräch kommen und gemeinsam eine Widerstandsbewegung zustande bringen.

Ich komme aus Schweinfurt. Dort haben politische Streiks funktioniert. Das hatte wesentlich auch damit zu tun, dass wir sie zwei, drei Jahre konsequent in vielen Veranstaltungen, auf jeder Betriebsversammlung, auf jeder öffentlichen Kundgebung, in vielen Gesprächen mit führenden Funktionären vorbereitet haben. Ohne intensive Vorbereitung – ohne die Agitation der Gewerkschaften, der Parteien und der Bewegungen – wird die Beteiligung schwach bleiben. Um die geht es aber. Politischer Streik ist keine Theorie, sondern muss Praxis sein.

Die Autorinnen und Autoren

Sabin del Bado, Bilbao, arbeitet als Jurist in der baskischen Landesverwaltung, Mitglied der Sektion Öffentlicher Dienst in der Gewerkschaft LAB (Langile Abertzaleen Batzordeak – Kommission patriotischer ArbeiterInnen)

Klaus Ernst, Elektromechaniker, Diplom-Volkswirt, Diplom-Sozialökonom; Mitglied des Deutschen Bundestages, dort Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales; von 1995 bis 2009 Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Schweinfurt; von 2010 bis 2012 neben Gesine Löttsch Vorsitzender der Linkspartei; letzte Veröffentlichung: mit Björn Resener: Gefahr für Europa – Fiskalpakt führt in die Depression, in: Journal Rosalux (2012)

Alexander Gallas, Berlin, sozialwissenschaftlicher Autor und Übersetzer. Veröffentlichungen: mit Jörg Nowak: Kampf um Demokratie. Politischer Streik als Strategie gegen die europäische Krisenpolitik, in: Luxemburg (2012); Reading Poulantzas (Hauptthrg., 2011); Dichotomy, Dualism, Duality. An Investigation into Marxist Conceptualisations of Structure and Agency (2010)

Kerstin Hamann, Professorin für Politikwissenschaften an der University of Central Florida (USA), Herausgeberin der Zeitschrift Journal of Political Science Education. Veröffentlichungen: The Politics of Industrial Relations: Labor Unions in Spain (2012); mit John Kelly: Parties, Elections, and Policy Reforms in Western Europe: Voting for Social Pacts (2011); mit Bonnie N. Field: Democracy and Institutional Development: Spain in Comparative Theoretical Perspective (2008)

Detlef Hensche, Rentner, von 1992 bis 2001 Vorsitzender der Industriegewerkschaft Medien, bis 2009 Rechtsanwalt.

Alison Johnston, Professorin für Politikwissenschaften an der Oregon State University (USA). Veröffentlichungen: Unions Against Governments: Explaining General Strikes in Western Europe, 1980-2006, in: Comparative Political Studies (Mitautorin, 2013); European Economic and Monetary Union's Perverse Effects on Sectoral Wage Inflation: Negative Feedback Effects From Institutional Change?, in: European Union Politics (Mitautorin, 2012); Social Partners And Welfare State Reconfiguration: Privatization Or Re-Collectivization Of Social Risks?, in: European Journal of Industrial Relations (Mitautorin, 2011)

Boris Kanzleiter, Belgrad, berufstätig als Historiker, Journalist und in der politischen Erwachsenenbildung. Seit 2010 Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Südosteuropa in Belgrad. Letzte Buchveröffent-

lichung: Die Rote Universität. Studentenbewegung und Linksopposition in Belgrad 1964-1975 (2011)

Olga Karyoti, Athen, Übersetzerin und Politikwissenschaftlerin, Vorsitzende der Assoziation der ÜbersetzerInnen, RedakteurInnen und Korrekturle- serInnen (SMED) – Σωματείο Μεταφραστών, Επιμελητών Διορθωτών (ΣΜΕΔ)

Felipe Van Keirsbilck, Brüssel, Generalsekretär der Angestelltengewerk- schaft Centrale Nationale des Employés (CNE), die Teil des belgischen Gewerkschaftsbunds Confédération des syndicats chrétiens (CSC) ist, und einer der Leiter der Joint Social Conference (www.jointsocialcon- ference.eu)

John Kelly, Professor für industrielle Beziehungen, Birkbeck, University of London. Veröffentlichungen: *Parties, Elections and Policy Reforms in Wes- tern Europe* (2011); *Ethical Socialism and the Trade Unions* (2010); *Vari- eties of Unionism* (2004); *Rethinking Industrial Relations: Mobilization, Collectivism and Long Waves* (1998)

Christine Lafont, Rodez (Frankreich), Lehrerin, Mitglied der internationalen Kommission der Gewerkschaft Solidaires

Nuria Lozano Montoya, L'Hospitalet de Llobregat (Katalonien/Spanien), Juris- tin, Generalsekretärin der Gewerkschaft Confederación Sindical de Co- misiones Obreras (CC.OO) in der Region Barcelona. Veröffentlichungen: *Berichte zur Arbeitssicherheit in Geschäften und Einkaufszentren und zu den Arbeitsbedingungen der Inspekture für Gesundheit am Arbeits- platz sowie ein Leitfaden zu Homophobie und Arbeit*

Maria Deolinda Marques Dias Martin, Amadora (Portugal), Lehrerin, Mit- glied des Sindicato de Professores da Grande Lisboa (SPGL), der Federa- ção Nacional dos Professores (FENPROF) und des nationalen Vorstands der Confederação Geral dos Trabalhadores Portugueses (CGTP)

Jörg Nowak, Berlin, Politikwissenschaftler, in der Stadtteilarbeit beschäftigt. Veröffentlichungen: mit Alexander Gallas: *Die Krise der Demokratien: Wahlautokratie, Klassenpolitik mit leeren Händen, Kulturalisierung*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* (2011); *Radikale Trans- formation des Staates und Handlungsfähigkeit der Subalternen*, in: *Stephan Adolphs et al. (Hrsg.): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas* (2010); *Geschlechterpolitik und Klassenherrschaft* (2009)

Michael Pieber, Wien, Sekretär des Geschäftsbereiches Interessenvertre- tung in der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp)

Lucy Redler, Berlin, Diplom-Sozial-Ökonomin, arbeitet als Redakteurin bei der Sozialistischen Alternative (SAV), Mitglied von ver.di und Die Linke.

- Veröffentlichungen: Sozialismus statt Marktwirtschaft – Eine Auseinandersetzung mit Sahra Wagenknechts »Freiheit statt Kapitalismus« (2011); Politischer Streik in Deutschland nach 1945 (2007); Robert Allertz: Was will die rote Lucy – Gespräch mit der Rebellin Redler (2007)
- Heidi Scharf*, Schwäbisch Hall, Erste Bevollmächtigte der IG Metall-Verwaltungsstelle Schwäbisch Hall. Veröffentlichungen: Nicht mehr die Gleichen wie vorher – Frauen im Streik, in: Karin Roth u.a.: Träumen verboten. Gewerkschaftliche Frauenpolitik für die 90er Jahre (1984)
- Sean Vernell*, London, Lehrer, Mitglied des National executive committee der University and College Union (UCU). Veröffentlichungen: Defending the welfare state – the case for public services for all (2010); Don't get young in the third millennium – capitalism and the demonising of the young working class (2009); A manifesto for further education (2007)
- Florian Wilde*, Berlin, Historiker und Aktivist, Referent für Gewerkschaftspolitik im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Veröffentlichungen: Ernst Meyer (1887-1930): Vergessene Führungsfigur des deutschen Kommunismus (2013, i.E.); Block Fascism! Geschichte, Analysen und Strategien für eine antifaschistische Praxis (2009; Mithrsg.); »Die Revolution sagt: ich war, ich bin, ich werde sein«. Luxemburg und Liebknecht für das 21. Jahrhundert (2009; Mithrsg.)
- Veit Wilhelmy*, Gewerkschaftssekretär, Industriegewerkschaft Bauen Agrar Umwelt (IG BAU). Veröffentlichungen: Rückenwind für den politischen Streik – Aktuelle Materialien, Band 3 (2012); Kommt der politische Streik? – Weitere Materialien zu einem Tabu, Band 2 (2010); Der politische Streik – Materialien zu einem Tabu (2008).

VSA: Bücher für KollegInnen



Werner Fricke / Hilde Wagner (Hrsg.)
Demokratisierung der Arbeit
Neuansätze für Humanisierung
und Wirtschaftsdemokratie
288 Seiten | € 19.80
ISBN 978-3-89965-510-0
Gute Arbeit durch Demokratisierung der
Arbeit – mit Beiträgen u.a. von Ulrich
Brinkmann, Uwe Dechmann, Richard Detje,
Tatjana Fuchs, Detlef Gerst, Detlef Hen-
sche, Wolfhard Kohte, Steffen Lehndorff,
Oliver Nachtwey, Gerd Peter, Dieter Sauer,
Helga Schwitzer und Hans-Jürgen Urban.



Andrea Kocsis / Gabriele Sterkel /
Jörg Wiedemuth (Hrsg.)
Organisieren am Konflikt
Tarifauseinandersetzungen und
Mitgliederentwicklung im europäischen
Dienstleistungssektor
296 Seiten | € 19.80
ISBN 978-3-89965-533-9
Erfolgreiche Praxisbeispiele aus verschie-
denen Dienstleistungsbereichen zeigen,
wie Mitgliedergewinnung und Tariferfolge
in Tarifkonflikten möglich sind.

Klaus Dörre / Anja Hänel /
Ingo Matuschek (Hrsg.)
**Das Gesellschaftsbild
der LohnarbeiterInnen**
Soziologische Untersuchungen in ost- und
westdeutschen Industriebetrieben
192 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-540-7

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de

VSA

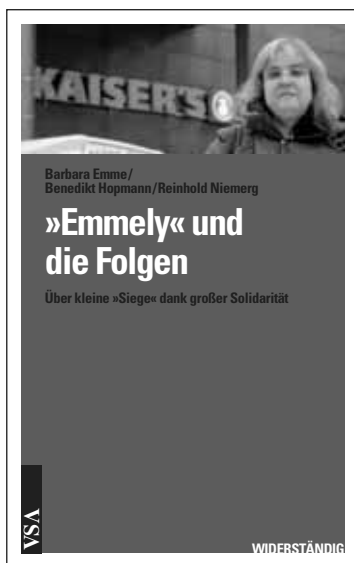
VSA: Arbeits-Kämpfe



Peter Renneberg
Handbuch Tarifpolitik und Arbeitskampf
240 Seiten | € 18.80
ISBN 978-3-89965-487-5
Ein Lern- und Arbeitsbuch für die tarifpolitische Praxis – für Aktive in Betrieb und Gewerkschaft, Tarifkommissionsmitglieder, Betriebs- und Personalräte.
Das Buch enthält neben dem anschaulich aufbereiteten Basiswissen Literaturempfehlungen sowie Flipcharts und Wandzeitungen – nach dem Motto »ein Bild sagt mehr als 1000 Worte«. Ein umfangreiches Stichwortverzeichnis erleichtert die gezielte Orientierung.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de



Barbara Emme/Benedikt Hopmann/
Reinhold Niernerg
»Emmely« und die Folgen
Über kleine »Siege« dank großer Solidarität
96 Seiten | WIDERSTÄNDIG | € 9.00
ISBN 978-3-89965-516-2
Juristische »Erfolge«, kleine »Siege« und vielfältige Solidaritätsarbeit im Arbeitsrechtsstreit gegen Unternehmen und Konzerne sind möglich!

Brigitte Heinisch/Benedikt Hopmann
Altenpflegerin schlägt Alarm
Über das Recht, Missstände anzuzeigen
48 Seiten | WIDERSTÄNDIG | EUR 6.00
ISBN 978-3-89965-515-5
Im Wachstumsmarkt Pflege geht es oft nur um Profit. Dagegen war Brigitte Heinisch mit Erfolg widerständig. Das sollte auch anderen Mut machen.

www.vsa-verlag.de

VSA